



Plenarprotokoll

124. Sitzung

Kiel, Mittwoch, 22. September 2004

Aktuelle Stunde	9569	Antrag der Fraktion der CDU Drucksache 15/3660	
Konsequenzen aus dem neuesten OECD- Bildungsbericht für Schleswig-Holstein ..	9569	Rainer Wiegard [CDU]	9586, 9600
Antrag der Abgeordneten des SSW		Günter Neugebauer [SPD]	9589
Anke Spoorendonk [SSW].....	9569, 9577, 9584	Dr. Heiner Garg [FDP]	9591
Lothar Hay [SPD]	9570	Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	9593
Jost de Jager [CDU]	9572, 9585	Anke Spoorendonk [SSW].....	9596
Dr. Ekkehard Klug [FDP]	9573	Dr. Ralf Stegner, Finanzminister	9597
Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]	9574	Beschluss: Ablehnung	9601
Ute Erdsiek-Rave, Ministerin für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Kultur	9576, 9583	Vorbereitung der LKW-Maut	9601
Jürgen Weber [SPD]	9578	Antrag der Fraktion der CDU Drucksache 15/3662	
Sylvia Eisenberg [CDU]	9579	Dr. Bernd Rohwer, Minister für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr	9601
Wolfgang Kubicki [FDP].....	9581	Roswitha Strauß [CDU]	9602
Angelika Birk [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	9582	Bernd Schröder [SPD]	9603
Nachtrag zu den Haushalten 2004/2005 ..	9586	Christel Aschmoneit-Lücke [FDP]	9605

Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] 9606
Lars Harms [SSW] 9607

Beschluss: Antrag Drucksache 15/3662 durch die Berichterstattung der Landesregierung erledigt..... 9608

Luftverkehrskonzept 9608

Antrag der Fraktion der FDP Drucksache 15/3634

Dr. Bernd Rohwer, Minister für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr 9608, 9631
Wolfgang Kubicki [FDP] 9611, 9628
Bernd Schröder [SPD] 9613
Martin Kayenburg [CDU] 9615
Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] 9617, 9627
Lars Harms [SSW] 9620, 9630
Thomas Stritzl [CDU] 9622
Dr. Heiner Garg [FDP] 9623
Klaus-Dieter Müller [SPD] 9623
Dr. Trutz Graf Kerksenbrock [CDU] 9624
Heide Simonis, Ministerpräsidentin 9625
Wolfgang Baasch [SPD] 9626
Sylvia Eisenberg [CDU] 9629
Werner Kalinka [CDU] 9631

Beschluss: Antrag Drucksache 15/3634 durch die Berichterstattung der Landesregierung erledigt 9632

Erste Lesung des Entwurfs eines Gesetzes zur Ausführung des Zweiten Buches Sozialgesetzbuch für das Land Schleswig-Holstein sowie zur Änderung und Aufhebung anderer Rechtsvorschriften 9632

Gesetzentwurf der Landesregierung Drucksache 15/3649

Dr. Bernd Rohwer, Minister für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr 9632
Peter Lehnert [CDU] 9634
Wolfgang Baasch [SPD] 9635
Dr. Heiner Garg [FDP] 9636
Angelika Birk [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] 9638
Silke Hinrichsen [SSW] 9639
Martin Kayenburg [CDU], zur Geschäftsordnung 9641
Silke Hinrichsen [SSW], zur Geschäftsordnung 9641
Andreas Beran [SPD], zur Geschäftsordnung 9641

Beschluss: Überweisung an den Sozialausschuss, den Innen- und Rechtsausschuss und den Wirtschaftsausschuss . 9641

Anreize für mehr Arbeit setzen..... 9642

Antrag der Fraktion der FDP Drucksache 15/3635

Dr. Heiner Garg [FDP] 9642
Wolfgang Baasch [SPD] 9643
Torsten Geerds [CDU] 9644
Angelika Birk [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] 9645
Lars Harms [SSW] 9646
Dr. Bernd Rohwer, Minister für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr 9648

Beschluss: Ablehnung 9649

Änderung der Strafprozessordnung zur Umsetzung des Urteils des Bundesverfassungsgerichts vom 3. März 2004 9649

Antrag der Fraktion der FDP Drucksache 15/3636

Beschluss: Überweisung an den Innen- und Rechtsausschuss 9649

* * * *

Regierungsbank:

Heide Simonis, Ministerpräsidentin

Anne Lütkes, Stellvertreterin der Ministerpräsidentin und Ministerin für Justiz, Frauen, Jugend und Familie

Ute Erdsiek-Rave, Ministerin für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Kultur

Klaus Buß, Innenminister

Klaus Müller, Minister für Umwelt, Naturschutz und Landwirtschaft

Dr. Ralf Stegner, Minister für Finanzen

Dr. Bernd Rohwer, Minister für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr

Dr. Brigitte Trauernicht-Jordan, Ministerin für Soziales, Gesundheit und Verbraucherschutz

* * * *

Beginn: 10:02 Uhr

Präsident Heinz-Werner Arens:

Meine Damen und Herren! Ich eröffne die 46. Tagung des Schleswig-Holsteinischen Landtages. Das Haus ist ordnungsgemäß einberufen und beschlussfähig. Die Abgeordneten Frau Dr. Kötschau und Frau Rodust sind beurlaubt. Frau Abgeordnete Fröhlich ist erkrankt. Ich wünsche ihr von dieser Stelle aus gute Genesung.

(Beifall)

Wegen dienstlicher Verpflichtung ist Herr Innenminister Buß beurlaubt.

Meine Damen und Herren, ich habe Ihnen eine Aufstellung der im Ältestenrat vereinbarten Redezeiten übermittelt. Der Ältestenrat hat sich verständigt, die Tagesordnung in der ausgedruckten Reihenfolge mit folgenden Maßgaben zu behandeln: Zu den Tagesordnungspunkten 5, 7, 17, 20, 21, 33 bis 38 und 40 ist eine Aussprache nicht geplant. Fragen zur Fragestunde liegen nicht vor. Wann die einzelnen Tagesordnungspunkte voraussichtlich aufgerufen werden, ergibt sich aus der Ihnen vorliegenden Übersicht über die Reihenfolge der Beratung der 46. Tagung. Wir werden unter Einschluss einer zweistündigen Mittagspause jeweils längstens bis 18 Uhr tagen. - Widerspruch höre ich nicht. Dann werden wir so verfahren.

Meine Damen und Herren, ich will Besucherinnen und Besucher begrüßen. Auf der Tribüne haben Schülerinnen und Schüler mit ihren Lehrkräften der Klaus-Groth-Realschule Heide und der Humboldt-Schule Kiel Platz genommen. - Herzlich willkommen!

(Beifall)

Ein Abgeordneter hat heute Geburtstag. Es ist unser Vizepräsident, Herr Thomas Stritzl. - Herzlichen Glückwunsch zum Geburtstag, alles Gute zum neuen Lebensjahr!

(Beifall)

Ich rufe Tagesordnungspunkt 1 auf:

Aktuelle Stunde

Konsequenzen aus dem neuesten OECD-Bildungsbericht für Schleswig-Holstein

Antrag der Abgeordneten des SSW

Ich erteile der Frau Abgeordneten Spoorendonk das Wort.

Anke Spoorendonk [SSW]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Mag sein, dass es in der öffentlichen Diskussion über die neueste OECD-Bildungsstudie nur darum ging, die üblichen Verdächtigen zu verhaften.

(Unruhe)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Meine Damen und Herren, wir sind in der Sitzung des Landtages angekommen. Das sollten alle begreifen. Ich bitte um mehr Aufmerksamkeit.

Anke Spoorendonk [SSW]:

Danke, Herr Präsident. - Wegdiskutieren lässt sich aber nicht, wie groß der Rückstand des deutschen Bildungssystems international gesehen mittlerweile ist. Unter dem Strich betrachtet wird in Deutschland immer noch zu wenig in Bildung investiert, trotz vielfältiger Bemühungen - auch das muss gesagt werden - seit der PISA-Studie von vor drei Jahren. Als wichtiges Stichwort sei hier der Einstieg in die Ganztagschule genannt.

Dass die schleswig-holsteinische Landesregierung trotz öffentlicher Finanznot den Bildungsbereich von Einsparungen im Landeshaushalt ausgenommen und mehr **Lehrerstellen** geschaffen hat, fand von Anfang an die Unterstützung des SSW.

(Beifall bei SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das schwerwiegende Problem liegt aber weiterhin im Grundschulbereich. Auch das belegt die Studie. Denn im **Grundschulbereich** werden immer noch zu wenig Mittel pro Schülerin und Schüler investiert, wenn man das mit den Nachbarländern vergleicht. Eine Konsequenz aus dem OECD-Bericht muss also sein, diesen Bereich weiter zu stärken.

Das gilt auch für die Verzahnung von Schule und Kindergarten. Den Bildungsauftrag der Kindertagesstätten festzuschreiben, ist auch aus unserer Sicht ein richtiger Ansatz. Doch was nützen diese Ziele, wenn es vor Ort, in den Kommunen immer noch eher darum geht, die Mindeststandards der Kita-Verordnung zu kippen. Es ist mir schleierhaft, wie CDU und FDP zu diesem Widerspruch stehen. Liebe Kolleginnen und Kollegen, auf der einen Seite wollen auch Sie den Bildungsauftrag der Kindertagesstätten fördern - Sie stehen dazu -, auf der anderen Seite haben Sie sich aus meiner Erinnerung heraus nicht von der Forderung, die Mindeststandardverordnung zu kippen,

(Anke Spoorendonk)

verabschiedet. Zu diesem Widerspruch müssten Sie sich einmal äußern.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Auch am anderen Ende unseres Bildungssystems steht die Bundesrepublik mit ihrem Bildungssystem schlecht da. Mit anderen Worten: Fest steht, dass wir immer noch zu wenig **Abiturienten**, zu wenig Studienanfänger haben. Hier wird bestätigt, was schon die PISA-Studie zeigt, dass das deutsche Schulsystem ungerecht ist und eine extreme soziale Spaltung aufweist.

Ein Zitat aus einem Medienbericht dazu:

„Von 100 Kindern aus den unteren sozialen Schichten landen gerade einmal elf auf der Hochschule. Die bildungsnahe Oberschicht aber bringt von 100 Kindern satte 81 in die Unis. Die entscheidende Hürde für Arbeiterkinder ist also die gegliederte Schule, denn dort werden 64 von 100 Kindern aussortiert.“

Das Problem unseres Bildungssystems ist eben nicht nur fehlendes Geld; ausdrücklich weist die OECD darauf hin, dass das **gegliederte Schulwesen** zu viele Ressourcen verschwendet und zu viele Verlierer produziert.

(Jürgen Weber [SPD]: Genauso ist das!)

Die Bildungsmisere ist also insbesondere in den **Schulstrukturen** begründet. Das kann man in keinem anderen Land so sehen.

Das deutsche Bildungssystem ist aus internationaler Sicht ganz einfach ein Anachronismus.

(Beifall bei SSW, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten Ursula Kähler [SPD])

Der Koordinator der OECD, Andreas Schleicher, sagt dazu in einem „Spiegel“-Interview: Das System, einfach genügend Schubladen zu schaffen, in die man die unterschiedlichen Schülergruppen stecken kann, ist gescheitert, nicht nur in Deutschland, sondern in allen Ländern.

Für den SSW steht fest, dass Strukturdebatten niemals zum Selbstzweck zu führen sind. Strukturen machen nur Sinn, wenn sie dazu geeignet sind, Ziele und Inhalte zu transportieren. Wenn sie das nicht mehr schaffen, müssen sie geändert werden, dann müssen sie abgeschafft werden.

Vor diesem Hintergrund begrüßen wir natürlich auch, dass die Landesregierung jetzt bundesweit mit der Botschaft, dass sie in Schleswig-Holstein die Schule

unter einem Dach bis zur zehnten Klasse einführen wolle, in die Offensive gegangen ist.

(Beifall bei SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir wollten schon immer eine ungeteilte Schule nach skandinavischem Vorbild und freuen uns daher über jeden Verbündeten.

Wir fragen aber auch: Warum erst jetzt? Warum nicht schon viel früher? - Wir sagen, liebe Kolleginnen und Kollegen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

(Glocke des Präsidenten)

Geben Sie sich einen Ruck, fangen Sie jetzt an! Denn wir wissen alle, dass der Fortschritt eine Schnecke ist.

Präsident Heinz-Werner Arens:

Frau Abgeordnete, Ihre Redezeit ist um.

Anke Spoorendonk [SSW]:

Ich komme zum Schluss, Herr Präsident. - Es muss also jetzt und nicht erst später gehandelt werden.

(Beifall bei SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Ich möchte nicht versäumen, auch Ihnen, Frau Abgeordnete Spoorendonk, nachträglich zu Ihrem gestrigen Geburtstag zu gratulieren und alles Gute zu wünschen.

(Beifall)

Ich erteile Herrn Abgeordneten Hay das Wort.

Lothar Hay [SPD]:

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich bin dem SSW ausgesprochen dankbar dafür, dass er diesen Antrag für eine Aktuelle Stunde gestellt hat. Denn sie bietet eine gute Gelegenheit, einmal darzustellen, was die rot-grüne Landesregierung mit Unterstützung der beiden Fraktionen getan hat und was wir zu tun gedenken.

Nun bringt die OECD-Studie im Vergleich zu der PISA- und IGLU-Studie nichts Neues und sie nimmt ausdrücklich darauf Bezug. Sie beschäftigt sich in erster Linie mit den finanziellen Grundlagen. Dabei ist Folgendes wichtig: Die **Gesamtausgaben für Bildung** müssen erhöht werden. Die Bildungsaufgaben sind ungleichgewichtig über die einzelnen Schulstufen verteilt und es ist immer wieder gut, wenn man

(Lothar Hay)

mal einen Blick darauf wirft, was im Lande Schleswig-Holstein für Bildung ausgegeben wird, damit man erkennen kann, dass wir die Konsequenzen gezogen haben.

Im Jahre 2001 wurden 1,68 Milliarden € für Bildung ausgegeben. Das waren fast 22 % des Landeshaushalts. Im nächsten Jahr, 2005, werden wir fast 1,84 Milliarden € ausgeben. Das sind 23,16 % des gesamten Haushalts, ist also eine deutliche Steigerung.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das ist der richtige Weg. - Aber man muss auch wissen - das steht auch in der OECD-Studie -: **Strukturveränderungen** brauchen Zeit, bis sie positive Ergebnisse bringen.

Ich möchte an dieser Stelle noch einmal einige Punkte nennen, wie wir auf PISA reagiert haben. Wir fördern aktiv die Einführung der **offenen Ganztagschule** und sind der Bundesregierung für dieses Programm ausgesprochen dankbar. Wir stellen fest: Es gibt einen Run im Land. Immer mehr Schulen wollen in dieses Programm aufgenommen werden und wollen eine offene Ganztagschule werden.

Was macht die größte Oppositionspartei? - Da gibt es einen von Eltern, Lehrern und Schülern des Gymnasiums **Ratzeburg** unterstützten Antrag. Und wie reagiert die Kreistagsmehrheit der örtlichen CDU in Ratzeburg unter Federführung von Klaus Schlie? - Da wird dieses berechtigte Anliegen der Eltern mit einem Federstrich weggewischt. Das ist die Antwort der größten Oppositionspartei auf die Konsequenzen aus PISA.

(Zurufe und Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Unglaublich!)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wir bekämpfen den Unterrichtsausfall durch das sehr erfolgreiche Programm „Jede Stunde zählt“. Dieses Programm wird auch auf die anderen Schularten ausgeweitet werden. Wir haben im Hamburger Randbereich und in den kreisfreien Städten die Verlässliche Grundschule schrittweise eingeführt. Wir haben aus den Schwierigkeiten gelernt und werden die Verlässliche Grundschule bis zum Jahre 2008 flächendeckend in Schleswig-Holstein haben.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Den Hochschulen haben wir durch die Zielvereinbarungen und durch eine Stärkung der Autonomie Planungssicherheit gegeben und unser Ziel besteht darin,

mittelfristig einen längeren Unterricht aller Schülerinnen und Schüler zu gewährleisten. Wir wollen eine Schule für alle einführen. Das ist unser bildungspolitisches Ziel.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Damit ziehen wir eine wichtige Konsequenz aus PISA; das ist auch in den skandinavischen Ländern schon in den 50er- und 60er-Jahren umgesetzt worden und deshalb konnten sie auch die guten Ergebnisse vorweisen. Aber, Frau Spoorendonk, Sie müssten uns einmal erklären, warum Sie einen dänischen Sonderweg zu den vorhandenen Sonderwegen in Deutschland mit der sechsjährigen gemeinsamen Grundschule gehen wollen. Ich vermag das nicht nachzuvollziehen. Vielleicht ist das ein Vorschlag, der eher von den Färöern kommt.

(Heiterkeit)

Entscheidend ist aus meiner Sicht: Bei einem verlängerten gemeinsamen Unterricht im vertrauten Umfeld kann man besser lernen und damit bessere Leistungen erbringen. Schülerinnen aus sozial schwachen Elternhäusern haben bessere Chancen. Neigungen und Begabungen können viel besser gefördert werden. Oder - um es auf den Punkt zu bringen -: Wir wollen durch eine längere gemeinsame Schulzeit für alle das Fördern und das Fordern mehr in den Vordergrund stellen. Denn wir wissen: Das bisherige **dreigliedrige Schulsystem** führt zu einer sozialen Auslese und das ist der falsche Weg, weil dadurch auch die Zukunftsfähigkeit der Bundesrepublik Deutschland - also unserer Gesellschaft - entscheidend gefährdet ist.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir müssen uns noch einmal kurz damit beschäftigen, was die größte Opposition verspricht, was sie tatsächlich hält und was auch im Widerspruch zu ihrem eigenen Programm steht.

Blicken wir einfach nach **Hamburg**, was dort die CDU macht! Jede fünfte Schule soll geschlossen werden. Die Vorschule soll gebührenpflichtig werden. Tausende benötigte Lehrerstellen werden plötzlich nicht mehr geschaffen. Berufsschulen sollen privatisiert werden. - Da stellt man sich die Frage: Steht bei der CDU-Bildungspolitik eigentlich noch das Kind im Vordergrund oder was ist der entscheidende Punkt?

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

(Lothar Hay)

Wir denken über das Jahr 2010 hinaus. Wir haben noch längerfristige Absichten, die Politik im Lande zu gestalten. Was die Zeit nach 2010 anbetrifft - dann gehen die Schülerzahlen zurück -, so darf ich unsere Ministerpräsidentin zitieren:

„Ich bin dafür, dass wir die quasi durch den demographischen Wandel frei werdenden Stellen erhalten und sie dazu nutzen, die Qualität von Bildungs- und Betreuungsangeboten weiter zu verbessern.“

(Glocke des Präsidenten)

„Ich kann mir keine sinnvollere Ausgabe vorstellen, als jungen Menschen eine vernünftige Bildung mitzugeben.“

Das ist unsere Politik. Bei unserer Bildungspolitik steht der junge Mensch, das Kind, im Vordergrund und das wird so auch bleiben.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Ich erteile Herrn Abgeordneten de Jager das Wort.

Jost de Jager [CDU]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Dass sich der SSW seit geraumer Zeit - seit Jahren eigentlich schon - Träumereien einer Einheitsschule hingibt, ist nicht neu. Neu ist, dass sich auf einmal unsere Bildungsministerin mit der Überschrift „Der deutsche Weg ist ein Irrweg“ in der „Welt“ zitieren lässt. Wortwörtlich sagt die Bildungsministerin zum Thema **Einheitsschule** in der „Welt“:

„Der deutsche Weg ist ein Sonderweg.“

- Damit meint sie die gegliederten Schulen.

„Untersuchungen haben bewiesen,“

- das ist unzutreffend -

„dass es ein Irrweg ist.“

Solche Sätze sagt die Ministerin, die selber - und die rot-grüne Regierung seit 17 Jahren - für dieses Schulwesen in Schleswig-Holstein verantwortlich ist.

(Beifall bei der CDU)

Was Sie damit, Frau Erdsiek-Rave, allen an Schule Beteiligten - Eltern, Schülerinnen und Schüler, Lehrer - signalisieren, ist: Das Projekt Schule in Schleswig-Holstein war leider nur ein großer Irrtum. Dumm gelaufen! - Meine Damen und Herren, solche Signale

darf die verantwortliche Bildungsministerin nicht geben.

(Beifall bei der CDU)

Man fragt sich, warum diese Sätze jetzt kommen. Drei Jahre lang nach PISA haben diese Ministerin und die Landesregierung gesagt: Wir wollen keine Schulstrukturdebatte. - Aber jetzt, wenige Monate vor dem Wahlkampf, führen Sie diese Schuldebatte, und zwar sehr offensiv. Ich sage Ihnen: Die Antwort auf die Frage, warum Sie das tun, ist ganz einfach: Sie wollen von der katastrophalen Schlussbilanz dieser Landesregierung in der Schulpolitik ablenken.

(Beifall bei CDU und FDP)

Sie wollen darüber hinwegtäuschen, dass keine wesentliche Bildungsreform, kein wesentlicher Reformschritt zur Weiterentwicklung des gegliederten Schulwesens, der in anderen Bundesländern umgesetzt worden ist, hier in Schleswig-Holstein angepackt worden ist. Das ist die Wahrheit und davon wollen Sie ablenken, indem Sie jetzt sagen: Schuld ist nicht mehr unsere schlechte Schulpolitik, sondern schuld ist unser schlechtes Schulwesen. - Das ist ein billiger Wahlkampftrick und damit kommen Sie nicht durch, Frau Erdsiek-Rave!

(Beifall bei CDU und FDP)

Das gegliederte Schulwesen, Frau Erdsiek-Rave, kann mehr, als es in Schleswig-Holstein darf. Nur: Wenn man jahrelang die Infusionen verweigert, dann darf man am Ende nicht feststellen, dass dem Patienten nicht geholfen werden darf. Wenn Sie das getan hätten, was in anderen Bundesländern in den vergangenen Jahren seit PISA an Schulerneuerung umgesetzt worden ist, dann würden wir heute anders dastehen.

(Zuruf von der SPD: Hessen!)

Wir können doch die großen Reformen nennen: Was ist mit Englisch in der Grundschule? - Die „Landeszeitung“ vom 4. September dieses Jahres schreibt: Es gibt nur drei Länder, in denen Englisch in der Grundschule noch nicht umgesetzt ist. - Das sind wir, das ist Rheinland-Pfalz und das ist Brandenburg. Das ist neuerdings die Liga, in der wir spielen.

(Beifall bei CDU und FDP)

Nun steht es in Ihrem Wahlprogramm. Aber Regierungen sind dazu da, um zu regieren und nicht um Wahlprogramme zu schreiben. Sie hätten jahrelang die Möglichkeit gehabt, **Englisch** in der **Grundschule** als ordentliches Unterrichtsfach umzusetzen.

(Jost de Jager)

Das Gleiche gilt für das **Abitur nach zwölf Jahren**. Wir sind zusammen mit Brandenburg das einzige Land, in dem das Abitur nach zwölf Jahren nicht umgesetzt worden ist. Dies ist ein weiteres Zeichen dafür, dass Ihre Schulpolitik, Frau Erdsiek-Rave, von Halbherzigkeiten, von nicht zu Ende gebrachten Projekten gekennzeichnet ist, die dazu führen, dass Schleswig-Holstein im Ländervergleich da steht, wo wir stehen.

(Beifall bei CDU und FDP)

Eines Ihrer Probleme, Frau Erdsiek-Rave, meine Damen und Herren von den Regierungsfractionen, besteht darin, dass Sie nach PISA die falschen Akzente gesetzt haben. Sie haben nach PISA - Herr Hay hat es dargelegt - vor allem auf mehr Betreuung gesetzt. Sie haben nicht auf mehr Bildung gesetzt. Das ist der Unterschied zwischen dem, was Sie gemacht haben, und dem, wofür wir stehen. Sie haben durch zusätzliche Betreuungszeiten, zu denen auch Lehrerstellen gehören, die **Verlässliche Grundschule** einführen wollen. Wir wollen aber die **Verlässliche Halbtagsgrundschule** durch mehr Unterricht verwirklichen, indem wir für die Grundschule eine **Unterrichtsgarantie** geben.

(Beifall bei CDU und FDP)

Damit erfüllen wir eine wesentliche Forderung von PISA. PISA hat gesagt: Stärkt die Grundschulen, und zwar mit mehr Zeit für Bildung, durch mehr Unterricht! Diesen zusätzlichen Unterricht wollen wir für die **Grundschulen** durch unsere Unterrichtsgarantie verwirklichen. Wir wollen aber nicht nur eine Unterrichtsgarantie geben, sondern auch eine **Qualitätsgarantie**, indem wir Englisch in die Grundschule durch zwei zusätzliche Wochenstunden einführen wollen. Es soll ordentliches Unterrichtsfach werden. Der Input, den wir dadurch geben, lautet ganz einfach: Bereitstellung von 650 zusätzlichen Planstellen!

Ich komme zum Schluss. Zum OECD-Bericht möchte ich etwas Nachdenkliches sagen. Wir dürfen nicht dauerhaft den Eindruck erwecken, dass wir einen Masterplan einer internationalen Organisation abarbeiten. Wofür wir hier in Schleswig-Holstein stehen, ist, dass wir Schulpolitik machen, indem wir uns schützend vor die Schulen stellen. Deswegen bekennen wir uns zum gegliederten Schulwesen.

(Beifall bei CDU und FDP)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Ich erteile dem Herrn Abgeordneten Dr. Klug das Wort.

Dr. Ekkehard Klug [FDP]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Aktuell ist das Thema OECD-Bildungsbericht zweifellos. Aber die Regeln einer Aktuellen Stunde lassen natürlich nicht viel mehr zu als ein Schnellgericht, nämlich die bildungspolitische Fünf-Minuten-Terrine, die Anke Spoorendonk hier angerührt hat.

Weder der aktuelle OECD-Bericht noch die PISA-Studie liefern empirische Belege für die von SPD, Grünen und SSW behauptete angebliche Überlegenheit eines Einheitsschulsystems. Dänemark hat bei PISA 2000 - das müsste Anke Spoorendonk eigentlich mit am besten wissen - mit einem solchen Schulsystem kaum besser und in einigen Bereichen, etwa bei den Naturwissenschaften, sogar noch schlechter abgeschnitten als Deutschland. In der nördlich unserer Grenze geführten PISA-Debatte hat seinerzeit die dänische Unterrichtsministerin Ulla Tørnæs darauf hingewiesen - nachzulesen übrigens im „Nordschleswiger“ -,

„dass in Dänemark das soziale Erbe, also die gesellschaftliche Stellung und das Bildungsniveau des Elternhauses, größten Einfluss auf den Schulerfolg der Kinder hat.“

Ein weiteres Zitat:

„Es sind Probleme, die nicht allein von den Schulen gelöst werden können, so die Ministerin. Die gesamte Sozialpolitik spiele dabei eine Rolle. Ulla Tørnæs nennt es besonders beunruhigend, dass jeder fünfte Schüler, der die Volksschule verlässt - Folkeskole -, nur unzureichend lesen kann. Daran sei vor allem das soziale Umfeld dieser Jugendlichen schuld. Sie möchte verstärkter differenzierter Unterricht anbieten, um den schwachen Schülern unter die Arme zu greifen.“

(Beifall bei FDP und CDU)

Ich verweise auf das dicke blaue Buch, das Herr Baumert herausgegeben hat: „PISA 2000“. Danach zeigt zum Beispiel **Österreich**, dass man mit einem gegliederten Schulwesen, auch gerade was die Förderung der Kinder aus Familien mit geringem Einkommen angeht, genauso gute Ergebnisse erreicht wie etwa Norwegen und deutlich bessere Ergebnisse als Dänemark. Das ist der empirische Befund der PISA-Studie, nachlesbar in den Veröffentlichungen dazu.

Über das Fiasko der **Luxemburger** kann man natürlich auch noch etwas sagen. Da gibt es die Vorschulpflicht mit vier Jahren und eine sechsjährige Grundschule. Im Sekundarbereich findet weitgehend eine Integration zu dem hochgelobten gemeinsamen Un-

(Dr. Ekkehard Klug)

terricht statt. Die OECD hat gerade festgestellt: Die Bildungsausgaben im Primarbereich sind so hoch wie nirgendwo sonst. Trotzdem hat Luxemburg nach der PISA-Studie den drittletzten Platz vor Mexiko und Brasilien.

Wenn man sich die Situation etwas genauer ansieht, dann findet man für Ihre These der angeblichen Überlegenheit eines Einheitsschulsystems überhaupt keine Berechtigung.

(Beifall bei FDP und CDU)

Zu dem, was Sie als großes Heilsversprechen für die Zukunft verkünden - Sie wollen ja auf dieses neue Schulsystem bauen -, kann ich nur sagen: Sie stellen einen ungedeckten Scheck auf die Zukunft aus und unterschätzen mit dieser Art von Bildungspolitik tatsächlich, meine Damen und Herren von SPD, Grünen und SSW, die Intelligenz der Bürger unseres Landes. Die können nämlich sehr genau beurteilen, was hier passiert ist.

Wer hat denn in Schleswig-Holstein in den 90er-Jahren die **Vorklassen** an den Grundschulen abgeschafft, die heute eine hervorragende Infrastruktur für ein Vorschulangebot wären? - Das waren Sie! Sie haben die abgeschafft.

(Lachen bei der SPD)

- Ja, Sie haben die Vorklassen abgeschafft. Die sind in den 90er-Jahren ausgelaufen.

Wer hat es denn noch vor wenigen Monaten abgelehnt, ein Hochschulstudium für **Elementarpädagogen**, für Erzieher einzuführen? Das war doch die SPD-Fraktion! Wer hat denn unsere Haushaltsanträge abgelehnt, die Landesförderung für Kitas zu erhöhen? Die Haushaltsanträge, die wir Ende letzten Jahres eingereicht haben, sind doch von Ihnen abgelehnt worden!

(Beifall bei FDP und CDU)

Wer ist denn dafür verantwortlich, dass gerade die schwächsten Schüler in unserem gegliederten Schulwesen die absolut niedrigste Förderung erhalten? In den Bemerkungen des Berichts des Landesrechnungshofs 2003 heißt es: Fast jede fünfte Unterrichtsstunde, die gemäß den **Stundentafeln** für **Hauptschulen** eigentlich erteilt werden sollte, kann nicht erteilt werden. Die effektive **Unterrichtsversorgung** beträgt rund 81 %.

Von den 200 zusätzlichen **Stellen**, die der Landeshaushalt in diesem Jahr für die Schulen zur Verfügung stellt, kommt nicht eine einzige bei den Hauptschulen an, obwohl an diesen Schulen die Schülerzahlen auch in diesem Schuljahr höher liegen als im Vor-

jahr. Das ist eine konsequente Fortsetzung der Linie, die von Ihnen schon seit mehreren Jahren betrieben worden ist. Auch im Jahr davor haben Sie die **Unterrichtsversorgung** im Hauptschulbereich weiter verschlechtert. Rot-Grün behandelt gerade die Hauptschüler am schäbigsten von allen Schülergruppen. Das entlarvt die Wahrheit hinter Ihrer Aussage, Sie wollten für die sozial Schwächeren und Benachteiligten auch im Bildungswesen etwas tun. Ihre Aussage ist wirklich pure Heuchelei!

(Lebhafter Beifall bei FDP und CDU)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Ich erteile Herrn Abgeordneten Hentschel das Wort.

Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die Analysen von PISA, IGLU, TIMSS, OECD und so weiter werden von Mal zu Mal eindeutiger. Unser Bildungssystem ist leistungsschwach, elitär und teuer. Wir schließen ein Drittel der Bevölkerung vom intellektuellen Dialog aus, indem wir es auf Haupt- und Förderschulen isolieren. Ergebnis: 15 % haben nach der Schule nicht die nötigen sozialen und geistigen Kompetenzen, um eine Lehre im Handwerk beginnen zu können.

Was machen erfolgreiche Länder anders? Die wichtigste Lehre formulierte Reinhard Karl so:

„Niemand darf eine Schülerin oder ein Schüler beschämt werden.“

Dies gilt trotz extremer Unterschiede der Systeme in Ostasien genauso wie in Skandinavien und Neuseeland, aber eben nicht in Deutschland. Die deutschen Bildungspolitiker haben aus der Bildung von homogenen Lerngruppen einen Fetisch gemacht. Die Instrumente dafür sind Zurückstellung bei der Einschulung, Sitzenbleiben, Auslese nach der vierten Klasse nach Schularten, Querversetzen, Einteilung in G-, A- und E-Kurse in der Gesamtschule. Auf diese Weise soll die Homogenität der Klassen immer wieder neu hergestellt werden. Ein gleich intelligenter Zehnjähriger, dessen Eltern Akademiker sind, hat in Deutschland eine viermal so große Chance, aufs Gymnasium zu kommen, wie der Sohn eines Facharbeiters mit der gleichen Kompetenz. Weltweit können wir sehen, dass gute und schwache Schüler sich gegenseitig motivieren können, dass Unterricht in gemischten Klassen viel eher in der Lage ist, auf die individuellen Fähigkeiten der Schüler einzugehen, dass Schüler von Anfang an lernen, selbstständig zu arbeiten, während Lehrer zu Tutoren werden.

(Karl-Martin Hentschel)

Bei uns in Deutschland gilt genau das, was überall in der Welt erfolgreich ist, als Gleichmacherei.

Man kann Statistiken hier hin und her zitieren. Aber Tatsache ist, dass die Länder, die bei PISA am besten abgeschnitten haben, alle ein Schulsystem haben, in dem die Kinder neun Jahre lang gemeinsam unterrichtet werden.

(Zuruf von der CDU: In Österreich nicht!)

- Österreich ist nicht unter den ersten zehn Ländern. Aber Österreich hat ein zweigliedriges Schulsystem, wo 60 % der Schüler zusammen in einer Schule sind, und hat keine Hauptschule, in der man das untere Drittel isoliert. Das ist der große Unterschied zwischen Österreich und Deutschland.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich habe auch sehr gut in Erinnerung, was der Leiter der finnischen Schulbehörde mir sagte, als ich ihn fragte, warum **Finnland** das dreigliedrige Schulsystem abgeschafft hat. Das war sehr interessant. Er hat nämlich gesagt: „Das dreiteilige Schulsystem war für uns zu teuer. Wir sind ein armes Land.“

Wir haben nachgerechnet, was das bedeutet, wenn wir tatsächlich das finnische System einführen würden. Wir würden allein durch das Einsparen des Sitzbleibens, durch das Zusammenführen der vier Schularten, durch die Änderung der Oberstufe und durch die Verkürzung der Schulzeit insgesamt 20 % der Lehrer freisetzen für zusätzliche Förderungen, für die Einstellung von Schulassistenten in den Grundschulen wie in Finnland, für die Freistellung des letzten Kindergartenjahres, das wir kostenlos machen könnten. Alle diese Ressourcen würden wir mobilisieren, wenn wir ein vernünftiges, rationales Schulsystem einführen würden. Das ist doch eine Riesenchance.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir reflektieren durchaus, dass die **süddeutschen Länder** besser abgeschnitten haben. Ich glaube, es gibt auch Gründe dafür, weil zum Beispiel die Evolution dort besser ist, die Hauptschulen in Bayern noch einen stärkeren Charakter als Gesamtschulen haben, weil ein größerer Anteil der Schüler dort hingeht.

(Lachen bei der CDU)

Wir müssen genau analysieren, was tatsächlich stattfindet. Wir müssen das alles analysieren.

Die internationalen Ergebnisse einfach zu ignorieren, wie es hier vonseiten der Opposition geschieht, als wäre nichts passiert, als hätten wir nichts gemacht, ist unglaublich; dass die internationalen Experten nicht

einmal mehr die Ergebnisse vorstellen dürfen, weil die Kultusministerkonferenz sie nicht wahrhaben will - das bedeutet „Augen zu und durch“ -, das ist ein Verbrechen an den Kindern in Deutschland.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Wir brauchen nicht nur eine Systemdiskussion, wir brauchen vieles mehr: frühkindliche Förderung, Deutschausbildung im Kindergarten, Einstellung von Schulassistentinnen und -assistenten, die Einführung von Oberstufenzentren, die ganztägige Öffnung von Schulen, die Weiterentwicklung der Autonomie der Schulen als ganz zentrales Element, damit die Schulen sich selbst verbessern. All das gehört zu einer Besserung dazu, all das hat die Ministerin angefangen. In diesen Punkten ist Schleswig-Holstein in den letzten drei Jahren vorangegangen.

Wenn jetzt die Opposition der Ministerin vorwirft - man muss das einmal hören -, dass sie sagt, wir müssen unser eigenes System kritisch betrachten, wir haben schlecht abgeschnitten in Deutschland, wir müssen Konsequenzen daraus ziehen, und die Opposition stattdessen sagt, wir müssen überhaupt nichts lernen, machen wir doch die Augen und Ohren zu und machen wir weiter so wie bisher, dann sage ich Ihnen: Damit werden Sie nicht durchkommen, meine Damen und Herren!

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Herr Abgeordneter Hentschel, Ihre Zeit ist um.

Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Ich komme zum Schluss, Herr Präsident.

Wir werden die Debatte um die Veränderung des Schulsystems auch in diesem Landtagswahlkampf führen, weil es für die Kinder in diesem Land notwendig ist. Wenn Sie diese Debatte verweigern, dann werden Sie diese Wahl bombastisch verlieren. Das kann ich Ihnen garantieren.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Ich erteile der Frau Ministerin Erdsiek-Rave das Wort.

Ute Erdsiek-Rave, Ministerin für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Kultur:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Der OECD-Bericht umfasst ungefähr 500 Seiten. Noch bevor er überhaupt veröffentlicht war, waren die Schlagzeilen schon formuliert: „Die nächste Fünf fürs Bildungssystem“, „Klippschule Deutschland“, „Bildung braucht Nachhilfe“. Dabei ist klar, der Bericht greift im Teil „Schule“ nicht auf neue Erkenntnisse zurück, sondern berücksichtigt PISA und IGLU und alle Daten sind drei beziehungsweise ein Jahr alt. Die Ergebnisse haben zu weitreichenden **Veränderungen in der Bildungspolitik** geführt. Wir in Schleswig-Holstein haben unsere Hausaufgaben gemacht. Wir haben die Bildungsausgaben erhöht, allein in den letzten Jahren von 2000 bis 2004 im Schulbereich um 8 %. Wir haben Standards und Vergleichsarbeiten eingeführt, den Unterrichtsausfall halbiert, Ressourcen in die Grundschule verlagert, die Lehrerbildung reformiert, den Schul-TÜV eingeführt, einen Bildungsauftrag für Kitas formuliert: alles Veränderungen und Reformen, auf die die Opposition mit immer demselben Reflex reagiert.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Es ist wirklich absurd. Und das, obwohl andere Bundesländer unsere Konzepte, etwa der Sprachförderung in den Kitas oder der schulischen Evaluation im Team - Schul-TÜV -, nachfragen und nachmachen. Ein jüngstes Beispiel, Frau Eisenberg: Bildungsauftrag für Kitas viel zu spät, viel zu schlecht, nur ein Anfang. Ich sage Ihnen, wir gehören zur ersten Hälfte der Länder, die das überhaupt machen. Das erarbeitet man mit Experten und allen Beteiligten. Frau Eisenberg, Sie haben keine Ahnung, wie Regierungsarbeit funktioniert.

Meine Damen und Herren, messbare, nachweisbare Erfolge all dieser Reformen wird es so schnell nicht geben. Das sage ich Ihnen auch. Im Dezember kommt die neue PISA-Studie und ich vermute, Herr Schleicher hat die Ergebnisse schon ein bisschen vorweggenommen: Es wird noch keine messbare Veränderung geben. Veränderungen brauchen Zeit. Trotzdem, die Schulen sind enorm in Bewegung gekommen, übrigens machen die Lehrerinnen und Lehrer dabei mit.

Es gab nach PISA viel Gemeinsamkeit in der **KMK**, der viel gescholtenen, aber einer der zentralen und gravierenden Befunde, den uns die OECD noch einmal bestätigt hat, spielt in der Debatte bisher die geringste Rolle und das finde ich schon irritierend. Sie in der Opposition haben überhaupt keine Antwort

darauf, Sie reden hier kleinkariert herum. Das muss ich wirklich sagen, Herr de Jager. Sie haben keine Antwort auf die Frage, dass **Bildung** nirgends so sehr mit dem **sozialen Status** zusammenhängt wie in Deutschland. Ich behaupte, dieser Befund wurde lange und vor allem immer noch deshalb ausgeblendet, weil er das System selbst ins Mark trifft.

Unser Bildungssystem mit seiner frühen **Selektion** verfestigt den fatalen sozialen Zusammenhang, es schöpft Begabungen nicht aus sozusagen an den Enden und es ist schlicht und einfach ungerecht. Wir schaffen damit auch nicht die breite Qualifikation und den Umfang an Spitzenleistungen, um uns in Deutschland international konkurrenzfähig zu halten. Im Gegenteil, wenn wir so weitermachen, wenn wir nicht bereit sind, einmal über diesen ideologischen Graben zu springen und unser System grundlegend infrage zu stellen und von Grund auf zu verändern, dann werden alle Reformen nicht ausreichen, auch dann nicht, wenn wir die Investitionen noch weiter steigern und Inhalte des Bildungssystems umverteilen. Dass dies notwendig ist, bestreitet ja niemand.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Wir haben einen Vorschlag für **längeres gemeinsames Lernen** vorgelegt, eine Schule für alle. Das bedeutet, dass wir uns endlich davon verabschieden, Selektion zur Quintessenz des Schulsystems zu machen. Das bedeutet, dass wir nicht mehr überlegen, welcher Schüler zu dieser oder jener Schulform passt, dass wir also die Schüler mit spätestens zehn Jahren oder sogar schon früher standardisieren und klassifizieren nach dem Motto: „In welchem Rahmen, in welches System passt das Kind?“. Nein, wir werden dieses Umdenken nicht im Handstreich erreichen. Wir werden es vor allem nur dann erreichen, wenn wir uns von manchen falschen Vorstellungen trennen. Gemeinsames Lernen heißt nämlich nicht, dass der überforderte Hauptschüler neben dem unterforderten Gymnasiasten sitzt und am Ende alle die Hochschulreife erlangen, auch wenn Sie dieses Gespenst noch so gebetsmühlenartig beschwören. Gemeinsames Lernen heißt, dass wir uns verabschieden von einer Didaktik, von einer Methodik und Unterrichtsform, die Lernen und Lehren stets vom Lehrer aus denkt, ob als Frontalunterricht oder als fragend entwickelnder Unterricht.

Unser Ziel muss ein Unterricht und ein Lernen sein, das wie in den Ländern, die bei PISA gut abgeschnitten haben, vom Schüler aus gedacht wird. Dass es auch in diesen Ländern Probleme gibt, bestreitet doch niemand, bestreiten nicht einmal die Finnen oder Dänen selbst. Niemand kommt aber auf den Gedan-

(Ministerin Ute Erdsiek-Rave)

ken, das System, das man umgestellt hat, wieder infrage zu stellen.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Meine Damen und Herren, die Bildung jedes Einzelnen liegt im Interesse aller. Das muss der Grundsatz sein und das ist der entscheidende Grundsatz für mehr Bildungsgerechtigkeit. Auf jedes Kind kommt es an, nicht auf das Dogma der Schulform. Schulformen sind kein Selbstzweck. Ich sage das hier noch einmal.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Sie geben den Rahmen für pädagogisches Handeln vor. Wenn man einsehen muss, dass dieser Rahmen nichts mehr taugt, dann ist es an der Zeit, ihn zu verändern. Wenn Sie sich einmal ohne Vorbehalte, ohne diesen ideologischen eisernen Vorhang, den Sie im Kopf haben, auf diese Diskussion einlassen und wirklich einsehen würden, wie deplatziert und falsch Ihre Unterstellung von Einheitsbrei, Einheitstempo und Einheitsschule ist, dann würden Sie erkennen: Es ist ein anderes Konzept von Schule und Lernen, auf das wir schrittweise zuarbeiten wollen.

(Glocke des Präsidenten)

- Herr Präsident, ich komme zum Schluss.

Es kommt allen zugute, den schwächeren und den stärkeren Schülerinnen und Schülern. Das hebt, wie wir aus Schweden und Finnland wissen, das Niveau aller. Die Guten bleiben dabei keineswegs auf der Strecke. Herr de Jager, im Gegensatz zu Ihnen haben wir Visionen und ich rate Ihnen, lesen Sie einmal nach, was Herr Eckinger am 16. September in Berlin gesagt hat, der Vorsitzende des VBE. Er hat genau den Finger in diese Wunde gelegt. Aber all diese Argumente nehmen Sie mit Ihrer Ignoranz nicht zur Kenntnis.

(Anhaltender Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie Beifall beim SSW)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Ich erteile der Frau Abgeordneten Spoorendonk das Wort.

Anke Spoorendonk [SSW]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ein paar Bemerkungen muss ich doch noch einmal aufgreifen. Richtig ist natürlich, dass sich die OECD-Studie nicht mit den neuesten Zahlen im Bildungsreich auseinander setzt. Das ist aber auch nicht die

Pointe. Die Pointe ist, dass sich im bundesdeutschen Schulsystem seit über 20 Jahren nichts verändert hat. Das heißt, dass wir auf der einen Seite sagen, wir befänden uns auf dem Weg in die Wissensgesellschaft, und auf der anderen Seite in Grundzügen eine Schulstruktur haben, die über 100 Jahre alt ist und seither nicht geändert worden ist.

Zweite Bemerkung. Wenn der Kollege Klug sagt, nördlich der Grenze sei auch nicht alles in Ordnung, dort gebe es auch kein Paradies auf Erden, so bin ich die Erste, die das ebenfalls sagt. Lieber Kollege Klug, in jeder Debatte über Schulstrukturen habe ich gesagt: **Schulstrukturen** sind nicht zum Selbstzweck da, sie erfüllen einen Zweck; wenn sie diesen Zweck nicht mehr erfüllen, muss man sie ändern, muss man sie abschaffen.

(Sylvia Eisenberg [CDU]: Muss man sie verbessern!)

- Liebe Kollegin Eisenberg, nördlich der Grenze steht man quer durch alle Parteien und in allen gesellschaftlichen Gruppen dazu, dass man eine Schule für alle benötigt.

(Dr. Ekkehard Klug [FDP]: Die Ergebnisse sind auch nicht besser als bei uns!)

- Lieber Kollege Klug, Sie haben es nicht verstanden. Wenn man eine gemeinsame, ungeteilte Schule hat, fragt man: Wo ist das Problem? Wie wollen wir das Problem lösen? Und dann zieht man an einem Strang.

Die dänische Bildungsministerin, Ulla Tørnæs, hat gefragt: Wie wollen wir das soziale Erbe brechen? Das heißt, alle Schulen haben jetzt gemeinsam den Auftrag, damit zu arbeiten. Das wird nicht durch alle Schularten dekliniert.

Man muss also nicht nur Software verlangen, sondern auch Hardware, man muss wissen, womit man sich beschäftigt.

Dritte Bemerkung. Lieber Kollege Hay,

(Lothar Hay [SPD]: Danke!)

wenn der SSW seit Jahren sagt, ein erster Schritt in Richtung **ungeteilte Schule** sei die Einführung einer sechsjährigen Grundschule, so saugen wir uns das natürlich nicht aus den Fingern. Vielmehr gibt es Lehrer aus dem öffentlichen Schulwesen, die unserer Meinung sind, es gibt Eltern, es gibt Gruppen, die unsere Auffassung teilen. Wir sagen: Uns muss ein Einstieg gelingen. Wir können natürlich die Hürde so hoch hängen, dass wir jahrelang mühelos darunter hinweg laufen können. Wir wollen aber den Einstieg und wir wollen ihn jetzt.

(Anke Spoorendonk)

Um das noch einmal ganz konkret zu formulieren: Wir wollen mit unserem Gesetzentwurf den Einstieg in eine **sechsjährige Grundschule** erreichen, zunächst einmal freiwillig dort, wo man das vor Ort will. Ich kann hinzufügen: Die Diskussion in der **Stadt Fehmarn** bestätigt genau diese Richtung. Mit einer Öffnung im Schulgesetz würde man der Gemeinde Fehmarn helfen, die Schulen zu erhalten und die Schulen vor Ort weiterzuentwickeln. Wie dies im Einzelnen aussehen könnte, zeigen die dänischen Schulen im Landesteil Schleswig.

Man braucht aus unserer Sicht nicht nach Finnland zu reisen, man kann das Geld getrost für etwas Besseres ausgeben. Gerade mit Blick auf die Fußangeln, die der Föderalismus und die Beschlüsse der Kultusministerkonferenz für die Abkehr vom gegliederten Schulsystem gelegt haben, ist es aus unserer Sicht viel wichtiger, sich dort zu informieren, wo die ungeteilte Schule schon gelebt wird, in Eckernförde zum Beispiel, in Husum und demnächst auch in Leck und in Süderbrarup. Dann wird man nämlich begreifen, dass die Einführung einer sechsjährigen Grundschule gerade auch dazu geeignet ist, die kleinen Schulen im **ländlichen Raum** zu erhalten. Auch das, denke ich, darf nicht hinter herunterfallen.

Lieber Herr Kollege de Jager, damit meine ich konkret, dass Sie sich wirklich auf dem Holzweg befinden, wenn Sie meinen, dass die kleinen Schulen im ländlichen Raum durch eine Neuordnung des Schulsystems in Gefahr gerieten.

(Lothar Hay [SPD]: Das Gegenteil ist der Fall!)

Genau das Gegenteil ist der Fall.

(Beifall des Abgeordneten Lars Harms [SSW])

Es ist, wenn man so will, auch eine Konsequenz aus der OECD-Studie, dass wir nicht nur aus übergeordneten bildungspolitischen, sondern auch aus handfesten regionalen Gründen eine neue Schulstruktur benötigen. Wir müssen auch fragen, wie sich die kleinen Schulen weiterentwickeln können. Das können sie nur, indem sie die Möglichkeit erhalten, bis zur sechsten Klasse vor Ort zu agieren.

Ich fasse zusammen: Mit einer ungeteilten Schule, mit einem Einstieg in die ungeteilte Schule würden wir verstärkt Ressourcen für die Herausforderungen der Wissensgesellschaft freimachen.

(Glocke des Präsidenten)

Wir würden schneller und flexibler auf Veränderungen reagieren können und wir hätten die Chance, eine

für Schleswig-Holstein maßgeschneiderte Schullandschaft zu bekommen.

Dies sind gute Gründe. Lasst uns anfangen!

(Beifall beim SSW und des Abgeordneten Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Präsident Heinz-Werner Arens:

Ich erteile dem Herrn Abgeordneten Weber das Wort.

Jürgen Weber [SPD]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Erlauben Sie mir, aus der Präsentation von Herrn Schleicher einen Satz zu zitieren. Er sagte: Ohne Daten sind Sie nur noch jemand mit einer Meinung. Ich konzidiere gern: Eine Meinung haben Sie in der Tat, nur die Daten sind nicht auf Ihrer Seite. Das ist das generelle Problem der Opposition in dieser Debatte.

Ich möchte noch ein paar Anmerkungen zu den Argumenten machen, die hier vorgetragen worden sind.

(Uwe Eichelberg [CDU]: Fakten!)

- Das fängt bei den Fakten, schon bei den historischen Fakten an. Wenn Unsinn erzählt und gesagt wird, wir hätten die Vorschule abgeschafft, wo doch bereits 1978 die Landesregierung, die damals keineswegs von uns gestellt worden ist, den Ausbau der Vorschule gestoppt und zurückgeführt hat, so hat das auch mit Fakten zu tun. Ich finde, man sollte sich ein wenig informieren, bevor man in einer Debatte solche Dinge erzählt.

(Beifall bei SPD und SSW - Zurufe von der FDP)

Meine Damen und Herren, ein Stichwort will ich gern aufgreifen, nämlich die Weiterentwicklung des **gegliederten Schulsystems**. Wenn es denn so wäre, dass wir eine solche Weiterentwicklung entdecken könnten, dann könnte man über die Frage nachdenken, welche Effekte und welche Ergebnisse dies zeitigte. Nur, das findet gar nicht statt. Wo findet so etwas statt? Wenn in der CDU selbst über die Frage nachgedacht wird, ob man vielleicht bei **Kooperationen** zwischen **Hauptschulen** und **Realschulen** ein bisschen mutiger sein könnte, gibt es ein gewisses öffentliches Gewitter und schon tritt man den Canosagang zum Verband der Realschullehrer an. Wo bleibt denn dabei die Bereitschaft, auch nur innerhalb des Systems über Veränderungen nachzudenken? Ich kann sie überhaupt nicht entdecken.

(Jürgen Weber)

Das Gute an dem jetzigen **OECD-Bericht** ist nicht, dass er neue Dinge auf den Punkt bringt, die wir noch nicht wissen, sondern das Gute ist, dass er noch einmal unterstreicht und damit alle Zweifel daran beiseite wischt, dass es kein Problem von Methodik oder von organisatorischen Mängeln ist, das man sozusagen über PISA und über IGLU legen kann, sondern es ist eindeutig klargestellt: Es gibt kein Problem von Methoden oder Samples von PISA; es gibt ein strukturelles Problem unseres Schulsystems. Dass dies nicht nur die Politik, sondern auch Teile der Gesellschaft erreicht hat, sehen wir an allen Diskussionen, die wir führen, das sehen wir in vielen Bereichen, auch in der Wirtschaft.

Einen Aspekt, der heute Morgen noch nicht im Fokus gestanden hat, der aber im OECD-Bericht auch eine wichtige Rolle spielt, möchte ich noch beleuchten. Das ist der tertiäre Bildungsbereich der **Hochschulen**. Dass wir in Deutschland zu wenig Hochschulabsolventen haben, dürfte in diesem Raum von niemandem bestritten werden. Dass die Zahlen noch dramatischer sind, als wir ursprünglich gedacht haben, ist jetzt manifest geworden. Im OECD-Schnitt erreichen 32 % der jungen Menschen einen Hochschulabschluss, in Deutschland ganze 19 %.

Wenn ich mir die Reaktionen der Politik hierauf ansehe, dann sage ich nur: Ich habe den Eindruck, dass aus Teilen der Politik heraus diese Problemlage eher noch verschärft werden soll. Denn wenn die **Schülerzahlen** zurückgehen, so wird dies irgendwann auch die Hochschulen erreichen. Dennoch gibt es eine starke Auffassung aus der Opposition heraus, **Studiengebühren** einzuführen. Es gibt seitens der CDU einen Angriff auf ein darlehensfreies BAföG, es gibt den Angriff auf das Abitur als alleinige Hochschulzugangsberechtigung und Ähnliches mehr. Hier gibt es also eine Politik, die das Problem der Hochschulen weiter verschärfen wird und nicht abbaut. Das bedeutet ein Stück weit, die Augen vor dem Problem zu verschließen. Das können wir nicht akzeptieren.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Erlauben Sie mir noch ein paar Worte in Richtung SSW. Verehrte Kollegin Spoorendonk, wir sollten den Eindruck vermeiden, man könne einen Wandel in der Schulpolitik per Knopfdruck oder dadurch erreichen, dass man einfach einen Hebel umlegt. - Das will ich Ihnen auch nicht unterstellen. Aber zu glauben, man könne kurzfristig noch in dieser Legislaturperiode Strukturen verändern, ist unserer Auffassung nach daneben.

Ich will hinzufügen: Mir ist übrigens auch nicht bekannt, dass es beispielsweise irgendwo in **Skandinavien** ein Modell einer sechsjährigen Grundschule gibt. Wir würden also einen neuen zusätzlichen Sonderweg beschreiten, den wir so nicht wollen.

(Widerspruch beim SSW)

Wir wollen eine kontinuierliche Entwicklung auf ein längeres gemeinsames Lernen hin mit dem Ziel, bis zum Ende der **Sekundarstufe I** ein gemeinsames Lernen zu ermöglichen.

(Anke Spoorendonk [SSW]: Das ist das, was man jetzt machen kann, lieber Kollege!)

- Nein, ich will das noch einmal deutlich sagen: Das ist etwas, was sozusagen von einer kontinuierlichen Entwicklung wegführt und unseres Erachtens nicht zielführend ist.

(Glocke des Präsidenten)

Herr Präsident, ich formuliere meinen letzten Satz. Die Erfahrungen aus Skandinavien sind in einer anderen Hinsicht auch noch hilfreich, nicht nur im Hinblick auf die Ergebnisse zur Schulform, sondern auch, wie es gelingen kann, im politischen Raum einen breiten Konsens für eine bessere Schule herzustellen. Es ist völlig unvorstellbar, dass sozusagen das politische Lager von ganz links bis ganz rechts - -

(Glocke des Präsidenten)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Herr Abgeordneter, Sie hatten Ihren letzten Satz bereits formuliert!

Jürgen Weber [SPD]:

Ich war zwar noch bei einem letzten Komma, aber ich möchte die Gelegenheit nutzen, hier meine Rede zu beenden. Ich möchte der Hoffnung Ausdruck geben, dass wir es wie in Skandinavien schaffen, dass alle politischen Kräfte gemeinsam an „einer Schule für alle“ mitwirken.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Ich erteile Frau Abgeordneter Eisenberg das Wort.

Sylvia Eisenberg [CDU]:

Herr Landtagspräsident! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Ich behaupte noch einmal: Wir brauchen

(Sylvia Eisenberg)

kein anderes Schulsystem, sondern eine Verbesserung der Qualität unserer Schulen.

(Vereinzelter Beifall bei der CDU)

- Gemach, gemacht!

„Eine vordergründige Konzentration auf die skandinavischen Länder und auf Schulsysteme führen uns nicht weiter, vielmehr ist auf Unterrichtsmethodik, Organisation des Schulalltages, Aus- und Fortbildung der Lehrer und zur Verfügung stehende Lernzeit abzustellen.“

So, meine Damen und Herren, Frau Erdsiek-Rave noch im Februar 2002 vor dem Europaausschuss des Landtages und in sämtlichen Landtagsreden - bis zum März 2004. Ich habe dem nichts hinzuzufügen. Jetzt plötzlich aber springt unsere Kultusministerin auf den Zug „eine Schule für alle“ auf, „Hamburger Abendblatt“ vom 21. September 2004. Wie ist eigentlich dieser Wandel zu erklären? - Jedenfalls nicht mit der veröffentlichten OECD-Studie. Denn diese Zahlen - das ist hier mehrfach gesagt worden - fußen auf statistischen Erhebungen der Jahre 2001 und 2002 und bringen auch im Verhältnis zu den PISA-Ergebnissen der Jahre 2001/02 keine wirklich neuen Ergebnisse. Deshalb, Frau Erdsiek-Rave, ist eine Rolle rückwärts, wie Sie sie gerade gemacht haben, hinein in die Strukturdebatte der 70er-Jahre überhaupt nicht angebracht und sachlich nicht notwendig. Sie ist auch deswegen nicht erforderlich, da selbst PISA-Koordinator Jürgen Baumert erklärt, dass sich keine belastbaren Ergebnisse aus der PISA-Studie für eine **Änderung der Schulstruktur** herleiten lassen, ebenso wenig wie aus der OECD-Studie. Ich zitiere: „PISA-Studie und OECD-Zahlen untermauern Forderungen nach einem Gesamtschulsystem nicht.“ - Nachzulesen im „Focus“ vom 20. September 2004.

Das zentrale Ergebnis der PISA-Untersuchung ist, dass wir die **Qualität** von Schulen verbessern müssen, nicht, dass wir irgendwelche Schulsysteme verändern müssen.

Warum, Frau Erdsiek-Rave, beginnen Sie jetzt eine Schulstrukturdebatte, die unnötig ist wie ein Kropf? Unnötig ist sie deshalb, weil eine Debatte über die Schulstruktur die notwendigen inhaltlichen Veränderungen auf den Sankt-Nimmerleins-Tag verschiebt. Aber vielleicht, Frau Erdsiek-Rave, sind auch Sie der Auffassung, dass Ihre Reformbemühungen zu spät und zu halbherzig sind, Ihre so genannten Rahmenvereinbarungen und Leitlinien unverbindlich sind und nicht zum gewünschten Erfolg führen werden. Dann allerdings erklärt sich der Sinneswandel hin zu einer Gesamt- und Einheitsschule.

Was wir an unseren Schulen brauchen, ist eine **Qualitätsoffensive**, eine konsequente **Förderung** bereits vom Kindergartenalter an, eine Förderung der Schwachen und Starken - da hatten wir mal Konsens -, die Durchlässigkeit zwischen den Schularten, eine Vergleichbarkeit der Leistungen und Ergebnisse aufgrund verbindlicher Bildungsstandards und externer Überprüfung. Wir brauchen eine Unterrichtsversorgung, die sich zumindest am Durchschnitt der Länder orientiert und ein Schulsystem, das den unterschiedlichen Begabungen und Leistungen der Kinder und Jugendlichen gerecht wird. Wir brauchen auch motivierte Lehrkräfte, die sich wieder auf ihre eigentliche Aufgabe, den Unterricht, konzentrieren können und nicht im bürokratischen Hickhack ihre Kraft verbrauchen. Und, Frau Erdsiek-Rave, wir brauchen Verlässlichkeit in der Bildungspolitik.

(Unruhe)

Was wir nicht brauchen, ist ein Schulsystem, das Grund-, Haupt-, Realschüler, Gymnasiasten und Sonderschüler über einen Kamm schert, das Begabungen, Fähigkeiten und Leistungen nicht berücksichtigt - -

(Anhaltende Unruhe - Glocke des Präsidenten)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Frau Abgeordnete, einen Moment bitte, ich muss Sie einmal unterbrechen. - Meine Damen und Herren, ein kommunikatives Parlament ist eine schöne Sache, aber Schwatzaftigkeit zähle ich nicht unbedingt dazu.

(Vereinzelter Beifall)

Sylvia Eisenberg [CDU]:

Wir brauchen auch keine Kultusministerin, die als Zielsetzung die neuerdings zwangsweise **Zusammenführung der Haupt-, Realschüler und Gymnasiasten** ohne ersichtlichen Grund zu ihrem Ziel erklärt.

Ein Grund könnte darin liegen, dass sie den linken Ideologen ihrer Partei jetzt Folge leistet, um damit möglicherweise die anerkannten - auch in PISA anerkannten - Leistungen unserer Gymnasien und Realschulen wieder zu nivellieren. Wir brauchen auch keine Kultusministerin, die unsere Kinder wider besseres Wissen - ich erinnere noch einmal an das Zitat von Jürgen Baumert - zu Versuchskaninchen

(Glocke des Präsidenten)

für ihre bildungspolitischen Ziele und für ihre Wahlkampfführung ausersieht. Machen Sie erst einmal

(Sylvia Eisenberg)

Ihre Hausaufgaben, Frau Erdsiek-Rave, dann sprechen wir uns wieder!

(Beifall bei CDU und FDP)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Ich erteile Herrn Abgeordneten Kubicki das Wort.

Wolfgang Kubicki [FDP]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich habe den Mut gefasst, mich in einer Bildungsdebatte zu Wort zu melden, weil ich bei dem Beitrag des Kollegen Hentschel festgestellt habe, dass ich davon mindestens genauso viel verstehe wie er.

(Beifall bei der FDP)

Ich bin wirklich begeistert, wenn man der Debatte folgt - das mache nicht nur ich, sondern das tun auch viele Interessierte außerhalb -, wie schnell wir doch mit Erklärungen parat sind. Kollege Hentschel fordert zu Recht, wir müssen in Ruhe analysieren. Aber das Ergebnis der Analyse steht bereits fest, nämlich: Wir brauchen eine Schulformdebatte und eine möglichst langjährige Einheitsschule für alle. Für den SSW stand das sowieso schon immer fest.

(Angelika Birk [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Wir beschäftigen uns ein bisschen länger mit dem Thema als Sie, Herr Kubicki!)

- Frau Birk, das Ergebnis Ihrer **Einheitsschule** kann ich jedes Mal zur Kenntnis nehmen, wenn Sie sich zu Wort melden.

(Beifall bei der FDP)

Zunächst einmal geht es darum, dass wir Fakten zur Kenntnis nehmen. Gelegentlich muss man nach oben zum Rednerpult kommen und widersprechen, wenn hier einfach Behauptungen in den Raum hinein gestreut werden, denn die Leute denken sonst, es ist alles wahr, was die Grünen erzählen. Die Behauptung des Kollegen Hentschel, **Österreich** liege nicht unter den ersten Zehn bei der PISA-Studie, wird durch die amtlichen Erklärungen widerlegt. Beim Leseverhalten liegt Österreich auf Platz 10, bei den Naturwissenschaften liegt Österreich, Herr Kollege Hentschel, auf dem Platz 8. Viel spannender ist aber: Wäre **Bayern** ein eigenes Land, dann würde Bayern beim Lesen zwischen Schweden und Österreich liegen, Bayern läge jedenfalls immer unter den ersten Zehn, und bei den Naturwissenschaften läge es zwischen Schweden und Baden-Württemberg, jedenfalls auch deutlich über dem OECD-Durchschnitt. Wo Schleswig-

Holstein liegt, will ich gar nicht sagen, jedenfalls ziemlich weit unten.

(Martin Kayenburg [CDU]: So weit können Sie gar nicht zählen!)

Da **Bayern** die stärkste **Differenzierung** hat, müssen wir jetzt die Frage beantworten: Wollen wir alle das bayerische Modell haben, da die starke Differenzierung offenbar zu solchen Ergebnissen führt? - Das kann es doch wohl nicht sein. Also müssen wir uns doch ernsthaft fragen, was hinter diesen Ergebnissen steckt. Was ist eigentlich das Ergebnis, was uns PISA und was uns die OECD berichten, das, was wir uns in den letzten zehn bis fünfzehn Jahren hier im Haus als Inhalt von Bildungspolitik vorgestellt haben? Haben wir nicht Debatten geführt - ich kann mich erinnern, Herr Kollege Klug, dem ich immer sehr genau zuhören, hat die Frage auch schon einmal gestellt -: Ist denn die Wissensvermittlung nur nachrangig gegenüber der Vermittlung von sozialer Kompetenz? Was wird denn hier abgefragt? - Wissensvermittlung. Wollen wir uns diesen Standards eigentlich annähern, die andere aufstellen? - Wenn wir Ja sagen, müssen wir den Inhalt des Unterrichts in Deutschland ändern, und zwar egal in welcher Schulform.

(Zuruf der Abgeordneten Anke Spoorendonk [SSW])

- Liebe Anke, die **Finnen** haben eine **Einheitsschule**, das weißt du ganz genau, das wissen Sie ganz genau, Frau Abgeordnete Spoorendonk, weil sie ein riesiges Flächenland sind mit einer geringen Bevölkerungsdichte und man dort den Unterricht auf dem Land gar nicht anders organisieren kann. Dort könnte man das differenzierte System gar nicht aufbauen, sonst hätte man für jede Schulart nur ein oder zwei Leute.

(Beifall bei der FDP und vereinzelt bei der CDU)

Die Finnen haben überwiegend ganz kleine Schulen, 60 Schüler in einer Schule. Das sind Dinge, die können wir uns hier nur wünschen.

Wenn wir uns **Großbritannien** angucken, Kollege Weber, müssen wir uns fragen: Wollen wir diese Art der Differenzierung, die in Großbritannien vorhanden ist, wo 8 % der Schüler auf **private Eliteschulen** gehen, wo man bis zu 30.000 € pro Jahr zahlen muss und dafür auch entsprechende Ergebnisse erwarten kann? Wollen wir diese Form der sozialen Differenzierung auch in Deutschland, indem wir eine Einheitsschule propagieren und anschließend diejenigen, die aus reichen Elternhäusern kommen, die es sich leisten können, das zu organisieren, ihre Kinder in

(Wolfgang Kubicki)

Privatschulen schicken? Wollen wir das? - Doch wohl nicht.

Wenn wir es mit einer genaueren Analyse ernst meinen, dann sollten wir das tun. Wir sollten dann aber jetzt keine Schulformdebatte beginnen, wie sie Sozialdemokraten, Grüne und SSW möglicherweise wollen. Wir haben keine Angst davor. Wenn wir jetzt im Wahlkampf so eine Schuldebatte führen wollen, dann müssen mir die Sozialdemokraten erklären, warum - wie im Grundsatzprogramm von Clement und anderen vorformuliert - von einer zu organisierenden **Eliteschule** gesprochen wird. Sie müssen mir erklären, warum Peer Steinbrück sagt, wir brauchen in Nordrhein-Westfalen eine Landschaft mit Eliteschulen. Sie müssen mir erklären, warum Eliteuniversitäten gegründet werden sollen und warum Frau Bulmahn jetzt sogar dafür Geld herausschmeißt, um Eliteuniversitäten finanziell zu fördern. Meine Bitte ist die: Nehmen wir Emotionen heraus. Wir sollten nicht wieder in die alten Schützengräben zurückkehren, die wir in der Vergangenheit hatten.

(Lothar Hay [SPD]: Bildung hat auch etwas mit Emotionen zu tun, Herr Kollege!)

- Lothar Hay, ob 13 % des Unterrichts im gegliederten Schulsystem oder bei Einheitsschulen ausfallen, ist völlig egal. Die Leute erhalten 13 % weniger Unterricht. Das ist keine Frage der Schulform!

(Beifall bei der FDP - Lothar Hay [SPD]: Sie haben von Emotionen gesprochen!)

- Erklären Sie doch, warum Schleswig-Holstein nach 17 Jahren rot-grüner Regierung bei der PISA-Studie im Vergleich so weit unten steht. Das ist das Ergebnis eurer Bildungspolitik!

(Beifall bei FDP und CDU)

Das kommt nicht von George Bush und das kommt nicht von der Schulform, denn die **Schulform** unterscheidet sich nicht von der in Bayern. Die Bayern stehen im Vergleich mit Schleswig-Holstein deutlich besser da. Ich führe diese Debatte gern. Das Versagen der schleswig-holsteinischen Schulpolitik ist offenkundig. Es hat aber nichts mit der Schulform zu tun, sondern vielmehr mit der Bildungspolitik, die diese Regierung zu verantworten hat.

(Beifall bei FDP und CDU)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Ich erteile Frau Abgeordneter Birk das Wort.

Angelika Birk [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrter Herr Präsident! Das, was die Opposition hier hervorbringt, überzeugt überhaupt nicht. Sie nimmt nicht zur Kenntnis, dass die **Abiturientenquote** in **Bayern** bundesweit am niedrigsten ist. Die bayerischen Hochschulen wären ohne den Zufluss von außen völlig aufgeschmissen. Die Opposition nimmt auch nicht zur Kenntnis, dass die **Entmischung** der Hauptschulen in Bayern tatsächlich weniger stattgefunden hat als in den anderen Bundesländern. Herr Kubicki, man muss sich differenziert mit den Sachverhalten beschäftigen. Es nützt nichts, nur die Überschriften zu lesen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich möchte an dieser Stelle noch einmal auf die Kollegin Eisenberg eingehen. Frau Eisenberg, innere und äußere Schulreformen haben etwas miteinander zu tun. Die Bildungsministerin in Schleswig-Holstein hat mit vielen inneren Schulreformen begonnen. Irgendwann hat sie in der öffentlichen Debatte - aber auch anhand der Erfahrungen - gemerkt, wo die Grenzen sind. Wir sind nicht bereit, die Oppositionsgrenzen mit ihren Scheuklappen zu akzeptieren.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Sie wollen nur eine **innere Schulreform**. Wenn Sie aus inneren Reformen heraus merken, dass der innere Prozess in sich widersprüchlich wird, dann stellen sich Fragen: Wie wollen Sie mündige Lehrerinnen und Lehrer erleben und mündige Schülerinnen und Schüler erziehen, wenn es zu wenig Autonomie gibt und wenn die Botschaft sowohl für Lehrerinnen und Lehrer als auch für Schülerinnen und Schüler lautet: „Wenn du für diese Schule nicht taugst, dann gibt es immer noch ein System darunter, auf das du abgeschoben werden kannst“? Das ist ein Widerspruch, auch für die innere Organisation und die Botschaft der Pädagogik. Da müssen wir ansetzen. Insofern hängen innere und äußere Schulreformen zusammen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich komme nun zu einem Thema, bei dem uns auch die Kultusministerkonferenz Schranken gesetzt hat, weil dort konservative Mehrheiten sind. Sie zwingen uns, selbst in den Gesamtschulen nach Leistung orientierte Gruppeneinteilungen vorzunehmen. Im Grunde genommen bedeutet dies eine Schulartenorientierung selbst in der Gesamtschule. Das ist der Hemmschuh bei der Weiterentwicklung der **Gesamtschulen**. Insofern müssen wir uns jetzt Wege überlegen, wie wir dazu kommen, den Konsens zu fördern, die Beschlüsse in der Kultusministerkonferenz abzu-

(Angelika Birk)

schaffen und mehr Mut zu mehr Offenheit im Schulsystem zuzulassen.

Zweitens müssen wir uns überlegen, was wir in Schleswig-Holstein tun können, um hier für den Fall, dass dies nicht möglich sein sollte, einerseits mit einer Experimentierklausel den vorgestrigen Normen der KMK zu genügen und andererseits trotzdem schon die ersten Schritte in Richtung eines neuen Schulsystems zu machen. Darüber sollten wir uns Gedanken machen. Hierzu brauchen wir juristischen Sachverstand. Wahrscheinlich brauchen wir aber auch ein bisschen Mut.

Ich sehe mit Freude, dass in **Nordrhein-Westfalen** die Laborschule Bielefeld oder auch die am Herforder Modell zur Autonomie beteiligten Schulen Schritte gemacht haben, die die KMK bisher akzeptiert. Wir haben auch hier in Schleswig-Holstein eine ganze Reihe von neuen Entwicklungen. Die Ministerin hat aufgezählt, welche Entwicklungen sie angeschoben hat. Ein Ergebnis ist beispielsweise, dass in Schleswig-Holstein die Stiftung Bildung in Kiel sagt: Wieso können wir hier nicht mit einem Schulmodell nach finnischem Vorbild anfangen? Das müssen wir ermöglichen!

Ich komme jetzt zu Ihnen, Frau Spoorendonk. Warum sind wir als Grüne zögerlich, Ihr Angebot mit der sechsjährigen Grundschule aufzunehmen? Es klingt auf den ersten Blick ein wenig absurd, aber wir glauben, dass Ihr Vorschlag die Verhältnisse nur zementiert. Nehmen wir an, alle kleinen Grundschulen sagen, wir überwinden unsere Kleinheit, indem wir sechs Schuljahre haben. Wir haben dann mehr Schüler und all die Dinge, die bisher gerechnet wurden, rechnen sich dann. Wenn danach das weiterhin geteilte Schulsystem nicht angegangen wird, dann haben wir trotz der jetzigen Mittel für Ganztagschulen und Sanierung keine richtige Schulentwicklungsdebatte. Wir brauchen aber eine **Schulentwicklungsplanung**, die zukunftsfähig ist. Wenn wir das Thema einfach nur in den strukturschwachen Gebieten angehen, indem wir zwei Jahre an die Grundschulzeit anhängen, dann umgehen wir die Hauptentscheidung und erweisen uns selbst einen Bärendienst. Ich finde, Ihre Argumente sind ernsthaft dahingehend zu prüfen, ob sie der erste Schritt oder nur Notbehelf sind. In dieser Debatte haben Sie mich noch nicht überzeugt.

Denn es kommt hinzu: Wir haben nach der sechsten Klasse Kinder oder Jugendliche in der Pubertät. In dieser Phase werden sie dann in neuen Klassen zusammengestellt. Ob das pädagogisch günstig ist, wenn wir andererseits die Vision einer Schule mit neunjährigem gemeinsamen Lernen vor uns haben, möchte ich infrage stellen. Insofern nehme ich Ihren

Vorschlag sehr ernst, Frau Spoorendonk, aber ich glaube, wir sollten uns nicht mit der sechsjährigen Grundschule verwirren, wenn wir eine wirkliche Reform anschieben wollen. Wir brauchen alle Kraft, um tatsächlich die Dreigliedrigkeit, beziehungsweise die faktische Fünfgliedrigkeit, abzuschaffen. Wir brauchen nicht gleichzeitig ein Nebengleis, das im Grunde genommen allen die Möglichkeit belässt, alles so zu belassen, wie es ist.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und vereinzelt bei der SPD)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Ich erteile Frau Ministerin Erdsiek-Rave das Wort.

Ute Erdsiek-Rave, Ministerin für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Kultur:

Herzlichen Dank, Herr Präsident! Wolfgang Kubicki, si tacuisses, kann ich nur sagen. Was waren das noch für Zeiten, als Wolfgang Kubicki Assistent in der FDP-Fraktion war und Leute wie Neitzel und Hadewig in Schleswig-Holstein mit uns zusammen Bildungspolitik gemacht haben. Die war wirklich um Meilen fortschrittlicher als das, was ich hier heute von der FDP höre.

(Beifall bei der SPD)

Niemand behauptet, dass das System allein die Ursache aller Probleme ist. Das habe ich nie gesagt und das sage ich auch heute nicht. Ich sage aber: Wir müssen erkennen, dass das System ein Teil unseres Problems ist. Liebe Frau Eisenberg, ich denke, Sie werden das irgendwann auch noch lernen. Das bestreitet niemand mehr. Lesen Sie nicht nur das, was Herr Baumert und andere sagen, sondern lesen Sie das, was in der Öffentlichkeit zunehmend diskutiert wird. Hören Sie einmal hin! Ich bin - nicht nur in diesem Land und zu dieser Frage - wirklich viel unterwegs. Ich stelle in der Bevölkerung, in der Wirtschaft und bei den Eltern sehr viel mehr Offenheit in dieser Frage fest, als Sie und manche Bildungsfunktionäre das überhaupt wahrhaben wollen. Zum Glück ist das so.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich will das noch einmal zurück auf den Kern und weg von dem Hickhack um das eine oder andere Problem bringen, wobei das kein Ablenkungsmanöver ist. Ihre Reden waren Ablenkungsmanöver, weil Sie sich mit der Frage, die ich jetzt noch einmal stellen will, gar nicht auseinander setzen. Eine der entscheidenden Fragen, die die Menschen heute bewegt und die einen der Werte darstellt, die die Gesell-

(Ministerin Ute Erdsiek-Rave)

schaft heute zusammenhält, ist die Frage der **Gerechtigkeit** bei der Verteilung der Lasten und bei der Verteilung von **Lebenschancen**. Das ist eine entscheidende Frage. Ergebnis und Analyse sind hier klar: Unser System verteilt Lebenschancen ungleich. Natürlich sind nicht alle Kinder gleich begabt. Aber Begabung ist auch nicht verteilt nach sozialen Schichten. Es gibt keine **Normalverteilung** von Intelligenz in der Bevölkerung, die mit den Einkommensverhältnissen oder den sozialen Hintergründen übereinstimmt. Aber es gibt tief sitzende Mechanismen, es gibt tief sitzende Vorurteile und es gibt sich selbst erfüllende Prophezeiungen. Dem Kind einer allein stehenden Sozialhilfeempfängerin wird von vornherein weniger zugetraut. Es traut sich selbst wenig zu. Es landet in einem Umfeld, das nicht anregt und fördert, und die Erwartung an die Leistungsfähigkeit wird zur sich selbst erfüllenden Prophezeiung.

Ich bin überzeugt - das unterscheidet uns vielleicht -: Unserem Gesellschaftssystem wohnt im Prinzip eine radikale Ungerechtigkeit inne, die immer wieder neu von Politik überwunden werden muss. Dieser Anspruch, diese Messlatte gilt auch für das Bildungssystem. Auf diese Herausforderung wollen wir eine Antwort geben, eine langfristige Antwort. Das **Bildungssystem** muss Leitern bauen und nicht Türen zuschlagen.

(Zuruf von der SPD: Sehr gut!)

Hinter diesem Ziel müssten sich doch eigentlich alle versammeln können. Ich füge hinzu: Die Ideologen und Strukturkonservativen befinden sich auf der Verliererstraße und sind auf Ihrer Seite, Frau Eisenberg, nicht auf unserer. So, wie dies bei Kindergartendiskussionen vor Jahrzehnten war, wie dies bei der Frage der Ganztagschule noch vor wenigen Jahren war, so wird auch bezüglich der Frage des längeren gemeinsamen Unterrichts irgendwann bei Ihnen ankommen, dass das der richtige Weg ist.

(Zuruf von der CDU: Was für ein Unsinn!)

Institutionelle Erstarrung lähmt gesellschaftliche Entwicklung. Das ist das deutsche Problem, das ist ein Teil der deutschen Krankheit und ist in ganz vielen Lebensbereichen, nicht nur im Bildungsbereich, festzustellen: Erst kommt das System, dann kommt das einzelne Kind. - Dreigliedrig für immer! Kaum entsteht eine neue Debatte, entwickelt sich ein gesellschaftlicher Diskurs, geführt von den Betroffenen, den Beteiligten, geführt mit dem Blick über den nationalen Tellerrand hinaus. Da hört man sie wieder, die schlechten Argumente der 70er-Jahre, die ich eigentlich für überwunden gehalten habe: „Gleichmacherei“, „Einheitsschule“ und wie sie alle lauten. Die

sind mit der Zeit nicht besser geworden, Frau Eisenberg!

Erstaunlich finde ich wirklich, dass es immer noch Diskussionsbeiträge unter der Überschrift „Unser bewährtes dreigliedriges Schulsystem“ gibt. - Nein, ich bin davon überzeugt: Dieses System hat sich nicht bewährt.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Ich bin davon überzeugt: Es muss einen Neuanfang geben. Wir haben eine realistische Vision. Ich trete für dieses Ziel ein und ich garantiere Behutsamkeit, Herr Kubicki, auf diesem Weg.

(Zuruf des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [FDP])

Deutschland ist in mehr als einer Hinsicht eine verspätete Nation, meine Damen und Herren, und es wird Zeit, dass unser Bildungssystem im 21. Jahrhundert ankommt. Das wäre der eigentliche PISA-Test.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Ich erteile der Frau Abgeordneten Spoorendonk das Wort.

Anke Spoorendonk [SSW]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Es ist schon interessant zu hören, wie immer wieder davon gesprochen wird, dass alles im Grunde genommen am besten so bleiben soll, wie es ist, dass vergessen wird, dass wir uns heute mit den Ergebnissen der OECD-Studie und davor mit der PISA-Studie beschäftigen, weil wir eben mit den Schulstrukturen, die wir haben, den Anforderungen unserer Zeit und denen der kommenden Jahre nicht gerecht zu werden imstande sind.

Wir führen keine religiöse Debatte, für uns ist es kein Glaubenskrieg. Wir sagen ganz nüchtern: Wenn es darum geht, mehr **Ressourcen** in den Bildungsbereich zu bekommen, muss man sich überlegen, wie man dies erreichen kann. Man kann weiterhin einfach nur Geld hineinpumpen oder man kann fragen, ob das eingesetzte Geld effizient genutzt wird. - Das wird es nicht.

(Beifall bei SSW und SPD)

Darum müssen wir umschichten, müssen wir Effizienzsteigerungen erreichen. Das kann uns nur gelin-

(Anke Spoorendonk)

gen, indem wir sagen: Nicht alles muss durch fünf oder sieben Schularten durchdekliniert werden. Wir müssen **eine Schule** haben, dann können wir differenzieren, lieber Kollege Klug, und dann sortieren wir nicht, dann selektieren wir nicht, sondern differenzieren wir den Unterricht. Das ist der richtige Weg. Das haben uns die skandinavischen Länder nun wirklich vorgemacht.

Richtig ist, lieber Kollege Weber, dass auch nördlich der Grenze die ungeteilte Schule nicht einfach so eingeführt wurde. Ich kann Ihnen aufzeigen, wie die einzelnen Schritte vollzogen wurden.

(Lothar Hay [SPD]: Wie viele Jahre hat das denn gedauert, Frau Spoorendonk?)

- Es ist richtig, dass das nicht einfach von heute auf morgen erfolgt ist. Aber, lieber Kollege Hay, man muss den Anfang machen. Das heißt, dass man auf jeden Fall schon einmal die Weichen stellt. Die **sechsjährige Grundschule** ist eine Weichenstellung, ist ein erster Schritt, ist nicht das Ziel.

Wichtig ist, dass wir bei dem, was wir anpacken, das Ziel nicht aus den Augen verlieren. Das tun wir nicht, indem wir sagen, wir wollen die Grundschulzeit verlängern. Ich bleibe dabei, dass die **Schulen der dänischen Minderheit** wirklich ein Beispiel dafür sind, was man mit dem Schulgesetz tun kann, das es schon gibt. Es gibt Spielräume, die wir nutzen sollten. Die Eltern der Kinder in dänischen Schulen haben jetzt in einer Urabstimmung mit großen Mehrheiten beschlossen, diesen Weg weiter zu beschreiten. Wir müssen uns immer noch an das Schulgesetz halten. Darum sagen wir: Das Modell heißt Gesamtschulen, kleine Gesamtschulen mit sehr viel Integration in den Gesamtschulen. Das kann man einführen. In der Elternschaft ist also Bewegung. Das ist doch sehr positiv. Man muss also einen Anfang machen.

Kollege Hentschel hat, glaube ich, in einem Presseinterview gesagt, es sei sehr schwer, das deutsche Schulsystem zu ändern; da gebe es auf KMK-Ebene eine solch feste Meinung, dass man da nicht weiterkommen könne. Da gebe es das Hamburger Abkommen und anderes. Das alles sei ganz schwierig. - Wenn das alles zutrifft, müssen wir doch sagen: Gut, dann müssen wir in Schleswig-Holstein sehen, wie wir in kleinen Schritten weiterkommen. Ein erster Schritt ist der mit den Kindergärten und der Grundschulzeit. Dann können wir auch fördern, können wir auch fordern. Dann zementieren wir keine Strukturen, die veraltet und anachronistisch sind, die sich nicht weiterentwickeln lassen. Daher geht es also darum, jetzt nicht alles auf die ferne Zukunft zu verschieben,

sondern den Einstieg zu machen. Das muss die Richtung sein.

Ich wiederhole: Dies ist keine Glaubensfrage. Wir können hoch- und herunterdeklinieren, was in der Bildungsdiskussion der Bundesrepublik nicht geschehen ist. Natürlich ist es ärgerlich, dass wir in den 70er-Jahren diese Glaubensdiskussion hatten. Heute sind wir weiter, heute gibt es ganz nüchterne Belege dafür, dass die **Strukturen** unseres **Schulwesens** ausgereizt sind. Sie müssen geändert werden. Wir müssen einen Neuanfang wagen. Anders klappt es nicht. Anders verpassen wir den Einstieg in die Bildungsgesellschaft und hinken hoffnungslos hinterher.

(Beifall bei SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Ich erteile dem Herrn Abgeordneten de Jager das Wort.

Jost de Jager [CDU]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die dritte Runde gibt mir noch einmal Gelegenheit, auf einige Punkte einzugehen, die Frau Erdsiek-Rave beispielsweise eben in dem Rührstück über die Gerechtigkeit und die schöne neue Welt der Einheitsschulen gebracht hat.

Zunächst einmal, meine Damen und Herren, ist es schon etwas kurios, dass die SPD und die Grünen in die Mottenkiste der 70er-Jahre greifen, die Einheitsschule hervorzaubern und uns Ideologie vorwerfen.

(Beifall bei CDU und FDP)

Sie beschreiben hier, was die **Einheitsschule** alles leisten soll, bleiben aber den Beweis schuldig, dass bei den Problemen, die wir haben, die Einheitsschule tatsächlich zu einer Verbesserung führen wird. Bezüglich dessen, was Sie als Beschreibung der Wirklichkeit gebracht haben

(Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Merkwürdig, wie Sie argumentieren!)

- ich bin viel in Wahlkreisen unterwegs -, nehme ich dort eine andere Problembeschreibung durch die Menschen wahr. Ich bin noch nie auf einer Veranstaltung angesprochen worden, dass jemand gesagt hätte: Schafft doch einmal die Einheitsschule! - Ich erlebe, dass sich die Menschen darüber Sorgen machen, ob ihr Sohn nach der Haupt- oder der Realschule ausbildungsfähig ist und einen Ausbildungsplatz bekommt. Ich erlebe, dass sich die Leute Gedanken machen, ob

(Jost de Jager)

das Kind nach Studienabschluss tatsächlich in Lohn und Brot kommt. Ich erlebe, dass die Leute Angst haben, dass ihr Kind in der Grundschule zu wenig Unterricht erhält und hinterher nicht weiterkommt. Das sind die Sorgen, von denen ich höre. Diese Sorgen werden durch Ihre Einheitsschule überhaupt nicht beseitigt. Insofern bauen Sie hier ebenso einen Popanz auf, wenn Sie auch eine Beschreibung der Idylle liefern, die Sie damit schaffen wollen.

Meine Damen und Herren, die entscheidende Botschaft von PISA ist nicht gewesen, das Schulsystem zu ändern. Sie bezog sich auch nicht auf die Klassengrößen, sondern die entscheidende Botschaft von PISA war die **Qualität des Unterrichts**. Darauf muss man es immer wieder reduzieren.

(Beifall bei CDU und FDP)

Wir müssen an die Bildungspolitik herangehen. Da spielt die Lehrerbildung, spielen auch viele andere Punkte eine Rolle. Wir müssen in der Bildungspolitik dafür sorgen, dass der Unterricht qualitativ gut ist. Das kann er im jetzigen Schulwesen sein. Wir werden sehr viel Energie darauf verwenden, ein neues Schulwesen zu schaffen, ohne dabei die von Ihnen vorgeschlagene Änderung einzuführen.

(Vereinzelter Beifall bei der CDU)

Ein letztes Wort, weil Sie, Frau Erdsiek-Rave, immer wieder die schöne neue Welt beschreiben. Es ist nicht so. Man soll das auch nicht romantisieren. Frau Spoorendonk sagt, was die kleine Einheitsschule angeht, gibt es verschiedene Modelle. Die kleine Einheitsschule gibt es nicht. Die **Einheitsschule** von der 1. bis zur 10. Klasse unter einem Dach, die Sie wollen, ist eine große Schule. Sie wird nur durch Schulschließungen zustande kommen. Die Einheitsschule von Klasse eins bis zehn unter einem Dach bedeutet,

(Zurufe von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

dass sie nur dort eingeführt werden kann, wo Grundschule, Hauptschule und Realschule an einem Ort vorhanden sind. Dort, wo sie nicht an einem Ort vorhanden sind, müssen denklogisch **Schulschließungen** und **-zusammenlegungen** vorgenommen werden.

(Beifall des Abgeordneten Martin Kayenburg [CDU])

Insofern werden wir erleben, dass die Einführung der Einheitsschule in der Fläche einen Bildungsabbau bedeuten wird. Den machen wir nicht mit.

(Beifall bei CDU und FDP)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Meine Damen und Herren, es liegen noch drei Wortmeldungen vor, es gibt aber keine Redezeit mehr. Insofern kann ich das Wort nicht mehr erteilen. Die Regierung hätte noch Redezeit, hat aber keine Redezeit mehr beansprucht. Damit ist die Aktuelle Stunde beendet.

Bevor ich den nächsten Tagesordnungspunkt aufrufe, begrüße ich Gäste. Auf der Tribüne haben Schülerinnen und Schüler der Beruflichen Schule am Ravensberg aus Kiel sowie Mitglieder der Senioren-Union, Ortsverband Husum, Platz genommen. - Herzlich willkommen!

(Beifall)

Ich rufe Tagesordnungspunkt 26 auf:

Nachtrag zu den Haushalten 2004/2005

Antrag der Fraktion der CDU
Drucksache 15/3660

Das Wort zur Begründung wird nicht gewünscht. Dann eröffne ich die Aussprache und erteile Herrn Abgeordneten Wiegard das Wort.

Rainer Wiegard [CDU]:

Herr Präsident! Sehr geehrte Damen! Meine Herren! Die deutschen Kapitalgesellschaften müssen alljährlich einmal ihr Rechnungswesen einer Prüfung durch einen unabhängigen Prüfer mit dem Ziel unterziehen, ein Testat zu erreichen, das da sagt, dass der Jahresabschluss und das Finanz- und Rechnungswesen unter Beachtung der Grundsätze ordnungsgemäßer Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage entsprechendes Bild vermitteln. Das ist die Anforderung an deutsche Kapitalgesellschaften.

In § 321 HGB ist weiter aufgeführt, dass insbesondere auf die Beurteilung des Fortbestandes und der künftigen Entwicklung des Unternehmens einzugehen ist und Tatsachen zu berichten sind, die den Bestand des Unternehmens gefährden oder seine Entwicklung wesentlich beeinträchtigen können. Das sind zwar die Anforderungen an deutsche Kapitalgesellschaften, aber nicht die Anforderungen, die unsere **Landesregierung** erfüllt, was ihr Rechnungswesen und ihre **Rechnungslegung** angeht. Sie setzt sich kaltschnäuzig über solche Regelwerke hinweg. Sie beschließt ganz einfach höhere, virtuelle Einnahmen, als sie sie hat, und ignoriert voraussehbare Entwicklungen.

(Günter Neugebauer [SPD]: Oh, oh!)

Dabei hat die Sache im letzten Jahr eigentlich ganz gut angefangen - Herr Finanzminister, schön, dass Sie

(Rainer Wiegard)

kommen -, weil der neue Finanzminister ein paar kluge Grundsätze in seiner Einbringungsrede im August 2003 dargelegt hat. Ich zitiere einmal ein paar Auszüge. Ich freue mich ja immer, wenn wir in bestimmten Dingen übereinstimmen. Er sagte:

„Als ich vor einem halben Jahr das Amt des Finanzministers übernahm ..., wurde mir schnell klar, dass Schleswig-Holsteins Haushalte mit Einsparungen und Kürzungen an dieser oder jener Stelle des Etats nicht mehr auszugleichen sein werden. Wer die Probleme ... erfolgreich lösen will, kommt um eine sorgfältige Ursachenanalyse nicht herum.“

Sie haben so Recht, Herr Finanzminister, so Recht.

(Beifall bei CDU und FDP)

„Wir müssen alles tun,“

- sagt er weiter -

„was in unserer Kraft steht ..., weil eine ungebremste Verschuldungspolitik verantwortungslos wäre, da sie den uns nachfolgenden Generationen die Gestaltungsspielräume, auf die sie ein Recht haben, vorenthielte.“

Sie haben so Recht. Warum tun Sie es aber nicht? Das ist die Frage, die sich hier stellt.

Sie haben weiter gesagt:

„Wir alle haben über unsere Verhältnisse gelebt“

- das muss insbesondere für die letzten 16 Jahre gegolten haben, die Sie regiert haben -

„und notwendige Strukturreformen verschlafen.“

Siehe da! Manchmal ist es schön, ein Protokoll nachzulesen.

„Wir alle müssen jetzt auch die strukturellen und konjunkturellen Probleme zugleich und entschlossen angehen.“

Dann haben Sie einen Satz angefügt, der machte das alles eben Gesagte, alles Richtige wieder zunichte. Sie haben nämlich gesagt:

„Natürlich haben wir (bei unserer Haushaltsplanung 2004 und 2005) auf weiter steigende Einnahmen gesetzt.“

Und das, obwohl sie zugleich im dritten Jahr hintereinander die Störung des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts erklärt und weiter 10-prozentige Steigerungsraten bei den Steuereinnahmen in den Haus-

halt einstellt! Das ist eben nicht das, was wir von anderen Gesellschaften und Unternehmen verlangen.

Wie sieht Ihr Halbjahresbericht aus, den Sie als große Kapitalgesellschaft, ja, als Unternehmen Schleswig-Holstein der Öffentlichkeit zu vermitteln haben, Geschäftsführung Heide Simonis, Finanzvorstand Ralf Stegner?

Steuereinnahmen minus 200 Millionen €, Personalkosten plus 200 Millionen €, Zinsausgaben plus 65 Millionen €.

Das ist die Lage, der Lagebericht für das erste Halbjahr Unternehmen Schleswig-Holstein. Dies sind nur die wesentlichsten Daten.

(Martin Kayenburg [CDU]: Ab zum Konkursrichter!)

Der **Fehlbetrag** nach dem ersten **Halbjahresergebnis**, ganz einfach zu errechnen, Nettoeinnahmen 3,2 Milliarden €, Nettoausgaben 4 Milliarden €, Fehlbetrag 800 Millionen €. Das ist das Ergebnis, das dieses Unternehmen zu vermitteln hat!

Sie haben gesagt, Sie wollten einen Teil des Fehlbeitrages durch **globale Minderausgaben** erwirtschaften. 60 Millionen € wollten Sie erwirtschaften. Ich habe mir einmal zwei Einzelpläne herausgesucht, bei denen Sie die Hälfte dieses Betrages erwirtschaften wollten.

Sie haben dem Finanzausschuss mit Datum vom 19. August zu zwei Einzelplänen, nämlich den Einzelplänen 11 und 12, Ihre Vorstellungen vorgelegt, wie Sie das wirtschaften wollen. Beim **Einzelplan 11** wollten Sie 25 Millionen € erwirtschaften. Sie sagen: Das Konzept liegt noch nicht vor. Datum: 19. August.

Beim **Einzelplan 12** - das hört sich noch viel schöner an - sollten nur 4,5 Millionen € erwirtschaftet werden. Da sagt der Finanzminister: Bisher ist eine Auflösung nicht möglich, aber - nun hören Sie genau zu! - bis Ende des Jahres besteht eine Chance zur Erwirtschaftung. Ist das nicht lieb?

(Heiterkeit bei der CDU)

Meine Damen und Herren, Ihre **Finanzberichte** gleichen mehr und mehr den sozialromantischen Erzählungen von Rosamunde Pilcher. Ich will die Dame wirklich nicht beleidigen. Das Einzige, bei dem die Romane von Frau Pilcher und Ihre Romane der Finanzplanung und der Finanzberichte übereinstimmen, ist, dass sie schlichtweg mit der Lebenswirklichkeit in Deutschland nichts zu tun haben.

(Beifall bei CDU und FDP)

(Rainer Wiegard)

Unterdessen haben Sie wieder einmal reichlich Schulden gemacht. 700 Millionen € mehr, als eigentlich anteilig auf das erste Halbjahr entfielen. Nun werden Sie einwenden, Sie hätten auch mehr Schulden getilgt. Jawohl, das haben Sie. Sie haben 400 Millionen € mehr getilgt. Das macht nach Adam Riese - da brauchen wir gar kein neues Schulsystem; das kann ich alles noch mit meiner Bildung aus den 60er-Jahren machen - 300 Millionen € zusätzliche Schulden, nur um Ihren Haushalt zu decken.

Nettokreditaufnahme erstes Halbjahr: 650 Millionen €. Das ist Ihre Halbjahresbilanz. Wenn ein privates Unternehmen, eine private Gesellschaft per 30. Juni einen solchen Bericht ablegen würde, Umsatz minus 10 %, Personalkosten plus 10 %, Zinslasten plus 15 %, könnte es sich am nächsten Börsentag aus dem Geschehen abmelden. Das wäre für Sie wahrscheinlich auch das Beste.

(Beifall bei CDU und FDP)

Für **2005** brauche ich Ihnen nur die Zahlen vorzulegen, die Sie bereits seit Mai kennen. 550 Millionen € geplante Nettokreditaufnahme, 400 Millionen € - 400 Millionen! - globale Mehreinnahmen und Minderausgaben. Sie schaffen es im Laufe eines Jahres nicht einmal, 25 Millionen € zu erwirtschaften -, 450 Millionen € weniger Steuereinnahmen. Das ist schon heute Ihr Haushalt für 2005, mit dem Sie noch nicht einmal begonnen haben. Sie haben einen **Fehlbetrag** von 1.400 Millionen €, ohne dass Sie einen einzigen Handschlag getan haben, um das Chaos abzuwenden.

Haben Sie nicht die ohnehin schon verfassungswidrig hohe Kreditaufnahmen, die Sie jetzt noch überschreiten, mit der Störung des **gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts** begründet? Das bedeutet, dass nach § 18 LHO diese „erhöhte Kreditaufnahmen dazu bestimmt und geeignet ist, die Störung dieses gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts oder der ... Beschäftigungsentwicklung ... abzuwehren“.

(Martin Kayenburg [CDU]: So ist das!)

Das wäre die Aufgabe, die Sie zu erfüllen haben.

Sie haben Anlass genug. Ich brauche hier die ganze Zeit Ihrer Regierung nicht darzustellen. Das letzte Jahr reicht. In den letzten zwölf Monaten hat Schleswig-Holstein 18.200 Beschäftigungsverhältnisse verloren. Was haben Sie - auch mit dem Haushalt 2004 - unternommen, um dem zu begegnen?

(Beifall bei der CDU)

Angekündigt haben Sie viel. Angekündigt haben Sie genug. Die Frau Ministerpräsidentin ist auch da. Ich

zitiere sie aus ihrer Haushaltsrede vom 11. Dezember. Zu **Investitionen** hat sie übrigens immer das Richtige gesagt, aber immer das Falsche gemacht.

„... mit dem vorgesehenen Volumen von 100 Millionen € aus unserem Zukunftsinvestitionsprogramm“

- das sind die Zip-Zap-Spielchen, die Herr Rohwer spielt; jetzt ist er ja anwesend -

„können bis zu 800 Millionen € generiert werden.“

Offensichtlich sind Investitionen für unser Land wichtig. Schön. Gemeinsame Erkenntnis. Die Frage ist: Warum haben sie das Investieren eingestellt?

Denn Sie haben im Haushalt 2004 ganze 200 Millionen von 800 Millionen investiert und damit wollen Sie die **Beschäftigungskrise** in Schleswig-Holstein bekämpfen?

Meine Damen und Herren, wo sind wir nur gelandet? Das ist ein unglaublicher Vorgang. Dass Sie jetzt diese bunten Blättchen verteilen, ist ja schön, Herr Wirtschaftsminister. Er ist ja soeben hier eingetroffen. Wahrscheinlich hat er heute Morgen noch 50 m Radweg eingeweiht.

(Zurufe)

Inzwischen sind die Dienstfahrten zu den Einweihungen dieser kleinen Teilabschnitte mit Staatskarosse, Chauffeur, persönlichem Referenten und Presstross teurer als die so eingeweihte Maßnahme.

(Glocke des Präsidenten)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Herr Abgeordneter, kommen Sie bitte zum Thema.

Rainer Wiegard [CDU]:

Ich bin beim Thema. Das hat nämlich etwas damit zu tun, dass in diesem Land nicht investiert, sondern nur Werbung für eine untätige Landesregierung gemacht wird.

(Beifall bei CDU und FDP)

Meine Damen und Herren, der von Ihnen seit Jahren gegangene Weg führt nicht zur Bewältigung der Beschäftigungskrise in Schleswig-Holstein, er führt nicht zur Abwehr der Störung des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts, er führt nicht zu mehr Arbeit, er führt nicht zu mehr Arbeitsplätzen, nicht zu höheren Steuereinnahmen, nicht zu weniger sozialen Transferleistungen, vor allem nicht zu mehr Vertrauen der Menschen in staatliches Handeln.

(Rainer Wiegard)

Wir fordern Sie auf: Legen Sie endlich den Entwurf eines Haushaltes für beide Jahre 2004 und 2005 vor

(Glocke des Präsidenten)

- ich komme zum Schluss -, der ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Landes Schleswig-Holstein vermittelt.

Hören Sie auf, dieses Land kaputt zu verwalten! Hören Sie endlich auf, Bildung zu verwalten, statt Chancen zu eröffnen, Umwelt zu verwalten, statt sie gemeinsam mit den Menschen zu pflegen!

(Glocke des Präsidenten)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Sie hatten versprochen, zum Schluss zu kommen.

Rainer Wiegard [CDU]:

Sofort, Herr Präsident; noch einen halben Satz. - Hören Sie auf, Arbeitslosigkeit zu verwalten, statt neue Arbeitsplätze zu ermöglichen, soziale Ungerechtigkeit zu verwalten, statt Gerechtigkeit herzustellen!

Hören Sie einfach endlich auf! Der Wähler wird Ihnen dabei behilflich sein.

(Beifall bei CDU und FDP)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Ich erteile Herrn Abgeordneten Neugebauer das Wort.

Günter Neugebauer [SPD]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Lieber Herr Wiegard, nach Ihren letzten Worten fällt mir nur der Hinweis ein: Hören Sie endlich auf, das Land kaputt zu reden!

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Es hätte uns auch überrascht, wenn Sie dieses Jahr keinen Antrag auf Vorlage eines Nachtragshaushaltes vorgelegt hätten. Ich bin ziemlich sicher, dass diese Absicht seit vielen Jahren im Jahreskalender der Fraktion verankert ist, eingerahmt von wichtigen Geburtstagen. Aber dieses Jahr haben Sie uns zappeln lassen. Ich habe bis zu Ihren Schlussworten darauf gewartet, dass Sie endlich zum Thema kommen und sagen, warum Sie einen Nachtragshaushalt vorgelegt bekommen wollen.

Es wundert mich nicht mehr, dass Sie Ihre Ankündigung unmittelbar nach der Steuerschätzung im Mai

vorgenommen haben, dann mehr als vier Monate gewartet haben, bis Sie diese Ankündigung in Worte gekleidet haben, und nun sagen, die Landesregierung solle das nicht jetzt tun und handeln, sondern sechs Wochen vor Jahresende. Das zeigt doch für jeden, der ein bisschen was im Kopf hat, dass es Ihnen nicht um das Wohl der Landesfinanzen geht, sondern um das Wohl der Partei, Herr Wiegard. Das ist zwar angesichts der Pannenserie verständlich, aber gehört nicht in diesen Landtag.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Zurufe von der CDU)

Herr Kayenburg, für 2004 besteht weder nach der **Mai-Steuerschätzung** noch nach dem **Haushaltsvollzug**, den wir im August im Finanzausschuss diskutiert haben, Anlass für einen Nachtrag. Wir sind mit dem Finanzminister der Auffassung, dass es derzeit keinen Hinweis für einen Haushaltsfehlbetrag für dieses Jahr gibt. Die Entwicklung der **Steuereinnahmen** bis einschließlich August - das haben Sie eben ausgeklammert - zeigt, insbesondere bei der Umsatzsteuer und der Gewerbesteuer, dass die konjunkturelle Erholung an Fahrt gewinnt. Wir haben allen Anlass zu vorsichtigem Optimismus, auch wenn Sie das nicht gern hören wollen oder es in Ihre Wahlkampagne nicht hineinpasst, Herr Wiegard.

Die **Binnenkonjunktur** - da sind wir sicher - zieht an. Wenn es noch eines jüngsten Beweises bedurft hätte, haben wir ihn vor wenigen Tagen geliefert bekommen mit dem Gutachten des wahrscheinlich Ihnen etwas näher stehenden Unternehmensverbandes Schleswig-Holstein. Der hat eine Studie vorgelegt. Ich will Ihnen ein wichtiges Zitat nicht vorenthalten. In dem Gutachten des **Unternehmensverbandes Schleswig-Holstein** aus der Befragung vieler Unternehmen in Schleswig-Holstein geht hervor: In keinem anderen Bundesland ist die Wirtschaft so zuversichtlich wie in Schleswig-Holstein.

Reden Sie doch nicht immer das Gegenteil und zweifeln Sie nicht Daten an unter Berufung auf Juli oder das erste Halbjahr des Jahres 2004, wenn wir noch sechs weitere Monate vor uns haben, jetzt sind es immer noch vier!

(Zurufe von der CDU)

Insbesondere unsere **Kommunen** spüren das Anwachsen der Binnenkonjunktur bei den Einnahmen der **Gewerbesteuer**. Sie erreichte in Schleswig-Holstein durchweg einen zweistelligen Betrag bei der Steigerung. Auch das spricht dafür: Die Konjunktur springt an und die Kommunen werden wieder Geld

(Günter Neugebauer)

für öffentliche Investitionen haben. Auch das wird Arbeitsplätze in Schleswig-Holstein sichern.

(Vereinzelter Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Der Haushaltsvollzug für das erste Halbjahr 2004 unterstreicht, dass der Finanzminister den Auftrag, den er sich selbst gegeben hat, nämlich der Haushaltskonsolidierung, sehr ernst nimmt. Die **Nettoausgaben** sind um 28 Millionen € oder 0,7 % gefallen. Auch das haben Sie eben nicht erwähnt. Die **sächlichen Verwaltungsausgaben** sind um 3,1 % gesunken. Ich denke, auch die **Personalkosten** werden sich übers Jahr gesehen nicht um 10 % erhöhen, wie Sie eben behauptet haben, sondern ich bin ziemlich sicher, dass sie aufs Jahr gesehen im Budget bleiben werden.

Nun haben Sie - wenn ich richtig zugehört habe - heute nicht das Risiko erwähnt, das Sie im Finanzausschuss angesprochen haben, nämlich die fehlenden **Einnahmen aus der Haftkapitalvergütung**. Nach dem, was wir in den letzten Tagen hören konnten, bin ich ziemlich sicher, dass auch diese globale Mehreinnahme voraussichtlich erzielbar ist nach der Verständigung mit Brüssel, den Privatbanken und den öffentlichen Banken. Das begrüßen wir.

(Zurufe von der CDU)

Also mindestens vor der November-Steuerschätzung gibt es keinen Anlass zur Panik. Im Gegenteil, wir sehen der Entwicklung angesichts des Anwachsens der Binnenkonjunktur mit Zuversicht entgegen.

(Zurufe von der CDU)

- Herr Wiegard, ich habe Ihnen doch auch zugehört. Sie quatschen die ganze Zeit dazwischen. Hören Sie mir doch einmal zu! Sonst können Sie doch gar nicht verarbeiten, was ich sage.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Zurufe von der CDU)

Ich vermute, Sie verhalten sich bei den Konferenzen der finanzpolitischen Sprecher Ihrer Fraktion in Bund und Ländern genauso: Sie hören nicht zu und nehmen nicht auf, dass die von Ihnen gestellten Finanzminister, zum Beispiel in Hessen, Niedersachsen und Hamburg, mit denselben Problemen konfrontiert werden wie der Finanzminister in Schleswig-Holstein. Das können Sie doch nicht völlig ausblenden. Ein bisschen mehr Redlichkeit wäre gut. Ich verlange ja nicht, dass Sie den Finanzminister loben, aber Sie sollten in Ihrer Kritik etwas objektiver und redlicher sein. - Auch Kollege Baasch stimmt mir zu.

Nun zum Jahr 2005! Den Antrag haben Sie zwar nicht begründet, aber ich will dazu sagen: Natürlich hat die **Mai-Steuerschätzung** auch für Schleswig-Holstein einige Fragen für **2005** aufgeworfen. Da wird man abwarten müssen.

(Zuruf von der CDU)

Wir sind gespannt auf die **November-Steuerschätzung**. Auch da besteht derzeit kein Anlass zur Panik. Ich empfehle für das nächstfolgende Jahr ein konstruktives Abwarten. Die Signale für 2005 müssen sein: Fortsetzung der Verschlinkung der Verwaltung, keine Ausgaben für Wahlgeschenke - merken Sie sich das! - und notwendige Mehrausgaben für Personal bei Bildung und innerer Sicherheit müssen an anderer Stelle finanziert werden.

(Zurufe von der CDU)

Kollege Wiegard, Sie haben ja wenig zum Haushalt gesagt. Ich hätte mir gewünscht, Sie hätten dem hohen Hause und der schleswig-holsteinischen Bevölkerung auch gesagt, was die CDU eigentlich will - anstelle der Regierung, die Sie ablösen wollen - und wie sie das finanzieren will. Bisher hören wir nur, dass Sie im Falle eines Regierungswechsels mehr Geld ausgeben wollen.

(Widerspruch bei der CDU)

Sie wollen die Sparanstrengungen der Landesregierung teilweise rückgängig machen. Wir hören, dass der Regierungsapparat von Ihnen im Falle eines Regierungswechsels aufgebläht werden soll. Statt heute einen Nachtragshaushalt für 2004 und 2005 zu fordern, wäre es besser gewesen, Sie hätten sich damit befasst, wie Sie es im Falle eines Regierungswechsels gestalten wollen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ihre Ausrede

(Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Guter Vorschlag für die Opposition!)

- Kollege Hentschel ist neugierig; ich bin es ja auch - mit dem Kassensturz, Herr Kollege Wiegard, sollten Sie aus Ihrem Wahlprogramm streichen. Das ist doch nur eine Ausrede, weil Sie nicht sagen wollen, was Sie den Bürgern sagen müssten. Auch Sie kennen doch den Landshaushalt.

Ich prophezie Ihnen: Sie wollen nachmachen, was Ihnen Ihre Parteifreunde in Hessen, Hamburg und Niedersachsen vorgemacht haben, nämlich vor der Wahl allen alles versprechen und nach der Landtagswahl alles wieder einsammeln.

(Günter Neugebauer)

Die FDP hat nun sogar versprochen, die Reiterstaffel für Lübeck wieder einzuführen. Das zeigt, meine Damen und Herren, wohin Ihre Euphorie führt: Sie wollen alles versprechen, obwohl Sie genau wissen, dass Sie damit die Leute heute schon belügen.

Ich empfehle den Bürgerinnen und Bürgern dieses Landes und den vielen Verbänden - von den Behinderten- über die Polizeiverbände bis zur GEW -: Schauen Sie nach Hamburg, Hannover und Wiesbaden! Dann können Sie sehen, was im Falle eines Regierungswechsels aus den vielen Versprechungen wird.

(Zurufe von CDU und FDP)

Also, meine Damen und Herren, sagen Sie uns, wo Sie konkret sparen wollen. Sagen Sie uns ganz konkret, wie Sie Ihre vielen Versprechungen finanzieren wollen, und sagen Sie uns, wer denn Wirtschaftsminister oder Sozialminister in Ihrer künftigen Regierung werden soll!

(Martin Kayenburg [CDU]: Sagen Sie etwas zum Nachtragshaushalt!)

Ich fasse zusammen: Erstens. Die CDU redet vom Sparen - Herr Wiegard hat das gerade wieder gemacht -, obwohl Sie in den letzten Jahren - und das ist nachweisbar - alle konkreten Sparvorschläge dieser Landesregierung abgelehnt haben.

Zweitens. Die CDU will wie die FDP die Haushaltsprobleme mit dem Verkauf der Anteile an der HSH Nordbank lösen. Abgesehen davon, dass das wegen der vertraglichen Haltevereinbarung rechtlich unzulässig wäre, würde das nur für ein Jahr Haushaltsprobleme lösen helfen.

(Martin Kayenburg [CDU]: Das hätten Sie früher sagen müssen!)

Ihre teuren Wahlversprechungen sind aber auf Dauer angelegt.

Ein Letztes, meine Damen und Herren: Die CDU will nun auch noch die revolverenden Mittel aus dem sozialen Wohnungsbau für die Schuldentilgung verwenden; da habe ich mich wirklich gewundert. Wir wissen ja um die Inkompetenz Ihres für das Finanzressort vorgesehenen Kandidaten Austermann. Aber dass selbst Sie, Herr Wiegard, einen solchen Vorschlag unterschrieben haben,

(Glocke des Präsidenten)

der rechtlich unzulässig wäre und darüber hinaus über Bundesvermögen verfügen würde, hat uns überrascht. Herzlichen Glückwunsch!

Präsident Heinz-Werner Arens:

Ich erteile Herrn Abgeordneten Dr. Garg das Wort.

Dr. Heiner Garg [FDP]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrter Herr Neugebauer, die FDP stürzt lieber diese Landesregierung als diese Kasse. Wir alle wissen, warum Rot-Grün im letzten Dezember den Doppelhaushalt durch diesen Landtag gepeitscht hat. Denn eine haushaltpolitische Debatte wäre in diesem Jahr eine absolute Blamage, eine absolute Katastrophe für die Finanzpolitik dieser Landesregierung gewesen.

(Beifall bei FDP und CDU)

Diesem Ziel, eine Haushaltsdebatte um jeden Preis zu vermeiden, opferten die rot-grünen Fraktionen gern ihr haushaltspolitisches Initiativrecht. Als Ausrede wurde eine größere Planungssicherheit vorgeschoben. Sicher planen kann man allerdings nur, wenn man sichere Grundlagen hat, liebe Kollegen, und genau diese fehlten 2003 schon für 2004 und fehlen ganz besonders für 2005.

(Beifall bei FDP und CDU)

Aber auch das hat die rote und die grüne Fraktion wenig gestört. Dafür stört sie die finanzpolitische Wirklichkeit, zu der ich von Ihnen, lieber Kollege Neugebauer, überhaupt nichts gehört habe, zu sehr. Deshalb lassen sie lieber finanzpolitisches Kasperletheater spielen und als Hauptakteure treten die stets fröhliche Heide und der grimmige Ralf auf.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, selbstverständlich wird es einen **Nachtrag** für 2004 geben. Denn die Landesregierung muss sich ja die offizielle Genehmigung holen, die Haushaltslöcher mit zusätzlichen Schulden stopfen zu dürfen. Im ersten Halbjahr hat die Landesregierung den Menschen in Schleswig-Holstein 644 Millionen € neue **Schulden** aufgebürdet. Das ist mehr, als von 1988 bis 2003 im Durchschnitt für ein ganzes Jahr aufgenommen wurde. 644 Millionen € neue Schulden im ersten Halbjahr - das sind fast 90 % der neuen Schulden, mit denen die Landesregierung im ganzen Jahr 2004 auskommen wollte!

Im Übrigen: Die Erfahrung hat gezeigt, dass sie im zweiten Halbjahr mit dem Rest nicht auskommt: Letztes Jahr waren zur Jahresmitte ebenfalls fast 90 % der ursprünglich geplanten neuen Schulden aufgenommen. Die tatsächliche **Neuverschuldung** am Jahresende erreichte bekanntlich fast 230 % des ursprünglichen Ansatzes.

(Dr. Heiner Garg)

Käme es dieses Jahr ähnlich, müsste die Landesregierung fast 1,5 Milliarden € neue Schulden aufnehmen. 1,5 Milliarden € neue Schulden - das hat sie sich noch nicht einmal getraut, als in Deutschland noch in D-Mark gerechnet wurde.

Auch bei den **Investitionen** hängt die Landesregierung dieses Jahr besonders weit zurück. Weniger als dieses Jahr wollte das Land fast noch nie investieren; es sind noch nicht einmal 800 Millionen €. Und davon wurden bis zur Jahreshälfte nur 26 % angewiesen: 20 % weniger als im letzten Jahr und 15 % weniger als im Durchschnitt der Jahre seit 1994, seit es also Halbjahresberichte zum Haushaltsablauf gibt.

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, bei alledem ist noch nicht berücksichtigt, dass uns die Landesregierung im Januar berichtete, gegenüber dem Haushalt 2004 würde das Land im Jahre 2004 im Saldo um 119 Millionen € entlastet, und zwar hauptsächlich durch mehr **Einnahmen**.

Ja, lieber Herr Finanzminister Dr. Stegner, wo ist dieses Geld denn? Ist es irgendwo verschwunden? Haben Sie es versteckt oder haben Sie es doch nicht bekommen? - Dafür, dass Sie es nicht bekommen hätten, spräche die unbotmäßige Hatz, mit der Rot-Grün auf einmal vordergründig privatisieren will.

Ich nenne beispielhaft **NordwestLotto**. Das soll jetzt ganz schnell zur Investitionsbank verschoben werden. Die nimmt dafür Schulden auf, für die im Zweifel das Land geradestehen muss. Das ist ein klassischer Fall staatlicher Kreditaufnahme wie beim Immobiliendeal. Der Finanzminister streitet das im Auftrage der Landesregierung ab. Im Übrigen hat der Finanzminister in einem Interview abgestritten, Ahnung von Finanzpolitik zu haben.

Ebenfalls soll auf einmal ganz schnell die psychiatrum GRUPPE verkauft werden. Dazu braucht Rot-Grün eigentlich ein tragfähiges gesetzliches Fundament. Das rechtzeitig zu erstellen, hat Rot-Grün versäumt. Jetzt wird das Ganze ohne Rücksicht auf die üblichen Anhörungsfristen und ohne Rücksicht auf die Qualität des Erreichten hektisch durchgepeitscht. Ergebnis: kein gesetzliches Fundament, sondern ein gesetzlicher Sumpf - nur damit die Landesregierung dieses Jahr ein paar mehr Euro in der Kasse ausweisen kann.

Diese Landesregierung hat schon einmal allein deshalb einen Nachtrag aufgestellt, liebe Kollegen, weil sich ein gewisser Herr mit Fliege im Bildungsministerium um einen zweistelligen Millionenbetrag verrechnet hat. Dann sollte das finanzpolitische Chaos 2004 erst recht reichen, um einen Nachtrag für 2004 zu rechtfertigen.

(Beifall bei FDP und CDU)

Der, liebe Kollegen, könnte sogar in der November-Tagung eingebracht werden. Denn der Bundesfinanzminister ist so freundlich, den Arbeitskreis Steuerschätzung dieses Jahr bereits in der ersten Novemberwoche tagen zu lassen - also rechtzeitig vor der November-Tagung des Landtags.

Selbstverständlich brauchen wir auch für **2005** einen Nachtrag, liebe Kolleginnen und Kollegen. Aber keine Sorge, lieber Kollege Wiegard: Wir brauchen für 2005 keinen mehr von Rot-Grün. Dieses Thema ist in 150 Tagen dankenswerterweise durch. Diese quasi-therapeutische Beschäftigung für finanzpolitische Fraktionsarbeitskreise können wir uns getrost schenken.

(Beifall bei FDP und CDU)

Den Nachtrag - lieber Kollege Neugebauer, ich freue mich wirklich darauf - für 2005 legen wir im Frühjahr vor. Dann kurbeln FDP und Union das Wirtschaftswachstum in Schleswig-Holstein an und senken die Arbeitslosigkeit, und zwar trotz Ihrer rot-grünen Hinterlassenschaften.

Beispielsweise fehlen nach der **Mai-Steuerschätzung** dem Land gegenüber den rot-grünen Erwartungen im Jahr 2005 445 Millionen € Einnahmen.

Im Haushalt 2005 sind 200 Millionen € **globale Mehreinnahmen** angesetzt, von denen die Landesregierung noch nie wusste, wer sie warum einzahlen sollte. Ob die gestern angekündigte Einigung bezüglich der verdeckten **Subventionen für die Landesbanken** so viel einträgt, steht ebenfalls noch in den Sternen.

Im Haushalt sind 184 Millionen € globale Mindereinnahmen angesetzt. Wer diese woraus erwirtschaften sollte, weiß die Landesregierung bis heute ebenfalls noch nicht.

Der neue Chefunterhändler der Landesregierung in Sachen Arbeitsmarkt ist mittlerweile auch der Finanzminister. Der Arbeitsminister durfte als sein Erfüllungsgehilfe verkünden, dass die Landesregierung nun doch 25 Millionen € **Kombilöhne** zahlen möchte. Mit welchem Geld dies geschehen solle, weiß sie bisher auch noch nicht.

Ein Geheimnis lüfte ich an dieser Stelle gern: Die Bildungsministerin hat angekündigt, sie wolle in Schleswig-Holstein so schnell wie möglich alle Kinder von der ersten bis zur zehnten Klasse auf **Ganztagsgesamtschulen** schicken. Was das für den Haushalt 2005 bedeutet, haben Sie selbstverständlich verschwiegen, Frau Erdsiek-Rave.

(Dr. Heiner Garg)

Ich sage Ihnen aber auch, Frau Erdsiek-Rave: Sie dürfen es für sich behalten, denn das Schulsystem in Schleswig-Holstein wird ab 2005 nicht auf die Gesamtschule umgestellt. Dafür wird es ab nächstem Jahr mehr Lehrer geben, damit unsere Kinder mehr Unterricht bekommen.

(Beifall bei FDP und CDU)

Bei aller Diskussion über Nachträge sollten wir ein Dokument nicht vergessen: den **Finanzplan 2004 bis 2008**. Die Landesregierung hat allerdings noch keinen verteilt. Warum sollte sie auch! Für das Jahr 2004 wird eh nur der Haushaltsplan abgeschrieben und ab 2005 regiert hier jemand anderes.

Also, liebe Kolleginnen und Kollegen - auch die Kolleginnen und Kollegen von der Union -, wir sollten es genauso mit dem Nachtrag halten. Den für 2004 darf Rot-Grün gern noch schreiben, den für 2005 schreiben dann FDP und Union. Deswegen können wir uns den Antrag auf einen Nachtragshaushalt für 2005 getrost sparen. Wir werden ihn ablehnen. Ich denke, das ist die richtige Methode, hier ab 2005 anders zu regieren als die Art des Ministers Stegner, das Kieler Telefonbuch abschreiben zu lassen.

(Beifall bei FDP und CDU)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Ich erteile der Frau Abgeordneten Heinold das Wort.

Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Seien wir ehrlich miteinander: Die regierungstragenden Fraktionen können gut verstehen, warum die CDU einen Nachtragshaushalt fordert. Die Opposition versteht mit Sicherheit genauso gut, warum wir diesen Antrag ablehnen. Ich freue mich, dass die FDP gemeinsam mit uns den Antrag der CDU ablehnen wird.

Die heutige Debatte ist aber ein guter Anlass, sich grundsätzlich mit den unterschiedlichen finanzpolitischen Konzepten zu beschäftigen. Das Konzept der Grünen ist klar und praxiserprobt: Wir reduzieren die **Ausgaben** des Landes kontinuierlich und nachhaltig, vom Weihnachtsgeld bis zum Urlaubsgeld, von gestrichenen Förderprogrammen bis zu prozentualen Kürzungen, von der Schließung von Ämtern bis zum Abbau von 2.000 Stellen in der Verwaltung. Mit diesen und anderen - auch schmerzlichen - Beschlüssen haben wir den Landeshaushalt nachhaltig entlastet.

Dennoch reichen die **Einnahmen** des Landes nicht aus, um sowohl die Zinslast als auch die laufenden Ausgaben zu zahlen. Deshalb unterstützen wir weitere geplante Strukturmaßnahmen, beispielsweise be-

treffend die Finanzamtsstruktur- oder die Polizeistrukturreform. Deshalb entwickeln wir neue Vorschläge, beispielsweise unser Konzept zur Gebietsreform.

Die Opposition haben wir, wenn es um Veränderungen geht, meistens nicht an unserer Seite. Sie polemisiert gegen beinahe jeden Denkansatz. Beispiel Verkehrskasper. CDU und FDP haben erreicht, dass das Handpuppenspiel ein hoheitlicher Bereich bleibt. So viel zur Ehrlichkeit, wenn es darum geht, die Kernaufgaben des Staates zu benennen.

Aber es sind nicht nur die Ausgaben, die uns drücken. Die öffentliche Hand hat zunehmend auch ein Einnahmeproblem. Die CDU in Schleswig-Holstein verweigert sich dieser Feststellung. Aber ein Blick über den Tellerrand zeigt, dass CDU-Politiker in anderen Bundesländern längst unsere Auffassung teilen.

In Hamburg hat Finanzsenator Peiner erst kürzlich erklärt, dass die **Steuerquote** bundesweit zu niedrig und damit für die Länder nicht auskömmlich ist. In Niedersachsen hat Ministerpräsident Wulff schlicht erklärt, dass er unter diesen Voraussetzungen bis 2008 keinen verfassungskonformen Haushalt aufstellen kann.

Deshalb setzt sich meine Fraktion nachdrücklich für **Einnahmeverbesserungen** ein. Es ist schon bezeichnend, Herr Wiegard, dass Sie das in Ihrer Rede mit keinem Wort erwähnt haben. Verlustverrechnungen für Unternehmen müssen weiter reduziert werden. Vermögen muss höher besteuert werden und der Subventionsabbau muss weitergehen. Sparen, Investitionen in Schwerpunktprojekte und eine Steigerung der Einnahmen, das sind die Perspektiven für den Landeshaushalt.

Hinzu kommen muss eine deutliche Reduzierung der Arbeitslosigkeit. Die Umsetzung von Hartz IV ist dabei nur ein Baustein. Ich hoffe, dass Sie nach der verlorenen Wahl **Hartz IV** nun endlich auch verbal unterstützen. Wir brauchen außerdem eine drastische Senkung der **Lohnnebenkosten** nach skandinavischem Modell.

Ich fordere die CDU erneut auf, ihrem Fraktionschef Kayenburg zu folgen, der bereits erkannt hat, dass diese skandinavische Reform zwingend notwendig und der richtige Weg auch für uns ist.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

Die CDU hat in der heutigen Debatte alle Erwartungen erfüllt und die Finanzpolitik des Landes heftig kritisiert. Aber welches Konzept hat die CDU selbst? Welche Versprechungen hat sie in den letzten Jahren

(Monika Heinold)

gemacht? Was findet sich davon im Wahlprogramm wieder? Welche Politik setzen CDU-regierte Bundesländer um?

Beispiel Weihnachts- und Urlaubsgeld für Beamte: Die CDU hat die von uns beschlossene Kürzung hart bekämpft. Im Wahlprogramm der CDU steht kryptisch:

„Deshalb bekennen wir uns zu weiteren Reformen des öffentlichen Dienstes in allen Bereichen, insbesondere im Bereich der Organisation, des Dienst- und Versorgungsrechts.“

Aha, die CDU findet also die bisherigen Kürzungen richtig und schließt weitere nicht aus. Ein Blick nach Niedersachsen zeigt: Hier plant die CDU Landesregierung, das Weihnachtsgeld für Beamte komplett zu streichen.

Beispiel Landesblindengeld: Vor zwei Jahren hat die CDU die von uns vorgenommene Kürzung um 10 % heftig kritisiert. Im Parteiprogramm wird - natürlich - keine Rücknahme der Kürzung erwähnt. Und der Praxistest? In Niedersachsen will die CDU das Landesblindengeld komplett streichen.

Beispiel Landwirtschaftskammer: Wir haben die Kammer reformiert und die institutionelle Förderung um ein Drittel gekürzt, natürlich gegen den lautstarken Protest der CDU. Im Wahlprogramm der CDU taucht das Wort Landwirtschaftskammer schlicht nicht auf. Auch hier will die CDU die von uns durchgeführte Reform klammheimlich übernehmen. Alte Versprechungen sind vergessen.

(Zurufe von der CDU)

- Ich habe Ihr Wahlprogramm gelesen. Das war recht interessant.

Beispiel Familiengeld: Vor zwei Jahren hat die CDU großzügig ein Landeserziehungsgeld von monatlich 500 DM pro Kind verkündet. Dementsprechende Flyer werden noch immer munter verteilt, zuletzt auf dem Schleswig-Holstein-Tag in Flensburg. Im Wahlprogramm der CDU taucht nichts dazu auf. Wen wundert es! Weiß doch die CDU selbst, dass sie auch dieses Versprechen nicht bezahlen kann.

Vom Literaturfestival über die Abendrealschulen bis zum Haus der Geschichte Fehlanzeige im CDU-Programm. Warum mussten wir uns mit diesen Ihren Anträgen hier überhaupt beschäftigen!

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Großspurig versprochen und im Wahlprogramm nicht aufgenommen, das zeichnet die CDU in Schleswig-Holstein aus.

Wie sagte doch der CDU-Spitzenkandidat, als er gefragt wurde, wieso die CDU die von ihr bekämpften Wasserabgaben nun doch nicht gleich abschaffen wolle? Er sagte:

„Wozu der eine oder andere in der Vergangenheit Ja oder Nein gesagt hat, ist mir herzlich egal.“

Welch eine schallende Ohrfeige für die Arbeit der CDU-Landtagsfraktion!

Der Mann von der Westküste hat alle alten Versprechungen einkassiert, verleibt sich die Reformfolge der Landesregierung ein und kommt nun mit einem bunten Strauß neuer Forderungen.

Beispiel innere Sicherheit: Da wird doch tatsächlich die Wiederbelebung der Reiterstaffel gefordert. Die CDU ist noch nicht in der Realität angekommen. Alte Zöpfe müssen abgeschnitten und dürfen nicht wieder angenäht werden.

Die CDU will bei der Polizei punkten. Sie verspricht neue Einsatzhundertschaften, Neueinstellungen und verbindliche Beförderungen. In Hamburg zeigt sich dann die Realität einer CDU-geführten Landesregierung: Die Polizei demonstriert, weil Planstellen reduziert und die freie Heilvorsorge für Polizisten komplett gestrichen werden sollen.

Beispiel Kindertagesstätten: Die CDU spricht im Programm von „bedarfsgerechter Betreuung für alle“. Und der Praxistest? - CDU-Kommunalpolitiker kürzen die Gelder für Kindertagesstätten, CDU-Bürgermeister kämpfen für die Abschaffung von Standards und CDU-geführte Bundesländer wollen das Gesetz zum Aufbau einer flächendeckenden Versorgung mit Krippenplätzen im Bundesrat blockieren.

(Zuruf von der CDU: Sprechen Sie doch vom Haushalt!)

- Ja, das ist zum Haushalt. Alles betrifft den Haushalt. Sie fordern, fordern und fordern und anschließend stellen Sie sich hin und wollen die Neuverschuldung reduzieren. Und mir werfen Sie vor, ich redete nicht zum Haushalt.

Präsident Heinz-Werner Arens:

Frau Abgeordnete Heinold, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abgeordneten Kayenburg?

Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Nein!

Beispiel Bildung: In Hessen streicht die CDU-Landesregierung gerade 1.000 Lehrerstellen. In Schleswig-Holstein verspricht die CDU natürlich neue Lehrerstellen. Mehr Gefängnisplätze, neue Straßen, neue Flughäfen. Sogar der Transrapid lebt wieder auf, sogar Landesausgaben, die bisher von der CDU im Rahmen der Haushaltsdebatte regelmäßig zur Streichung vorgeschlagen wurden, wurden jetzt in den Wunschkatalog aufgenommen. Beispiel: Modellprojekte für generationenübergreifende Wohnformen. Von Ihnen wurde dazu immer ein Streichungsvorschlag eingebracht. Jetzt wird es wieder in Form eines Antrags gefordert.

Um nicht komplett unseriös zu wirken, taucht immer wieder der schöne Halbsatz auf: im Rahmen des finanzpolitisch Möglichen. Das heißt doch im Klartext: Keiner hat gerechnet, nichts ist durchfinanziert.

Wer in seinem Wahlprogramm schreibt, er wolle eine „ehrliche Eröffnungsbilanz“ machen, um dann die tatsächliche Finanzlage unseres Landes zu ermitteln, zeigt, dass er entweder die Finanzlage des Landes tatsächlich nicht kennt - das wäre blamabel - oder dass er nur so tut, als kennte er sie nicht.

Vizepräsident Thomas Stritzl:

Frau Kollegin, ich darf Sie bitten, zum Thema zu reden.

Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Ich rede zum Thema. Ich bitte Sie: Lesen Sie den Beitrag der CDU nach und lesen Sie nach, was die CDU zum Nachtrag und zum Haushalt gesagt hat, nämlich fast nichts. Ich beschäftige mich damit, ob die Opposition im Landtag ein seriöses Konzept für den Haushalt hat. Ich finde, das ist durchaus interessant, denn wir reden über den Nachtrag 2004 und 2005. Wir reden auch über den Nachtrag 2005. Das ist Ihr Antrag. Sie wollten, dass wir uns hier heute mit dem Haushalt 2005 beschäftigen.

(Zuruf des Abgeordneten Martin Kayenburg [CDU])

- Das ist Ihr Antrag!

(Erneuter Zuruf des Abgeordneten Martin Kayenburg [CDU] - Weitere Zurufe von der CDU)

Wir haben natürlich ein Problem, wenn die CDU nicht weiß, was sie beantragt hat. Die CDU beantragt

einen Nachtragshaushalt für 2004 und 2005. Das heißt, wir reden über den Landeshaushalt 2005.

(Anhaltende Zurufe von der CDU)

In einer Debatte um den Landeshaushalt 2005 muss es erlaubt sein, die finanzpolitischen Konzepte miteinander zu vergleichen.

(Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Herr Präsident, sorgen Sie mal für Ruhe da drüben! Die schreien immer rum! - Glocke des Präsidenten)

Vizepräsident Thomas Stritzl:

Ich darf um etwas Ruhe bitten. - Jetzt darf ich Frau Kollegin Heinold fragen, ob sie eine Zwischenfrage des Kollegen Wiegard zulässt.

Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Ich würde jetzt gern meine Rede zum Schluss führen. Ich bin lange genug gestört worden. Dann komme ich zum Ende.

Vizepräsident Thomas Stritzl:

Sie wollen also keine Zwischenfrage zulassen?

Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Nein.

Für beide Haushalte, ob 2004 oder 2005, liegen die Grundlagen nicht nur in Schleswig-Holstein, sie liegen auch im Bund. Meine Damen und Herren von der Opposition, wie wollen Sie die Nettoneuverschuldung reduzieren, wenn Sie im Bundesrat Subventionsabbauvorschlüsse in einer Größenordnung von 15 Milliarden € blockieren, wenn Sie ein Steuerkonzept vorlegen, das jährlich 30 Milliarden Minuseinnahmen in Deutschland einbringt? Ich appelliere an Sie, geben Sie Ihre Blockadepolitik auf, stoppen Sie das unsinnige Klageverfahren gegen den Landeshaushalt, was nur die Gerichte beschäftigt, und setzen Sie stattdessen gemeinsam mit uns Reformen um! Damit würden Sie zum Wohle des Landes beitragen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und vereinzelt bei der SPD)

Vizepräsident Thomas Stritzl:

Das Wort für den SSW im Schleswig-Holsteinischen Landtag erteile ich jetzt seiner Sprecherin, der Frau Abgeordneten Anke Spoorendonk.

Anke Spoorendonk [SSW]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die CDU-Fraktion hat heute einen Antrag eingebracht, mit dem die Landesregierung aufgefordert wird, in der 47. Tagung einen Nachtragshaushalt für die Jahre 2004/2005 vorzulegen. Ich sage das noch einmal, weil es vorhin diskutiert wurde. Es ist klar, dass es sich die größte Oppositionspartei wenige Monate vor der Wahl nicht entgehen lassen möchte, über die schlechte Haushaltssituation des Landes zu debattieren. Dafür habe ich sogar grundsätzlich Verständnis.

Einer unserer Kritikpunkte an der Einführung des Doppelhaushaltes war ja, dass man so der Notwendigkeit entgeht, vor einer Landtagswahl womöglich harte Sparbeschlüsse fassen zu müssen. Von daher begrüßen wir also die heutige Debatte. Allerdings sind wir der Meinung, liebe Kolleginnen und Kollegen von der CDU, dass Sie mit Ihrem Antrag zu weit gehen.

(Zurufe von der CDU: Oh, oh!)

Aus Sicht des SSW geht es bei einem Doppelhaushalt vor allem darum, dass der Finanzausschuss den Haushaltsvollzug genau kontrolliert und entsprechende Konsequenzen daraus zieht. Das heißt aber eben nicht, dass man bei jeder Veröffentlichung von Steuerzahlen gleich einen Nachtragshaushalt fordern muss.

Der **Bericht über den Haushaltsablauf** mit Stand vom 30. Juni 2004, den wir nach der Sommerpause im Finanzausschuss diskutiert haben, war zugegebenermaßen wenig erhehend; denn die **Steuereinnahmen** des Landes sind im ersten Halbjahr im Vergleich zu 2003 um fast 9 % zurückgegangen. Das ist kein gutes Ergebnis. Im Haushaltssoll für 2004 war nur mit einem Rückgang von 2,4 % gerechnet worden. Aber alle Finanzpolitikerinnen und -politiker wissen aus Erfahrung, dass das örtliche Aufkommen in den einzelnen Bundesländern sehr schwankend sein kann und mitunter durch Einzelentwicklungen beeinflusst wird. Dazu kommt, dass Schleswig-Holstein als Nehmerland durch Zuschüsse aus dem Länderfinanzausgleich sowie durch höhere Bundesergänzungszuweisungen insgesamt mit einem Plus von 1,2 % bei den Steuereinnahmen des ersten Halbjahres doch noch akzeptabel abschließt. Das **Haushaltssoll** für das ganze Jahr liegt bei 1,5 %.

Mit Ausnahme der steigenden Personalausgaben hat das Land im ersten Halbjahr auch die **Nettoausgaben** in den Griff bekommen. Der Rückgang mit 0,7 % ist sogar höher, als im Soll geplant war. Das liegt hauptsächlich an dem hohen Rückgang der investiven Ausgaben, die mit einem Minus von circa 19 % im Ver-

gleich zu 2003 weit unter dem Soll für 2004 mit einem Zuwachs von 10 % liegen.

In der aktuellen wirtschaftlichen Situation ist dies natürlich überhaupt kein gutes Signal. Allerdings muss man auch hier sagen, dass 2004 noch nicht zu Ende ist. Der SSW erwartet daher, dass sich die Landesregierung bemüht, den angepeilten Anstieg von 10 % der Investitionen noch zu erreichen. Schließlich war gerade die Erhöhung der **Investitionen** zur Bekämpfung der wirtschaftlichen Notlage des Landes das wesentliche Argument dafür, dass wir letztes Jahr einer Nettoneuverschuldung über die **Verfassungsgrenze** hinaus zugestimmt haben, sage ich einmal für den SSW.

Der Finanzminister hat uns im Finanzausschuss erklärt, dass er für 2004 keinen Grund sieht, einen Nachtragshaushalt aufzustellen. Zwar waren auch die Steuereinnahmen für Juli mit 5 % unter dem Niveau des Vorjahres, in die einmaligen Einnahmen ist aber bereits das Geld für die LEG eingegangen und auch mit dem Geld für die Haftkapitalvergütung der HSH Nordbank wird noch in diesem Jahr gerechnet. Deshalb geht der Finanzminister weiterhin davon aus, dass die Mai-Steuerschätzung, die für Schleswig-Holstein für das ganze Jahr sogar Mehreinnahmen von circa 19 Millionen € im Vergleich zur Haushaltsaufstellung 2004 voraussagt, richtig ist.

Die Ergebnisse der November-Steuerschätzung kennen wir aus guten Gründen noch nicht. Darum ist es unseriös zu fordern, dass wir bereits in der 47. Tagung einen Nachtragshaushalt vorgelegt bekommen sollen. Das soll heißen, wir vertrauen natürlich den Aussagen unseres Finanzministers und wir gehen davon aus, dass wir im Gegensatz zu 2002 und 2003 in diesem Jahr keinen Nachtragshaushalt mehr brauchen.

Ich will vorsichtshalber noch einmal daran erinnern, dass wir trotz eines Doppelhaushalts immer noch das Prinzip der **Jährlichkeit des Haushalts** haben. So steht es in der Landeshaushaltsordnung. Das heißt, für 2005 sieht die Situation anders aus. In der **Mai-Steuerschätzung** wird in 2005 mit **Steuerminder-einnahmen** für Schleswig-Holstein in Höhe von 450 Millionen € gerechnet. Das ist für ein kleines Bundesland wie Schleswig-Holstein wirklich sehr viel Geld. Darum müssen wir uns in der nächsten Legislaturperiode, nach der Wahl also, alle gemeinsam Gedanken darüber machen, wie wir mit dem Haushalt 2005 umgehen wollen. Da es wahrscheinlich im Zuge der Verhandlungen über eine Änderung des **Länderfinanzausgleichs** eine Neuordnung des **quotalen Systems** geben wird, muss es im Laufe des Haushaltsvollzuges 2005 auf jeden Fall einen Nach-

(Anke Spoorendonk)

tragshaushalt geben. Aber auch hier wird der SSW bei seiner bisherigen Linie bleiben. Wir können, so sagen wir, aus heutiger Sicht nicht ersehen, wo man in diesem völlig verkrusteten Haushalt - damit gemeint ist, dass wir so viele Aufgaben haben, die wir nicht wegdiskutieren, die wir nicht wegbewegen können - auf die Schnelle fast eine halbe Milliarde € wird einsparen können.

Die Landesregierung hat - das haben wir in jeder Haushaltsdebatte gesagt - in den letzten Jahren bereits einen Sparkurs gefahren, der für viele Vereine und Verbände, für viele Organisationen, die vom Landshaushalt abhängen, an die Grenze der finanziellen Belastbarkeit gegangen ist. Weitere Einsparungen gefährden in der jetzigen Situation nicht nur den wirtschaftlichen Aufschwung, sondern auch die soziale Balance des Landes. Das gilt natürlich auch für 2005. Darüber hinaus würde sich eine verschärfte Sparrunde kontraproduktiv auf eine solide Finanzpolitik auswirken, weil dadurch die Einnahmen weiter wegbrechen würden.

Die Vorschläge, die CDU und FDP bisher zur Sanierung des Landshaushalts vorgelegt haben, sind aus Sicht des SSW wenig überzeugend.

(Beifall bei SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Dabei geht es entweder nur um Einmaleffekte wie beim Verkauf der Anteile an der HSH-Nordbank oder um völlig unseriöse Einsparvorschläge wie die angebliche Streichung von 2.000 Stellen im Landesdienst, während - auch das muss ich sagen - Herr Carstensen gleichzeitig neue Lehrerstellen und mehr Polizeibeamte für Schleswig-Holstein fordert.

(Zurufe von CDU und FDP)

Ob die Forderung nach einer Senkung der Sozialhilfekosten noch im Raum steht, vermag ich jetzt nicht zu sagen. Aber auch sie wirkte aus meiner Sicht recht abenteuerlich.

Wenn man ehrlich ist, sollte man den Wählerinnen und Wählern daher ganz klar sagen, dass es keine kurzfristigen Patentrezepte dafür gibt, wie man das finanziell schwer angeschlagene Land Schleswig-Holstein sanieren kann. Aus der Sicht des SSW werden wir nur aus der Finanzmisere herauskommen, wenn es uns gelingt, die Wirtschaft anzukurbeln, die Arbeitslosigkeit massiv abzubauen, die Verwaltungsstrukturen, zum Beispiel die Gemeindegrößen, effizienter zu gestalten und die Finanzbeziehungen zwischen Bund und Ländern zugunsten der Länder zu ändern. Dafür benötigen wir einen langen Atem, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei SSW und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das wird nicht einfach sein und wird letztlich nur in einer gemeinsamen Kraftanstrengung aller Parteien und aller gesellschaftlichen Gruppen in Schleswig-Holstein und auch in der Bundesrepublik gelingen können. Somit ist es äußerst bedauerlich und bestimmt nicht ungefährlich für den Zustand unserer Demokratie, dass aus dieser gemeinsamen Kraftanstrengung bisher nichts geworden ist, dass jeder Anlauf im Parteiengeplänkel oder im Gestrüpp der Interessengruppen stecken geblieben ist.

Ich denke, da haben wir einen Ansatz und das muss eigentlich die Überschrift einer Forderung nach einem Nachtragshaushalt für 2005 sein.

(Beifall bei SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsident Thomas Stritzl:

Für die Landesregierung erteile ich jetzt Herrn Finanzminister Dr. Stegner das Wort.

Dr. Ralf Stegner, Finanzminister:

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Lassen Sie mich zunächst der Opposition für diesen Antrag meinen dreifach herzlichen Dank aussprechen: erstens, weil er mir Gelegenheit gibt, die Annahmen für 2004 noch einmal darzulegen und ihre Richtigkeit zu beweisen, zweitens, weil er mir erlaubt, die interessanten Vorstellungen der Union zur Haushalts- und Finanzpolitik mit unseren Konzepten zu vergleichen, und drittens - das ist mir fast am liebsten -, weil er schonungslos offenbart, wie es um die Zuversicht der Nord-Union bestellt ist, was den Ausgang der Landtagswahl und Ihrer Klage vor dem Bundesverfassungsgericht anbetrifft.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die „sh:z“ titelt heute: „Gute Stimmung in der Nordwirtschaft“. Man könnte das auch so sagen: Fliesen-Harry top, Pannen-Harry flop!

(Beifall bei der SPD)

Meine sehr verehrten Damen und Herren von der Opposition, Sie sind immerhin konsequent und lassen sich von Fakten nicht von Ihrem Kurs abbringen. Das ehrt Sie irgendwo. Jahr für Jahr kommt von Ihnen ein **Antrag zum Nachtragshaushalt**. Das ist so sicher wie das Amen in der Kirche. Zugegebenerweise ist es schon eigenartig, wenn man Ihre Klage vor dem **Bundesverfassungsgericht** nachliest. Als einen der

(Minister Dr. Ralf Stegner)

Hauptgründe, die Sie anführen, sagen Sie, Sie wollten einen weiteren Dezember-Nachtrag verhindern. Aber, sehr verehrter Herr Kayenburg, was meinen Sie denn um Himmels willen, wann der von Ihnen beantragte Nachtrag beraten würde? Sie wollen also genau das verhindern, was Sie hier fordern. Das verstehe ich nicht.

Herr Kayenburg, man könnte Ihnen immerhin ein tolles Timing zubilligen. Aber auch dieser Schuss ging knapp daneben, ist doch vor wenigen Tagen die aktuelle Abrechnung des **Länderfinanzausgleichs** gekommen. Gut für das Land Schleswig-Holstein, schlecht für die CDU-Opposition hier im Landtag.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, das, was ich Ihnen am 19. August zum Haushaltsverlauf vorgelegt habe, bestätigt sich. Trotz Ihrer massiven Kritik sind die Fakten anders. Gegenwärtig spricht alles dafür, dass wir mit den **Steuereinnahmen** in diesem Jahr 1,5 % Wachstum erreichen, so wie wir das gesagt haben.

Lieber Herr Wiegard, ich habe Ihren Zahlensalat vorhin gehört. Ich verlange gar nicht, dass Sie rechnen, sondern nur, dass Sie lesen. Wenn Sie in dieser Unterlage lesen würden, Herr Wiegard, würden Sie feststellen, dass die Steigerung bei den Personalausgaben - Lehrer zum Beispiel - bei 3 % liegt, bei den Zinsen und Schulden bei minus 1,9 %. Lieber Herr Wiegard, lesen Sie das doch einmal nach! Ich kann das gar nicht begreifen! Wer hat Ihnen das nur aufgeschrieben?

Die **Gewerbsteuer**, die Sie zulasten der Kommunen abschaffen wollen, hat zugenommen. Auch diesbezüglich wollen Sie massive Verschlechterungen. Ich sage Ihnen im Übrigen: Wir werden die globale Minderausgabe im Einzelplan 11 natürlich einhalten und dass wir keine Baustopps verordnen, finden vielleicht sogar Sie richtig.

Die **einmaligen Einnahmen** aus dem Verkauf der Lotterieanteile wird der Landtag vermutlich morgen gegen Ihren Widerstand beschließen. Aller Voraussicht nach wird es in diesem Jahr auch noch eine definitive Einigung zur Haftkapitalvergütung mit entsprechenden Zahlungen an Schleswig-Holstein geben. Ich habe gestern das lange Gesicht des Herrn Vizepräsidenten gesehen, als mitgeteilt wurde, was bei der Besprechung der Finanzminister mit Herrn Monti - Staatssekretär Döring ist dabei gewesen - herausgekommen ist.

(Zuruf von der CDU)

Über einen Nachtrag für 2005 vor der Steuerschätzung im November und damit auch vor den ersten

Erfahrungen mit der größten Sozialreform der letzten Jahrzehnte, also mit Hartz IV, zu reden, ist unseriös und zurzeit völlig absurd. Ich hatte Ihnen bei der Einbringung des Doppelhaushaltes die Annahmen für 2005 genannt, die man zugrunde legen muss, um dahin zu kommen. Ich finde es nett, dass Sie das noch einmal zitiert haben. Ich stehe nämlich zu jedem Wort, das ich damals formuliert habe. Dass manches nicht so kommen wird, liegt unter anderem daran, dass Sie und Ihre Parteifreunde beim Subventionsabbau im Bundesrat immer Nein sagen, wenn es konkret wird.

(Beifall bei der SPD)

Nun könnte man Ihnen wenigstens eine geschickte politische Strategie zubilligen. Schließlich ist die Finanzlage des Landes angespannt und somit für eine Opposition immer einen verbalen Tiefschlag wert. Aber nach der famosen Pressekonferenz von Herrn Wiegard und Herrn Austermann zu den finanzpolitischen Vorstellungen der Union wissen wir, wie Sie die Haushaltslage ändern wollen. Ganz einfach: Erstens. HSH-Nordbank-Anteile verkaufen, was bis 2013 gar nicht möglich ist; das macht aber nichts. Als Käufer käme nur Hamburg infrage und dann wären die Arbeitsplätze in Kiel weg. Lassen Sie sich das einmal von Herrn Peiner erklären. Er wird Ihnen das genauso sagen. Er hält nämlich überhaupt nichts von Ihren Plänen.

(Beifall bei der SPD)

Zweitens. Sozialhilfe kürzen, aber dafür reichlich mehr Staatssekretärsstellen schaffen.

Drittens. Einnahmesichernde Gebühren streichen, dafür aber deutlich mehr Ausgaben im Bildungsbereich versprechen.

Viertens. 2.000 Beschäftigte kurz-, mittel- oder langfristige oder auch gar nicht abbauen, aber immerhin mehr Flexibilität beim Abschuss der Kormorane. Das ist eine klasse Strategie! Das muss ich Ihnen wirklich sagen.

(Heiterkeit und Beifall bei der SPD)

Unsere Vorstellungen zur **Haushaltskonsolidierung** sind wirklich andere. Wir organisieren unsere Verwaltung um, damit wir unsere Beschäftigten so einsetzen können, dass mehr für Bürgerinnen und Bürger herauskommt. Ich nenne beispielhaft die Polizeireform III, die Reform der Finanzämter und unsere Bemühungen zur KFZ-Steuer.

Übrigens wäre es nett, wenn Sie mir einmal sagten, was eigentlich gilt: Austermann oder Wiegard? - Damit wir Bescheid wissen, worüber wir mit Ihnen

(Minister Dr. Ralf Stegner)

reden. Immer wenn es konkret wird, sagen Sie Nein und schlagen sich in die Büsche.

(Widerspruch bei der CDU)

Wir wollen mit den Beschäftigten und mit den Betroffenen vor Ort unter den Bedingungen Wirtschaftlichkeit, Professionalität und Bürgernähe darüber reden, welche Veränderungen unvermeidbar sind.

Im Gegensatz zu Ihnen hält es übrigens die Landesregierung für durchaus zumutbar, dass in bestimmten Fällen der Arbeitsweg um 30 km verlängert wird. Wir hatten im Finanzministerium gerade zwei Volontäre von HDW und Provinzial. Die können nur lachen, wenn sie hören, was Sie, sehr verehrter Herr Abgeordneter Wiegard, zu solchen Dingen sagen.

Wir kürzen die Sonderzuwendungen unserer Beschäftigten sozial ausgewogen und haben auch für die Kliniken einen entsprechenden Beschäftigungspakt ausgehandelt. Sie wollen die Leute lieber hinauswerfen oder damit drohen. Alternativ können Sie ja dann - wie Ihre Parteifreunde in Niedersachsen - auch die Zuwendungen für den einfachen mittleren Dienst streichen und die Lernmittelfreiheit beseitigen. Das sind Ihre Vorstellungen davon, wie man mit Haushaltsfragen umgeht.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir kürzen in den Förderprogrammen mit Augenmaß. Auch hierbei lohnt ein Blick nach Niedersachsen, um zu sehen, was die Schleswig-Holsteiner zu befürchten hätten, wenn Sie doch erfolgreich wären. Sie wollen den sozialen Kahlschlag, um Ihre ideologischen Spielwiesen wie die Atomkraft zu pflegen, die Kraftwerksbetreiber zu entlasten oder einen Frachtflughafen zu bauen, den kein Mensch braucht, will oder für nötig hält. Das ist richtiger Unfug und das wissen Sie selbst.

(Vereinzelter Beifall bei der SPD)

Nun könnte man in Ruhe darüber diskutieren, wie Sie aus Ihrer Verantwortung für Schleswig-Holstein handeln würden. Doch - das offenbaren Sie jetzt wieder - schon in Ihrer Verfassungsklage geht es Ihnen nur um Parteitaktik. Nicht nur dass, wenn Sie gewinnen sollten, ein ausgeglichener Haushalt 2006 gar nicht möglich wäre, Sie verabschieden sich auch konsequent aus der Wirklichkeit.

In Ihrer Antragschrift - nun hören Sie gut zu - vom 7. April bezweifeln Sie seitenlang die **Störung des wirtschaftlichen Gleichgewichts**. Herr Präsident, ich zitiere den Herrn Oppositionsführer aus der Plenarsitzung vom 28. April, genau drei Wochen später: „Wir

stellen fest: Das gesamtwirtschaftliche Gleichgewicht in Schleswig-Holstein ist gestört.“ - Das ist ein rasanter Erkenntnisfortschritt in drei Wochen, sehr verehrter Herr Oppositionsführer. Da reibt man sich doch die Augen und fragt: Was gilt nun eigentlich bei Ihnen? - Das, was in Ihrer Klageschrift steht, oder das, was Sie hier sagen? Vermutlich beides nicht.

(Caroline Schwarz [CDU]: Sie sind so aufgeregt!)

Haben wir es wirklich, wie Sie in Ihrer Klage formulieren, mit einem „nicht ganz optimalen Beschäftigungsstand“ zu tun? Erklären Sie das einmal den Arbeitslosen in Deutschland, sehr verehrter Herr Oppositionsführer. Da ist doch geradezu Verhöhnung der Betroffenen. Bei 4,5 Millionen Arbeitslosen kann man doch nicht sagen, das wirtschaftliche Gleichgewicht sei nicht gestört.

Die Daten der Ländervergleiche zeigen, dass Ihre Vorwürfe in der Sache wirklich daneben sind. Niemand außer Ihnen leugnet, dass wir uns in einer schwierigen Lage befinden. Wir haben eine hohe Zinslast, wir haben eine hohe Verschuldung, die Steuereinnahmen sind immer noch nicht so, wie wir uns das wünschen.

(Frauke Tengler [CDU]: Das leugnen wir auch nicht!)

Außer Ihnen und Ihrem Möchtegern-Juniorpartner versuchen jedoch andere, ernsthafte Lösungen zu entwickeln. Mein Kollege Peiner aus Hamburg - Doppelhaushalt im Übrigen! - hat zum Beispiel gefordert, die Steuerquote zu erhöhen. Sie dagegen hängen der Merz'schen Bierdeckelpolitik nach und wollen den Staat um weitere 25 Milliarden € ärmer machen und - ganz nebenbei bemerkt - auch noch das Solidaritätsprinzip in der Krankenversicherung durch Kopfpauschalen liquidieren. Das sind Ihre Vorstellungen, wie man mit solchen Dingen umgeht.

Die Landesregierung will eine **Steuerreform**, die die Einnahmen der Kommunen und des Landes stabilisiert und die Beschäftigungssituation verbessert. Wir arbeiten in Schleswig-Holstein an einer zukunftsfähigen und flexiblen Verwaltung und einem modernen Schulsystem, Sie wollen nach den Worten Ihres Spitzenkandidaten zurück in die 50er-Jahre. Damit kommen Sie nicht weit und glücklicherweise schon gar nicht dorthin, wohin Sie eigentlich wollen, nämlich in die Regierungsverantwortung - trotz der Heldenträume des Herrn Abgeordneten Garg.

Von Alec Guinness können wir lernen: Schlechte Argumente bekämpft man am besten, indem man deren Darlegung nicht stört. In dem Sinne tun Sie uns

(Minister Dr. Ralf Stegner)

bitte einen Gefallen: Lassen Sie Ihr so genanntes Kompetenzteam mit dem famosen Konzept möglichst häufig öffentlich auftreten. Darum würde ich Sie herzlich bitten. Verstecken Sie den Herrn Schlie nicht, treten Sie öffentlich auf. Das kann uns nur nützen.

(Anhaltender Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Vizepräsident Thomas Stritzl:

Die Fraktionen haben die Redezeiten weitestgehend ausgeschöpft. Die Restredezeit der Fraktion der FDP beträgt noch zwei Minuten. Ich sehe, die wird zurzeit nicht in Anspruch genommen.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Das, was wir zu sagen haben, haben wir gesagt!)

- Ich frage nur deshalb, weil wir dann, wenn Sie das nicht in Anspruch nehmen, jetzt nämlich zu den Dreiminutenbeiträgen kommen. - Es liegt eine Wortmeldung nach § 56 Abs. 4 der Geschäftsordnung des Herrn Abgeordneten Wiegard vor.

Rainer Wiegard [CDU]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Das ist interessant, dass der Herr Finanzminister kein einziges Wort zu der Kernfrage verliert - der ich meinen Beitrag hier auch gewidmet habe -, wie die Landesregierung eigentlich dieser von ihr erklärten Störung des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts und der schweren Beschäftigungskrise in Schleswig-Holstein begegnen will, mit welchen Mitteln. Es gibt dazu auch in Ihrem wortgewaltigen Beitrag kein Wort, kein einziges Wort.

(Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Keine Neiddebatte!)

Das ist übrigens höchst interessant: Das einzige Programm, über das in Schleswig-Holstein diskutiert wird, ist das der CDU.

(Beifall bei der CDU - Lachen bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

In Ihrem Programm steht nicht einmal ein einziger Satz, nicht einmal ein einziges Wort zur Finanzpolitik und zu dem, was Sie hier nach 17 Jahren hinterlassen haben, kein einziges Wort. Das ist auch klug von Ihnen - entschuldigen Sie, Herr Dr. Klug, dass ich Ihren Namen verwende oder missbrauche -, denn das kann man niemandem ernsthaft vermitteln, was Sie hier hinterlassen haben.

Ich möchte zum Jahr 2005, zum Haushalt für das Jahr 2005, Folgendes sagen. Wenn Sie nicht diesen

Trick versucht hätten, einen Zweijahreshaushalt zu machen, und Sie heute in der Pflicht wären, einen Haushalt aufzustellen, dann müssten Sie als Grundlage für die Einnahmen die **Steuerschätzung von Mai 2004** verwenden. Das ist die Grundlage. Deshalb sagen wir: Setzen Sie wenigstens in Ihrer noch verbleibenden Amtszeit das an verfügbaren Zahlen ein, was Sie von jedem anderen Unternehmen - ich habe Ihnen die Grundlagen genannt - auch an Klarheit und Wahrheit verlangen würden.

Zum Subventionsabbau wird immer Unfug erzählt, das ist wahrlich nicht mehr zu fassen. Sind Sie nicht dabei gewesen? Ich denke, Herr Finanzminister, Sie waren bei den Vermittlungsgesprächen dabei!

(Zurufe)

- Vielleicht ist er in der Zeit ja Einkaufen gegangen. Also, der Herr Bundesfinanzminister hat ein Paket zur Kürzung in der Größenordnung von 24,5 Milliarden € vorgeschlagen und akzeptiert und gemeinsam getragen wurden 22,7 Milliarden €. Hier immer das Märchen zu erzählen, dass da nichts mitgetragen worden sei, ist völliger Blödsinn.

(Beifall bei der CDU)

Aber in dem Koch-Steinbrück-Papier - da haben Sie keine Vorschläge gemacht - war zum Beispiel auch die Frage der Kohle enthalten. Bei der Kohle haben Sie dann draufgesattelt, 16 Milliarden € eben so draufgepackt und uns halten Sie das jetzt vor, wir machten da nicht mit.

(Beifall bei der CDU und vereinzelt bei der FDP)

Nun ein Wort zur **Normenkontrollklage** gegen Ihren Haushalt. Sie haben von Anfang an allergrößte Bedenken gehabt. Das **Bundesverfassungsgericht** hat uns schon mitgeteilt - genau das, was wir eigentlich erreichen wollten -, dass dieses Problem zu einem bundesweiten Thema wird. Deshalb ist unsere Klageschrift an alle Landtage, alle Landesregierungen, an das Bundeskanzleramt und den Bundestag zur Stellungnahme gegangen. Sie werden erleben, dass endlich dieses Thema Verschuldung über die Verfassungsgrenze hinaus zu einer bundesweiten Aktivität führt,

(Beifall bei CDU - Zurufe von der SPD)

weil es unanständig ist, künftigen Generationen einen solchen Schuldenberg zu hinterlassen, bei dem sie keine eigene Gestaltungskraft mehr entwickeln können. Deshalb sehen wir diesem weiteren Verfahren ganz gelassen entgegen.

(Beifall bei der CDU - Zurufe von der SPD)

Vizepräsident Thomas Stritzl:

Weitere Wortmeldungen liegen dem Präsidium nicht vor; dann schließe ich die Beratung. Ich darf fragen, wie weiter verfahren werden soll. Ist die Überweisung an den Ausschuss beantragt oder Abstimmung in der Sache?

(Zurufe: Abstimmung in der Sache!)

- Gut. Wer diesem Antrag der CDU mit dem Titel „Nachtrag zu den Haushalten 2004/2005“, Drucksache 15/3660, in der Sache seine Zustimmung geben will, den darf ich um sein Handzeichen bitten. - Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? -

(Zuruf der Abgeordneten Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] - Zurufe von der SPD)

- Ich darf darauf hinweisen, dass wir uns in der Abstimmung befinden und wir extra vor dem neu gebauten Plenarsaal ein Foyer für private Gespräche haben, Frau Kollegin.

Ich darf das Abstimmungsergebnis bekannt geben. Der Antrag der Fraktion der CDU „Nachtrag zu den Haushalten 2004/2005“ ist mit den Stimmen von SPD, FDP, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW gegen die Stimmen der CDU in der Sache abgelehnt. Der Tagesordnungspunkt ist damit erledigt.

Ich rufe den Tagesordnungspunkt 28 auf:

Vorbereitung der LKW-Maut

Antrag der Fraktion der CDU
Drucksache 15/3662

Wird das Wort zur Begründung gewünscht? - Das ist offensichtlich nicht der Fall.

Ich darf darauf hinweisen, dass mit dem Antrag ein mündlicher und schriftlicher Bericht in dieser Tagung beantragt wird. Ich lasse zunächst über die gewünschte Berichterstattung abstimmen. Wer dem Antrag auf einen mündlichen und schriftlichen Bericht in dieser Tagung seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um sein Handzeichen. - Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Dann ist das so beschlossen.

Wir haben also beschlossen, dass in dieser Tagung ein mündlicher und ein schriftlicher Bericht gegeben werden soll.

Ich gehe davon aus, dass zunächst der mündliche Bericht gegeben wird, und darf für die Landesregierung Herrn Minister Prof. Dr. Rohwer das Wort erteilen.

Dr. Bernd Rohwer, Minister für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Wir haben uns mit dem Antragsteller darauf verständigt, dass ich einen mündlichen Bericht gebe, der zeitgleich schriftlich in Form meiner Rede vorgelegt wird, und wir dann im Ausschuss die Dinge weiter beraten können.

Gern berichte ich heute über die LKW-Mautumsetzung in Schleswig-Holstein. Ich gehe davon aus, dass wir gemeinsam der Meinung sind, dass die Maut zum 1. Januar 2005 funktionieren muss, und zwar nicht nur wegen der Einnahmen, sondern auch, damit wir nach außen das Zeichen für die deutsche Industrie geben können, dass das Mautsystem funktioniert hat, dass die deutsche Industrie das wuppt.

An den Autobahnen in Schleswig-Holstein hat sich in den letzten Monaten einiges getan, die Arbeiten an den insgesamt elf **Mautbrücken** an den Autobahnen A 1, A 7, A 23 und A 24 sind abgeschlossen. Für die **manuelle Einbuchung** stehen den LKW-Fahrern in Schleswig-Holstein 120 Mautstellenterminals in der Nähe aller Autobahnauffahrten zur Verfügung. Toll Collect hat zum Auffinden der Terminalstandorte übersichtliche Karten in das Internet eingestellt, sodass auch ortsunkundige Fahrer diese Mautstellen problemlos anfahren können.

Die technischen Probleme aufgrund einer fehlerhaften Software der On-Board-Units hat Toll Collect behoben. Ein Gutachtertest führte im Mai dieses Jahres auf allen 5.200 mautpflichtigen Streckenabschnitten zu einer Erfassungsquote von 99,2 %.

Wie geht es weiter? Toll Collect hat die **Generalprobe**, deren Beginn für den 1. Januar 2005 geplant war, vorgezogen und gestern bekannt gegeben, dass mit dem gutachterlich überwachten Probetrieb bereits gestern begonnen wurde. Diese Generalprobe läuft bis zum 30. November. Gravierende Probleme sind nach Aussage von Toll Collect nicht zu erwarten. Wir müssen uns das aber genau anschauen.

Ab dem 1. Januar 2005 wird das Mautsystem in der vorliegenden vereinfachten Form mit geringfügig eingeschränkten Funktionalitäten der **On-Board-Units** starten. Ab diesem Zeitpunkt besteht auch die Möglichkeit der Mauterfassung über eine Internetbuchung sowie über die 120 im Land zur Verfügung stehenden Mautstellenterminals. Sie wissen, wir haben drei Buchungswege: die Terminals, das Internet und die On-Board-Units. Am 1. Januar 2006, also ein Jahr später, erfolgt dann der Start des ursprünglich vorgesehenen Mautsystems mit der endgültigen Version des On-Board-Unit-Systems einschließlich einer neuen Software. Die Units selbst müssen dann nicht

(Minister Dr. Bernd Rohwer)

mehr ausgetauscht werden. Wenigstens das ist erfreulich.

Der Unsicherheitsfaktor für den 1. Januar 2005 ist nach Aussage der Experten nicht technischer, sondern eher organisatorischer Art. Das tröstet allerdings noch nicht hinreichend, denn es besteht folgendes Problem: Bisher sind erst circa 80.000 On-Board-Units der zweiten Generation eingebaut worden, obwohl - und das ist bemerkenswert - mehr als 152.000 vorbestellte Geräte von Toll Collect an die Werkstätten ausgeliefert wurden. Diese Zahlen haben wir erst gestern erhalten. Ganz offensichtlich gibt es also Verzögerungen zwischen der Auslieferung in den Werkstätten an die eigentlichen LKW-Fahrer und dem Einbau der Units. Offensichtlich zögern einige, diese Units einzubauen. Insofern appelliere ich an dieser Stelle - ähnlich wie bei Hartz IV - auch an die Betroffenen: Warten Sie nicht auf den Termin 1. Januar 2005, sondern bereiten Sie sich darauf vor!

Ich habe Verständnis, wenn die Kosten für den Einbau der Mauterfassungsgeräte ein bisschen hinausgeschoben werden. Es darf sich dann aber niemand beklagen, wenn er nicht über diese Technik buchen kann, sondern über das Internet buchen muss. Das ist dann die Konsequenz. Vorbereitung muss also sein. Die Mautterminals befinden sich generell auf Autohöfen und Tankstellen. Ich habe mich dafür eingesetzt, dass auch in den großen Ostseehäfen des Landes, die die Einfallstore für den Transitverkehr aus dem Ostseeraum sind, und am Grenzübergang der A 7 nach Dänemark **Mautterminals** in ausreichender Zahl eingerichtet werden. Diese Forderung ist inzwischen erfüllt worden, sodass direkt am Grenzübergang und in Padborg mehrere Mautterminals zur Verfügung stehen. Auch in Kiel und Lübeck wird eine ausreichende Zahl an Mautterminals zur Verfügung stehen. Dies genügt allerdings noch nicht, denn in diesen Häfen kommen eine Reihe von LKWs an, die keine On-Board-Unit haben. Deswegen müssen wir sicherstellen, dass dort auch eine Buchung über das Ziehen von Mauttickets ermöglicht werden kann. Ich bin aber sicher, dass wir das noch schaffen.

Fazit: Zurzeit spricht alles dafür, dass die Maut zum 1. Januar starten kann und dass sie auch in Schleswig-Holstein funktionieren wird. Ich möchte aber noch einmal an die Beteiligten appellieren: Warten Sie nicht bis zum 31. Dezember, sondern bereiten Sie sich so vor, dass die Geräte, die verteilt worden sind, auch wirklich genutzt werden.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsident Thomas Stritzl:

Ich eröffne die Aussprache. Für die Fraktion der CDU erteile ich Frau Abgeordneter Roswitha Strauß das Wort.

Roswitha Strauß [CDU]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herr Minister Rohwer, ich danke für diesen Bericht. Wir hätten ihn gern etwas dezidierter schriftlich gehabt, wir haben uns aber verständigt, das ist in Ordnung so. Wir haben auch zur Kenntnis genommen, dass die große **Generalprobe** seit gestern läuft und bis zum 30. November laufen wird.

Exakt vor einem Jahr haben wir hier im Landtag über die **Mauteinführung** diskutiert. Der Kollege Schröder von der SPD überschrieb seine Ausführungen damals mit den Worten: Die Maut ist eingeführt, es hapert am Betrieb. Inzwischen wissen wir: Die Maut ist nicht eingeführt, sondern wir mussten ein Mautdesaster mit Milliardenverlusten für die deutsche Verkehrsinfrastruktur hinnehmen. Die politische Verantwortung für dieses Desaster trägt die rot-grüne Bundesregierung.

(Beifall bei CDU und FDP)

Ob der hier angerichtete Schaden von 4,6 Milliarden € inklusive Zinsen durch Forderungen des Bundes an den Auftragnehmer Toll Collect überhaupt oder auch nur annähernd wieder ausgeglichen werden kann, steht in den Sternen. Zudem hat die Forderung von Bundesverkehrsminister Stolpe einen mächtigen Haken: Im Erfolgsfall schwächt sie zwei große deutsche Unternehmen. Obendrein gehört das eine Unternehmen, die Telekom, mehrheitlich dem Bund. Wie auch immer das Ergebnis sein wird: Wieder einmal haben wir Dank der rot-grünen Bundespolitik nur die Wahl zwischen „Pest und Cholera“.

Sicher ist, dass das **Mautdesaster** dem Norden erheblich geschadet hat und Schleswig-Holstein mit wichtigen Verkehrsprojekten auf dem Abstellgleis gelandet ist oder erhebliche Verzögerungen hinnehmen muss. Dem Bundeshaushalt fehlen Mauteinnahmen in Höhe von 3,4 Milliarden € pro Jahr. Die dramatischen **Folgen** für die **Verkehrsinfrastruktur** werden durch die mittelfristige Finanzplanung offenbart. Demnach sinken die investiven Ausgaben für die Bundesfernstraßen von 4,8 Milliarden € - dem Soll für 2004 - auf 4,3 Milliarden € für 2008. Für die Eisenbahnen des Bundes sinken die Ausgaben von 4,4 Milliarden € - dem Soll für 2004 - auf 2,2 Milliarden € in 2008. Für die Bundeswasserstraßen sinken die investiven Ausgaben von 0,6 Milliarden € auf 0,5 Milliarden €. Dies alles ist vor dem Hintergrund zu sehen, dass die Ver-

(Roswitha Strauß)

kehrminister der Länder noch im Frühjahr dieses Jahres gefordert hatten, die Finanzmittel ab 2005 auf ein bedarfsgerechtes Niveau anzuheben. Diese Mittel wurden von den Landesverkehrsministern mit 5,8 Milliarden € für die Bundesfernstraßen und mit 4 Milliarden € für die Schienenwege beziffert.

Sehenden Auges produziert die Bundesregierung in Deutschland ein Verkehrschaos. Als Haupttransitland benötigen wir aber eine Verkehrsinfrastruktur, die für die Zukunft gerüstet ist. Das gilt insbesondere für Schleswig-Holstein. Um die Situation einigermaßen in den Griff zu bekommen, brauchen wir zum 1. Januar 2005 in Deutschland ein funktionierendes LKW-Mautsystem. Herr Minister, hier stimmen wir absolut überein: Ich gehe davon aus, dass über alle Parteigrenzen hinweg in diesem Hause ein hohes Interesse daran besteht, dass die erste vereinfachte Phase des dritten Anlaufs zur Mauterfassung klappt, und zwar so, dass mit der angepeilten Zahl von 500.000 LKWs inklusive der eingebauten Geräte, den so genannten On-Board-Units, am 1. Januar 2005 gestartet werden kann.

Zu der entscheidenden Frage, ob es bis zum Zeitpunkt der Mauterfassung gelingt, auch nur annähernd eine entsprechende Anzahl der **On-Board-Units** einzubauen, haben Sie, Herr Minister Rohwer, hier leider nichts gesagt. Das lässt nichts Gutes ahnen. Ich verweise auf das „Hamburger Abendblatt“ vom 7. September. Die aktuellen Presseberichte geben Anlass zu Sorge. Von den angepeilten 500.000 einzubauenden Geräten sind nach Auskunft des Ministers offensichtlich erst rund 80.000 eingebaut. Das sind nur 16 %. Hintergrund sind die Schwierigkeiten mit der so genannten Personalisierung der Erfassungsgereäte. Vor der Auslieferung müssen bestimmte Daten, zum Beispiel Achslast und Schadstoffklasse, für die korrekte Mautberechnung in die On-Board-Units eingegeben werden. Toll Collect hat damit aber erst im Juli begonnen. Offensichtlich gibt es hier Schwierigkeiten. Herr Minister, dazu hätte ich gern von Ihnen etwas gehört. Dieser Bericht war von daher reichlich dünn.

Die Differenz zwischen eingebauten und angeblich 152.000 gelieferten On-Board-Units macht die Sache nicht überschaubarer. Appelle an die Transportunternehmen bringen nichts, wenn die Geräte nicht entsprechend lieferbar sind. Herr Minister Rohwer, ich gehe davon aus, dass jeder Transportunternehmer, wenn er die Gelegenheit hat, diese auch wahrnimmt und die Geräte einbauen lässt, weil er sonst erhebliche Schwierigkeiten, nämlich Zeitverlust, hat. Ich gehe gleich noch einmal darauf ein.

Es bedarf keiner großen Phantasie, sich das Chaos vorzustellen, das durch die so erzwungene manuelle Eingabe an den Tankstellen entstehen wird; ganz zu schweigen von den zusätzlichen Kosten für die Transportunternehmen, die durch den Zeitaufwand der manuellen Eingabe entstehen.

Herr Minister Rohwer, an dieser Stelle noch ein Hinweis: Von entscheidender Bedeutung - gerade auch für die schleswig-holsteinischen Transportunternehmen - ist natürlich auch, dass zeitgleich mit der Einführung der Maut auch die **Harmonisierung** umgesetzt wird. Ich denke, nach einem Jahr oder nach 14 Monaten ist dafür Zeit genug gewesen. Sie haben dazu nichts gesagt. Herr Minister, ich bitte Sie daher, nicht nur Appelle zu leisten, sondern sich entsprechend einzusetzen und Druck zu machen.

(Glocke des Präsidenten)

- Ich komme zu meinem letzten Satz. - Ich mag mir auch nicht vorstellen - das müssen wir uns ebenfalls vergegenwärtigen; der Herr Minister hat es angesprochen -, welcher erneute Imageschaden für Deutschland entsteht, wenn es heißt „Deutschlands Logistik im Chaos“ und die entsprechenden Bilder um die Welt gehen. Dies zu verhindern ist unter anderem Ziel des CDU-Antrags. Sich dafür einzusetzen, fordern wir die Landesregierung auf. Die Bundesregierung muss durch konsequentes Controlling den neuen Termin zum 1. Januar 2005 in der Gesamtkonzeption sicherstellen. Eine weitere Verzögerung der Mauteinführung hätte katastrophale Folgen für den Ausbau der schleswig-holsteinischen, ja der gesamtdeutschen Verkehrsinfrastruktur.

(Beifall bei CDU und FDP)

Vizepräsident Thomas Stritzl:

Das war ein enorm langer letzter Satz, der auch durch Hinweis auf die Rechtschreibreform nicht zu rechtfertigen ist.

(Heiterkeit)

Für die SPD erteile ich Herrn Abgeordneten Schröder das Wort.

Bernd Schröder [SPD]:

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Gestatten Sie mir, an den Anfang Folgendes zu setzen: Dies ist mein erster Beitrag seit einem Dreivierteljahr und verschafft ein gutes Gefühl.

(Beifall bei SPD und SSW)

(Bernd Schröder)

Ich möchte die Gelegenheit nutzen, mich bei Ihnen allen für die Unterstützung in dieser schwierigen Zeit zu bedanken, sei es schriftlich, durch Telefonate, durch das Übermitteln von Grüßen. Das war ausgesprochen wichtig und hat mir sehr geholfen; vielen Dank. Ich bin froh darüber, dass es hier trotz aller Auseinandersetzungen, die wir im politischen Bereich haben, möglich gewesen ist, bei Fehlen aufgrund schwerer Erkrankungen ein Pairing durchzuführen. Dass diese Atmosphäre gewahrt wird, halte ich für ganz wichtig. Es gibt andere Stellen, wo die Betroffenen in solchen Fällen aus dem Krankenhaus herbeigefahren werden. Ich glaube, das von mir Erlebte spricht dafür, dass wir so etwas hier nicht nötig haben. Vielen Dank.

(Beifall)

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Keine Frage, der Versuch, im vergangenen Jahr auf deutschen Autobahnen die LKW-Maut einzuführen, war alles andere als ein Glimmerlicht. Aber - um auch das einmal deutlich zu sagen - das, was heute gelegentlich als Desaster bezeichnet wird, war in erster Linie eines des Betreiberkonsortiums Toll Collect. Was man der Politik vorwerfen kann: Sie hat den vollmundigen Versprechungen und Ankündigungen der Unternehmen, die das Mautsystem einrichten und schließlich auch betreiben sollten, zu sehr vertraut. Das waren immerhin so renommierte Namen wie DaimlerChrysler und Telekom, Unternehmen also, die zweifellos zur Crème de la Crème der deutschen Wirtschaft zählen wollen. Der weitere Verlauf der Geschichte ist bekannt: Die geplante **Einführung des Mautsystems** wurde im vergangenen Jahr abgeblasen und nunmehr auf den 1. Januar 2005 verschoben. Die Bundesregierung fordert in einem Schiedsverfahren 3,56 Milliarden € Schadenersatz. Ob diese Forderung durchgesetzt werden kann, müssen wir abwarten.

Wichtig ist derzeit vielmehr, dass das Mautsystem nunmehr im zweiten Anlauf pünktlich und hoffentlich auch störungsfrei zum 1. Januar eingeführt werden kann. Natürlich wird jetzt, nach dem technischen K.o. in der ersten Runde, von vielen Seiten skeptisch auf das Projekt geschaut und so manche reiben sich vor lauter Schadenfreude schon wieder in der Erwartung die Hände, auch der zweite Versuch, das Mautsystem einzuführen, ende im Chaos. Das kann nicht unser Wunsch sein. Es ist völlig klar und im Übrigen auch unumstritten, dass wir in Deutschland schleunigst die **LKW-Maut** brauchen, um die **Verkehrsinfrastrukturprojekte** finanzieren zu können, die wir in Deutschland, aber auch in Schleswig-Holstein dringend brauchen.

Ich kann mir gut vorstellen, meine Damen und Herren von der CDU - da gibt es wieder die politische Auseinandersetzung -, dass es wahlkampfmäßig ganz gut in Ihr politisches Kalkül passen würde, wenn es hier wieder Schwierigkeiten gäbe und daher gesagt werden könne: Wichtige Verkehrsprojekte in Schleswig-Holstein werden gefährdet. Das wäre Wahlkampfmunition; machen wir uns nichts vor. Doch lassen Sie sich, meine Damen und Herren von der CDU, sagen: Bis jetzt hat es durch die Ausfälle der Mauteinnahmen bei der Realisierung von **Verkehrsprojekten in Schleswig-Holstein** keine Verzögerungen gegeben, im Gegenteil. Wenn man betrachtet, welche Projekte in Schleswig-Holstein im vordringlichen Bedarf in den Bundesverkehrswegeplan aufgenommen wurden, kann man dieser Landesregierung und dem Verkehrsminister insbesondere zu ihrem Verhandlungsgeschick nur gratulieren.

(Beifall bei der SPD)

Wie dagegen Ihr verkehrspolitisches Konzept - wenn es denn eines ist - aussieht, konnte man ja dieser Tage lesen, ein Konzept, das Ihr Kandidat im Auftrag der Parteichefin erarbeitet hat. Was dabei herausgekommen ist, ist ganz typisch „PHC“: viel heiße Luft und die Absicht, nach einer Regierungsübernahme durch die CDU eine PKW-Maut einzuführen. Zitat aus der „Financial Times Deutschland“: „Wir brauchen die PKW-Maut für neue Projekte, aber auch für sechsspurige Autobahnen, wenn wir das Geld nicht anders reinkriegen, aber der Verkehrsdruck hoch ist“, so der Kandidat. Von einem Ausbau der Autobahnen auf sechs oder acht Spuren habe schließlich jeder etwas, so Carstensen weiter. Kein Wunder, dass diese Vorstellung sogleich den ADAC voller Empörung auf den Plan gerufen hat.

Meine Damen und Herren, ein seriöses und tragfähiges Konzept sieht anders aus. Dazu gehört auch das Luftverkehrskonzept, über das wir nachher noch sprechen werden.

Natürlich sollten bestimmte Projekte, beispielsweise Brücken oder Tunnel, auch mit privater Finanzierung realisiert werden. Das ist jedoch ein alter Hut; denn das tun wir längst. Natürlich gehört die LKW-Maut gerade für Deutschland zu einem zukunftsweisenden Verkehrskonzept. Bekanntlich sind wir ein Transitland, dessen verkehrliche Infrastruktur in besonders hohem Maße belastet ist und deshalb mit ebenso hohem Aufwand instand gehalten und weiter ausgebaut werden muss.

Nach allem, was wir derzeit wissen - meine Vorrednerin hat dies gesagt -, ist mit einer störungsfreien und pünktlichen **Einführung des Mautsystems** zu

(Bernd Schröder)

rechnen. Die Technik, so heißt es von Toll Collect, läuft inzwischen rund und ist in der Praxis erfolgreich erprobt. Das sind die offiziellen Zahlen und Statements zur Technik des Mautsystems, denen wir so lange Glauben schenken sollten, wie wir keine anders lautenden Informationen haben. Dass das System immer wieder von interessierter Seite madig gemacht wird, ist uns allen bekannt. Es sollte aber niemand darauf spekulieren, das System werde nicht kommen und eine LKW-Maut auf den deutschen Autobahnen nicht oder erst in ferner Zukunft erhoben. Solche Dinge sollen trotz Wahlkampf nicht noch politisch genährt werden.

Nach der Pressemitteilung vom 21. September 2004 ist davon auszugehen, dass das Mautsystem pünktlich zum 1. Januar 2005 voll funktionsfähig eingeführt wird. Darauf sollten sich alle, die es betrifft, rechtzeitig einstellen, damit wir auch zukünftige Verkehrsprojekte finanziert bekommen.

(Beifall bei SPD und SSW)

Vizepräsident Thomas Stritzl:

Das Wort für die Fraktion der FDP erteile ich jetzt der Frau Abgeordneten Christel Aschmoneit-Lücke.

Christel Aschmoneit-Lücke [FDP]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Eigentlich könnte er einem ja Leid tun, der Minister Professor Dr. Rohwer. Als Wirtschaftsminister darf er HDW nicht retten, weil er derzeit offensichtlich zum Wahlkampfbeauftragten der Landesregierung für die Westküste ernannt worden ist.

(Beifall bei FDP und CDU)

Was die Versuche rot-grüner Arbeitsmarktpolitik angeht, ist er als Arbeitsminister nur noch Handlanger des Finanzministers. Als Verkehrsminister muss er heute ja das Verkehrsprojekt schön reden, das wie kaum ein anderes Symbol für die Unfähigkeit der rot-grünen Bundesregierung geworden ist, politische Entscheidungen vernünftig umzusetzen, so umzusetzen, dass das Chaos ausbleibt und die Steuerzahlerinnen und Steuerzahler nicht noch draufzahlen müssen.

Es gibt viele Symbole für rot-grüne Unfähigkeit, aber drei überstrahlen alle anderen: Hartz IV, das Dosenpfand und die LKW-Maut. Die LKW-Maut ist übrigens die einzige politische Initiative, die in der Harald-Schmidt-Show die zweifelhafte Würde „Liebling des Monats“ erlangte. Die Geschichte des Mautdebakels ist noch zu jung, um einen „Asbach Uralt“ wert zu sein. Allerdings machten die Verantwortlichen im Bund allzu oft den Eindruck, sie hätten zu tief in ir-

gendwelche Becher geschaut, anstatt sich mit der Maut zu befassen. Nicht, dass sich die beiden Großen der deutschen Industrie mit Ruhm bekleckert hätten - DaimlerChrysler und die mehrheitlich bundeseigene Telekom ganz gewiss nicht. Vollgekleckert ja, aber bestimmt nicht mit Ruhm.

(Beifall bei der FDP und vereinzelt bei der CDU)

Kurz die Geschichte dieses Debakels: Am Anfang stand eine gute Idee: **LKW** verursachen mehr Straßenschäden als PKW und sollten nach dem Verursacherprinzip auch dafür bezahlen. Eine strecken-, gewichts- und achszahlabhängige **Bundesautobahnbenutzungsgebühr** wurde erdacht, die genauso kompliziert ist wie ihr Name. Bedeutende deutsche Firmen sollten nicht etwa eine einfache Technik entwickeln, sondern eine, die der Komplexität dieser Bezeichnung auch angemessen ist. Schon damit war das Projekt im ersten Anlauf zum Scheitern verurteilt. Aber Rot-Grün setzte noch vier oben drauf:

Erstens schafften sie die Autobahnvignette ab, bevor das Mautsystem außerhalb von PowerPoint-Präsentationen erprobt worden war. Zweitens träumte der Bundesverkehrsminister davon, dass das Mautsystem sofort funktionieren und die theoretisch möglichen Einnahmen in voller Höhe fließen würden. Drittens verbuchte der Finanzminister diese Träume sofort als echte Einnahme und verpulverte das nicht vorhandene Geld. Viertens war die Bundesregierung unfähig, sich vertraglich gegen die möglichen finanziellen Schäden abzusichern, die entstünden, wenn die technischen Luftschlösser wie Seifenblasen zerplatzen und aus den virtuellen Einnahmen echte Haushaltslöcher würden.

(Beifall bei der FDP)

Meine Damen und Herren, so kam es dann auch. Die technischen Luftschlösser zerplatzten wie Seifenblasen, als sie den harten Asphalt deutscher Autobahnen berührten. Aus den virtuellen Einnahmen wurden echte Haushaltslöcher. Viele Investitionsprojekte fielen aus oder wurden verschoben, zum Beispiel auf den Sankt-Nimmerleins-Tag.

Lieber Herr Kollege Schröder, wenn Sie heute sagen, Schleswig-Holstein habe darunter nicht gelitten, muss ich mich doch wundern. Wenn insgesamt Milliardenausfälle bestehen, wird das auch **Auswirkungen** auf **Verkehrsprojekte** in Schleswig-Holstein haben.

Die Vignette hatte Rot-Grün so früh und so gründlich abgeschafft, dass es preiswerter war, die Einnahme-

(Christel Aschmoneit-Lücke)

ausfälle bei der Maut einfach auszusitzen, als die Vignette wieder einzuführen.

(Zuruf des Abgeordneten Uwe Eichelberg [CDU])

So wird dieses Mautdebakel für immer ein leuchtendes Symbol für die Unfähigkeit von Rot-Grün sein, aus guten Ideen mehr als gut gemeintes Versagen zu machen.

(Beifall des Abgeordneten Uwe Eichelberg [CDU])

Jetzt muss der Verkehrsminister versuchen, uns frohen Mutes weiszumachen, dass Rot-Grün ab dem 1. Januar 2005 eine LKW-Maut erheben wird, aus deren Einnahmen ganz viel Infrastruktur ganz schnell bezahlt werden kann. Wer's glaubt, wird selig. Bei aller Hoffnung, die wir natürlich auch haben, dass es diesmal funktionieren wird - es gibt in diesem Haus überhaupt keinen Streit darüber, dass wir diese Hoffnung haben sollten -, glauben tun wir es zu dieser Zeit leider nicht mehr.

(Beifall bei FDP und CDU)

Vizepräsident Thomas Stritzl:

Das Wort für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN erteile ich jetzt dem Fraktionsvorsitzenden, Herrn Karl-Martin Hentschel.

Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ob die Maut Anfang nächsten Jahres funktioniert, wissen wir alle nicht.

(Veronika Kolb [FDP]: Hört, hört! - Dr. Heiner Garg [FDP]: Guter Satz! - Claus Ehlers [CDU]: Ein bisschen schneller!)

Das tiefe Misstrauen meiner Kollegin Aschmoneit-Lücke in die deutsche Technik teile ich nicht. Wir haben im Land immer noch ganz gute Ingenieure. Das Problem, das wir mit der Maut hatten, lag in erster Linie nicht an den Ingenieuren, sondern vielleicht an sehr ehrgeizigen Managern, die nicht auf ihre Ingenieure gehört haben. So etwas habe ich auch schon einmal erlebt.

(Zuruf der Abgeordneten Roswitha Strauß [CDU])

Ich freue mich, dass wir uns in diesem Haus einig sind, dass wir die **Maut für LKWs** wollen. Das war nicht immer so. Das muss man festhalten, dass es eine

Einigkeit über alle Fraktionen hinweg gibt. Das ist sehr erfreulich. Das ist nicht immer so.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Es gibt keine Einigkeit, was die **Maut für PKWs** betrifft. Die Vorschläge des Spitzenkandidaten der CDU zu diesem Thema - in verschiedenen Zeitungen nachzulesen - sind vom Bundesvorstand der CDU offensichtlich schon wieder zurückgezogen worden. Das ist ein gutes Beispiel dafür, dass auch dieser Ausflug des Kandidaten aus der Landwirtschaft in ein anderes Politikfeld mit einem Dementi des Kandidaten geendet hat. Das finde ich in Ordnung.

Ich möchte trotzdem ein Argument dazu bringen. Die Belastung der Autobahnen durch LKWs macht nach Schätzungen ungefähr zwischen 90 und 95 % der Straßenabnutzung aus. Von daher ist es bei verursachergerechter Belastung richtig, dass die Hauptlast für die Straßenreparaturen von den LKWs getragen werden.

Außerdem gibt es bereits eine Maut für PKW. Das ist die Ökosteuer. Sie ist verursachergerecht, weil sie die Anzahl der gefahrenen Kilometer auf allen Straßen verursachergerecht anlastet.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

Eine sehr praktische Angelegenheit. Eine entsprechende Belastung für LKWs wäre nicht möglich, weil wir keine differenzierten Besteuerungen des Diesels vornehmen können. Sie wäre auch deswegen nicht möglich, weil wir die LKWs nicht erfassen. Bei einer Anhebung der Dieselpreise für LKWs würden die LKWs durch Deutschland durchfahren und nicht mehr in Deutschland tanken. Eine Erfassung der LKWs, gerade der ausländischen, der Transit-LKWs, die quer durch Deutschland fahren, ist nur über ein Mautsystem möglich. Deswegen ist es richtig, ein gesondertes Mautsystem für LKWs, aber nicht für PKWs einzuführen.

Zu den Investitionen, die hier angesprochen sind. Ja, es hat erhebliche Ausfälle bei Investitionen gegeben. Wir müssen aber immer auch berücksichtigen, wodurch sie entstanden sind. Die **Ausfälle bei den Investitionen** durch Maut sind zwischenfinanziert. Das muss man immer festhalten.

(Roswitha Strauß [CDU]: Das stimmt nicht!)

Die Kürzungen sind bewusste Entscheidungen gewesen, die im Vermittlungsausschuss des Bundesrates getroffen worden sind. Ich wiederhole das gern, Frau Strauß, auch wenn das von Ihnen noch so sehr bestritten wird. Sie können das alles nachlesen. Die Kür-

(Karl-Martin Hentschel)

zungen, die dort beschlossen worden sind, sind durch die angeblichen Subventionsabbauprogramme verursacht worden.

Tatsache ist, dass man durch die Intervention von zwei Ministerpräsidenten, Herrn Steinbrück und Herrn Koch, nicht mehr Subventionsabbau, sondern Investitionsabbau betrieben hat, was ich für ausgesprochen falsch halte.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir haben drastische Kürzungen bei den **Verkehrsinvestitionen**, weil man sie plötzlich zu **Subventionen** erklärt hat. Aber bei den tatsächlichen Subventionen - die größten Subventionen, die wir haben und die in der Diskussion sind, sind bekannt, nämlich die Eigenheimpauschale und die Entfernungspauschale - sind keine wesentlichen Kürzungen vorgenommen worden.

(Roswitha Strauß [CDU]: Die habt ihr gerade hochgesetzt!)

Wir können das gern korrigieren. Wir sind dazu bereit. Die grüne Bundestagsfraktion hat deutlich gemacht, dass sie zu einer Korrektur dieser Entscheidung bereit ist. Unser Angebot steht. Wir fordern eine Streichung der Subventionen „Eigenheimpauschale“ und „Entfernungspauschale“ und schlagen vor, das Geld in die Verkehrsinvestitionen und die Bildung zu stecken.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

Ich glaube, das ist eine gute Alternative. Ich wünsche mir, dass die Union diese Position unterstützt. Das würde vielleicht dazu beitragen, dass wir im Bundesrat zu einer Korrektur der falschen Entscheidung kommen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

Vizepräsident Thomas Stritzl:

Das Wort für den SSW erteile ich jetzt dem Herrn Abgeordneten Lars Harms.

Lars Harms [SSW]:

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich freue mich, dass wir durch den CDU-Antrag heute die Gelegenheit erhalten haben, neue Informationen zum Stand der Vorbereitungen zur LKW-Maut zu bekommen. Ich möchte hier nicht wieder darauf eingehen, wie sich Bundesverkehrsminister Stolpe und seine Vertragspartner in dieser Angelegenheit nicht gerade mit Ruhm bekleckert haben. Neben dem

Imageverlust für den Technologiestandort Deutschland hat das **Versagen des Mautsystems** aber auch einen enormen finanziellen Verlust nach sich gezogen. Die Bundesregierung hat sich dabei Einnahmen in Höhe von rund 2 Milliarden € versprochen. Dieser Verlust hat sich natürlich auch negativ auf schleswig-holsteinische **Verkehrsinfrastrukturmaßnahmen** ausgewirkt. Hier haben wir einen Wegfall von rund 150 Millionen € zu verkraften, die unsere Straßen und Schienen im Land auf Vordermann bringen sollten. Das alles haben wir jetzt aber auch zur Genüge kritisiert.

Jetzt soll sich alles zum Guten wenden. Denn der Bundesverkehrsminister und das Betreiberkonsortium haben zugesagt, dass das gigantische und weltweit einzigartige Mautsystem ab dem 1. Januar 2005 anlaufen wird. Hierzu kann ich nur sagen, dass man den Mund lieber nicht zu voll nehmen sollte. Nach den Erfahrungen, die wir bisher mit LKW-Maut gemacht haben, und der Akzeptanz bei den Spediteuren, über die wir gehört haben, wird dies sehr schwierig umzusetzen sein. Aber sei es drum. Es soll alles besser werden. Wir wollen gern dran glauben.

Es scheint, dass vonseiten der **Technik** die Kinderkrankheiten ausgemerzt sind. Denn die neuesten Tests um das **Mautsystem** scheinen nun endlich zu funktionieren. Zwar wird das System nicht mit der ursprünglichen Software anlaufen - das hat man noch nicht hinbekommen -, aber dafür wird jetzt eine abgepeckte Version an den Start gehen. Die On-Board-Units sollen nun mit eingeschränkter Funktionalität am 1. Januar starten. Ein Jahr später soll eine ausgereifere Version in Betrieb gehen. Diese Tatsachen wirken auf mich recht befremdlich. Ich kann mich der Zweifel nicht erwehren, dass hier bereits wieder Ärger vorprogrammiert ist. Anfang Januar bekommen wir wieder nur eine halbe und nicht die ganze Lösung, und das seit Jahren nicht.

(Beifall bei der CDU)

Diese Zweifel scheinen im Übrigen nicht nur mich zu plagen. Zehntausende von Spediteuren sind derzeit auch noch nicht davon überzeugt, dass das Mautsystem anlaufen wird. Von den Lastwagen, die mit diesen Geräten ausgestattet werden sollen, haben derzeit - je nach Schätzung - erst 5 bis 15 % die **On-Board-Units** installiert. Ich kann mir das Chaos an den Autobahnen lebhaft vorstellen, wenn das Mautsystem am 1. Januar - allen Unkenrufen zum Trotz - doch startet, die Fahrzeuge aber nicht mit den entsprechenden Gerätschaften ausgerüstet sind.

Angesichts dieser Szenarien ist es folgerichtig, dass wir jetzt auch etwas über den Stand der Dinge in

(Lars Harms)

Schleswig-Holstein erfahren. Denn wir können es uns nicht leisten, dass der Start der LKW-Maut wieder aus technischen oder anderen Gründen nicht anlaufen kann oder weiter verschoben werden muss.

Wie dringend wir in Schleswig-Holstein die **Maut-einnahmen** benötigen, wurde in der August-Tagung des Landtages nochmals deutlich, als es um die **Verkehrsprojekte** in Schleswig-Holstein ging. Deswegen gehe ich auf die konkreten Projekte nicht ein, erinnere nur noch einmal daran: Uns fehlen 150 Millionen € und das ist eine Menge Holz.

Da das **Mautsystem** eine Angelegenheit der Bundesregierung und des Betreiberkonsortiums ist, sind die Einflussmöglichkeiten der Landesregierung von beschränkter Natur. Gleiches gilt für die Einflussmöglichkeiten der Landesregierung auf die LKW-Besitzer, darauf hinzuwirken, dass diese endlich damit anfangen sollen, die On-Board-Units zu installieren. Mehr, als sie auffordern, kann auch die Landesregierung nicht.

Daher sehe ich den Berichts Antrag vielmehr als Aufforderung an die Landesregierung, sich für den Start des Mautsystems stark zu machen, und als Aufforderung an die Bundesregierung, alles dafür zu tun, dass das System anlaufen kann. In dem Sinne begrüßen wir den Antrag.

(Beifall bei SSW und CDU)

Vizepräsident Thomas Stritzl:

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich schließe die Beratung. Anträge sind nicht gestellt. Damit ist der Tagesordnungspunkt durch den Bericht der Landesregierung und die erfolgte Debatte erledigt.

Wir treten in die Mittagspause ein. Um 15 Uhr setzen wir die Beratung mit dem Tagesordnungspunkt Luftverkehrskonzept, Drucksache 15/3634, fort. Bis dahin wünsche ich eine angenehme Mittagspause.

Die Sitzung ist unterbrochen.

(Unterbrechung: 13:02 bis 15:01 Uhr)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Meine Damen und Herren! Die Sitzung ist wieder eröffnet. Bevor wir in die Tagesordnung eintreten, möchte ich Gäste auf der Zuschauertribüne begrüßen. Dort haben Mitglieder des Hausfrauenbundes aus Wahlstedt Platz genommen. - Herzlich willkommen!

(Beifall)

Einige geschäftsleitende Bemerkungen: Die Fraktionen haben sich darauf verständigt, den Tagesord-

nungspunkt 6 ohne Aussprache zu behandeln. Anstelle dieses Tagesordnungspunktes soll der Tagesordnungspunkt 26 aufgerufen werden.

Tagesordnungspunkt 39 soll von der Tagesordnung abgesetzt werden. Hierzu ist eine Beratung in der November-Tagung des Plenums vorgesehen.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 13 auf:

Luftverkehrskonzept

Antrag der Fraktion der FDP

Drucksache 15/3634

Wird das Wort zur Begründung gewünscht? - Das ist nicht der Fall. In diesem Antrag wird die Landesregierung aufgefordert, in der 46. Tagung ihr aktuelles Konzept zum Luftverkehr von und nach Schleswig-Holstein vorzustellen.

Ich lasse vorweg über diesen Berichts Antrag beschließen. Wer diesem Antrag zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Dann haben wir so beschlossen.

Ich erteile nun für die Landesregierung Herrn Wirtschaftsminister Dr. Rowher das Wort zur Berichterstattung.

Dr. Bernd Rohwer, Minister für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr:

Herr Präsident! Bevor wir gleich über Kormorane sprechen,

(Dr. Heiner Garg [FDP]: Morgen!)

reden wir über Fluginstrumente, die für den Standort Schleswig-Holstein wichtiger sind als Kormorane. Gern berichte ich heute ein weiteres Mal unter Berücksichtigung neuer Entwicklungen über unser Luftverkehrskonzept.

Die FDP hat offensichtlich Beratungsbedarf; das kann ich nachvollziehen.

(Dr. Heiner Garg [FDP]: Sie haben Entscheidungsbedarf!)

Denn Sie müssen mit den Äußerungen Ihres noch Wunschkoalitionspartners fertig werden, der sich mit seinem Vorschlag zu einem **Frachtflughafen in Jangel** in ziemlich sauerstoffarmer Luft befindet. Neill Armstrong hat einmal gesagt: Große Gedanken brauchen nicht nur Flügel, sondern auch ein Fahrgestell zum Landen.

(Beifall bei der SPD)

Vielleicht raten Sie das auch noch einmal Ihrem Landesvorsitzenden.

(Minister Dr. Bernd Rohwer)

Ein richtiges Problem haben Sie offensichtlich mit **Kiel-Holtenau**. In Ihrem Wahlprogramm verabschieden Sie sich von einer direkten Flughafenbindung Kiels. Wie sich das mit Ihrem Stehsatz, der Standort Kiel müsse gestärkt werden, vereinbart, bleibt vielen von uns rätselhaft, aber Sie werden das gleich aufklären.

(Martin Kayenburg [CDU]: Das heißt: Sie entscheiden sich für den Ausbau von Kiel-Holtenau?)

Die Kehrtwende begründen Sie insbesondere mit den finanziellen Rahmenbedingungen.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Sie doch auch! Oder nicht?)

Im nächsten Satz, Herr Kubicki, fordern Sie und Ihre Kollegen eine **Schiienenanbindung** nach **Fuhlsbüttel**. Haben Sie das einmal durchgerechnet?

(Martin Kayenburg [CDU]: Sind Sie dagegen?)

Schauen Sie sich einmal die Zahlen an. Die FDP - -

(Martin Kayenburg [CDU]: Die SPD will es doch auch!)

- Wir wollen es, wir sind aber realistischer, indem wir sagen:

(Lachen bei CDU und FDP)

Nicht so, wie von Ihnen vorgeschlagen.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Die Grünen wollen es auch, Herr Minister!)

Ich möchte Ihnen einen Rat geben, Herr Kubicki: Bevor Sie solche Sätze formulieren und eine finanzielle Begründung gegen Holtenau vornehmen, müssen Sie sich überlegen, ob Sie das Vier- oder Fünffache für die Bahnanbindung ausgeben wollen. Das haben Sie aber nicht getan. Eine Lösung ist es also nicht.

(Dr. Ekkehard Klug [FDP]: Sie würden gern einen Radweg nach Fuhlsbüttel bauen! - Glocke des Präsidenten)

Aber so ist es bei der FDP: Kein langfristiges und verlässliches Konzept!

(Lachen bei FDP und CDU)

Sie lassen einfach einen Ballon starten und wundern sich dann, wie schnell dieser platzt oder in andere Richtungen treibt.

Herr Kubicki, da ich schon einmal bei Ihnen bin, möchte ich noch eine andere Bemerkung machen. Es

ist schäbig, was Sie sich in der letzten Woche geleistet haben. Sie wussten von unserem Büro genau, wo ich zu dieser Zeit gewesen bin; das wussten Sie genau. Sie müssen dann bitte öffentlich erklären, dass Ihnen die Arbeitsplätze bei Bayer, bei DyStar und bei der Rütgers AG weniger wichtig sind als die bei HDW. Dann geben Sie dazu eine Erklärung ab,

(Beifall bei der SPD)

aber laufen Sie hier nicht so herum und schüren Sie nicht den Eindruck, als ob der Wirtschaftsminister etwas nicht täte.

Wenn Sie so viele Gespräche in Sachen HDW wie ich geführt hätten, dann würden Sie so etwas hier gar nicht behaupten. Haben Sie mit dem Betriebsrat gesprochen? Haben Sie mit Herrn Schulz gesprochen? Haben Sie mit Herrn Borgschulte persönlich und nicht nur in Runden gesprochen? - Dann würden Sie sich hier etwas anders verhalten. Das ist schäbig, meine Damen und Herren, und kann von mir nicht nachvollzogen werden.

(Beifall bei der SPD - Dr. Ulf von Hielmcrone [SPD]: Das war nicht anders zu erwarten!)

Die Landesregierung hat Ende 2002 hier im Landtag ein **Luftverkehrskonzept** vorgelegt; das ist Ihnen hoffentlich bekannt.

(Glocke des Präsidenten)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Herr Minister, erlauben Sie eine Zwischenfrage der Frau Abgeordneten Schwarz?

Dr. Bernd Rohwer, Minister für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr:

Nein. - Dessen Elemente sind in den wesentlichen Teilen nach wie vor gültig. Es besagt unter anderem: **Hamburg-Fuhlsbüttel** ist das internationale **Luftkreuz** für den Norden und auch für Schleswig-Holstein.

Da Sie immer nach **Kaltenkirchen** gefragt haben, sage ich Ihnen: Fragen Sie die Verantwortlichen in Hamburg. Für die nächste Zeit steht die Frage eines neuen Flughafens statt in Hamburg-Fuhlsbüttel überhaupt nicht auf der Tagesordnung. Im Gegenteil, wir haben uns abgestimmt und sind uns einig, dass wir erst einmal die Investitionen,

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Zum Beispiel für den Schienenanschluss!)

(Minister Dr. Bernd Rohwer)

die wir in Fuhlsbüttel getätigt haben, stärken wollen und das reicht bis ins Jahr 2020.

Zweiter Punkt. Schleswig-Holstein braucht leistungsfähige **Regionalf Flughäfen**, und zwar neben den Luftlandeplätzen an der Westküste - Westerland, Husum et cetera - gerade auch in Lübeck und in Kiel.

Insofern wäre ich Ihnen dankbar, wenn Sie sich bezüglich Kiel-Holtenau nicht einfach stillschweigend verabschieden würden, sondern wenn Sie auch einmal ein realistisches Konzept dazu vorlegen würden.

Ich möchte jetzt auf die wichtigsten Punkte Ihres Antrages kurz eingehen.

Erstens. Sie fragen, was die Landesregierung unternimmt, um den **Flugplatz Lübeck** zu stärken und auszubauen. Das müssten Sie eigentlich wissen. Aber wenn Sie fragen, sage ich es gern noch einmal. Wir haben den Flughafen **Blankensee** bereits mit **Sicherheitsinvestitionen** in erheblichem Umfang unterstützt und werden auch die weiteren K2-Sicherheitsmaßnahmen mit mehreren Millionen Euro unterstützen.

Wir haben dafür gesorgt, dass wir dort eine vernünftige naturschutzfachlich begründete Abgrenzung zur **FFH**-Problematik erreichen, sodass der Flughafen Lübeck ausbaufähig ist und bleibt. Dies gilt auch für das dortige Business Center. Daran besteht auch kein Zweifel und das sollten Sie wissen und nichts anderes behaupten.

Wir werden des Weiteren dafür sorgen, dass wir die Verkehrsanbindung des Flughafens weiter verbessern, unter anderem auch mit einem **Bahnhaltepunkt**.

Zweitens zu **Kiel-Holtenau**. Diesbezüglich bitte ich Sie, sich in diesem Punkt in dieser Landtagssitzung eindeutig zu positionieren. Die Landesregierung hat zwei Bedingungen formuliert.

Erstens. Die **Bedarfsprognose** muss aktualisiert werden und deutlich machen, dass die alte Prognose im Wesentlichen gestützt wird. Die Bedarfsprognose muss aufzeigen, dass ein **Ausbau** erforderlich ist und dass der Flughafen Kiel mit einem Verzicht auf Ausbau keine Zukunft hat. Das ist die erste Bedingung.

Die zweite Bedingung ist - auch das haben wir im Kabinett und im Landtag diskutiert -, dass sich die **Kosten** im Rahmen des bisherigen Kostendeckels halten. Das sind die zwei harten Bedingungen.

Ich füge eine Bedingung zum ersten Punkt hinzu: Wir müssen das Thema **Low-Cost-Flieger** - also Billig-Flieger - explizit untersuchen, weil sich diesbezüglich einiges verändert hat. Das passiert zurzeit und bis Mitte Oktober werden die Ergebnisse vorliegen. Ich fordere Sie heute auf, definitiv zu erklären, ob Sie

einem Ausbau von Holtenau zustimmen, wenn diese Bedingungen erfüllt sind.

(Martin Kayenburg [CDU]: Erklären Sie es doch erst einmal!)

- Ich habe es doch gerade erklärt.

(Martin Kayenburg [CDU]: Sie wollen es?)

- Natürlich will ich es. Warum sollte ich diese Linie nicht halten? - Ich möchte von Ihnen dazu etwas hören. Schlagen Sie sich nicht einige Monate in die Büsche, sondern treffen Sie eine Entscheidung.

(Zuruf des Abgeordneten Thomas Stritzl [CDU])

Drittens. Sie fragen, was wir zum **Flughafen Jagel** sagen und machen. Zum Ersten sagen wir, dass das Konzept des Frachtflughafens nicht besonders erfolversprechend ist. Wir sind uns da vielleicht noch einig, aber ich hoffe, dass auch Sie sich einig werden.

Zum Zweiten sagen wir: Wenn es dort **Betreiberkonzepte** gibt, die mit einem vernünftigen Businessplan, mit einem begrenzten Investitionsvolumen und einer vernünftigen Trägerstruktur etwas auf die Beine stellen werden, werden wir es unterstützen. Aber wir werden sehen, ob es ein solches Konzept gibt. Die Gespräche werden in meinem Haus ja schon geführt. Wir werden sehen, wie erfolversprechend es ist. Ich warne davor zu glauben, dass Jagel damit ein Großflughafen im Norden werden kann.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Das ist er ja schon!)

- Das ist er nicht.

Viertens. Sie fragen nach **Kaltenkirchen**. Dazu habe ich vorhin meine Anmerkung gemacht. Und dann fragen Sie danach, wie wir unser Konzept im norddeutschen Raum abgestimmt haben. Das sollte Ihnen aber eigentlich alles bekannt sein. Es gibt **Luftverkehrsrichtlinien** für Norddeutschland; die sind verabschiedet. Es gibt ein **Landesverkehrsprogramm**, das unsere Flughafenplanung enthält. Sie sollten da einmal hineinschauen. Diese Planungen sind mit den norddeutschen Ländern abgestimmt. Das heißt, es gibt keine Unterschiede in der Positionierung von Fuhlsbüttel, Holtenau und Lübeck gegenüber anderen Ländern.

Es sollten also keine Nebelkerzen geworfen werden. Ich kann klipp und klar sagen: Die **Flughafenplanung**, die wir machen, ist auf Hamburg, Kiel und Lübeck - plus Nebenflughafen - völlig abgestimmt.

(Minister Dr. Bernd Rohwer)

Es gibt überhaupt keinen Anlass, in **Norddeutschland** unterschiedliche Konzepte zu verfolgen.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Was machen Sie denn mit Hohn?)

- Danach hatten Sie doch gar nicht gefragt.

(Lachen bei FDP und CDU)

Wie Sie merken, müssen Sie sich Ihre Fragen besser überlegen, Herr Kubicki. Sonst wird es nichts.

Wenn Sie die Presse verfolgen und nicht nur Ihre eigenen Artikel lesen, werden Sie festgestellt haben, dass ich mich am Samstag eindeutig geäußert habe, was ich mit **Hohn** vorhabe. Ich hoffe, das ist nachvollziehbar. Ich sage: Die Entscheidung, die wir bis Mitte Oktober für Holtenau treffen, wird auch eine Entscheidung darüber enthalten, wie wir mit Hohn und Jagel umgehen. Sie werden Verständnis haben, dass ich das abschließende Ergebnis der Prüfung heute noch nicht vorstellen kann.

Ich wünsche jedenfalls, dass Sie das Konzept mittragen.

(Zuruf von der FDP: Welches Konzept?)

- Das habe ich doch gerade gesagt. So kommen Sie nicht weiter. Erklären Sie jetzt in der Diskussion nicht irgendwelche allgemeinen Dinge, sondern äußern Sie sich klipp und klar. Stehen Sie zum Flughafenausbau Holtenau unter diesen beiden Bedingungen? Stehen Sie zum Ausbau des Flughafens Lübeck unter den Bedingungen, die ich genannt habe? Unterstützen Sie die Prüfung von Hohn und Jagel? Das sind die Punkte, zu denen Sie heute eine klare Aussage treffen müssen. Ich bin gespannt, was Sie gleich dazu sagen werden. Aber ich bin sicher, meine Damen und Herren, dass wieder widersprüchliche Aussagen kommen werden und sich ein völlig unklares Konzept zeigen wird.

(Beifall bei der SPD)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Ich danke dem Herrn Minister für den Bericht und eröffne jetzt die Grundsatzaussprache. Ich erteile dem Herrn Abgeordneten Kubicki das Wort.

Wolfgang Kubicki [FDP]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Es ist doch ein Trauerspiel - um das einmal freundlich zu formulieren -, was der Wirtschaftsminister dieses Landes zu unseren Fragestellungen betreffend Luftverkehrskonzept anbietet. Er sagte, er habe vor zwei Jahren eines vorgestellt. Er hat auch Papiere auf den

Markt geworfen. Aber er hat sich vor einigen Tagen in der Presse zu einem **Flughafen Kiel/Rendsburg/Hohn** positioniert. Das ist ein wahrer Hohn, Herr Minister. Der **Flugplatz Hohn** ist bisher in keinem der Konzepte vertreten gewesen. Völlig überraschend hat das Parlament zur Kenntnis genommen, dass er möglicherweise ein Schwerpunkt der Luftverkehrspolitik dieser Regierung werden soll.

(Lothar Hay [SPD]: Was ist mit Jagel?)

- Zu Jagel komme ich noch, Lothar Hay.

Aber eines ist sicher: Der Beitrag hat gezeigt, dass wir es in Schleswig-Holstein mit einer verkorksten Luftverkehrspolitik zu tun haben. Rot-Grün entzieht den potenziellen Möglichkeiten unseres Landes langsam den Boden. Weil Flugzeuge ab und zu Bodenkontakt brauchen, fliegen sie dorthin, wo sie starten und landen dürfen. Das heißt, immer weniger fliegen von und nach Schleswig-Holstein. Das mag die Grünen nicht stören, muss aber diejenigen stören, die nach Schleswig-Holstein kommen wollen oder hierher kommen müssen, damit sie wieder auf die Beine kommen können.

Gute **Luftverkehrsverbindungen** gehören heute zum Standardrepertoire attraktiver **Wirtschaftsstandorte**. Da stimme ich mit dem Wirtschaftsminister ausdrücklich überein. Sie sind kein Plus, sondern ein Muss. Außerdem sind Flughäfen - das zeigt uns beispielsweise Frankfurt - selbstverständlich wichtige regionale Dienstleister und Arbeitgeber.

Vor zwei Jahren hat die Landesregierung ihr angebliches Luftverkehrskonzept vorgelegt. Tatsächlich war es aber nur ein Bericht über den geplanten Fortgang der Ankündigung möglicher einzelner Baumaßnahmen. Aber selbst diese stehen entgegen Ihrer Äußerung, die Sie, Herr Minister, hier getan haben, sowohl in Kiel-Holtenau als auch in Lübeck-Blankensee anscheinend vor dem Aus. In **Kiel** ist das so, weil sich der Wirtschaftsminister verrechnet hat und die Grünen den Ausbau nicht wollen. In **Lübeck** ist es so, weil die Grünen den Ausbau nicht wollen. Deshalb ist es höchste Zeit, dass die Landesregierung beim Luftverkehr endlich Farbe bekennt und ihr Luftverkehrskonzept vorstellt. Herr Minister, Sie sind in einer Koalitionsregierung. Ich komme auf Ihren grünen Koalitionspartner noch zurück, den Sie heute - wie die FDP - massiv dahin beschimpft haben, sie wüssten gar nicht, was sie tun, wenn sie eine vernünftige **Schienanbindung** des Flughafens Fuhlsbüttel fordern, was wir übrigens alle in diesem Hause noch vor Ihrer Zeit - da waren Sie also noch gar nicht hier - regelmäßig gefordert haben. Es sollte nämlich eine

(Wolfgang Kubicki)

vernünftige Flughafenanbindung für **Fuhlsbüttel** geben.

(Beifall bei FDP und CDU)

Die Union kann für sich selbst sprechen. Wir haben ein Konzept nicht nur für den Flugverkehr, sondern für die gesamte Wirtschaftspolitik. Was Wirtschaftswachstum behindert, beseitigen wir, was Wirtschaftswachstum fördert, unterstützen wir. Die Eckpunkte unserer Luftverkehrspolitik orientieren sich daher nicht daran, welcher Funktionsträger wann und wo sein Gesicht wahren will. Es orientiert sich daran, wie der Luftverkehr von und nach Schleswig-Holstein organisiert werden sollte, um ihn sinnvoll in das Verkehrssystem einzubinden.

Dabei kommt es für uns tatsächlich ganz entscheidend darauf an, unsere Maßnahmen mit den Nachbarn im Norden abzustimmen. Denn der wichtigste Flughafen - auch darin stimmen wir überein - liegt für Schleswig-Holstein außerhalb unseres Landes, nämlich in Hamburg. Der **Flughafen in Hamburg-Fuhlsbüttel** wird noch für lange Zeit der wichtigste Flughafen für Schleswig-Holstein bleiben.

Deshalb kommt es, wenn wir den Wirtschaftsstandort unseres Landes wirklich attraktiv halten wollen, entscheidend darauf an, so schnell wie möglich gute Verbindungen von Schleswig-Holstein nach Fuhlsbüttel aufzubauen, und zwar sowohl auf der Straße als auch auf der Schiene,

(Beifall bei FDP und CDU)

wobei die **Schienenanbindung** für uns tatsächlich Vorrang hat.

Nach den Angaben der Hansestadt Hamburg und der Betreibergesellschaft ist Fuhlsbüttel auf das in den nächsten Jahren zu erwartende Wachstum des Flugverkehrs gut vorbereitet. Folglich braucht Schleswig-Holstein seine knappen Ressourcen nicht für einen neuen Großflughafen zu verschwenden, schon gar nicht - das sage ich ausdrücklich - in Kaltenkirchen. Denn um in **Kaltenkirchen** einen Großflughafen betreiben zu können, müsste Fuhlsbüttel geschlossen werden. Beide Flughäfen haben nämlich interessanterweise die gleichen Einflussschneisen.

Deshalb hatte der CDU-Spitzenkandidat Peter-Harry Carstensen Recht, als er in einer Debatte mit mir in der letzten Woche sagte, die Debatte um einen Großflugplatz Kaltenkirchen sei eine Gespensterdebatte. Ich frage mich nur, warum dann gerade die CDU den Geisterflugplatz Kaltenkirchen als Projekt in ihr Wahlprogramm aufnehmen will.

(Beifall bei der FDP)

Das Gleiche gilt übrigens für die „geistigen“ Frachtflughäfen Schleswig-Jagel und Tarp-Eggebek, mit denen mein Freund Peter-Harry Carstensen die Region Schleswig-Flensburg nach vorn bringen wollte. Sein Lokalmatador vor Ort hat sich die Mühe gemacht, bei der Deutschen Lufthansa nachzufragen, ob es für einen **Frachtflughafen** überhaupt einen Bedarf gibt. Ich möchte mir die Wiedergabe der Antwort ersparen. Sie war relativ eindeutig. Aber ich fand auch den Kommentar sehr eindeutig, den dazu der Kollege Börnsen abgegeben hat. Er hat nämlich erklärt, dass das eine durchaus visionäre Vorstellung eines Spitzenkandidaten sei, nämlich ohne jeden realen Hintergrund.

Ich kann nur sagen: Wenn man mit mir als Spitzenkandidat so umgehen würde, würde ich mit den Leuten einmal einige Takte reden. Da muss man dann wirklich einmal etwas sagen.

(Beifall bei der FDP)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, damit sind wir bei der **zivilen Mitnutzung** des Fliegerhorstes Schleswig-Jagel für den **Personenluftverkehr**. Zunächst kann es doch nur darum gehen. Der Flugplatz ist gut über Straße und Schiene zu erreichen und hat eine für alle bekannten zivilen Passagierflugzeuge ausreichend lange Landebahn. Insofern ist er verkehrstechnisch bereits optimal ausgestattet. Die Bundeswehr hat einer zivilen Mitnutzung zugestimmt. Das ist übrigens anders als in Hohn. Zu Hohn gibt es bisher keine Erklärung der Bundeswehr, dass man die Mitnutzung zulassen will.

(Zuruf von der SPD)

- Unterhalte dich einmal mit deinen Kollegen in Berlin. Die werden dir erklären, dass es für Hohn eine entsprechende Erklärung nicht geben wird.

Eine Privatinitiative will **Schleswig-Jagel** zu einem **Regionalflughafen** ausbauen, auf dem auch **Charterverkehr** abgewickelt werden kann. Ob es je so weit kommt, weiß noch niemand. Aber wenn dieses Projekt wirtschaftlich vorteilhaft ist, werden wir ab 2005 dafür sorgen, dass es nicht behindert, sondern im Rahmen des Möglichen und Sinnvollen gefördert wird.

Das Stichwort **Charterverkehr** bringt mich zum Thema **Kiel-Holtenau**. Es sieht so aus, als habe sich der Verkehrsminister verrechnet. Die **Verlängerung der Landebahn** wird offensichtlich so teuer, dass sie sich nur lohnt, wenn Kiel-Holtenau für den Charterflugverkehr freigegeben wird. Genau den aber will keiner. Deshalb wurde er ausdrücklich aus allen Plä-

(Wolfgang Kubicki)

nen ausgeschlossen. Die neuesten Prognosen deuten darauf hin, dass der Ausbau Kiel-Holtenau genau deshalb wirtschaftlich nicht vorteilhaft ist. Die bisherigen Untersuchungen zum Projekt Kiel-Holtenau waren langwierig und teuer. Ein Regierungsmitglied hat viel politisches Kapital in diese Projekte investiert.

Wenn sich der Ausbau angesichts der allseitig bekannten Rahmenbedingungen nicht lohnt - das sage ich noch einmal ausdrücklich; darauf scheint im Moment vieles hinzudeuten -, sollten wir das Projekt beenden - ein klassischer Fall versunkener Kosten.

(Beifall bei der FDP)

Es geht hier schließlich nicht darum, Gesichter beim ehemaligen Minister zu wahren, sondern darum, für mehr Wachstum und Wohlstand in Schleswig-Holstein zu sorgen. Selbstverständlich brauchen wir dann eine Alternative für die Landeshauptstadt Kiel und die kann nur heißen - ich betone das noch einmal ausdrücklich - Hamburg-Fuhlsbüttel. Wenn Holtenau nicht ausgebaut wird, dann brauchen wir eine verlässliche, zügige und häufig verkehrende **Zuganbindung nach Fuhlsbüttel**, Herr Minister.

(Beifall bei der FDP)

Es wäre doch in unser aller Interesse, wenn nicht nur wir im Parlament hier, sondern wenn auf Berliner Ebene unsere Kolleginnen und Kollegen im Deutschen Bundestag dafür Sorge tragen würden, dass diese Maßnahme endlich in Angriff genommen wird. Wenn Holtenau nicht ausgebaut wird, werden wir in den nächsten Jahren dafür sorgen, dass die Landeshauptstadt Kiel per Schiene an Fuhlsbüttel angebunden wird. Ich freue mich, dass wir in dieser Frage - das kommt nicht so häufig vor - mit den Grünen einer Auffassung sind.

Zum Schluss zum einzig wirtschaftlich florierenden Flughafen in Schleswig-Holstein, nämlich **Lübeck-Blankensee**. Eben dieses Florieren stört die Landesregierung offensichtlich, deshalb lässt sie zu, dass der Umweltminister den Flugplatz mit **FFH-Gebieten** umzingelt. Die werden in sechs Jahren automatisch zu Naturschutzgebieten, in deren Nähe nur noch in Landeplätze für Vögel und Fledermäuse investiert werden darf, aber nicht mehr in Landebahnen für Passagierflugzeuge und Ähnliches. Das ist überhaupt nicht falsch, Herr Minister, Sie können ja allen möglichen Leuten Sand in die Augen streuen, aber die Rechtslage ist nun einmal so, wie sie ist. Die weitere Entwicklung von Lübeck-Blankensee wird durch Ihre Politik vor Ort massiv behindert.

Der Verkehrsminister kündigt zwar an, er wolle versuchen, sich standhaft dagegen zu wehren, aber wie immer kündigt er nur an, erreicht aber nichts. Das Ganze ist inzwischen typisch für Rot-Grün: Grün würgt, Rot guckt zu und die Bürger müssen die Tragödie bezahlen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, nächstes Jahr gibt es dann ein ordentliches Luftverkehrskonzept von uns. Dann können sich Fluglinien auch wieder darauf verlassen, dass ihre Flugzeuge in Schleswig-Holstein starten und landen können. Sie werden merken, dass sich das dann auch wieder lohnen wird, und darauf, denke ich, können wir noch warten.

(Beifall bei der FDP und vereinzelt bei der CDU)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Ich erteile Herrn Abgeordneten Schröder das Wort.

Bernd Schröder [SPD]:

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Der Schleswig-Holsteinische Landtag hat am 14. November 2002 das von der Landesregierung vorgelegte Luftverkehrskonzept diskutiert. Mit Vorlage des Landesverkehrsprogramms „Perspektiven für Schleswig-Holstein“ aus dem Jahre 2003 und mit der Diskussion des Wirtschaftsberichtes 2004 hier im Landtag wurde die Zielsetzung der schleswig-holsteinischen Verkehrspolitik und hier der **Luftverkehrspolitik** bestätigt. Danach ist die Mobilität von Menschen und Gütern als Voraussetzung für wirtschaftlichen Wohlstand und individuelle Entwicklung zu sichern und wir wollen mit einer leistungsfähigen Verkehrsinfrastruktur den Wirtschaftsstandort Schleswig-Holstein weiter stärken. Es ist dabei unabdingbare Voraussetzung, dass, wie im Luftverkehrskonzept ausgesagt, alle **Verkehrswege** - Straße, Schiene, Wasser und Luft - mit ihren spezifischen Vorteilen genutzt und zu einem attraktiven umweltschonenden und sicheren Gesamtsystem vernetzt werden.

Für die wirtschaftliche Entwicklung des Landes hat der Luftverkehr einen hohen Stellenwert. Es ist unstrittig, dass Flughäfen wichtige Bestandteile der regionalen Wirtschaftsstruktur sind und zur Stärkung der Wirtschaftskraft sowie zur Sicherung und Schaffung von Arbeitsplätzen beitragen. Die SPD-Landtagsfraktion hat immer erklärt, dass sie die Entwicklung der **Regionalflughäfen** in **Kiel** und **Lübeck** durch verantwortungsvolle Ausbaumaßnahmen in ihrem Bestand sichern und zukunftsfähig gestalten wird. Dazu stehen wir nach wie vor. Dazu gehört auch in konsequenter Verfolgung unserer konzeptio-

(Bernd Schröder)

nellen Ansätze, dass wir die Chancen für den Ausbau des Regionalflughafens Lübeck wahren werden. Die wirtschaftliche Entwicklung des Flughafens **Lübeck-Blankensee** ist äußerst erfreulich. Das **Low-Cost-Angebot** mit den prognostizierten Passagierzahlen hat sich bereits jetzt mehr als verdoppelt. Die wirtschaftliche Bedeutung eines Flughafens Lübeck für die ganze Region - ich will hier nur das Stichwort Dräger in die Diskussion einbringen - rechtfertigt die Bemühungen, Lübeck-Blankensee zukunftsfähig auszubauen und zu gestalten, einschließlich der erforderlichen Infrastruktur.

Zur Bedeutung des Regionalflughafens **Kiel-Holtenau** für die Stadt Kiel, insbesondere aber für die **K.E.R.N.-Region**, haben wir immer eindeutig Stellung bezogen. Wer leichtfertig und aus populistischen Gründen jetzt andere Wege gehen will, bevor belastbare Daten für noch offene Fragen vorliegen, wird seiner Verantwortung nicht gerecht.

Der Vorsitzende der SPD-Landtagsfraktion hat in seiner Presseerklärung vom 8. September 2004 für die Landtagsfraktion eindeutig und unmissverständlich klargestellt, dass die neuen **Bedarfsprognosen** für einen Ausbau des Flughafens Kiel-Holtenau sprechen. Für eine umfassende **Wirtschaftlichkeitsrechnung** muss jedoch auch die ausstehende verlässliche Kostenschätzung herangezogen werden. Weitere offene Fragen wie zum Beispiel die der Billigfliegerkonkurrenz müssen ebenfalls noch geklärt werden. Fakt ist und bleibt, dass die Wirtschaftlichkeit entscheidend sein muss für eine abschließende Bewertung des Projektes und eben nicht parteipolitisches populistisches Kalkül, um Stimmung in der Region zu erzeugen.

An die Opposition hier im Landtag gerichtet sage ich: Sie haben die Prüfkriterien des Ministers gehört. Ich erwarte von Ihnen: Nennen Sie Ihre Parameter, Ihre Maßstäbe für eine Entscheidung! Zur Bewertung eines Luftverkehrskonzeptes gehört mehr als eine „Luftdebatte“, wie Sie sie zurzeit führen. Außerdem wäre es gut, wenn die CDU endlich mit einer Stimme sprechen würde. Ich vernehme jedenfalls nur Widersprüche.

Der Kieler CDU-Kreisvorsitzende Strizl ist für den Ausbau des Kieler Flughafens. Die CDU-Landtagsabgeordnete Eisenberg aus dem Kieler Umland ist dagegen. Herr Kalinka hat einige Äußerungen gemacht, die eher dagegen sprechen. Offiziell wollen Sie in Ihrem Kieler Wahlprogramm 2003 bis 2008 den Flughafen ausbauen. Ich bin gespannt, wie Sie dieses politische Hin und Her begründen wollen.

Von konzeptionellen Aussagen kann bei Ihnen nicht im Entferntesten die Rede sein. Wenn Ihr Kandidat sich hinstellt und den Bau von zwei großen Flughäfen in Schleswig-Holstein fordert, einen für Passagiere in **Kaltenkirchen** und einen für Luftfracht in **Jagel**, dann wird die Unverantwortlichkeit einer solchen Forderung beziehungsweise die Blauäugigkeit oder auch die Ahnungslosigkeit deutlich, wenn sich seine Bedarfsanalyse darin erschöpft: „Der Bedarf ist da, weil der Flughafen Fuhlsbüttel langfristig vermutlich ausgelastet ist.“ Das ist eine unheimlich überzeugende Analyse.

Alle Betroffenen in Hamburg und bei den Verantwortlichen der Verkehrskreuz GmbH in Jagel waren über diese Äußerungen nicht nur verwundert, weil es keinerlei Gespräche gegeben hatte, sondern sie nannten die Äußerung von Carstensens unverantwortlich. Wer so suggeriert, dass in strukturschwachen Regionen unseres Landes mal eben mehrere Tausend Arbeitsplätze geschaffen werden könnten, der hat für mich weder die fachliche Kompetenz noch den politischen Weitblick, ein Land wie Schleswig-Holstein verantwortlich zu regieren. Die Aussagen Ihrer Parteifreunde Börsen und Callsen dokumentieren eindrucksvoll, was Ihre Partei von der Qualität Ihres Kandidaten hält.

Und was will die FDP? - Noch im letzten Jahr forderte sie im FDP-Kommunalwahlprogramm, den Kieler Flughafen weiter auszubauen. Jetzt, kurz vor der Wahl, steigen Sie aus. Sie nennen aber überhaupt keine Kriterien, nach denen Sie entschieden haben. Sie dürfen eines nicht vergessen: Es geht nicht nur um Kiel, es geht um die Menschen in der Region, in der Region K.E.R.N., es geht um Arbeitsplätze und Investitionen und es geht auch um das Image einer Region. Wenn Sie vor diesem Hintergrund meinen, Sie können opportunistisch entscheiden, dann müssen Sie das verantworten, dann müssen Sie das aber auch im gesamten Land Schleswig-Holstein verantworten.

Wir dagegen werden uns als verantwortliche Regierungsfraktion ausschließlich von den Sachargumenten leiten lassen. Dazu gehört, wie von mir ausgeführt, das Vorliegen der Daten und Fakten, die für Mitte Oktober angekündigt wurden. Ich rate allen, das Protokoll über die Debatte im Landtag vom 14. November 2002 zum Luftverkehrskonzept nachzulesen. Der Wandel der FDP lässt sich anhand der Äußerungen Ihres Fraktionsvize Dr. Garg nachvollziehen. Nachdem sich Herr Dr. Garg seinerzeit beim Wirtschaftsminister für die umfassende Bestandsaufnahme des Luftverkehrs in Schleswig-Holstein besonders bedankt hatte, stellte er unter anderem die Frage: „Reichen die geplanten Verlängerungen der Lande-

(Bernd Schröder)

bahn in Holtenau tatsächlich aus, das Verkehrswachstum in Zukunft zu bewältigen? Wir“ - also die FDP - „glauben, mit Sicherheit nicht.“ Nach einer erheblichen Auseinandersetzung mit dem Kollegen Kalinka, CDU, sagte Dr. Garg: „Herr Kollege Kalinka, vielleicht mögen Sie mitnotieren, die Haltung der FDP zum Ausbau Kiel-Holtenau ist unverändert.“ Eindrucksvoller und aussagefähiger kann man meines Erachtens nach den heutigen Beiträgen Politik kaum verunstalten.

(Zurufe von der FDP)

Die FDP hat sich damit opportunistisch von Kiel als Luftverkehrsstandort verabschiedet. Die CDU sollte erst einmal versuchen, das Tohuwabohu in den eigenen Reihen in den Griff zu bekommen.

Die SPD-Landtagsfraktion wird auf der Grundlage von Daten und Fakten entscheiden. Wir sind für eine Aktualisierung des Luftverkehrskonzeptes, wir sind für eine Bewertung von Standorten in Schleswig-Holstein, wie der Minister das hier vorgetragen hat, und - um das klar zu sagen - wir lehnen den **Großflughafen Kaltenkirchen** nach wie vor ohne Wenn und Aber ab.

(Beifall bei der SPD)

Gestatten Sie mir abschließend folgende Bemerkung. Bei den Wahlergebnissen vom letzten Sonntag in Brandenburg und Sachsen ist es sicherlich bestürzend, dass DVU und NPD diese Stimmenanteile bekommen haben. Das ist ein Schlag ins Gesicht aller Demokraten und wir müssen uns sicherlich gemeinsam dieser Verantwortung stellen. Das Wahlergebnis zeigt aber auch deutlich, dass es vorbei ist mit der Zeit, in der Sie sich in die Büsche schlagen konnten und für nichts die Verantwortung zu übernehmen brauchten. Das Ergebnis, das Sie als CDU erzielt haben, sollte Ihnen aufzeigen, dass opportunistische Parolen nicht mehr ausreichen.

(Uwe Eichelberg [CDU]: Was hat das mit dem Thema zu tun? - Weitere Zurufe von CDU und FDP)

Statt die Regierungen in Bund und Land zu verunglimpfen, sollten Sie von der CDU endlich damit beginnen, auch als Opposition verantwortungsvoll für die Interessen unseres Landes einzustehen.

(Beifall bei der SPD)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Ich erteile dem Oppositionsführer, dem Herrn Abgeordneten Kayenburg, das Wort.

Martin Kayenburg [CDU]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herr Rohwer, wahrscheinlich hätten Sie wirklich besser über Kormorane geredet. Das wäre bestimmt gehaltvoller gewesen als das, was Sie hier zum Flugverkehr gesagt haben.

(Beifall bei CDU und FDP)

Lassen Sie sich eines sagen: Wir diskutieren hier seit Jahren über den Luftverkehr in Schleswig-Holstein, ohne dass die Regierung irgendwann einmal klare Festlegungen getroffen hätte. Wir haben zuletzt vor zwei Jahren den Antrag gestellt, die Landesregierung solle ein **Luftverkehrskonzept** vorlegen. Deswegen finde ich es gut, dass die FDP als der kleinere Partner dies heute noch einmal zur Debatte stellt.

(Beifall bei CDU und FDP)

Herr Rohwer, wir jedenfalls waren damals vom Ergebnis mehr als enttäuscht und ich sage Ihnen: Heute sind wir gleichermaßen enttäuscht. Im Dickicht von Prognosen und Gutachten ist eine klare Konzeption der Landesregierung nicht zu erkennen.

Sie haben soeben auf das **Landesverkehrsprogramm** hingewiesen. Dazu sage ich Ihnen: Schauen Sie doch einmal hinein. Gerade einmal drei Seiten haben Sie dem Luftverkehr gewidmet. Klare Vorstellungen an keiner Stelle. Im Gegenteil, ein paar bunte Bildchen sind darin. Es gibt kein präzises Kartenmaterial. Herr Minister, ich behaupte, das sind Plattitüden. Das war mangelhaft.

(Beifall bei CDU und FDP)

Die Bedeutung des Luftverkehrs für Schleswig-Holstein ist offenbar größer, als Sie es erkennen. Sie hätten mit den größeren Unternehmen hier im Lande reden müssen. Diese hätten Ihnen die Notwendigkeit des **Luftverkehrsanschlusses** unseres Landes insbesondere an die großen internationalen Drehkreuze, an **Frankfurt** und **Kopenhagen**, deutlich gemacht. Die Wirtschaft will diese Verbindungen und die Wirtschaft braucht diese Verbindungen. Aber Sie stellen sie nicht sicher.

Gerade deswegen ist es bedauerlich, dass derzeit ein neues Gesamtverkehrskonzept unter Einbindung des Luftverkehrs auch nicht ansatzweise erkennbar ist.

Um dem Vorhalt vorzubeugen, die CDU oder die FDP könnten ein solches Konzept nicht vorlegen: Herr Minister, nehmen Sie endlich zur Kenntnis, dass dies die ureigenste Aufgabe der Landesregierung ist. Dabei haben Sie versagt und niemand anders.

(Beifall bei CDU und FDP)

(Martin Kayenburg)

Die konkreten Absprachen mit den angrenzenden Bundesländern und **Nachbarstaaten** kann nun einmal nur eine Regierung treffen. Sie, Herr Rohwer, sind dafür verantwortlich und Sie hätten diese Arbeit leisten müssen. Stattdessen haben Sie bis heute mit der Attitüde des Besserwissers unsere Denkanstöße kritisiert und zurückgewiesen. Wir jedenfalls werden nach dem Regierungswechsel die notwendigen Maßnahmen umgehend einleiten und wir werden dabei, ausgehend vom prosperierenden Wirtschaftsraum Hamburg nach zweckorientierten und finanzierbaren Ergänzungen des bisherigen Angebots suchen. Dies gilt gleichermaßen für Charter-, Fracht- und Linienverkehr. Das Herumwurschteln muss endlich ein Ende haben!

(Beifall bei CDU und FDP)

Das beste Beispiel für die verfehlte Luftverkehrspolitik dieser Landesregierung finden wir im **Flughafen Lübeck-Blankensee**. Die Bedeutung des Flughafens für die Wirtschaft im Großraum Lübeck ist in diesem Hause vermutlich - vielleicht mit Ausnahme der Grünen - unumstritten. Aber gerade die Entwicklung bei **Dräger** zeigt doch eindringlich, dass Schleswig-Holstein an seinen Standortfaktoren arbeiten muss. Es wäre ein fatales Zeichen, wenn dies aufgrund Ihrer Unentschlossenheit nicht gelänge.

Die bisherigen Verfahrensfehler in Lübeck hat doch vorwiegend die Landesregierung zu vertreten. Ich erinnere in diesem Zusammenhang daran, dass die peinliche Anordnung des **Oberverwaltungsgerichts** im Frühjahr dieses Jahres den Betrieb dort für eine Woche stillgelegt hat. Der Minister war übrigens in einer Freitags-Sitzung hier im Hause der Meinung, dass dienstags der Betrieb weitergehen werde. Er war wieder einmal nicht im Stoff. Es hat über eine Woche gedauert. Dadurch, Herr Minister, ist mir eines klar geworden: Wer noch nicht einmal einen so kurzen Zeitraum überblicken kann, ist schon gar nicht in der Lage, ein weitreichendes Luftverkehrskonzept für Schleswig-Holstein zu entwickeln.

(Beifall bei CDU und FDP - Widerspruch bei der SPD)

Die Diskussion zu Blankensee gibt mir die Möglichkeit zu fragen: Wie ist das eigentlich mit dem **Planfeststellungsbeschluss** zur Verlängerung der Start- und Landebahn? Der Abschluss sollte 2003 erfolgen. Dann haben Sie vom Juni gesprochen, wohlgermerkt von Juni 2004. Bis heute liegt nichts vor. Herr Rohwer, Sie tragen den Titel „Ankündigungsminister“ wahrlich nicht zu Unrecht.

(Beifall bei CDU und FDP)

Wenn an dieser Stelle wieder einmal die anderen schuld sein sollten, dann sollten Sie zumindest die Lehre daraus ziehen, dass Sie in Zukunft den Mund nicht so voll nehmen, Herr Ankündigungsminister.

Ihr Parteifreund Saxe, derzeit Bürgermeister in der Hansestadt, hat die Situation auch nicht gerade verbessert. Sein arroganter Umgang mit seiner Nachbargemeinde Groß Grönau

(Wolfgang Baasch [SPD]: Na, na!)

hat dazu beigetragen, dass die Situation dort derart eskaliert ist.

(Beifall des Abgeordneten Peter Eichstädt [SPD])

- Ich bedanke mich für den Applaus Ihres Hintermannes aus der SPD-Fraktion, Herr Baasch.

(Beifall bei CDU und FDP)

Nun zum Flughafen **Kiel-Holtenau**! Was ist eigentlich das Ergebnis der **Bedarfsprognose**? Offenbar reicht es Ihnen nicht aus und nun machen Sie konditionierte Aussagen, Herr Minister, und das doch nur, um den Ausstieg, den Sie planen, zu kaschieren.

(Beifall bei CDU und FDP - Dr. Heiner Garg [FDP]: So ist das! Genau so!)

Die CDU hat sich immer für eine bedarfsgerechte Ertüchtigung von Kiel-Holtenau ausgesprochen, auch aus der Überzeugung heraus, dass eine Landeshauptstadt ohne einen leistungsfähigen **Regionalflughafen** nicht die notwendige Anbindung, nicht die notwendige Infrastruktur hat, um im internationalen Wettbewerb eine Rolle zu spielen.

(Beifall des Abgeordneten Thomas Stritzl [CDU])

Ihre Unentschlossenheit ist es doch, die die Modernisierung des Flughafens Kiel zu einer unendlichen Geschichte werden lässt.

(Beifall bei CDU und FDP)

Wenn es aufgrund der Bedarfsprognose wirklich zu einem Aus kommen sollte, was wir sehr bedauern würden, dann sagen Sie dies aber auch hier im Parlament klipp und klar, anstatt herumzueiern. Dass dies selbst die Ministerpräsidentin so empfunden haben muss, kann man der Presse entnehmen.

(Beifall des Abgeordneten Dr. Ekkehard Klug [FDP])

Danach haben Sie in der Kabinettsitzung in der Woche vom 15. September 2004 wegen Ihrer „unzurei-

(Martin Kayenburg)

chenden Kommunikationsstrategie“ einen ordentlichen Rüffel erhalten.

(Beifall bei CDU und FDP)

Aber genützt hat das nichts. Denn heute ist die Kommunikationsstrategie wieder nicht zu erkennen. Nichts als leere Versprechungen!

(Beifall bei CDU und FDP)

Schauen wir einmal in das Wahlprogramm der SPD. Lieber Herr Kollege Schröder, Sie haben dort geschrieben, Sie würden die Entwicklung der Regionalflughäfen in Kiel und Lübeck durch entsprechende Ausbaumaßnahmen in ihrem Bestand sichern und zukunftsfähig machen. Nun legen Sie einmal unser Wahlprogramm daneben und sagen Sie mir, worin der gravierende Unterschied besteht. Ich mache eine Einschränkung: Ihre Formulierung trägt nicht. Sie wollen nämlich die „Entwicklung“ zukunftsfähig machen, wir wollen die Flughäfen zukunftsfähig machen. Das ist der entscheidende Punkt.

(Lebhafter Beifall bei CDU und FDP)

Aber die Absetzbewegungen der Sozialdemokraten lassen sich wohl dadurch erklären, dass es ihnen an Courage mangelt. Ich glaube, deshalb sollten wir in Ruhe abwarten, bis wir diesen Wirtschaftsminister wieder vorführen können, wenn er das Geeiere um Kiel-Holtenau fortsetzt.

(Beifall des Abgeordneten Dr. Ekkehard Klug [FDP])

Aber auch die **Region Schleswig-Flensburg** braucht nicht zuletzt wegen der drastischen Reduzierung im Bereich der Bundeswehr wieder Hoffnung. Der Flughafen **Jagel** verfügt über eine Infrastruktur, die hervorragend für den zivilen **Luftverkehr** geeignet ist. Ob dieser Flugplatz als Ergänzung zu Kiel geeignet ist, zum Beispiel um Charterverkehr zu übernehmen, Herr Astrup, das wollen wir zumindest erst einmal ernsthaft prüfen. Wir werden das zügig nach dem Regierungswechsel tun, die Funktionalität prüfen und die Hausaufgaben machen, die diese Landesregierung bisher versäumt hat zu machen.

(Beifall bei der CDU und vereinzelt bei der FDP - Zurufe von der SPD)

Dass Flughäfen, die an der Peripherie liegen, durchaus geeignet sind, Flugverkehre von Charter über Linie bis Fracht aufzunehmen, dazu empfehle ich Ihnen einmal, Herr Minister, nach Billund zu schauen.

(Beifall der Abgeordneten Uwe Eichelberg [CDU] und Frauke Tengler [CDU])

Schauen Sie doch einmal in die Angebote. Da werden Sie sehen, was Sie aus solchen Flughäfen machen können. Schleswig-Holstein braucht mutige Visionen und wir werden deshalb nicht nur Jagel, sondern auch **Rendsburg-Hohn** vorurteilsfrei auf die flugtechnische Qualität und die Einbindung in ein Gesamtluftfahrtkonzept prüfen, ohne heute schon eine Vorfestlegung vorzunehmen.

Also, was an neuen Entwicklungen in Schleswig-Holstein möglich ist, das werden wir prüfen. Gleichwohl steht für uns außer Frage, dass der **Flughafen Hamburg-Fuhlsbüttel** auf lange Zeit der Passagierflughafen Nummer eins im Norden bleiben wird.

(Vereinzelter Beifall bei der CDU und Beifall des Abgeordneten Joachim Behm [FDP])

Herr Minister, wenn Sie hier sagen, es sei unsinnig, die Option für **Kaltenkirchen** aufrechtzuerhalten, sage ich Ihnen, dass Sie offenbar nicht mit den Verantwortlichen gesprochen haben. Der Verantwortliche der Flughafengesellschaft Fuhlsbüttel hat sogar ein **Gutachten** in Auftrag gegeben, um Ihre unsägliche Politik - das heißt die Ihres Nachbarn - der **FFH-Ausweisung** aufzuhalten. Das hat er doch nur deswegen getan, weil auch er die Notwendigkeit der Option Kaltenkirchen auf lange Sicht sieht. Wer davor die Augen verschließen will, der, Herr Minister, hat die Zeichen der Zeit nicht erkannt und der tut Unrecht, wenn er sich hier hinstellt und sagt, wir müssen an dem **Hauptstadexpress** zwischen Kiel und Hamburg bauen, sich aber nicht klarmacht, dass dieser Hauptstadexpress - der für uns zwingend notwendig ist - auch eine Station in Kaltenkirchen haben wird, um diese Stadt flugtechnisch zukunftsfähig zu machen.

(Beifall bei der CDU und vereinzelt bei der FDP)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Ich erteile Herrn Abgeordneten Hentschel das Wort.

Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Als Vorbemerkung: Es gibt auch Themen, bei denen sich die Fraktionen der Regierungskoalition nicht einig sind. Ich finde, das ist auch in Ordnung so. Es wäre komisch, wenn sich zwei Parteien in allen Positionen einig wären.

Die FDP war bisher entschieden für den Flughafen und hat nun ihre Meinung geändert, sie ist jetzt dagegen. Das ist ehrenwert. Offensichtlich hat sie die Schwäche ihrer bisherigen Position erkannt und stellt

(Karl-Martin Hentschel)

nun den nachvollziehbaren Antrag, dass die Landesregierung ein aktuelles Konzept für den Luftverkehr vorlegt. Das ist auch dringend nötig. Wenn die **Subventionen** in die Flughäfen Kiel und Lübeck umso schneller steigen, je mehr die Flughäfen in die Defizite geraten, dann wird es Zeit, darüber einmal nachzudenken.

(Beifall der Abgeordneten Monika Heinold
[BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Kiel-Holtenau soll trotz drastisch sinkender **Passagierzahlen** auf jetzt 2.206 m ausgebaut werden, 1.799 m Landebahn plus 301 m Overrun plus 106 m Reservestreifen, die angeblich nicht mehr genutzt werden können. Der Finanzdeckel des Landes liegt bei 20,2 Millionen €. Dem haben wir so zugestimmt. Andererseits soll auch **Lübeck** weiter ausgebaut werden. Hier sind aus dem Regionalprogramm 5 Millionen € für die Installation eines Instrumentenlandesystems CAT II locker gemacht worden, weil Ryanair das will.

Da macht die Frage nach einem Konzept Sinn. Aber ein solches Konzept sollte dann auch eine Stellungnahme zu der **Krise der Regionalflughäfen** in Deutschland abgeben, aufgrund derer viele Experten vor Investitionsruinen warnen.

Vergleicht man das neue Gutachten mit dem vorigen und dann noch mit den aktuellen Zahlen, dann scheint das Projekt Flughafen Holtenau politisch mausetot zu sein. Deswegen ist es erfreulich, wenn das Kabinett jetzt kurzfristig zu einer Entscheidung kommen will, und zwar deutlich vor der Landtagswahl. In Kiel melden sich die Ausbaubefürworter schon fast nicht mehr zu Wort, zu schlecht sind die Passagierzahlen. Lagen der **Ausbaubestimmung** im Kieler Rathaus durch SPD und CDU noch die Erwartung zugrunde, dass 2003 185.000 **Passagiere** fliegen würden, so flogen tatsächlich nicht einmal die Hälfte, nämlich 82.000. Im Jahr 2004 sollten es nach der Prognose sogar 201.000 Passagiere sein. Geschätzt werden nach den vorliegenden Zahlen von August 2004 bis Ende des Jahres circa 55.000 Passagiere, das ist nur noch ein Viertel von dem, was einmal prognostiziert worden war. Davon stammen 13.000 Passagiere aus der **Linie Köln-Bonn**, die als Anschubmaßnahme für zwei Jahre von allen Gebühren freigestellt wurde. Entsprechend steigen die **Defizite** der Kieler Flughafengesellschaft auf über zwei Millionen Euro und haben sich innerhalb weniger Jahre damit verdreifacht.

Der Landeshaushalt ist immer mit 50 % dabei. Deswegen unterstütze ich die Forderung des Landesrechnungshofes und mittlerweile auch der CDU - dafür bin ich Ihnen dankbar, Herr Kayenburg - nach einem

Ausstieg des Landes aus der Flughafengesellschaft, sprich nach einer Privatisierung.

(Beifall der Abgeordneten Anke Spooren-
donk [SSW])

Nun liegen die neuen **Prognosen** vor, die erneut ein jährliches **Wachstum** von 3 % beziehungsweise 2,2 % für die Fluglinie voraussagen und hohe Zuwächse bis 2010 prognostizieren. Rechnet man allerdings die prognostizierten Zahlen für 2010, die in dem Gutachten angegeben sind, zurück auf 2003 und 2004, dann kommt man zu dem erstaunlichen Ergebnis, dass die Zahlen, von denen der Gutachter für 2003 und 2004 ausgegangen ist, um 42 beziehungsweise 63 % über den tatsächlichen Zahlen liegen. Auf die Frage an den Gutachter, wie es kommt, dass er von wesentlich höheren Zahlen ausgeht, als tatsächliche Zahlen für die Passagiere vorliegen, und dass er das als Ausgangsbasis für seine Hochrechnung nimmt, antwortet der Gutachter, er hätte nicht die Realzahlen genommen, sondern Zahlen, die man annehmen müsste, wenn ein idealer Zustand herrschen würde.

(Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN]: Aha!)

Solche Gutachten können nicht die Grundlage einer Förderentscheidung von Millionen Euro durch das Land sein. Sollten diese Widersprüche nicht geklärt werden können, dann muss auch noch einmal über eine zugesagte Förderung durch das Land geredet werden.

(Beifall des Abgeordneten Detlef Matthies-
sen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Im Unterschied zu Kiel hat der Lübecker **Flughafen Blankensee** durch **Ryanair** einen enormen Aufschwung bei den Passagierzahlen erreicht. Ein wirtschaftliches Ergebnis hat sich aber trotzdem nicht eingestellt. Wie der Presse zu entnehmen ist, sind seit 2001 Verluste in Höhe von 9 Millionen € aufgelaufen. Die Betriebsverluste der Flughafengesellschaft allein für 2004 werden auf 3,5 Millionen € geschätzt, liegen also trotz höherer Passagierzahlen fast beim Doppelten des Kieler Flughafens. Das muss die Stadt Lübeck ganz allein aus ihrem Haushalt bezahlen. Seit 2003 gilt ein Mengenrabatttarif für Ryanair, sodass die Passagierentgelte nicht mehr proportional zu den Passagierzahlen wachsen. Das bedeutet, die Ryanair-Maschinen werden bei wachsender Auslastung immer mehr aus dem Lübecker Haushalt subventioniert.

(Zurufe von der SPD)

Aber auch in Blankensee wachsen die Bäume nicht in den Himmel. Die Linie Lübeck-Stockholm ist ab

(Karl-Martin Hentschel)

Mitte Januar 2004 von zweimal täglich auf einmal täglich umgestellt worden. Die Linie nach London ist von Ende April bis Mitte August 2004 von dreimal täglich auf zweimal täglich ausgedünnt worden. Nun könnte man sagen: Das ist das private Vergnügen der Hansestädter. Aber wenn das Land auch noch Millionen dazugeben muss, damit die Lübecker noch schneller in ihr Verderben marschieren, dann fragt man sich, ob das Sinn macht oder ob das nicht bald ein Fall für die Kommunalaufsicht ist.

(Wolfgang Baasch [SPD]: Es kommen doch zwei neue Linien dazu!)

Der Grund für diese schwachen Zahlen ist relativ einfach zu erkennen. Tatsache ist nämlich, dass Schleswig-Holstein einen ausgezeichneten Flughafen hat, der international hervorragend angebunden ist und von dem alle infrage kommenden Destinationen mehrmals täglich angeflogen werden. Jährlich nutzen mehr als 3 Millionen Passagiere aus Schleswig-Holstein den **Hamburger Flughafen**.

(Unruhe - Glocke des Präsidenten)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Ich bitte um etwas mehr Aufmerksamkeit im Haus.

Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Die Entfernungen aus den Großräumen von Lübeck und Kiel zum Flughafen Hamburg sind mit cirka einer Stunde ausgesprochen kurz. Viele Großstädte in Deutschland sind erheblich weiter vom nächsten internationalen Flughafen entfernt. Selbst Passagiere aus dem Süden von München, dem Süden von Hamburg, aus dem Norden von Köln oder aus der hessischen Landeshauptstadt Wiesbaden brauchen länger oder gleich lange zu ihrem Flughafen wie die Bürgerinnen und Bürger aus Kiel und Lübeck.

Wem das nicht genügt, dem kann auch geholfen werden. Die **Anbindung** zum **Hamburg-Airport** kann noch erheblich verbessert werden. Deshalb drängen wir Grünen weiter auf eine direkte schnelle **Schiennenanbindung** von Neumünster über Kaltenkirchen und Norderstedt zum Flughafen und dann weiter zum Hamburger Hauptbahnhof.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP sowie vereinzelt bei der CDU)

Hamburg ist unser internationaler und nationaler Flughafen. Wir müssen alles tun - das ist unsere Strategie -, um die Anbindung an Hamburg endlich zu verbessern.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP sowie vereinzelt bei der CDU)

Dieser Hauptstadtdress kann nach unser Berechnung zur weitaus wirtschaftlichsten Schienenstrecke in Schleswig-Holstein werden. Die Kooperation zwischen Schleswig-Holstein, Kiel und Hamburg würde dadurch enorm gestärkt. Es gäbe nur Gewinner.

Jetzt noch eine Anmerkung zu den Programmen der FDP und der CDU. Die FDP hat in ihrem Landtagswahlprogramm ein klares Konzept pro Flughafen Hamburg, pro Flughafen Lübeck und sagt - kurz zusammengefasst -, die restlichen Flughäfen sind unwirtschaftlich. Das kann man vertreten. Hierzu kann man in einigen Punkten unterschiedliche Auffassung sein, aber das ist wenigstens konsequent.

Die CDU hat ein völlig wirres Konzept. Die CDU will einerseits den Flughafen Hamburg, zweitens will die CDU den Flughafen Kaltenkirchen bauen,

(Widerspruch bei der CDU)

drittens ist die CDU - zur Betrübnis von Herrn Kalinka - weiterhin für den Ausbau des Flughafens Kiel-Holtenau und für den Ausbau des Flughafens Lübeck. - Das als Nummern drei und vier. Fünftens. Die CDU ist - man höre und staune - für den Ausbau eines Frachtflughafens in Jagel. Als die Fluggesellschaften daraufhin müde abgewinkt haben, sagte der CDU-Bundestagsabgeordnete Börnsen:

„Damit ist das Thema Frachtflug von Jagel aus vom Tisch. Die möglichen Zukunftsperspektiven für Jagel durch den CDU-Landesvorsitzenden Peter-Harry Carstensen bleiben, was sie waren, nämlich Denkanstöße.“

Auf Deutsch heißt das: Der Kandidat hat mal wieder Unsinn geplappert, ohne Fakten zu recherchieren.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Man höre und staune, wir sind erst bei Punkt fünf. Wir kommen zu Punkt sechs: Im CDU-Wahlprogramm steht auch, man wolle Tarp-Eggebek zum Frachtflughafen ausbauen.

(Lothar Hay [SPD]: Es fehlt noch Flensburg!)

Herrlich!

(Unruhe)

Wenn Herr Kayenburg nun die Landesregierung auch noch dafür kritisiert, dass Flugverbindungen von Kiel aus in verschiedene Städte eingestellt worden sind,

(Karl-Martin Hentschel)

dann ist das der Gipfel des marktwirtschaftlichen Verständnisses des CDU-Fraktionsvorsitzenden hier im Landtag.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und des Abgeordneten Günter Neugebauer [SPD])

Sie kritisieren die Landesregierung dafür, dass Fluglinien eingestellt worden sind. Fliegt denn die Landesregierung? Wer fliegt denn hier eigentlich? Das sind doch privatwirtschaftliche Unternehmen!

(Zurufe von der CDU)

Es erstaunt nicht, wenn der Spitzenkandidat der CDU, Carstensen, den Bau des Flughafens Kaltenkirchen bei einer CDU-Versammlung als Gespensterdebatte bezeichnet hat. Das heißt, er nennt sein eigenes Programm eine Gespensterdebatte. Ich glaube, das sagt sehr viel über das CDU-Programm aus.

(Unruhe - Glocke des Präsidenten)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Herr Abgeordneter Hentschel, Ihre Redezeit ist abgelaufen.

Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Herr Präsident, Sie haben Recht! - Die Landesregierung hat mit ihrer Förderentscheidung vor zwei Jahren dem Ansinnen der **Stadt Kiel** Rechnung getragen, den Ausbau des Flughafens zu ihrem wichtigsten Projekt zu erklären. Es liegen nun neue Gutachten vor. Demnächst soll ein weiteres Gutachten vorliegen. Alle **Gutachten** werden ausgewertet und man wird in Ruhe sehen, was dabei herauskommt. Die neue Koalition in Kiel wird demnächst über die Frage entscheiden, ob sie weiterhin bauen will. Ich persönlich sage: Ich würde mich freuen, wenn der kaufmännische Verstand siegen würde.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und des Abgeordneten Günter Neugebauer [SPD])

Präsident Heinz-Werner Arens:

Ich erteile Herrn Abgeordneten Harms das Wort.

(Unruhe)

- Ich hatte das Wort Herrn Abgeordneten Harms erteilt und nicht allen anderen.

Lars Harms [SSW]:

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Nun ist es endlich soweit. Wir haben weitere Gewissheit, dass der Ausbau des Flughafens Kiel-Holtenau völlig sinnlos ist. Ich möchte daher nicht die Debatten der letzten Jahre wiederholen, sondern einfach nur feststellen, dass man diese Erkenntnis eigentlich schon wesentlich früher hatte und dass es bessere Zeitpunkte gegeben hätte, um aus der Planung zum **Ausbau von Kiel-Holtenau** auszusteigen.

Die Kritik, die der SSW seit 2002 - im Übrigen als einzige Partei - geäußert hat, wird jetzt durch das vorliegende Gutachten gestützt.

(Zuruf des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [FDP])

Wenn man ehrlich ist, so gab es schon damals genügend Anhaltspunkte und auch Kritikpunkte, die eigentlich nur den Schluss zuließen, dass der Ausbau von Kiel-Holtenau unsinnig ist. Vor diesem Hintergrund war es nicht in Ordnung, dass sowohl die rot-grüne - vor allem auch die grüne - Landesregierung als auch die Stadt Kiel eine Grundsatzentscheidung für den Ausbau dieses Flughafens getroffen hatten. Auch wenn man in der Öffentlichkeit immer etwas anderes erzählt: Faktisch haben auch die Grünen beschlossen auszubauen.

(Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das haben wir doch eben gesagt!)

- Ja, aber ich wiederhole das, denn die Welt soll immer wieder erfahren, was ihr - was das angeht - für einen Mist macht!

(Beifall bei der FDP)

Liebe Kollegin Heinold, wir gehen aber jetzt davon aus, dass diese Entscheidung zurückgenommen wird und dass man den Ausbau von Kiel-Holtenau endgültig ad acta legt. Wir hätten schon damals das für den Flughafenausbau vorgesehene Geld lieber für realistischere und wirklich zukunftssträchtige Projekte einplanen müssen. Jetzt haben wir das Problem, dass rund 50 Millionen € für den Flughafenausbau verplant worden sind, und zwar inklusive der 30 Millionen € an Fördermitteln. Diese Mittel müssen nun in vernünftige Projekte umgeleitet werden. Das kann zu Schwierigkeiten führen. Wir müssen deshalb alles versuchen, um die **Fördermittel** in Schleswig-Holstein zu halten. Dafür haben wir nur noch sehr wenig Zeit. Lieber Kollege Kayenburg, deshalb ist es umso wichtiger, dass wir jetzt schnell das Projekt Kiel-Holtenau beenden und ebenso schnell das Geld in andere Projekte umleiten, bevor wir weiter ewig

(Lars Harms)

warten, das Projekt nicht in Gang kriegen und das ganze Geld dann in andere Bundesländer fließt. Wir haben hier ein schleswig-holsteinisches Interesse.

Langfristig müssen wir aber auch in Bezug auf Kiel-Holtenau überlegen, ob es überhaupt Sinn macht, als **Land** weiterhin **Anteile** an der **Kieler Flughafengesellschaft** zu halten. Der **Landesrechnungshof** hat schon mehrfach festgestellt, dass es eigentlich nicht Aufgabe des Landes ist, Flughäfen zu betreiben. Wenn es wirklich ein so starkes Interesse der Kieler Wirtschaft und der Wirtschaft des Landes Schleswig-Holstein gibt, gute Flugverbindungen von Kiel aus zu haben, dann wäre es nur folgerichtig, dass die Wirtschaft sich an der Kieler Flughafengesellschaft beteiligte.

Der bevorstehende Ausstieg aus den Ausbauplänen zu Kiel-Holtenau war der Anlass für den Berichts Antrag der FDP, für den wir sehr dankbar sind. Wenn es um ein **Luftverkehrskonzept** geht, stellt sich erst einmal die Frage der Datenerhebung. Es geht am Anfang erst einmal nicht um die Umsetzung von einzelnen Projekten in Kiel, Hohn, Jagel, Eggebek, Kaltenkirchen oder anderswo, sondern um die Frage: Was brauchen wir wirklich?

Ein Flughafen lohnt sich nur, wenn man **Geschäftsreiseverkehr** und **Charterverkehr** zulässt. Das haben wir nun festgestellt. Auch Gütertransport lohnt sich nur, wenn auch Personenreiseverkehr auf dem betreffenden Flughafen stattfindet. Dies sind Tatsachen, denen wir von vornherein ins Auge sehen müssen. Hinzu kommt, dass man herausfinden muss, ob Gütertransport überhaupt von der hiesigen Wirtschaft nachgefragt wird. Ich bezweifle das. Dies sind alles Gesichtspunkte, die unserer Meinung nach noch nicht genügend untersucht worden sind.

Wir müssen also erst einmal anhand von nachvollziehbaren Kriterien herausfinden, ob **Frachtverkehr** nachgefragt wird und ob er sich rechnet, bevor man Vorschläge wie den Ausbau des **Flughafens** Jagel als reinen Frachtverkehrsflughafen in die Welt setzt. Selbst wenn man nach der Erstellung eines Gutachtens zu dem Schluss kommt, dass eine Frachtverkehrsoption Sinn machen könnte, muss man den Leuten reinen Wein einschenken und sagen, dass damit im Rahmen einer Mischkalkulation auch weitere Verkehre verbunden sind. Ein reiner Frachtflughafen wird sich nicht lohnen. Deshalb muss man von vornherein eine größere Lösung andenken. So ehrlich muss auch die CDU sein, wenn sie einen reinen Frachtflughafen in Jagel vorschlägt. Diese Aussage gilt natürlich nicht nur für Jagel, sondern auch für **Hohn**.

Eine weitere Frage, die man sich stellen muss, ist die nach der **Konkurrenzsituation** gegenüber anderen Flughäfen. Damit meine ich insbesondere **Lübeck-Blankensee**. Wenn man weiß, dass man Charterverkehr nicht ausschließen kann, dann muss man die Interessen von anderen Standorten in Schleswig-Holstein mit berücksichtigen. Wer also einen Universalflughafen im Norden plant, der stellt auch Verkehre in Lübeck-Blankensee zur Disposition. Wer einen Großflughafen in Kaltenkirchen als Ziel ausruft, wie die CDU es tut, der hat Lübeck schon abgeschrieben. Dann würde sich ernsthaft die Frage stellen, warum in Lübeck überhaupt noch Fördermittel verplant werden sollen.

Sie sehen, liebe Kolleginnen und Kollegen, das ganze Thema ist mit einer Vielzahl von Unsicherheiten belastet. Diese Unsicherheiten sind nur deshalb entstanden, weil man bisher kein vernünftiges Luftverkehrskonzept aufgestellt hat, aus dem ersichtlich ist, wie die **Planungen der Landesregierung** zu diesem Thema aussehen. Man hat zwar in Kiel-Holtenau ein Prestigeobjekt geplant, aber eigentlich völlig vergessen, was man tatsächlich erreichen will. Es ist an der Zeit, bei den Betrieben konkret nachzufragen, wer neue Frachtverkehrsverbindungen zu welchem Standort braucht. Es ist außerdem an der Zeit herauszufinden, ob neben Lübeck-Blankensee und Hamburg-Fuhlsbüttel wirklich noch ein weiterer **Charterflughafen** nötig ist. Es ist auch an der Zeit, über Alternativlösungen nachzudenken.

Schon seit Jahren denkt man darüber nach und hat konkrete Pläne, um eine schnelle **Bahnverbindung** von **Kiel** nach **Fuhlsbüttel** zu errichten. Hierfür gibt es konkrete Vorschläge und hier kann man schon bestehende Verkehre und Verkehrsverbindungen nutzen, damit sich diese Maßnahme wirtschaftlich rechnet. Weiter lässt sich denken, dass auch die Bahnverbindung von Flensburg über Rendsburg und Neumünster nach Hamburg noch attraktiver gemacht wird. Dies sind Vorschläge, die nicht neu sind, die aber nie als echte Alternative geprüft worden sind. Zu einem Luftverkehrskonzept gehören aber gerade solche **Alternativüberlegungen**, damit man wirklich eine vernünftige Entscheidung treffen kann.

Selbst wenn man dann immer noch sagt, dass das Fliegen eine wirtschaftlich sinnvolle Alternative ist, ist es notwendig, weitere Dinge abzuprüfen. Hätte man bei Kiel-Holtenau die Auswirkungen auf die Bewohner vor Ort ehrlich in die Überlegungen mit einbezogen, dann wären die unzumutbaren Belastungen der Menschen an sich schon ein Ausschlussgrund für diese Maßnahme gewesen. Dass eine Regierung unter Beteiligung der Grünen dies seinerzeit gerade

(Lars Harms)

nicht berücksichtigt, sondern den rot-grünen Ausbaubeschluss gefasst hat, zeugt nicht gerade von Bürgernähe.

Wenn wir jetzt beispielsweise **Jagel** betrachten, müssen wir bedenken, dass die **Einflugschneise** möglicherweise über dem Naturpark Hüttener Berge und über der Schlei liegt. Das hat gravierende Auswirkungen auf die Umwelt und konterkariert die Ziele von Naturparks, von Schutzgebieten. Auch das muss in die Überlegungen hierzu einbezogen werden.

Ich glaube, es steht außer Frage, dass Kiel-Holtenau nicht ausgebaut werden kann. Aber auch der Neubau eines **Großflughafens in Kaltenkirchen** erscheint mir als Luftnummer. Ich bin fest davon überzeugt, dass die Preise im Luftverkehr langfristig wieder steigen werden. Die hohen Rohstoffpreise werden schon mittelfristig dazu führen, dass die Zuwachsraten im Flugverkehr kleiner werden. Daher macht es zwar Sinn, über eine Erweiterung und Verbesserung der Infrastruktur in Fuhlsbüttel nachzudenken, aber ein weiterer Großflughafen - möglicherweise als Konkurrenz zu Fuhlsbüttel - wird immer eine Illusion bleiben, Kollege Kayenburg. Deshalb sollte man keinen tiefer gehenden Gedanken an einen solchen Flughafen verschwenden, sondern sich lieber auf das Machbare und Sinnvolle konzentrieren. **Fuhlsbüttel** muss besser ausgebaut werden; das muss das vorrangige Ziel für uns sein.

(Zurufe von der CDU)

- Dies kann nur - Moment, liebe Kolleginnen und Kollegen! - mit einer besseren **Bahnanbindung** geschehen.

(Beifall der Abgeordneten Anke Spoorendonk [SSW])

Dazu gibt es bereits Untersuchungen, Wir haben also etwas in der Hand.

Lübeck-Blankensee hat eine Nische im Charterverkehr gefunden. Deshalb muss dieser Flughafen entsprechend unterstützt werden, damit er eine zukunfts-fähige **Infrastruktur** behält. Die anderen Flughäfen und Verkehrslandeplätze haben nur eine sehr eingeschränkte Bedeutung. Wenn man tatsächlich einen weiteren Flughafen fordern will, kann es aus wirtschaftlichen Gründen nur um eine **zivile Nutzung** der bestehenden Flughäfen in Jagel oder Hohn gehen. Bei der Untersuchung zu diesen beiden Flughäfen muss deshalb erst einmal geprüft werden, ob der Bedarf überhaupt vorhanden ist, und wenn ja, ob dann ökologische Gründe, beispielsweise Lärmschutzgesichtspunkte oder auch ökonomische Gesichtspunkte gegen eine Nutzung sprechen.

Beim ersten Hinsehen können wir allerdings feststellen, dass es derzeit wichtigere Verkehrsprojekte auf der Schiene und auf der Straße gibt, die unser Land schneller voranbringen. Wir müssen jetzt die Gelegenheit nutzen, in Ruhe abzuklären, ob wir tatsächlich einen weiteren Flughafen brauchen und wie ein solches Projekt gegebenenfalls umgesetzt werden kann. Was wir nicht brauchen, ist ein weiteres Prestigeobjekt, das niemand will und niemand braucht. Dabei ist es egal, ob dieses Prestigeobjekt in Kiel-Holtenau, Jagel, Hohn oder Kaltenkirchen ist. Wir sollten darüber sehr genau nachdenken.

(Beifall beim SSW)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Das Wort zu einem Kurzbeitrag nach § 56 Abs. 4 unserer Geschäftsordnung erteile ich dem Herrn Abgeordneten Stritzl.

Thomas Stritzl [CDU]:

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Kollege Hentschel, ich habe nach Ihrer Rede doch etwas Klärungsbedarf. Wenn ich es richtig verstanden habe, hat der Herr Wirtschaftsminister - was ich unterstreiche - gesagt: Ausbauentcheidung ja, wenn die entsprechenden Analysen den Bedarf und den Kostenrahmen hergeben. Wenn ich Sie richtig verstanden habe, haben Sie gesagt: Selbst wenn der Bedarf vorhanden ist und der Kostenrahmen eingehalten wird, wären Sie trotzdem der Meinung, dass man es nicht tun sollte, und wollten in der Regierung noch einmal darüber reden.

Als Kieler möchte ich schon wissen, ob Sie dann, wenn der Bedarf da ist und der Kostenrahmen eingehalten wird, in der Regierung eine Entscheidung für Kiel-Holtenau verhindern. Das will ich hier wissen, weil wir in der Stadt Kiel eine andere Verabredung mit den Grünen haben. Deswegen möchte ich Entscheidungsklarheit über das haben, was Rot-Grün im Lande will.

(Beifall bei der CDU)

Vielleicht könnten Sie das hier einmal erklären. Ich halte es für wichtig, dass wir hier über Bedarf und Notwendigkeit miteinander reden, und glaube, man kann **Kiel-Holtenau** beziehungsweise den Entscheidungsträgern eine Menge Vorwürfe machen, aber nicht, dass nicht entsprechend geprüft und nochmals geprüft würde. Man kann daraus jedoch unterschiedliche Schlussfolgerungen ziehen.

(Zuruf des Abgeordneten Rolf Fischer [SPD])

(Thomas Stritzl)

- Kollege, Sie können sich gleich auch noch einmal zu Holtenau bekennen, bevor Sie auf dem nächsten Sonderparteitag aussteigen. Wir haben in der Fraktion unterschiedliche Meinungen; das wissen Sie auch. Das ist vorhin offen angesprochen worden. Deswegen sage ich als Kieler meine Meinung, Herr Kollege! Sie können gleich noch einmal ans Mikrofon treten. Ich bin der Meinung: Wir brauchen in Kiel einen leistungsfähigen zukunftssicheren Flughafen. Das ist schlicht und ergreifend meine persönliche Auffassung, die in Kiel auch geteilt wird.

Ich sage auch ganz offen, dass ich Ihre Auffassung von der als Alternative dargestellten **Zugverbindung**, die weder geplant noch beantragt noch finanziert ist, nicht teile. Das Fenster Holtenau ist jetzt offen und nicht morgen eventuell. Ich bin deswegen der Auffassung, dass wir diese Chance nutzen und nicht zerreden sollten, wenn die Bedarfsanalyse und die Kostenanalyse es hergeben. - Punkt eins.

Punkt zwei, Herr Kollege Harms. Sie haben sich Sorgen über die Belastungen für die Menschen durch Flughäfen gemacht. Es stimmt, je näher man am Flughafen wohnt, desto größer ist die Belastung für die Betroffenen. Das ist unstrittig; das ist überall so. Aber man kann nicht hingehen und sich die Belastungen für die Menschen in Kiel und den nahegelegenen Gemeinden um Kiel herum anschauen und sagen, das wäre eine zusätzliche Belastung - die Frage ist auch immer, in welchen Zeitraum man greift; 1990 hatten wir 10.000 Flugbewegungen mehr, damals noch die Bundeswehr, als heute -, und gleichzeitig feststellen, in Fuhlsbüttel müsse noch mehr geflogen werden. Fuhlsbüttel ist ja ein Innenstadtflughafen in Hamburg.

(Dr. Heiner Garg [FDP]: Kiel auch!)

Man kann sich nicht hinstellen und die Belastungen, die wir nicht haben wollen, einfach anderen nach dem Motto aufbürden wollen: Die Freude über einen Flughafen wächst mit der Entfernung des Wohnorts von demselben. So kann man nicht Politik machen.

(Vereinzelter Beifall bei der CDU)

Man kann in der Sache eine andere Auffassung vertreten, sollte die Sachargumente jedoch ehrlich miteinander abwägen und auch die notwendige Entscheidung treffen. Meine persönliche Auffassung ist: Wenn wir die Chance nicht nutzen, den Wirtschaftsraum K.E.R.N.-Region mit einem leistungsfähigen Flughafen anzubinden, werden wir in der Zukunft dafür die Zeche bezahlen.

(Beifall bei der CDU)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Das Wort zu einem weiteren Kurzbeitrag erteile ich Herrn Abgeordneten Dr. Garg.

Dr. Heiner Garg [FDP]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Lieber Kollege Schröder, jawohl, die FDP Kiel hat sich in ihrem Kommunalwahlprogramm ganz klar für den Ausbau von Kiel-Holtenau ausgesprochen. Kollege Hentschel und ich haben uns auf Podiumsdiskussionen heftig über die Frage gestritten: Startbahnverlängerung ja oder nein, beispielsweise in Heikendorf, Herr Kollege Hentschel, wo ich übrigens der Einzige war, der mehr oder weniger tapfer diese Startbahn - -

(Zuruf von der SPD: Ach?)

- Ja, der Kollege Kalinka war damals schon dagegen. Ich war der Einzige. Die Kollegin Kähler war auch nicht unbedingt dafür.

Ich sage Ihnen eines - liebe Kolleginnen und Kollegen, das sage ich euch allen -: Ein Politiker muss meiner Auffassung nach immer noch fähig sein, Entscheidungen zu revidieren, die er einmal getroffen hat, wenn er zutiefst davon überzeugt ist, dass die Entscheidung falsch war.

(Beifall bei FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

- Ja, Herr Kollege, es bleibt dabei, weil ich der Auffassung bin: Wir brauchen keine weiteren Gutachten. Wir brauchen keine weiteren zurechtgerechneten Passagierzahlen, sondern wir brauchen mutige, fähige Politiker, die auch eine Entscheidung, die sie einmal getroffen und vertreten haben, zurückzunehmen und zu sagen bereit sind: Wir haben uns in dieser Frage geirrt; ich bin heute anderer Meinung als damals.

(Beifall bei der FDP)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Das Wort zu einem weiteren Kurzbeitrag hat Herr Abgeordneter Müller.

Klaus-Dieter Müller [SPD]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich kann mir schlichtweg nicht vorstellen, dass es, wenn die Bedarfs- und Kostenanalysezahlen die bisherigen nicht unter- oder überschreiten, einen anderen Beschluss gibt als den, den wir haben. Ich kann mir nicht vorstellen, dass es so kommt. Alles andere würde ich mit viel Unverständnis zur Kenntnis nehmen. Gutachterzahlen in wirtschaftlichen Zeiten wie diesen

(Klaus-Dieter Müller)

über das, was an Flugpassagierzahlen prognostiziert wird, können nur reine **Prognosezahlen** bleiben.

Meine Damen und Herren, **Standortpolitik** ist Zukunftspolitik, ist keine Politik für den Augenblick. Gerade dann, wenn ein Augenblick schwierig ist, muss man mutige Standortentscheidungen treffen. Alles andere ist schlechte Politik, Herr Kalinka, alles andere ist Kirchturmspolitik.

(Beifall und Zurufe)

- Herr Kalinka, was Sie mit Ihren Zwischenrufen wollen, wissen wir. Das haben Sie lange genug da drüben auf dem Ostufer gepflegt. Das ist reine populistische Kirchturmspolitik und nichts anderes.

(Vereinzelter Beifall bei der SPD)

Herr Kayenburg, Sie haben hier sehr richtig das Beispiel Dräger genannt. So etwas wie Dräger kann auch hier jeden Tag passieren, dass ein Unternehmen sagt: Wir gehen hier weg oder wir kommen nur hierher, wenn.

(Zurufe)

Da ist ein solcher Feldflughafen, wie wir ihn heute haben, schlichtweg nicht ausreichend.

(Zuruf des Abgeordneten Werner Kalinka [CDU])

- Werden Sie doch nicht unsachlich! Das ist offensichtlich die einzige Fähigkeit, die Sie haben. Wissen Sie, was man aus einem Regionalflughafen machen kann? Das ist in Lübeck-Blankensee passiert, das ist dort gezeigt worden: **Blankensee** ist der zweitfrequentierteste Regionalflughafen in Deutschland. Dort sind 200 Arbeitsplätze geschaffen worden.

(Uwe Eichelberg [CDU]: Mit Charter! - Weitere Zurufe)

- Natürlich auch mit Charter.

Meine Damen und Herren, hören Sie doch bitte den Unternehmen zu. Dräger ist ein gutes Beispiel.

(Zurufe)

Dräger hat eindeutig klargemacht, dass Hamburg keine Lösung ist. Die haben vorgerechnet, was dort für Zeit verloren wird. Sie haben Hamburg als Lösung für dieses Thema ausdrücklich ausgeschlossen und sie haben auch eine Regionalbahn ausgeschlossen, weil die nämlich genauso viel Zeit kostet; dann kann ich auch gleich mit dem Auto hinfahren.

Herr Kayenburg, Sie waren - da gehören Sie auch nicht hin, insofern sind Sie entschuldigt - nicht auf der Regionalkonferenz der IHK zu Kiel, auf der Ihre

Oberbürgermeisterin - die gehört doch Ihrer Partei an - herumgeeiert hat wie nur irgendetwas. Da wird es doch scheitern, es wird an der Ratsversammlung scheitern mit den spannenden Mehrheiten, denen sich Frau Volquartz ausgesetzt hat. Das ist doch die Realität!

(Beifall bei der SPD - Werner Kalinka [CDU]: Ich habe von Anfang an eine klare Linie gehabt! - Weitere Zurufe)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Das Wort zu einem weiteren Kurzbeitrag erteile ich Herrn Abgeordneten Graf Kerksenbrock.

Dr. Trutz Graf Kerksenbrock [CDU]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herr Kollege Garg, ich glaube, wir sind in dieser Frage einmal einiger gewesen. Ich glaube nicht, dass wir uns damals geirrt haben, als wir gemeinsam der Auffassung gewesen sind, der Flughafen Kiel sollte gebaut werden.

(Dr. Ekkehard Klug [FDP]: Mit Charter oder ohne?)

Ich bin sicher - der Kollege Müller hat das eben auch schon zum Ausdruck gebracht -, dass die **Zukunft der Region** durchaus auf der Kippe steht. Die Zukunft der ganzen Region Kiel, die im Übrigen auch das Ostufer mit einschließt, steht auf der Kippe.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: So ein Unsinn!)

Wir brauchen gar nicht nach Lübeck zu gehen, wo Investitionsentscheidungen gefällt werden. In den **Kieler Unternehmen** werden täglich Investitionsentscheidungen gefällt - denken wir beispielsweise einmal an Vossloh; das stand durchaus auf der Kippe -, die unter anderem auch von der Erreichbarkeit der Unternehmen abhängen, auch für Unternehmensführungen, für Verhandlungspartner, selbstverständlich hängt das voneinander ab. Wenn wir nicht wollen - ich sage das in aller Nüchternheit -, dass die Region Kiel zum Hinterland Hamburgs wird, haben wir eigentlich keine Alternative, als hier eine mutige Infrastrukturentscheidung zu treffen.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Dann brauchen wir mehr als 300 Meter!)

- Wir brauchen eine Verlängerung der Landebahn so, wie sie jetzt angedacht ist. Das würde ausreichen. Darum geht es.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Dann kann kein A 319 landen!)

(Dr. Trutz Graf Kerksenbrock)

Wer einmal die Erreichbarkeit Kiels vor wenigen Jahren mit der Erreichbarkeit jetzt vergleicht, nachdem einige Linien zusammengestrichen worden sind, weiß, was das für einen neuen **Standortnachteil** für **Kiel** aktuell bedeutet, schon jetzt. Das hat etwas miteinander zu tun, wenn große Unternehmen und Industriestandorte hier nicht mehr in diesem Umfang zur Verfügung stehen und auch nicht mehr als zukünftige Standorte angedacht werden.

Herr Minister Rohwer, die einzige Sorge, die ich jetzt habe - ich meine, wir sind uns in der Sache, wenn ich es richtig verstanden habe, nach wie vor einig -, ist, dass jetzt möglicherweise ein seltsames Schwarze-Peter-Spiel anfängt. Auch Kollege Müller hat das ein bisschen angedeutet, als er vom IHK-Regionaltreffen berichtet hat. Ich meine, das Projekt der Erweiterung des Flughafens Kiel taugt nicht zum Schwarze-Peter-Spiel, denn das ist in der Tat ein zu teures Spiel, weil es zu viele Arbeitsplätze kosten würde.

Wie gesagt, es geht bei einer solchen Entscheidung um die Zukunft der Region Kiel und die werden wir alle zusammen im Interesse des ganzen Landes treffen müssen.

(Vereinzelter Beifall)

Vizepräsident Thomas Stritzl:

Ich darf auf der Tribüne neue Gäste begrüßen, und zwar die Damen des Hausfrauenbundes von Burg auf Fehmarn. - Herzlich willkommen im Schleswig-Holsteinischen Landtag!

(Beifall)

Für die Landesregierung erteile ich der Frau Ministerpräsidentin Simonis das Wort.

Heide Simonis, Ministerpräsidentin:

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Es gehört wirklich nicht viel Fantasie dazu, sich vorzustellen, wie Sie hier reagiert hätten, wenn wir unsere damalige Entscheidung anders getroffen hätten, wenn wir einfach gesagt hätten: „Die Zahlen geben es nicht her, der Flughafen Holtenau wird nicht ausgebaut.“ Ich kann ja ein Stückchen Beliebigkeit in der Politik ganz gut ertragen, aber das heute geht weit über das erträgliche Maß hinaus. Das hat etwas mit dem 20. Februar 2005 und weiß Gott nicht mit der Notwendigkeit eines Flughafenausbaus - ja oder nein - zu tun.

(Beifall bei der SPD)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, jeder, der sich ein bisschen damit beschäftigt, weiß, dass **Ver-**

kehrsinvestitionen nicht nur nach Rentabilitäts Gesichtspunkten vorgenommen werden. Dann dürften wir keinen Straßen-, keinen Hafenausbau mehr machen, dann dürften keine Tunnel gebaut werden, dann dürfte überhaupt nichts mehr gemacht werden. Dann würden wir nämlich immer rechnen und kämen zu dem Ergebnis: Das zahlt sich nicht aus, das lassen wir weg.

Nein, es geht doch darum, wie eine **Kosten-Nutzen-Analyse** für die Zukunft für diese Region aussieht,

(Beifall bei der SPD und vereinzelt bei der CDU)

ob man da etwas erwarten kann, was der Region insgesamt gut tut.

Herr Abgeordneter Harms, wenn Sie die Unternehmen fragen, wo sie den Flughafen gern hätten - im Hinterhof ihrer jeweiligen Unternehmen! Das ist überhaupt keine Hilfe. Das ist schon eine Sache, die eine Landesregierung machen muss. Sie muss sich Gedanken machen, wie sie Zahlen einsortiert. Wenn sich neue Zahlen ergeben, muss sie die noch einmal neu einsortieren, ehe sie anfängt zu graben. Dann ist es zu spät.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wenn der Auftrag herausgegeben worden ist, ist es zu spät. - Aber, da nun auch die Grünen klatschen, das gilt natürlich auch für **Flughäfen**, von denen man noch nicht gleich sagen kann, ob sie sich morgen oder übermorgen rechnen. Dennoch ist es vernünftig abzuwarten, bis wir vom Gutachter die neuen Zahlen haben. Wenn wir ohne Gutachten einfach Geld ausgeben würden, was würden Sie uns dann erzählen, und zwar dieselben Leute!

(Zurufe von der SPD)

Die **Zugverbindung** - so spannend ich das finde -, 150 Millionen € verteilt auf die nächsten zehn Jahre, ich weiß nicht, wie wir das darstellen sollen. Wenn Sie das wissen, können wir uns gern darüber unterhalten.

(Zuruf des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [FDP])

Fünf neue Flugplätze im Land - ich habe mitgezählt, mir fingen die Hände an zu zittern -, von Jagel über Holtenau, Hohn und Lübeck bis Kaltenkirchen. Wo haben wir denn noch eine Wiese? Dahin bauen wir einen Flughafen! - So geht es doch nun wirklich nicht, meine sehr verehrten Damen und Herren!

(Ministerpräsidentin Heide Simonis)

Der **Hamburger Senat** hat die Pläne des Spitzenkandidaten der CDU zum Ausbau von **Jagel** als das bezeichnet, was sie sind, nämlich Quatsch, wirklicher Quatsch.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Es ist im Übrigen auch ein unfreundlicher Akt, nachdem Hamburg so viel Geld zum Ausbau seines Flughafens ausgegeben hat, nun mit einem anderen Flughafen auf der anderen Seite der Grenze zu drohen. Das macht man doch wohl hoffentlich in Absprache miteinander und fragt sich, wer welche Aufgaben zu übernehmen hat.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und des Abgeordneten Lars Harms [SSW])

Ich hätte dasselbe Argument gebracht, das der Herr Landtagsvizepräsident genannt hat, man kann nämlich nicht sagen: In Holtenau müssen wir die Menschen vor Lärm schonen und dafür gehen wir nach Fuhlsbüttel. In Fuhlsbüttel würde ich - das muss ich Ihnen ehrlich sagen - nicht gern wohnen. Da sind Schulen, Kindergärten in der Einflugschneise. Das Leben ist überall hart, wollte ich damit nur sagen, nicht nur in Holtenau. Nach Holtenau sind die Menschen gezogen, nachdem der Flughafen da war.

(Vereinzelter Beifall bei der SPD - Zuruf des Abgeordneten Werner Kalinka [CDU])

Wer sich ein bisschen mit Herrn Meschkat - - Herr Kalinka, Meschkat senior, als er noch in unserer Partei war, hat gesagt: „Was kümmert mich der Flughafen!“ und ist dort draußen hingezogen. Da waren die Grundstücke auch ein bisschen preiswerter. Das entbindet uns nicht davor, Maßnahmen gegen Lärm zu ergreifen.

Ich bin der Meinung: **Holtenau** ist kein Prestigeobjekt. Es geht um die Frage, ob eine **Landeshauptstadt** einen Flughafen braucht, ja oder nein.

(Vereinzelter Beifall bei der SPD)

Dieselbe Diskussion, die wir jetzt hier führen, hat man natürlich auch in NRW gehabt, hat man in Hannover gehabt, hat man in den neuen Ländern gehabt, hat man in Skandinavien gehabt.

Was man von einer solchen Investition erwarten muss, ist eine Antwort auf die Frage: Kann sich die Wirtschaft bei diesem Verkehrswegemix Wasser/Straße/Luft zu einer gesunden starken Exportwirtschaft entwickeln oder kann sie es nicht? Diese Frage werden wir Mitte Oktober beantworten und dann wird

eine Entscheidung getroffen. Sie wird nicht einfach sein.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich würde gern auch einmal etwas von der Oberbürgermeisterin der Landeshauptstadt Kiel hören.

(Beifall bei der SPD)

Ist sie dafür oder ist sie dagegen? Will sie den Weg, den wir vorgeschlagen haben, einer Neubewertung der vorliegenden Zahlen mit uns gehen, ja oder nein? Oder verklemmt sie sich hinter uns, bis wir das entschieden haben, um dann entweder mit uns zu schimpfen oder uns zu loben? Das können wir uns dann aussuchen.

Ich bin jedenfalls der Meinung, die beiden Städte **Lübeck** und **Kiel** brauchen eine gute Anbindung. Die Zeiten, in denen die schleswig-holsteinische Wirtschaft nicht exportorientiert war, ist vorbei. Wir brauchen einen vernünftigen **Verkehrsmix**. Ich wäre sehr dafür, dass wir das heute, anstatt es zu einem Schaukampf zu machen, noch einige Wochen beiseite legen, bis die endgültigen Zahlen vorliegen, damit wir eine Entscheidung auf einer gesicherten Basis treffen.

Ich bin fest davon überzeugt: Die Mehrheitsfraktionen werden bei vernünftigen Zahlen und vernünftigen Prognosen nicht Nein zu den Entscheidungen der Landesregierung sagen.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsident Thomas Stritzl:

Ich weise darauf hin, dass nach § 58 Abs. 1 der Geschäftsordnung den Fraktionen jetzt - sozusagen in einer neuen Runde - jeweils wieder die Hälfte der angemeldeten Redezeiten zur Verfügung steht. Zunächst rufe ich für die Fraktion der SPD Herrn Abgeordneten Wolfgang Baasch auf.

Wolfgang Baasch [SPD]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich will ein paar klarstellende Sätze zum Verkehrsflughafen Lübeck-Blankensee sagen.

(Zuruf: Und zu Groß Grönau!)

- Groß Grönau ist davon betroffen. Die Menschen in Groß Grönau sind unterschiedlich und haben dementsprechend auch unterschiedliche Sichtweise.

Entscheidend für den Flughafen ist nicht die unterschiedliche Sichtweise der betroffenen Anlieger, sondern die Frage: Was bedeutet ein Flughafen **Lübeck-Blankensee** für die Region und für den Wirtschafts-

(Wolfgang Baasch)

standort Lübeck? Das lässt sich gar nicht hoch genug einschätzen. Der **Wirtschaftsstandort** Lübeck braucht den Flughafen Lübeck-Blankensee, und zwar auch in einer zukunftsfähigen Form. Deswegen ist auch das **Planfeststellungsverfahren** mit dem Ausbau des Flughafens in Lübeck notwendig. Es muss zügig abgearbeitet werden.

(Beifall bei der SPD)

Dass das notwendig ist, machen die Zahlen deutlich. In der Diskussion vorhin wurde das ein bisschen so dargestellt, als gingen diese zurück. Nein, es boomt. Das ist von den **Passagierzahlen** her tatsächlich zu belegen.

Die **Fluglinienverbindungen** von Lübeck nach London, nach Mailand, nach Stockholm und nach Pisa haben im Jahr 2003 mit 500.000 Passagieren die Prognose von 360.000 Passagieren deutlich übertroffen. Das heißt, dort wird geflogen. Dieser Flughafen wird angenommen. Es ist ein Standort für eine attraktive Flugverbindung. Deswegen kommt jetzt noch eine Linienverbindung, die nach Glasgow, hinzu.

Ein zweiter Punkt, den man deutlich machen muss - der Kollege Müller hat es schon gesagt -: Dort gibt es nicht nur Flugzeuge. Nein, dort sind auch Menschen beschäftigt. Er ist mittlerweile ein großer und wichtiger **Arbeitgeber in der Region**. Dort sind Reisebüros angesiedelt, dort ist Sicherheitsgewerbe neu angesiedelt, dort sind flughafentechnische Betriebe angesiedelt, alles das, was in einer Region mit 15 % Arbeitslosigkeit ganz wichtig ist und gar nicht klein geredet werden kann!

Die Region ist für uns in Lübeck für die Zukunft wichtig. Nicht umsonst planen wir dort über den Regionalbeirat, auch mit Geldern aus dem Regionalprogramm unterstützt, einen **Airport-Businesspark**. Dort soll noch mehr Gewerbe hin. Auch das ist wichtig, wenn man sich die Arbeitslosenzahlen und den Wirtschaftsstandort anguckt. Also alles Punkte, die dafür sprechen.

Dann frage ich mich allen Ernstes: Warum machen wir bestimmte Verkehrsinfrastrukturmaßnahmen? Warum führen wir die A 20 am Flughafen Lübeck-Blankensee vorbei? Warum bauen wir die B 207 neu? Warum überlegen wir, dass die Bahnlinie dort einen Haltepunkt bekommt? Alles das sind doch Verkehrsinfrastrukturen, um deutlich zu machen, dass das nicht ein Flughafen auf der grünen Wiese ist, sondern ein Flughafen, der stadtrandnah ist, der eine Region anbindet und mit dem wir die **Verkehrsinfrastruktur** in dieser Region stärken wollen.

(Beifall bei der SPD)

Fazit: Nicht nur wir in Lübeck haben etwas von diesem Flughafen, sondern auch die vielen Menschen, die diesen Flughafen brauchen, weil sie dort Arbeit finden, weil sie von dort abfliegen wollen, ob nun zu geschäftlichen Zwecken oder zu touristischen Zwecken. Es ist übrigens völlig egal, wozu man ihn nutzt: Die Menschen wollen ihn nutzen. Wir brauchen den Flughafen. Wir brauchen die Unterstützung von allen.

(Beifall bei SPD und SSW)

Vizepräsident Thomas Stritzl:

Das Wort für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN erteile ich jetzt dem Fraktionsvorsitzenden, Herrn Abgeordneten Karl-Martin Hentschel.

Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Der Vorsitzende der CDU in Kiel und jetzt hier amtierende Präsident, Thomas Stritzl, hat um Klarstellung gebeten. Ich möchte diese Klarstellung gern geben. Ich kann mich voll dem anschließen, was die Ministerpräsidentin gesagt hat. Es ist eine Entscheidung für eine Zusage gefällt worden. Das Land ist bereit, den Ausbau des Flughafens Kiel mit 20 Millionen € zu unterstützen. Diese Entscheidung ist nach heftiger Auseinandersetzung in der Koalition gefällt worden. Ich war dagegen. Aber sie ist so gefällt worden. Wie das in Koalitionen so üblich ist - jedenfalls bei den Grünen: Pacta sunt servanda. Wir stehen dazu. - Erstens.

Zweitens. Wenn sich mit dem Gutachten herausstellt, dass sich die Zahlen ändern, sich die wirtschaftliche Lage ändert, muss auch die Möglichkeit bestehen, über solche Dinge nachzudenken. Der Finanzausschuss des Landtages in Schleswig-Holstein hat gemeinsam mit allen Fraktionen, übrigens auch den Schwarzen, einen gemeinsamen Beschluss gefasst. Dem haben alle Fraktionen zugestimmt. Ich lese das vor:

!Der Finanzausschuss nimmt zur Kenntnis, dass das Verkehrsministerium die vom Landesrechnungshof geäußerte Kritik aufgegriffen und den mit den ingenieurmäßigen Planungen und der Vorbereitung des Planfeststellungsverfahrens beauftragten Projektmanager veranlasst hat, die vom Landesrechnungshof im Einzelnen genannten offenen Punkte zu klären, insbesondere die bisherigen Bedarfsprognosen und Kostentwürfe zu aktualisieren. Er erwartet von der Landesregierung, dass sie die Wirtschaftlichkeitsbe-

(Karl-Martin Hentschel)

rechnungen mit dem Ziel überarbeitet, die finanziellen Risiken für den Gesellschafter der Kieler Flughafengesellschaft mbH transparent zu machen, und schließt sich der Forderung des Landrechnungshofs an, dass die Landesregierung ihre Bemühungen zur Aufgabe der Landesbeteiligung an dieser Gesellschaft intensiviert.

Der Finanzausschuss bittet, ihm über die erzielten Ergebnisse und die Planungsfortschritte rechtzeitig vor einer Entscheidung über den Flugplatzausbau zu berichten.“

Diese Entscheidung ist vom Finanzausschuss mit der Zustimmung aller Fraktionen gefällt worden. Das macht klar, dass alle Fraktionen dahinterstehen und dass das, was ich heute ausgeführt habe, der gemeinsame Wille des Landtages ist. Das freut mich.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsident Thomas Stritzl:

Das Wort für die Fraktion der FDP erteile ich jetzt ihrem Vorsitzenden, dem Herrn Abgeordneten Wolfgang Kubicki.

Wolfgang Kubicki [FDP]:

Sehr verehrter, lieber Herr Präsident!

(Zurufe: Oh, oh!)

Meine lieben Kolleginnen und Kollegen! Wenn man die Reden einiger Diskussionsteilnehmer hört, wobei ich verstehe, dass sie sich für ihre Stadt oder ihre Region mannhaft oder frauhaft in die Bresche schlagen, muss man denken, der Untergang des Abendlandes oder die gesamte Verschlechterung der wirtschaftlichen Lage in Schleswig-Holstein sei darauf zurückzuführen, dass unsere Flughäfen nicht ordentlich ausgebaut sind. Graf Kerssenbrock, mein Partner, sagt, die ganze Region werde irgendwie im Meer versinken. Kollege Baasch sagt, die Überlebensfähigkeit Lübecks hänge vom Lübecker Flughafen ab. Wir sollten das vielleicht ein bisschen relativieren und uns etwas vernünftiger über die Sache unterhalten.

Ich habe vor nicht ganz drei Jahren hier gestanden und habe erklärt, dass ich in meiner Fraktion eine schmachliche Abstimmungsniederlage erlitten habe, und zwar, weil ich mich auch öffentlich dafür eingesetzt habe, dass wir zur Frage des Flughafenausbaus Kiel-Holtenau ein Raumordnungsverfahren durchführen. Da haben mir Garg und andere gesagt, das sei eine Sauerei, das verzögere. Ich habe gesagt, irgendwie müssten wir gucken, wie sich das alles, was wir hier machen, in die Gesamtkonzeption des Landes

einbettet, in den Bedarf, in die wirtschaftliche Entwicklung, und zwar nachdem die Entscheidung gefallen war, Holtenau nicht auf 2.200 m auszubauen, was wirtschaftlich eigentlich vernünftig wäre, sondern eine kürzere Landebahn zu nehmen, damit Charterverkehr, der mit größeren Jets organisiert wird, auf keinen Fall stattfinden kann.

Wenn ich mir anhöre, wie die **Passagierzahlen** herauf- und heruntergerechnet werden, muss ich mich ernsthaft fragen - Gutachten hin oder her, blöd sind wir doch alle nicht -, wie Verkehrszahlen von 290.000 oder 300.000 ohne größere Fluggeräte, die auch Low-Cost-Carrier oder Charter-Carrier sind, erreicht werden sollen.

(Beifall bei der FDP)

Wenn ich mir diese Frage stelle, muss ich doch sagen: Das muss ich untersuchen, und zwar realistisch. Wenn ich die Entscheidung treffe, ich baue nur relativ kurz aus, kann ich Ihnen schon jetzt Folgendes sagen. Ich rede gelegentlich mit Leuten, die in Vorstandsetagen von Unternehmen sitzen. Die sagen, diese kleinen **Anbindungsverkehre** rechnen sich für uns nicht mehr. Die Lufthansa lagert alles aus, will das gar nicht mehr machen. Was wir auch für den Umschlag unserer Maschinen im **Linienverkehr** brauchen, ist eine andere Form, sind größere Einheiten, als wir gegenwärtig haben. Die Überlegung, lauter Avro oder sonstige kleine Maschinen fliegen dann als City-Verbindungen durch die Gegend, gehört dem letzten Jahrhundert an. Die gibt es nicht mehr.

Wenn wir einmal ehrlich sind, Frau Ministerpräsidentin: Cimber Air würde Frankfurt sofort einstellen, wenn sie jemanden finden würden, der ihnen das abnimmt, weil sie sagen, von ihrem Maschinenumschlag her rechnet sich das für sie eigentlich auch nicht mehr. Gucken Sie sich die Verbindung nach Köln/Bonn an. Wer nutzt die denn eigentlich? Wie lange wird der Carrier dies bei einer Auslastung, die bei unter 50 % liegt, aushalten? - Meine Frau ist heute Morgen damit geflogen und kommt morgen damit zurück. Sie freut sich darüber, dass sie - wir wohnen in Strande - relativ zeitnah zum Flughafen kommen kann. Aber sie sagt auch: Früher haben wir anderthalb Stunden nach Hamburg gebraucht. Jetzt sind es 55 Minuten.

Fragen Sie doch einmal die Geschäftsleute, die in Flintbek wohnen, wohin sie fahren. Sie fahren nicht nach Kiel-Holtenau, sondern nach Hamburg, weil sie dort eine ganz andere Auswahl und ein ganz anderes Timing haben, als sie es jemals in Kiel hätten. Also, wir müssen uns fragen: Passt das ins gesamte System?

(Wolfgang Kubicki)

Wenn wir 50 Millionen € in die Hand nehmen, muss die Frage gestattet sein: Wie viele Kapazitäten brauchen wir in einem Land mit 2,9 Millionen Menschen und einer Luftlinie von 80 km von Westen nach Osten und 100 km von Norden nach Süden? Wo setzen wir dieses Geld sinnvollerweise ein? - Dann sage ich: nicht dauerhaft in Betriebsverluste, sondern in eine **Infrastruktur**, die sich irgendwann selber tragen kann. Ich habe keine abschließende Antwort.

Meine Zweifel sind in den letzten zwei oder drei Jahren gewachsen und ich wäre dankbar, wenn der Wirtschaftsminister ein Wort dazu sagen würde

(Martin Kayenburg [CDU]: Der ist nicht hier!)

- dieser Wirtschaftsminister ist noch da, jedenfalls physisch ist er noch anwesend -, dass er den Flughafen Kiel-Holtenau nicht wirtschaftlich betreiben kann, wenn er keinen Low-Cost-Carrier und Charterverkehr generiert. Mit der Linienverbindung von Kiel aus in andere Städte hinein wird es nicht funktionieren. Bekennen Sie sich also entweder zu einem ordentlichen Ausbau oder versuchen Sie mit uns, die 50 Millionen €, die Sie in der Hand haben, anders auszugeben, als Sie es gegenwärtig planen.

(Beifall bei FDP und CDU)

Frau Ministerpräsidentin, zu München! Ich weiß nicht, wie viele von Ihnen schon einmal nach München geflogen sind. Vom Franz-Josef-Strauß-Flughafen in die Münchner Innenstadt braucht man 45 Minuten mit der Schnellbahn; mit der S-Bahn braucht man über eine Stunde. Kilometermäßig liegt der Flughafen nicht weiter weg als Jagel. Das Gleiche gilt übrigens auch für Wiesbaden und Frankfurt. Auch von dort aus beträgt die Schnellbahnverbindung 45 Minuten vom Flughafen zur Landeshauptstadt Wiesbaden. Kilometermäßig ist er nicht ganz so weit entfernt wie Jagel, aber auch von dort aus müssen Sie wie von Kiel aus 35 Minuten mit dem Fahrzeug fahren.

Lassen Sie uns vernünftigerweise prüfen, was wir überhaupt brauchen. Dann lassen Sie uns das umsetzen, statt hier Scheingefechte zwecks Gesichtswahrung zu führen.

(Beifall bei der FDP)

Vizepräsident Thomas Stritzl:

Jetzt erteile ich der Frau Abgeordneten Eisenberg das Wort.

Sylvia Eisenberg [CDU]:

Herr Präsident! Herr Kubicki, von Ihnen würde ich gern wissen, was Sie für den Flughafen Holtenau wollen. Wollen Sie Charter in Holtenau? - Dann müssten Sie es aber sagen. Das hörte sich eben ein bisschen merkwürdig an.

Frau Simonis, hinsichtlich dessen, was sie eben bezogen auf die Oberbürgermeisterin der Stadt Kiel klargemacht haben, darf ich Sie daran erinnern, dass die Oberbürgermeisterin der Stadt Kiel genau die gleichen Schwierigkeiten hat wie Sie mit den Grünen. Die gegenseitige Schuldzuweisung ist absolut unnötig und ich darf daran erinnern, dass die **KFG** fast zur Hälfte sowohl dem Land als auch der Stadt Kiel gehört. Sie sind also beide dafür verantwortlich und darauf möchte ich Sie gern hinweisen.

Die Diskussion hier entzündet sich im Grunde am Gutachten, das irgendwo noch ansteht. Ich darf ein bisschen auf die Historie verweisen, obwohl mir das bald auf den Wecker geht. Seit 1999 sitzen wir in der Öffentlichkeit und seit 2000 hier im Landtag und diskutieren - das haben wir bereits fünf, sechs oder sieben Mal gemacht - über die Frage Flughafen. Seit 2000 hat es eine Potenzialanalyse, eine zweite Potenzialanalyse, das Gutachten des Landesrechnungshofes, zwei weitere Rechtsgutachten, eine weitere Bedarfsanalyse, die gerade fertig ist, und jetzt noch zusätzlich ein Finanzierungsgutachten, das möglicherweise Mitte Oktober fertig gestellt ist, gegeben.

Also, die Gutachteritis ist ganz schön. Aber wenn man sich - das sage ich jetzt ehrlich - die ersten zwei **Potenzialanalysen**, Herr Minister Rohwer, genau angesehen und durchgerechnet hätte, dann wäre man relativ schnell darauf gekommen, dass dieser Flugplatz nur mit **Charter** zu betreiben ist.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Das habe ich doch gesagt!)

Wir haben hier eindeutig gesagt und dem Wirtschaftsministerium zugestimmt, dass Charter für Kiel-Holtenau nicht angemessen ist. Wenn man von dieser Sachlage ausgeht, muss man sich von diesem Flughafen verabschieden. Das ist der Punkt.

(Beifall bei der CDU)

Ich bin aus dem Altenholzer Umland und im Sinne seiner Bürger sehr froh darüber, dass sich dieser Flughafen Kiel-Holtenau nicht für Charterflüge eignet. Er eignet sich nicht dafür und er eignet sich für alles andere, was Sie, Herr Astrup, jetzt womöglich vorschlagen, auch nicht. Mir wäre es ganz lieb, wenn wir diese Diskussion nun endlich in kürzester Zeit

(Sylvia Eisenberg)

beenden könnten. Denn es ist besser, ein Ende mit Schrecken als ein Schrecken ohne Ende zu haben.

Vizepräsident Thomas Stritzl:

Herr Abgeordneter Harms bitte.

Lars Harms [SSW]:

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir haben gehört, dass über dieses Ende mit Schrecken oder Schrecken ohne Ende Mitte Oktober entschieden wird. Insofern werden wir hören, was dabei herauskommt.

Ich bin froh, dass Herr Kubicki ans Rednerpult gegangen ist und noch einmal die wichtigen Dinge, die eigentlich eine Rolle spielen, herausgearbeitet hat. Wir beide waren uns diesbezüglich schon immer einig und von daher nah beieinander.

(Jürgen Weber [SPD]: Das gibt zu denken!)

- Mir nicht. Er hat gerade eben noch einmal gesagt: Die Grundfrage, die sich stellt, ist: Was brauchen wir? - Das ist nie untersucht worden, es ist nie richtig untersucht worden.

Wir haben als SSW damals einen Antrag gestellt, mit dem wir ein Planfeststellungsverfahren gefordert haben. Dafür wurden wir verteufelt und verdammt. Uns wurde vorgeworfen, wir hätten alles blockieren wollen und wir hätten das nur aus populistischen Erwägungen heraus getan. Hätten wir dieses Verfahren durchgeführt, das dann von vornherein festgestellt hätte, dass wir keinen Charterverkehr wollen, dann würden wir diese Diskussion heute nicht mehr führen, weil wir wüssten, dass wir diesen Flughafen so nicht betreiben können. Dann wären wir mit dem Thema durch. Jetzt sind wir mit dem Thema nicht durch.

Der Wirtschaftsminister möge mich korrigieren, aber ich habe vorhin bei ihm Folgendes herausgehört: Jetzt überlegen wir, ob wir nicht doch ein bisschen Charterverkehr machen können. - Dann hätte ich damit zwei Probleme.

Erstens. Bisher haben wir gesagt, wir wollen keinen **Charterverkehr** und wir haben gute Gründe dagegen. Zweitens haben wir einen anderen Flughafen in Schleswig-Holstein, der sich auf Charterverkehr spezialisiert hat. Auch dessen Interessen haben wir zu berücksichtigen. Das ist **Lübeck-Blankensee**. Insofern muss man genau aufpassen.

Was wir jetzt wissen, ist: Die **Fluggastzahlen** sind rückläufig; das muss man auch einmal sagen. Es werden Linien aus Kiel abgezogen; das spricht nicht gerade für Kiel. Also auch die Fakten sprechen nicht für

Kiel, sondern eher für eine Stärkung von **Lübeck-Blankensee** und eine Stärkung von **Fuhlsbüttel** und das hat dann etwas mit **Verkehrsverbindungen** zu tun, wie ich es eben dargestellt habe.

Noch ein zweiter Punkt ist in dem, was wir als Land Schleswig-Holstein zu bedenken haben, wichtig, wenn es um unser Geld geht. Es geht um die **Betriebsverluste** der **KFG**. Wir fahren jedes Jahr Betriebsverluste ein und die Gutachten und Prognosen, die wir bekommen haben, sagten aus, wir müssten mit mehr Minus rechnen. Andere haben gesagt: Das ist es uns wert. - Die Ministerpräsidentin hat gesagt: Straßen kosten Geld und Flughäfen kosten auch Geld.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Dann brauchen wir kein Gutachten mehr!)

Das mag okay sein, aber diese Minuszahlen, die höher als die jetzigen sind, stimmen jetzt auch schon nicht mehr. Das Minus wird größer und wir haben uns als **Land Schleswig-Holstein** - da wir die Hälfte der Anteile haben - an den Kosten zu beteiligen und hier geht es um Millionen. Auch das möge man in einer solchen Entscheidung bedenken.

Der dritte Punkt ist mir auch wichtig. Insofern verstehe ich nicht, warum sich die Landesregierung und die Stadt Kiel die Verantwortung immer gegenseitig zuschieben. Es ist für mich wichtig, dass wir unsere **Fördermittel** sichern. Wir haben Fördermittelzusagen. Wenn wir diesen Flughafen nicht ausbauen, bekommen wir diese Fördermittel nicht. Mein Interesse als Schleswig-Holsteiner liegt aber darin, diese Fördermittel zu sichern. Deswegen ist es wichtig, dass wir schnell entscheiden, damit wir diese Fördermittel anderweitig sichern können, wenn wir diesen Flughafen nicht ausbauen. Das ist das ureigenste Interesse unseres Landes und dem haben wir nachzukommen.

Deswegen sage ich: Schnell entscheiden und meiner Meinung nach gegen einen Ausbau entscheiden, um dann diese Fördermittel so schnell wie möglich in andere Verkehrsprojekte umzulenken! Wir haben heute Morgen schon einmal über die Maut geredet und festgestellt, wie viele Verkehrsprojekte wir nicht umsetzen können. Da gibt es vielleicht ein bisschen Spielraum, ein paar gute Dinge zu tun. Diese sollten wir durchziehen.

(Beifall beim SSW)

Vizepräsident Thomas Stritzl:

Das Wort zu einem Dreiminutenbeitrag gebe ich Herrn Abgeordneten Werner Kalinka.

Werner Kalinka [CDU]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! **Kiel-Holtenau** ist nur mit **Charter** rentierlich zu betreiben. Über diese Konsequenz muss man sich im Klaren sein. Deswegen hat Kollege Kubicki mit seiner Darlegung zu der Frage völlig Recht, was ein wirklicher Bedarf ist, was rentierlich zu machen ist und welche Zuschüsse dafür zu verantworten sind.

Bevor wir über alle möglichen Abwägungen sprechen, möchte ich Ihnen einiges sagen. Für die Region, aus der ich komme, ist der Tourismus von allergrößter Wichtigkeit. Ein Charterverkehr über unserer Region ist dem Tourismus nicht zuträglich. Sie mögen zu anderen Ergebnissen kommen, aber ich trage Ihnen das hier vor. Charterverkehr wäre für den Tourismus bei uns das Ende.

Zweitens. Was die Menschen betrifft, muss ich sagen: Frau Ministerpräsidentin, die bei uns wohnenden Menschen sind nicht davon ausgegangen, dass sie mit viel Flugverkehr in Gestalt von Charterverkehr rechnen müssten. Ich finde, man muss die Sorgen dieser Menschen zumindest mit in Betracht ziehen, auch wenn man den Sorgen nicht in allen Punkten folgt. Jedenfalls muss man die Sorgen der Menschen, die sich um den **Fluglärm** Gedanken machen, ernst nehmen. Daher plädiere ich dafür, dies mit aufzunehmen. Wenn Sie wüssten, welche Neubaugebiete wir bei uns haben, dann würden Sie nachvollziehen können, welche Sorgen die jungen Familien haben, die sich für ihr Haus verschuldet haben und die sich fragen: Was ist mein Haus noch wert, wenn Charterverkehr kommt?

Drittens ist an das Interesse der **Unternehmen** zu denken.

(Zurufe von der SPD)

- Nehmen Sie das doch einmal auf, auch wenn Sie zu anderen Ergebnissen kommen!

Bei uns gibt es Unternehmen, die sagen: Für unsere Mitarbeiter ist es sehr wichtig, welche Schulen es gibt, was für Kindergärten es gibt, wie der Freizeitwert ist, was für die Kultur getan wird. Glauben Sie denn im Ernst, wir sprächen nicht mit unseren Unternehmen? Da geht es nicht allein um die Frage, ob Manager fliegen können. Da gibt es ganz andere Fragen. Wir müssen in unserem Kreis ordentliche Schulen haben, und dass wir gute Schulen haben, davon haben Sie, Frau Ministerpräsidentin, sich ja selbst überzeugen können. Auch wenn Sie zu anderen Ergebnissen kommen, trage ich unsere Argumente vor. Denn ich bin Vertreter dieser Region. Ich trage die Argumente ganz ruhig und sachlich vor.

Ich frage mich, warum 45 Minuten nach **Hamburg** in einem breit angelegten Flugverkehr zu lang sein sollen. Darauf konnte mir bisher niemand eine Antwort geben. Jene, die aus ihrer Sicht mit guten Argumenten für eine bestimmte Richtung in Holtenau kämpfen, was ich auch respektiere, sollten auf der anderen Seite genauso respektieren, dass es Menschen gibt, die sagen: Es gibt auch andere Abwägungen. Dass eine FDP in Schleswig-Holstein, die unverdächtig ist, wirtschaftsunfreundlich zu sein, sich so positioniert und sich zum Teil sogar korrigiert, das nötigt es mir auf, dazu etwas zu sagen.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Thomas Stritzl:

Für die Landesregierung erteile ich jetzt Herrn Wirtschaftsminister Professor Dr. Rohwer das Wort.

Dr. Bernd Rohwer, Minister für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich dachte, dass die Dinge nach dem Beitrag der Ministerpräsidentin klar seien. Aber es sind wohl einige Missverständnisse aufgetaucht, die unbedingt aufgeklärt werden müssen.

Erstens. Selbstverständlich ist der **Flughafen Hohn** zivil mit nutzbar. Diese Aussage haben wir. Daher ist es falsch zu behaupten, wir könnten nur Jagel nutzen. Wenn Sie mit bestimmten Leuten sprechen, bitte ich Sie, auch andere Stimmen dazu zu hören.

Zweitens. Hier geht sehr viel durcheinander. Wir reden nicht über **Charter** für Holtenau. Das haben wir hier oft genug diskutiert. Wir haben gesagt: Dafür gibt es bestimmte Gründe. Man mag das beklagen oder nicht: Der typische touristische Pauschalflugreiseverkehr per Charter ist hier in **Holtenau** nicht machbar.

Wir reden aber über etwas anderes und das wird völlig durcheinander gebracht. Wir reden über Low-cost- oder Mid-cost-Angebote à la Lübeck. In **Lübeck** findet überhaupt kein Charterflugverkehr statt. Dort finden **günstige Linienflugverkehre** statt. Das sind keine Charterflugverkehre, sondern Linienflugverkehre. Was in Lübeck stattfinden kann, kann im Prinzip auch in Kiel stattfinden, wenn es sich an die 1.800-m-Grenze hält. Das ist die entscheidende Frage, die wir in dem Gutachten geprüft haben. Mit welchen Maschinen kann man Verkehre unterhalb von 1.800 m machen? Der Gutachter kommt zu dem Ergebnis, dass man das mit 90 oder 100 Sitzen von Kiel aus machen kann. Es gibt allerdings die Nachfrage, ob diese Maschinen von den Low-cost-Ländern auch

(Minister Dr. Bernd Rohwer)

wirklich eingesetzt werden. Es muss erlaubt sein, das einmal zu prüfen.

Es ist gesagt worden, wir prüften und prüften. Meine Damen und Herren, es geht um eine Entscheidung für zehn oder 20 Jahre. Da kann man sich ruhig einmal vier, sechs oder acht Wochen mehr Zeit nehmen und auch die eine oder andere Nachfrage stellen. Das muss man sogar tun. Man kann nicht einfach sagen: Jetzt muss nur noch entschieden werden. Das fände ich etwas billig.

Dann ist von den Kosten der **Schienenanbindung** gesprochen worden. Wir sind uns doch alle einig: Natürlich wäre die Schienenanbindung wünschenswert. Die 45 Minuten können Sie vergessen. Die Gutachten liegen vor. Was wir, wenn wir Geld in die Hand nähmen, wirklich erreichen könnten, ist die Zeit von 65 bis 70 Minuten vom Einstieg bis zum Ausstieg. Es hängt von der Geschwindigkeit ab. Die Ministerpräsidentin hat die **Kosten** genannt: Es sind etwa 65 Millionen bis 70 Millionen €. Allein die Infrastruktur kostet 60 bis 100 Millionen €. Die Verkehre, die wir bezahlen müssen, bezahlt kein anderer, weil sie defizitär sind; denn damit fahren die Leute nicht massenhaft. Wir zahlen über zehn Jahre 100 Millionen bis 150 Millionen €. Herr Kubicki, da können Sie sagen 20 Millionen € pro Jahr seien nicht viel. Jedenfalls ist es wesentlich mehr, als wir für Holtenau zahlen müssten. Das muss man einmal zur Kenntnis nehmen. Man darf nicht einfach über die Zahlen hinweggehen.

Dann ist gesagt worden, die Zahlen in Kiel seien rückläufig. Sie sind tatsächlich rückläufig. Aber warum? Doch nicht weil wir den Flughafen ausbauen wollen, sondern weil er nicht ausgebaut ist.

Herr Harms, ich verstehe, dass Sie sich für Ihre Klientel einsetzen müssen. Aber - mit allem Respekt - man darf nicht nur die SSW-Region im Blick haben. Flensburg-Jagel ist sicherlich wichtig, aber es gibt auch noch etwas anderes. Wir müssen an ganz Schleswig-Holstein denken. Das ist mir wichtig.

Sie haben gesagt, es sei nie untersucht worden, was wir wirklich brauchten. Ein größerer Quatsch kann hier gar nicht erzählt werden. Entschuldigung! Das ist doch Blödsinn. Wir haben doch die Gutachten. Darin steht es. Wir haben alles vorgelegt und genau gesagt, was wir brauchen. Wir brauchen nämlich für **Kiel** keinen Charterverkehr, sondern vernünftige **Linienverkehre**. Die sind definiert worden. Sie werden sich erinnern; denn wir haben darüber hier diskutiert. Wir haben sogar die Ziele benannt und gesagt: Es geht um wichtige Handels- und Wirtschaftszentren in Deutschland sowie um Ostseeverkehre.

Wir haben uns gefragt, welche Flugzeuge und welche Startbahnen wir dazu brauchen. Es geht um 1.800 Meter. Alles das ist hier hin und her diskutiert worden. Und jetzt fängt es wieder von vorn an. Wir diskutieren hier heute, was wir vor drei Jahren diskutiert haben. So kommen wir nicht weiter. Ich plädiere dafür, die Linie zu halten und auch das Wasser noch vier Wochen zu halten. Wir haben zwei klare Bedingungen gestellt. Ich finde, dabei sollten wir bleiben - es spricht alles dafür - und dann eine vernünftige Entscheidung treffen.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Thomas Stritzl:

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich schließe die Beratung.

Wie soll verfahren werden? - Der Bericht hat durch die Debatte darüber seine Erledigung gefunden. - Damit sind Sie einverstanden. Der Tagesordnungspunkt ist somit erledigt.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 8 auf:

Erste Lesung des Entwurfs eines Gesetzes zur Ausführung des Zweiten Buches Sozialgesetzbuch für das Land Schleswig-Holstein sowie zur Änderung und Aufhebung anderer Rechtsvorschriften

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 15/3649

Wird das Wort zur Begründung gewünscht? - Das ist nicht der Fall.

Dann eröffne ich die Grundsatzberatung. Zunächst darf ich das Wort Herrn Minister Professor Dr. Rohwer erteilen.

Dr. Bernd Rohwer, Minister für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Erlauben Sie mir eine Vorbemerkung. Die Arbeitsmarktrefor-men, die unter dem Begriff Hartz IV zusammengefasst werden, haben am letzten Wochenende in Sachsen und Brandenburg zu einem politischen Erdbeben geführt. Ich meine, das sollte uns auch in diesem hohen Haus dazu anhalten, mit diesem Thema verantwortungsvoll und sachlich umzugehen. Mit Panikmache lösen wir die Probleme nicht, sondern spielen denen in die Hände, die keine Reform, sondern im Grunde eine andere Republik wollen.

(Beifall bei der SPD)

Mit dem Ihnen vorliegenden Gesetzentwurf zur Ausführung des SGB II, zur Grundsicherung für Arbeit-suchende sowie zur Änderung und Aufhebung ande-

(Minister Dr. Bernd Rohwer)

rer Rechtsvorschriften soll die Voraussetzung für eine termingerechte **Umsetzung der Hartz-IV-Reform** im Lande geschaffen werden. Der Entwurf beinhaltet unverzichtbare Regelungen für die Umsetzung von Hartz IV. Im SGB II geht es um Leistungen wie Unterkunft- und Heizkosten sowie um soziale Begleitmaßnahmen. Diese werden danach als pflichtige kommunale Selbstverwaltungsangelegenheiten definiert.

Das **Land** bekommt die Aufsicht über die **SGB-II-Umsetzung**. Amtsfreie Gemeinden und Ämter werden durch die Kreise zur **Durchführung** der kommunalen SGB-II-Aufgaben herangezogen. Der **Bundesanteil** an den Unterkunftskosten wird an die kommunalen Träger weitergeleitet. Daneben beinhaltet der Gesetzentwurf Hartz-IV-bedingte Änderungen in verschiedenen Gesetzen: Wohngeldgesetz, Finanzausgleichsgesetz bis hin zum Landespflegegesetz.

Die Landesregierung hat sich auch intensiv mit der Frage der Bedarfsgrenzen bei den Kita-Gebühren befasst. Hierzu können unterschiedliche Auffassungen vertreten werden. Ich schlage vor, dass diese Frage in den weiteren parlamentarischen Beratungen entschieden wird.

Über diese einzelgesetzlichen Änderungen wird im Verlaufe des parlamentarischen Verfahrens zu reden sein. Das Wichtigste ist, dass dieses unter hohem Zeitdruck erarbeitete Gesetzeswerk termingerecht zum 1. Januar 2005 in Kraft treten kann. Der **Bund** trägt die Verantwortung für den technisch problemlosen Übergang in die neue Grundsicherung für Arbeitssuchende. Die immer noch ungelösten EDV-Probleme müssen dringend gelöst werden. Außerdem sollten Kommunen und Agenturen für Arbeit nicht durch immer neue Vorschriften und Leitfäden in ihrer Arbeit behindert werden. Das ist wichtig. Wir haben eine Initiative gegenüber der Bundesregierung gestartet, dass uns so wenig wie möglich bürokratische Reglementierungen gegeben werden

(Vereinzelter Beifall bei der CDU)

und dass wir so weit wie möglich im Lande entscheiden können auf kurzen Wegen zwischen Arbeitsagenturen, den Kommunen und dem Land. Ich hoffe, dass wir die Leine noch etwas länger bekommen. Wir arbeiten daran mit der Bundesregierung.

Diese Landesregierung tut alles, damit Hartz IV erfolgreich in Schleswig-Holstein umgesetzt wird. Dieses beinhaltet weiterhin natürlich eine enge **Kooperation** mit dem Bund, mit der Bundesagentur und den Kommunen. Dies beinhaltet natürlich auch die Sicherung der **gesetzlichen Grundlagen**. Vor allem aber muss es darum gehen, den Betroffenen ab Januar

zuverlässig die ihnen zustehenden Leistungen zu gewähren.

(Vereinzelter Beifall bei der SPD)

Ich füge hinzu: Genauso wichtig ist es, ihnen so viele Beschäftigungs- und Qualifizierungsmöglichkeiten wie irgend möglich anzubieten. Das ist das Wichtigste.

(Vereinzelter Beifall bei der SPD)

Deswegen hat die Landesregierung - Sie wissen das - im Rahmen von **ASH 2000** 25 Millionen € reserviert. Ich kann von mir aus gern noch einmal erklären, wie das gelaufen ist. Das wissen Sie auch alles. Wir haben das damals angekündigt. 25 Millionen € für die Jahre 2005 und 2006 sind reserviert dafür, Hartz-IV-bezogene **Beschäftigungsmaßnahmen** durchzuführen. Das ist damals auch bekannt gegeben worden. Das setzen wir jetzt um und ich meine, wir setzen es gut um mit zwei Instrumenten, einem Kombilohn-Modell, das sich anderswo schon bewährt hat - wir reden im nächsten oder übernächsten Antrag noch einmal darüber -, und einer Aufwertung gemeinnütziger Arbeitsgelegenheiten.

(Vereinzelter Beifall bei der SPD)

Wir setzen uns ansonsten bei der Bundesregierung dafür ein, dass wir in Sachen Personalbestückung, Übergangskosten - also Anschubfinanzierung - und Ausschreibungen zu schnelleren Lösungen kommen.

Zurzeit wird quer durch Schleswig-Holstein - ich kann das wirklich aus eigener Erfahrung aus vielen Besuchen nachvollziehen - überall mit Hochdruck daran gearbeitet, Hartz IV zum Januar 2005 umzusetzen - in den Kommunen, in den Arbeitsagenturen, in vielen anderen Bereichen, auch bei uns in der Landesverwaltung. Ich finde, an dieser Stelle kann man sich auch einmal für diese Arbeit bedanken, die rund um die Uhr, teilweise auch an Wochenenden, geleistet wird. Ich glaube, das steht uns allen gut an, uns dafür zu bedanken.

(Beifall bei der SPD)

Ich habe mit Interesse die Presseerklärung der Kommunalpolitischen Vereinigung der CDU gelesen, in der es darum geht, dass das Wirtschaftsministerium nicht vertreten sei. Ich bitte einfach bei solchen Einladungen auch mich, das Ministerbüro, anzusprechen. Dann kann man so etwas besprechen. Meine Leute sind ununterbrochen unterwegs. Es kann nicht sein, dass man kurzfristig Leute zu einem Termin schicken kann. Wenn es da ein Problem gibt, sprechen Sie also mich an, sprechen Sie unsere politische Leitung an. Es ist nicht möglich, alles zur gleichen Zeit zu ma-

(Minister Dr. Bernd Rohwer)

chen. Sie müssen sich da bitte auch ein bisschen vorstellen, dass es hier und da Zeitprobleme gibt. Nochmals: Ich bitte Sie alle, diese Bemühungen zu unterstützen.

Einen letzten Appell möchte ich an dieser Stelle loswerden, der mit unserem Gesetz unmittelbar nichts zu tun hat. Ich bitte alle **Arbeitslosen und Sozialhilfeempfänger**, die betroffen sind, ihre **Anträge** jetzt auszufüllen. Es wäre wirklich grob fahrlässig, wenn wir denen jetzt sagen wollten, wartet noch ein paar Wochen, ob vielleicht etwas anderes kommt. Nein, die Reform kommt! Schieben Sie das nicht länger hinaus. Wo Sie Probleme mit den Anträgen haben, wenden Sie sich an uns, an die Arbeitsagenturen, an die Kommunen. Sie bekommen vernünftige Hilfe. Wir haben Stellen eingestellt. Ich glaube, das sollten wir überall auch vor Ort noch einmal sagen, damit jedenfalls an dieser Stelle nichts passiert. Ich bitte Sie also um Unterstützung unseres Gesetzentwurfs.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsident Thomas Stritzl:

Ich eröffne die Aussprache. Das Wort für die Fraktion der CDU erteile ich Herrn Abgeordneten Peter Lehnert.

Peter Lehnert [CDU]:

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Deutschland ist in den letzten Jahren im internationalen Vergleich immer weiter zurückgefallen. Die Politik der rot-grünen Bundesregierung hat bisher dazu geführt, dass in Deutschland ständig Arbeitsplätze verloren gegangen sind und wir auch in anderen wichtigen finanz- und wirtschaftspolitischen Daten in Europa zum Schlusslicht geworden sind. Um diese für unser Land so gefährliche Entwicklung zu stoppen, wurde eine Kommission unter der Leitung des VW-Managers Peter Hartz eingesetzt. Die von dieser Kommission vorgeschlagenen umfangreichen Reformen bilden die Grundlage unserer heutigen Diskussion.

Unter dem Aspekt der Schaffung **zukunftsfähiger sozialer Sicherungssysteme** sowie einer Steigerung des Anreizes zur Aufnahme einer Arbeit ist der Grundgedanke, der den so genannten Hartz-Gesetzen zugrunde liegt, richtig. Da es sich dabei um gravierende Eingriffe in die persönlichen Lebensverhältnisse vieler Menschen in unserem Lande handelt, ist es allerdings besonders wichtig, beide Seiten der Medaille, also „Fördern und Fordern“, gleichrangig zu betrachten. Dabei hat es die Bundesregierung leider

wieder einmal versäumt, den Menschen die Notwendigkeit dieser Politik zu erklären.

Ohne eine klare Formulierung von Zielen und Perspektiven wird es uns gemeinsam nicht gelingen, die notwendige Akzeptanz für diese Maßnahmen zu erreichen und die Menschen auf diesem Wege mitzunehmen. Die bisherige Informationspolitik der Bundesregierung kann in dieser Hinsicht leider nur als ungenügend bezeichnet werden. Durch viel zu spät einsetzende Informationen wurden und werden viele Menschen in unverantwortlicher Weise verunsichert. Wer verunsichert ist, entwickelt Ängste, welche wiederum den Nährboden für radikale Gruppierungen am rechten und linken politischen Rand bilden. Der Minister hat eben sehr deutlich gemacht, mit welchen Problemen wir bei den letzten Landtagswahlen zu kämpfen hatten.

Mit ständigen handwerklichen Fehlern im Gesetzgebungsverfahren und politischen Alleingängen werden die Menschen noch weiter verunsichert und der Erfolg der so wichtigen **Arbeitsmarktreformen** gefährdet. Bei der konkreten Umsetzung von Hartz IV geht es zuerst um die betroffenen Menschen. Es liegt in unserer Verantwortung, sie nicht nur umfassend zu informieren, sondern ihnen auch persönliche Perspektiven aufzuzeigen. Dabei muss es vor allem darum gehen, wie mehr Arbeit in Deutschland geschaffen werden kann. Ansonsten wird das Ziel dieser Reformen, Menschen wieder in Arbeit zu bringen, nicht erreicht. Um Arbeitsplätze zu schaffen, muss der Arbeitsmarkt von Behinderungen befreit, müssen rechtliche und bürokratische Belastungen für die Unternehmen abgebaut werden.

(Vereinzelter Beifall bei der CDU)

Selbst der Namensgeber der Arbeitsmarktreform, Peter Hartz, kritisiert, dass bei den Gesetzen der Regierung wesentliche Teile des Konzeptes fehlen und so jedenfalls nicht die vorgesehenen neuen Arbeitsplätze geschaffen werden können.

Die beunruhigenden Nachrichten über massive **technische Probleme** bei der Einführung der notwendigen Software bei den zuständigen **Bundesagenturen** für Arbeit, der mangelhafte Rücklauf der viel zu umfangreichen und komplizierten Antragsformulare sowie die ungeklärten Fragen der Mittelbereitstellung für die kommunale Ebene erfordern schnelles und entschlossenes Handeln.

(Beifall bei der CDU)

Deshalb muss die Landesregierung ihre Aktivitäten erhöhen, um für eine fristgerechte und erfolgreiche **Umsetzung** zu sorgen. Der Versuch, die aufgezeigten

(Peter Lehnert)

Umsetzungsprobleme auf die kommunale Ebene abzuwälzen, ist für die CDU-Landtagsfraktion dabei nicht akzeptabel. Die **Kommunen** in Schleswig-Holstein haben sich sehr frühzeitig und intensiv auf die anstehenden Aufgaben vorbereitet. Sie haben sich mit großer Sachkenntnis und konstruktiven Vorschlägen aktiv in die Diskussion eingebracht. Im Gegensatz zur Landesregierung, die sich erst relativ spät mit den anstehenden Problemen auseinander gesetzt hat, und der Bundesagentur für Arbeit, die trotz positiver regionaler Kooperation immer wieder durch das Bundeswirtschaftsministerium vor dem Abschluss von konstruktiven Vereinbarungen zurückgepiffen wurde, stehen die Kommunen in Schleswig-Holstein für eine erfolgreiche Vorbereitung der anstehenden Arbeitsmarktreformen. Jetzt ist die Landesregierung aufgefordert, den vorgelegten Gesetzentwurf nachzubessern und dabei die **finanziellen Rahmenbedingungen** für die Umsetzung von Hartz IV wie versprochen für die Kommunen auskömmlich zu gestalten.

Der Innenminister hat in diesem Zusammenhang auf Initiative der CDU-Landtagsfraktion in der 114. Sitzung des Innen- und Rechtsausschusses darauf hingewiesen, dass sich unsere **Kommunen** zurzeit in der schwersten Finanzkrise der letzten Jahrzehnte befinden. Wie unter diesen finanziellen Rahmenbedingungen auch noch der dringend erforderliche Ausbau der **Kinderbetreuung** für die unter Dreijährigen finanziert werden soll, muss noch im Verfahren geklärt werden. Wer die Vereinbarkeit von Familie und Beruf nachhaltig verbessern will, muss hierfür auch die entsprechenden Finanzmittel zur Verfügung stellen.

In der dringend erforderlichen Anhörung zum Gesetzentwurf der Landesregierung müssen noch eine ganze Reihe von Punkten intensiv diskutiert werden. Dabei haben wir insbesondere über die Zukunft des **quotalen Systems** zu reden. Außerdem müssen wir über die Frage der zukünftigen **Finanzierung des Asylbewerberleistungsgesetzes** sprechen.

Der dabei von der Landesregierung vorgeschlagene Weg, die kreisangehörigen Städte und Gemeinden ausschließlich über eine Erhöhung der **Kreisumlage** zur Mitfinanzierung heranzuziehen, wird von der CDU-Landtagsfraktion abgelehnt. Das Land sollte sich lieber auf die Bereitstellung ausreichender Finanzmittel konzentrieren. Alle erforderlichen Entscheidungen sollten besser vor Ort in eigener Verantwortung getroffen werden können. Im Rahmen der Anhörung könnten wir dann auch die Frage klären, wieso die prognostizierte Entlastung der Kreise und kreisfreien Städte in Schleswig-Holstein um fast 27 Millionen € verringert wurde.

(Dr. Heiner Garg [FDP]: Das wissen wir doch!)

Die Landesregierung ist daher dringend aufgefordert, endlich konkrete Zahlen vorzulegen, um den Kommunen eine solide Planungsgrundlage zu geben.

(Glocke des Präsidenten)

- Herr Präsident, ich komme zum Schluss.

Nur wenn die Landesregierung endlich bereit ist, konkrete Verantwortung für die erforderliche Umsetzung der anstehenden Reformen zu übernehmen, kann es gelingen, Erfolge für die Menschen in unserem Land zu erreichen. Die CDU-Landtagsfraktion wird dabei sehr genau darauf achten, dass das Ziel der Sicherung und vor allen Dingen der Schaffung neuer Arbeitsplätze nicht aus den Augen verloren wird. Nur wenn uns dies gelingt, werden wir die Menschen auf diesem schwierigen Weg mitnehmen.

(Beifall bei CDU und FDP)

Vizepräsident Thomas Stritzl:

Für die Fraktion der SPD erteile ich dem Herrn Abgeordneten Wolfgang Baasch das Wort.

Wolfgang Baasch [SPD]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Hartz IV beziehungsweise das **SGB II** wird konkret, der Systemwechsel kommt. Die einschneidendste Sozialreform der Nachkriegsgeschichte wird umgesetzt. Dies bedeutet, dass in der Folge auch viele Gesetze und Rechtsvorschriften verändert werden müssen.

Die Gesetze für moderne **Dienstleistungen am Arbeitsmarkt** haben unter anderem zum Ziel, eine möglichst optimale Betreuung von Arbeitssuchenden, aber auch von Arbeitgebern, die neue Arbeitsplätze schaffen wollen, zu gewährleisten. Hierfür müssen auch auf **Landesebene** die gesetzlichen Voraussetzungen geschaffen werden. Dass dies alles ein hohes Engagement von allen Beteiligten erfordert und auch große Herausforderungen für diejenigen darstellt, die die Voraussetzungen schaffen müssen, dass mit Jahresbeginn ein flächendeckendes leistungsfähiges neues System installiert ist und funktioniert, ist uns allen bewusst. Daher ein herzlicher Dank an alle, die dies leisten und dies mit viel Einsatz und Engagement auf den Weg bringen.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die Landesregierung, aber auch die SPD-Landtagsfraktion haben bis jetzt immer erklärt, dass sich

(Wolfgang Baasch)

das Land Schleswig-Holstein bei der Umsetzung von Hartz IV nicht bereichern wird. Alle Bundeszuschüsse und Einsparungen sollen weitergegeben werden. Für die **Kommunen** entstehen **Mehrkosten** im Bereich der Unterkunft aller SGB-II-Bezieherinnen und -beziehr. Es entstehen Mehrkosten durch Betreuungsleistungen der Bedarfsgemeinschaften, es entstehen Mehrkosten durch Unterkunftsleistungen wegen Wegfalls des Wohngeldes. Die **Einsparungen** der Kommunen liegen in den Bereichen Hilfe zum Lebensunterhalt für erwerbsfähige ehemalige Sozialhilfeempfängerinnen und -empfänger, Verwaltungskosten, Wohngeld, Berechnung bisheriger Transferleistungen und so weiter.

Ich glaube, das macht deutlich, dass die geplanten Einsparungen, die für die Kommunen vorgesehen sind, weitergegeben werden müssen und auch bei den Kommunen ankommen sollen. Zu diesem Wort stehen die SPD-Landtagsfraktion und sicherlich auch die Landesregierung.

(Beifall bei der SPD)

Ich glaube auch, dass viele Regelungen kommunal verantwortet und auch kommunal durchgeführt werden müssen. Der **Kindertagesstättenbeitrag** ist in diesem Zusammenhang schon angesprochen worden. Ich denke, die Kommunen sind selbstständig genug und selbstbewusst genug, vernünftige Regelungen zu finden und, wenn es notwendig ist, auch die Hilfe des Landes in Anspruch zu nehmen. Aber zunächst sind die Kommunen aufgefordert, selbstständig Regelungen zu treffen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, es verbleiben nur vier Monate, um die **regionalen Verträge** zwischen den Agenturen und den kommunalen Gebietskörperschaften abzuschließen, um Fallmanager heranzubilden, gemeinsame Qualitätsstandards festzulegen und Zehntausende Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Kommunen in die Agenturen für Arbeit umzusetzen und zu qualifizieren. Denn natürlich brauchen auch die kommunalen Gebietskörperschaften Strukturen, eine Grundlage, um ihre kommunalen Haushalte aufstellen zu können.

Diese Anforderungen fordern von uns ein sehr konzentriertes und zügiges Handeln. Darum stimmen wir dem Gesetzentwurf der Landesregierung in dieser Fassung zu, wollen ihn nach der ersten Lesung an den Sozialausschuss und mitbeteiligt an den Wirtschafts- und den Innen- und Rechtsausschuss überwiesen wissen. Da wir sehr konzentriert und sehr zeitnah arbeiten müssen, damit dieses Gesetz im November in zweiter Lesung verabschiedet werden kann, brauchen wir auch schnell eine Vereinbarung

darüber, wie wir eine schriftliche Anhörung durchführen. Die Geschwindigkeit hängt davon ab, wie schnell die Kommunen in die Lage versetzt werden, Hartz IV sach- und zielgerecht umzusetzen, und die Kommunen müssen natürlich ihre Haushalte diesen Vorgaben entsprechend gestalten können.

Wenn wir Eigenverantwortung fordern und Eigeninitiative fördern wollen, so wie dies der Philosophie von Hartz IV entspricht, sind wir aufgefordert, dies auch durch unser aktives Handeln zu unterstützen. Das Fördern und Qualifizieren der Menschen darf nicht irgendwann beginnen, sondern muss unbedingt auch am 1. Januar 2005 Realität werden.

(Beifall bei der SPD)

Die Menschen müssen sich mit Hartz IV auseinandersetzen. Sie wollen wissen, wie es mit ihnen und ihrer eigenen Lebensperspektive nach dem 1. Januar 2005 weitergeht. Für uns gilt es die Voraussetzungen zu schaffen, damit die Betroffenen die Möglichkeit haben, sich mit Hartz IV auseinander zu setzen. Vor allem müssen sie in die Lage versetzt werden, die Chancen von Hartz IV, Arbeit zu finden und Qualifizierung oder Unterstützung zu erhalten, auch zu nutzen.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsident Thomas Stritzl:

Zunächst möchte ich eine geschäftsleitende Bemerkung machen. Aufgrund der fortgeschrittenen Beratungszeit sind die Fraktionen übereingekommen, nach dem Tagesordnungspunkt 8, den wir jetzt beraten, den Tagesordnungspunkt 14 zu behandeln. Der Tagesordnungspunkt 18 wird auf den morgigen Beratungstag verschoben. Der Tagesordnungspunkt 15 wird nachher ohne Aussprache an den zuständigen Innen- und Rechtsausschuss überwiesen werden. Ich bitte Sie, dazu noch hier zu bleiben.

Wir steigen nun wieder in die Beratung des Tagesordnungspunktes 8 ein. Für die Fraktion der FDP erteile ich dem Herrn Abgeordneten Dr. Heiner Garg das Wort.

Dr. Heiner Garg [FDP]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Ich will mich nicht mit einer Grundsatzrede zur Philosophie von Hartz IV aufhalten. Darum geht es heute nicht, darum geht es auch bei dem Gesetzentwurf nicht. Es geht ausschließlich um das **Ausführungsge-
setz**, damit Hartz IV hier in Schleswig-Holstein zeitgerecht umgesetzt werden kann.

(Dr. Heiner Garg)

Aber, Herr Minister Rohwer, eine Bemerkung müssen Sie mir schon erlauben, auch wenn ich verstehen kann, dass Sie das Gespräch lieber mit der charmannten Sozialministerin führen. Sie sagen, sie nehmen 25 Millionen € in die Hand, um ein **Kombilohnmodell** aufzulegen. Das finde ich in Ordnung. Aber ich frage Sie, Herr Rohwer, ernsthaft: Wenn das Kombilohnmodell so Erfolg versprechend ist, wie Sie auch glauben, warum haben Sie es dann den Menschen in Schleswig-Holstein seit 1996 vorenthalten? Die FDP wollte seit 1996 Kombilohnmodelle haben. Aber Ihr Vorgänger hat immer gesagt, das sei wegen der Mitnahmeeffekte unsinnig. Wir hätten das also schon sehr viel früher haben können.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ein solches Ausführungsgesetz, wie wir es heute debattieren, leidet in der Regel darunter, dass es einige Unbekannte hat. Beim Ausführungsgesetz zu Hartz IV ist das genauso. Ich will - das mag weniger spannend sein, aber ich denke, es ist notwendig - lediglich auf diese Unbekannten hinweisen.

Zum Jahresende wird das **Ausführungsgesetz zum Bundessozialhilfegesetz** wegfallen und damit fallen auch die sozialhilferelevanten Ausgleichsregelungen, so wie wir sie kennen, komplett weg. Sie haben einfach keinen Bestand mehr. Ein **Ausführungsgesetz** zu einem neu zu fassenden **SGB XII** ist noch nicht vorgelegt worden. Somit stehen die **Kreise und Kommunen** in dem Dilemma, dass eine **Rechtsgrundlage** weggefallen ist, ohne dass die Folgeregelung bereits abzusehen ist.

Gleichzeitig trifft der vorgelegte Entwurf keine Aussage darüber, inwieweit Aufgaben der aus dem Bundessozialhilfegesetz in das Nachfolgegesetz, also in das SGB II, übergegangenen verbleibenden **Sozialhilfaufgaben** auf die kreisangehörigen Städte, Ämter und Gemeinden delegiert werden können. Eine solche **Ausgleichsregelung** für die Kreise muss aber jetzt schon feststehen, wenn die kreisangehörigen Gemeinden durch den Wegfall ihrer 30- %igen Kostenbeteiligung zugunsten der Kreise für die verbleibende Hilfe zum Lebensunterhalt und der Altersgrundsicherung entlastet werden.

Eckpunkte festzulegen, ohne eine Antwort darauf zu geben, wie ein **interkommunaler Ausgleich** auszuweisen hat, wird deshalb dem Ziel eines fairen Ausgleichs nicht gerecht. - Jedenfalls in diesem Entwurf noch nicht.

Eine faire Lösung für alle darf nicht in einem Schwarze-Peter-Spiel enden, bei dem die Kreise einen finanziellen Ausgleich nur über die Anhebung der **Kreisumlage** wieder einfordern können. Eine solche Um-

schichtung war übrigens auch nie die Zielsetzung von Hartz IV. Die versprochene Entlastung der Kommunen darf deshalb nicht durch eine Kreisumlagerhöhung schlicht und ergreifend kontakariert werden. Hier muss **Rechtsicherheit** für alle geschaffen werden, was dann möglicherweise im Laufe der Beratungen im Ausschuss noch gelingt.

(Beifall des Abgeordneten Günther Hildebrand [FDP])

Warum in diesem Zusammenhang einige Kreise im Finanzausgleichgesetz Festbeträge erhalten sollen und andere nicht, ist dabei ebenfalls nicht nachvollziehbar.

Unbekannte zwei! Wie hoch die tatsächliche **Entlastung der Kommunen** ausfällt, ist ebenfalls nach wie vor nicht sicher. Der von der Landesregierung errechnete Nettoentlastungsbetrag für die schleswig-holsteinischen Kommunen in der Höhe von 26,85 Millionen € ist niedriger als eigentlich gedacht. Tatsächlich hat die Landesregierung auf weitere Entlastungen der Kommunen verzichtet, da sie im Gesetzgebungsverfahren einer Sonderentlastung der neuen Bundesländer in Höhe von 800 Millionen € zugestimmt hat. Das muss man ganz klar sagen, weil das nämlich Geld ist, was Schleswig-Holstein jetzt fehlt. Ausweislich der Berechnungen in Umdruck 15/4841 wären die Kommunen ursprünglich in der Höhe von insgesamt 55,4 Millionen € entlastet worden. Auf 26,7 Millionen € verzichtet also die Landesregierung zugunsten des Aufbaus Ost. Dieses Geld, liebe Kolleginnen und Kollegen, hätten natürlich auch die Kommunen in Schleswig-Holstein dringend gebraucht, auch zur Umsetzung von Hartz IV.

(Beifall bei der FDP - Zuruf der Abgeordneten Angelika Birk [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

- Nein, Frau Birk, das soll es nicht heißen, aber man muss es wenigstens sagen, auch in dieser Debatte - ich nehme mir das Recht heraus, das zu sagen -, zumal die Kommunen einen Teil der versprochenen Entlastung nach dem durch die Bundesregierung aktuell vorgelegten Entwurf eines **Tagesbetreuungs- ausbaugesetzes** für den Ausbau der Kinderbetreuung für die unter Dreijährigen verwenden sollen.

Schließlich die Unbekannte drei. Bis heute ist die zu erwartende Zahl der zu aktivierenden Personen lediglich eine ungenaue Schätzung. Wie sich die veränderte Zahl der **Anspruchsberechtigten** auf die Kreise und kreisfreien Städte hinsichtlich der versprochenen tatsächlichen Entlastung von 2,5 Milliarden € auswirkt, ist relativ vage. Für Schleswig-Holstein rech-

(Dr. Heiner Garg)

nen wir insgesamt mit 112.000 beziehungsweise 113.000 Personen.

Ich denke also, Frau Birk - ich nehme Ihren Einwand doch einmal auf -, dass wir uns im Ausschuss sehr genau darüber unterhalten müssen, ob wir aus diesem Umsetzungsgesetz eine runde Sache machen können, damit Hartz IV hier in Schleswig-Holstein auch eine runde Sache wird. Dazu gehört, die finanziellen Probleme, die wir haben, die auch wieder in diesem Gesetzentwurf stecken, anzusprechen. Das heißt nicht, dass wir an anderer Stelle das Geld hereinbekommen werden

(Glocke des Präsidenten)

- mein letzter Satz, Herr Präsident -, aber wir müssen uns dann überlegen, wie wir darauf reagieren, damit das Ziel „Fordern und Fördern“ tatsächlich verwirklicht wird.

(Beifall bei der FDP)

Vizepräsident Thomas Stritzl:

Das Wort für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN erteile ich jetzt Frau Abgeordneter Angelika Birk.

Angelika Birk [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! In verschiedenen öffentlichen Debatten haben die Grünen ihre Kritikpunkte an der Hartz-Gesetzgebung artikuliert. Wir stehen zu der Zusammenlegung der Sozial- und der Arbeitslosenhilfe zum Arbeitslosengeld II, aber wir haben keinen Zweifel daran gelassen, dass wir die **Hinzuverdienstmöglichkeiten** für zu gering halten, dass das **Altersvorsorgevermögen** - das sieht der Landtag mit uns gemeinsam so - besser geschützt werden müsste und wir haben uns auch kritisch zu den mangelnden Rechten erwerbssuchender Frauen nach der neuen Hartz-Gesetzgebung geäußert. Außerdem haben wir uns wiederholt dafür eingesetzt, dass die **kommunale Ebene** mit der Bundesagentur für Arbeit auf gleicher Augenhöhe kooperieren kann. Letztes soll durch das vorliegende Landesgesetz in Schleswig-Holstein konkretisiert werden. Wir geben also einen Rahmen und bringen damit natürlich auch Rahmenbedingungen für die Finanzströme hier auf der Landesebene in eine gesetzliche Form. Mit diesem Landesgesetz, das zum 1. Januar 2005 in Kraft treten soll, schafft das Land die rechtliche Voraussetzung für das Inkrafttreten der Hartz-Gesetze in Schleswig-Holstein - nicht mehr und nicht weniger.

Die **pflichtigen Selbstverwaltungsaufgaben** der Kommunen werden klargestellt. - Das zu all den Bemerkungen, die hier kamen: Das können die Kommunen allein machen. Natürlich, die pflichtigen Selbstverwaltungsaufgaben werden klargestellt, insbesondere werden die **Kreise zur Aufgabendelegation** an ihre Gemeinde ermächtigt. Eindeutig verpflichtet sich das Land, die Erstattung der Bundesgelder an die kommunale Ebene weiterzugeben. Es besteht jetzt die Chance, die Aufgaben der Unterkunftskosten wie auch viele andere Beratungsleistungen endlich in einer Anlaufstelle, nämlich im Jobcenter, zu konzentrieren. So weit, so gut.

Diskussionsbedarf sehen wir im Bereich der demokratischen **Kontrolle** der neuen Jobcenter. Bisher waren sie in die Sozialdezernate in der jeweiligen Gebietskörperschaft eingebunden und wurden von gewählten Kommunalvertreterinnen und -vertretern kontrolliert. Wir wollen, dass diese Formen der bewährten kommunalen Demokratie auch in die neue Arbeitsform transferiert werden. Es stünde außerdem den zukünftigen **Jobcentern** gut an, ihren Reformprozess von **Beiräten**, in denen auch freie Träger gesellschaftlicher Gruppen, wie zum Beispiel auch Organisationen von Arbeitslosen und Sozialhilfeempfängerinnen und -empfängern vertreten sind, begleiten zu lassen. Dies wird von unserer Bundestagsfraktion ausdrücklich empfohlen und es gibt eine Reihe von Gebietskörperschaften, die in diese Richtung erste Schritte unternehmen.

Aus Lübeck liegt uns bisher der Hinweis vor, dass die Mitwirkung der Gleichstellungsbeauftragten der Arbeitsagentur wie auch die Mitwirkung der Frauenbeauftragten der Stadt in dem neuen Jobcenter beziehungsweise der ihr zugrunde liegenden Arbeitsgemeinschaft von Kommune und Arbeitsagentur nicht vorgesehen ist. Solche Fehler, die wir in dieser Kommune sehen, beschäftigen uns. Wir müssen natürlich schauen, ob das bisherige Landesrecht hier ausreichend ist oder ob es hier noch weiterer Konkretisierungen bedarf.

Zu Recht weist beispielsweise auch die Bürgerbeauftragte für soziale Angelegenheiten darauf hin, dass es in vielen Sozialbehörden an einem **internen Beschwerdemanagement** fehlt. Bei der Neugründung der Jobcenter sollte die Chance genutzt werden, auch auf diesem Feld neue Wege zu gehen.

Ich kann verstehen, wenn die Leute Angst vor Schikane haben, wenn sie zum Beispiel folgende Erfahrung machen - ein jüngstes Beispiel aus meiner Heimatstadt -: Eine Schwangere im vierten Monat geht zum Sozialamt und beantragt Kleiderbeihilfe. Es wird ihr gesagt: Kommen Sie nach dem 1. Januar 2005

(Angelika Birk)

wieder. Wir sind dann nicht mehr zuständig. Dann gibt es ein neues Gebäude, Sie bekommen dann sowieso eine pauschalierte Sozialhilfe, dann muss man gucken, wahrscheinlich beginnt dann auch bald der Mutterschutz. Kommen Sie dann und beantragen Sie Ihre neuen Kleider.

(Jürgen Feddersen [CDU]: So etwas gibt es doch gar nicht!)

- So etwas gibt es leider.

(Jürgen Feddersen [CDU]: Quatsch!)

Es ist ganz klar: Das verstößt gegen das geltende Recht. Darüber brauchen wir uns gar nicht zu unterhalten. Dieser Frau steht das jetzt zu und nicht erst in drei Monaten, wenn das Kind schon fast da ist. Der Punkt ist aber, dass es solche Erfahrungen in allen Behörden gibt. Ich kann nur aufgrund der Beispiele berichten, die ich kenne. Dass wir gegen solche Erfahrungen angehen müssen, dass wir einen klaren rechtlichen Rahmen setzen müssen, dass wir eine Aufklärungspflicht auch gegenüber den Bürgerinnen und Bürger direkt haben, das sollte hier unter uns nicht strittig sein, sondern das sollte klar sein. Mit dieser Botschaft sollten wir auch nach draußen gehen.

Noch ein letztes Wort zum Thema **Kindertagesstättengesetz**, das auch berührt ist. In dem Gesetzentwurf der Landesregierung ist eine Änderung vorgeschlagen, die es im Ausschuss zu prüfen gilt. Denn es ist nicht unser Ziel, dass gerade Kinder aus sozialschwachen Familien, die eine Kindertagesstätte besuchen, jetzt plötzlich - anders als vorher - Gebühren zahlen müssen. Die bildungspolitische Debatte heute Morgen im Landtag hat uns gezeigt, dass wir mit diesem Anliegen nicht allein stehen, sondern inzwischen betonen alle Landtagsfraktionen - auch die Opposition - die Notwendigkeit der Bildung durch Kindertagesstätten für alle Kinder. Wir begrüßen deshalb auch die **Kinderzulage** der Bundesregierung, die sich auch mit der Hartz-Gesetzgebung verbindet.

(Beifall der Abgeordneten Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Aber wir müssen sehen, ein erhöhtes **Transfereinkommen**, das bei den bisherigen Zahlungen extra geleistet wurde und jetzt pauschaliert werden soll, darf nicht dazu führen, dass Eltern vor die Wahl gestellt werden, ob sie für ihr Kind von diesem Geld neue Winterstiefel kaufen oder Kindertagesstättenbeiträge leisten. Ich denke, wir werden dieses Thema im Ausschuss gelassen aufgreifen und uns hierzu ansehen, wie die Kommunen mit diesem Thema bisher umgegangen sind und wie die Sozialstaffeln im Au-

genblick aussehen. Vor diesem Hintergrund werden wir die Angelegenheit beraten.

Ein Letztes zum Thema Asylbewerberleistungsgesetz! -

(Glocke des Präsidenten)

- Ich komme zum Schluss, Herr Präsident. - Das Thema war schon angesprochen worden. Auch hier gibt es verschiedene neue Gesetze, die gleichzeitig in Kraft treten, nämlich alle Rahmenbedingungen des Zuwanderungsgesetzes und das Hartz-Gesetz. Wir unterstützen die Landesregierung in ihrem Bemühen, hier mit den beteiligten Beratungseinrichtungen Klarheit zu schaffen und das Neue den Betroffenen in vielen öffentlichen Veranstaltungen transparent zu machen.

Wir werden den Gesetzentwurf zügig beraten, trotzdem eine Ausschussanhörung machen. Ich begrüße es deshalb, dass uns der Vorsitzende des federführenden Sozialausschusses zu einer raschen Klärung für Freitag zu einer Sondersitzung des Sozialausschusses eingeladen hat.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsident Thomas Stritzl:

Das Wort für den SSW im Schleswig-Holsteinischen Landtag erteile ich jetzt Frau Abgeordneter Silke Hinrichsen.

Silke Hinrichsen [SSW]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Zum hier vorgelegten Gesetz zur Ausführung des Zweiten Buches des Sozialgesetzbuches für das Land Schleswig-Holstein möchte ich zunächst Folgendes voranstellen: Wir behandeln heute die Umsetzung von Hartz IV auf der kommunalen Ebene. Wir, der SSW, legen sehr viel Wert auf diese Feststellung, da dieser Gesetzentwurf überhaupt nichts mit den Leistungskürzungen bei den Arbeitslosen oder mit den fehlenden Vermittlungsmöglichkeiten der Bundesagentur für Arbeit zu tun hat.

Grundsätzlich bleibt der SSW bei seiner Forderung nach Verschiebung und Veränderung von Hartz IV. Wir meinen auch weiterhin, dass es nicht sozialverträglich ist, Arbeitslosen, die womöglich über 30 Jahre lang in die Arbeitslosenversicherung eingezahlt haben, nur zwölf Monate lang Arbeitslosengeld zu zahlen.

(Beifall beim SSW)

Wir glauben auch nicht, dass die Bundesagentur für Arbeit bereits am 1. Januar 2005 in der Lage sein

(Silke Hinrichsen)

wird, alle Bezieherinnen und Bezieher des **Arbeitslosengeldes II** vernünftig zu betreuen und zu vermitteln. Auch bei der rechtzeitigen Auszahlung des Arbeitslosengeldes II zum 1. Januar 2005 sehen wir immer noch Probleme. Ich verweise auf die Zeitungsartikel hinsichtlich des Rücklaufs der Anträge auf dieses Geld.

Dennoch steht der SSW der Idee von Hartz IV, wie sie in diesem Gesetz vorgesehen ist, im Kern positiv gegenüber. Wir haben gesagt, dass die **Zusammenlegung** von Sozialhilfe und Arbeitslosenhilfe richtig ist und dass eine gemeinsame **Vermittlung** der Bezieherinnen und Bezieher von Hilfen der richtige Weg ist, um die viel zu hohe Langzeitarbeitslosigkeit abzubauen. Von daher ist es richtig, die **Kommunen** in die Umsetzung von Hartz IV mit einzubeziehen. Wie bereits ausgeführt, sehen wir aber nicht, dass bei der Bundesagentur tatsächlich die Vermittlung von Arbeitsuchenden im Mittelpunkt stehen wird, sondern zurzeit wieder nur die Verwaltung.

Das Gesetz selbst beschäftigt sich also unter anderem mit der Umsetzung der optionalen Trägerschaft von **Kommunen**. Das **Optionsmodell** bedeutet, dass die Kommunen die Möglichkeit bekommen, für die Betreuung der Arbeitslosengeld II-Bezieher verantwortlich zu sein. Im **Landesteil Schleswig** haben sich die Kreise Nordfriesland und Schleswig-Flensburg für diese Option beworben. Voraussetzung ist allerdings nicht nur die Zustimmung der Bundesregierung, sondern auch, dass der Landesgesetzgeber die Ausführungsbestimmungen nach den aus Art. 84 GG und den im SGB II enthaltenen Ermächtigungsgrundlagen gestaltet. Das regelt dieses Gesetz und es wäre nicht richtig, hier die Option zu behindern.

Weiter geht es in dem vorgelegten Gesetzentwurf um die **finanziellen Folgen** für die Kommunen durch Hartz IV. Der Bund hat den Kommunen bundesweit eine Entlastung von 2,5 Milliarden € zugesagt. Die Kommunen sollten ursprünglich dadurch Geld sparen, dass sie von den Kosten für die Hilfe zum Lebensunterhalt für erwerbsfähige Sozialhilfeempfänger entbunden werden, jedoch werden sie durch die Kosten der Unterkunft für den Personenkreis der Arbeitslosengeld II-Bezieher belastet. Das ersparte Wohngeld, das bisher vom Bund gezahlt wurde, soll den Kommunen über das Land zugute kommen. Dafür ist dieses Gesetz notwendig.

Im Gegensatz zu den Berechnungen der Bundesregierung machten die kommunalen Landesverbände jedoch im Frühjahr eine Rechnung auf, die zu einer erheblichen Mehrbelastung der Kommunen führt. Deshalb ist es begrüßenswert, dass der Bund jetzt zusätzliche Hilfen zugesagt und auch eine **Revisions-**

klausel eingebaut hat. Dies ergibt sich auch aus dem hier vorliegenden Gesetzentwurf. Diese Klausel soll durch die dann durchgeführte Nachprüfung sicherstellen, dass die Kommunen unter dem Strich auch wirklich eine finanzielle Entlastung von 2,5 Milliarden € bekommen.

Im Gesetzentwurf der Landesregierung ist vorgesehen, den **Finanzausgleich** so zu ändern, dass die Kommunen die zugesagten finanziellen Entlastungen, die über die Gelder des Bundes kommen, auch wirklich bekommen. Es bleibt jedoch ein Rätsel, wie die Kommunen darüber hinaus mit dem gleichen Geld auch noch den von der Bundesregierung gewünschten Ausbau im Bereich der Kindertagesbetreuung finanzieren sollen. Das **Tagesbetreuungsgesetz** liegt jetzt im Entwurf vor. Die Idee ist gut, aber wer soll dies alles bezahlen? Es ist aber folgerichtig, nach Hartz IV ein derartiges Gesetz mit einzubringen, denn ansonsten könnten Arbeitswillige mit Kindern unter drei Jahren aufgrund der fehlenden Kinderbetreuung möglicherweise nicht arbeiten. Wir werden der Ausschussüberweisung zustimmen.

Zum Beispiel **Lübeck** möchte ich kurz sagen: Im letzten Bericht der Bürgerbeauftragten wird gerade über die Sozialhilfeverwaltung der Stadt Lübeck sehr viel geschrieben. Leider ist dies nicht positiv, sondern eher negativ. Deshalb glaube ich Ihnen dieses Beispiel. Es wäre schön, wenn man der Stadt Lübeck sagen würde, wie man zurzeit mit dem **Bundessozialhilfegesetz** umzugehen hat, dass es jetzt noch gilt und dass folglich danach noch Ansprüche bestehen. Ich finde es ein Unding, dass jemand von einem Amt, das dafür zuständig ist, eine solche Behandlung erfährt. Ich hoffe, das kann vor Ort geklärt werden.

(Beifall bei SSW und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsident Thomas Stritzl:

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Es ist beantragt worden, den Gesetzentwurf der Landesregierung, Drucksache 15/3649, an den zuständigen Wirtschaftsausschuss zu überweisen. Wer dem seine Zustimmung geben will, den bitte ich um sein Handzeichen. -

(Zurufe)

- Es ist immer schön, wenn man klare Antragslagen hat. Für das Präsidium wird die Arbeit erleichtert, wenn man das, was man mit dem Antrag erreichen möchte, in der Rede zum Ausdruck bringt. Ich hatte eben nach der Überweisung an den Wirtschaftsausschuss gefragt und es gab zustimmendes Schweigen. Das nennt man konkludent. Jetzt ist die Frage, ob der

(Vizepräsident Thomas Stritzl)

Sozialausschuss oder der Wirtschaftsausschuss federführend sein soll.

(Wortmeldung des Abgeordneten Martin Kayenburg [CDU] - Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Darf ich das mal beantragen?)

- Kollege Kayenburg!

Martin Kayenburg [CDU]:

Herr Präsident, Ihre Frage war klar und deutlich zu verstehen. Wir haben abgestimmt und die Hand zur Überweisung an den Wirtschaftsausschuss gehoben.

(Wortmeldungen der Abgeordneten Andreas Beran [SPD] und Silke Hinrichsen [SSW])

Vizepräsident Thomas Stritzl:

Jetzt habe ich zwei Wortmeldungen zur Geschäftsordnung. Die eine stammt von Frau Hinrichsen, die andere vom Kollegen Beran.

Silke Hinrichsen [SSW]:

Da durch dieses Gesetz bestimmte Arbeitsmarktbereiche berührt werden, ist nach meiner Ansicht der Sozialausschuss zuständig, der nach der Landtagsgeschäftsordnung auch für den Bereich Arbeit zuständig ist.

Andreas Beran [SPD]:

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! In der Geschäftsordnung des Landtages steht: Wenn eine Abstimmung offensichtlich falsch war, kann sie wiederholt werden. Nach wie vor ist es so, dass die Geschäftsordnung im Landtag nicht verändert worden ist. Der Sozialausschuss ist für den Arbeitsmarkt zuständig. Daher bitte ich das Präsidium, noch einmal zu entscheiden, dass der Sozialausschuss federführend ist. Mitberatend sind der Innen- und Rechtsausschuss und der Wirtschaftsausschuss. Das entspricht unserer bisherigen Geschäftsverteilung.

Vizepräsident Thomas Stritzl:

Herr Abgeordneter Kayenburg bitte.

Martin Kayenburg [CDU]:

Da offenbar eine wirksame Abstimmung vorgelegen hat, beantrage ich, den Ältestenrat zusammenzurufen.

(Zurufe)

Vizepräsident Thomas Stritzl:

Wir werden den Ältestenrat einberufen und die Sitzung unterbrechen. Es ist so beantragt worden, daher müssen wir so verfahren. Ich bitte den Ältestenrat, zu einer kurzen Beratung zusammenzutreten. Ich werde das Beratungsergebnis gleich bekannt geben.

Die Sitzung ist unterbrochen.

(Unterbrechung: 17:27 bis 17:35 Uhr)

Vizepräsident Thomas Stritzl:

Die Sitzung ist wieder eröffnet.

Der Ältestenrat hat getagt und ist zu der Entscheidung gekommen, die Möglichkeit der Geschäftsordnung zu nutzen, die Abstimmung noch einmal aufzurufen, da offensichtlich Unklarheiten bestanden. Es gibt jetzt zwei Abstimmungslagen, die ich zur Kenntnis zu nehmen bitte.

Es gibt zum einen den Antrag der Fraktion der CDU, den Gesetzentwurf der Landesregierung, Drucksache 15/3649, federführend an den Innen- und Rechtsausschuss sowie mitberatend an den Wirtschaftsausschuss und den Sozialausschuss zu überweisen. Es gibt zum anderen den Antrag der Fraktion der SPD, federführend den Sozialausschuss und mitberatend den Innen- und Rechtsausschuss sowie den Wirtschaftsausschuss zu beauftragen. Sind die Fraktionen damit einverstanden, dass wir alternativ abstimmen?

(Dr. Heiner Garg [FDP]: Aber nicht namentlich!)

- Das wäre noch eine Erweiterung. - Wer den Antrag, Drucksache 15/3649, federführend an den Innen- und Rechtsausschuss sowie mitberatend an den Wirtschaftsausschuss und den Sozialausschuss überweisen will, den bitte ich um sein Handzeichen. - Wer den Antrag, Drucksache 15/3649, federführend an den Sozialausschuss sowie mitberatend an den Innen- und Rechtsausschuss und den Wirtschaftsausschuss überweisen will, den bitte ich um sein Handzeichen.

Damit wurde mit den Stimmen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und SSW der Antrag angenommen, die Drucksache 15/3649, federführend an den Sozialausschuss und mitberatend an den Innen- und Rechtsausschuss sowie an den Wirtschaftsausschuss zu überweisen. Der Antrag der CDU, den Antrag, Drucksache 15/3649, federführend an den Innen- und Rechtsausschuss sowie mitberatend an den Wirtschaftsausschuss und den Sozialausschuss zu überweisen, hat nicht die notwendige Mehrheit gefunden.

Damit ist der Tagesordnungspunkt erledigt.

(Vizepräsident Thomas Stritzl)

Ich rufe Tagesordnungspunkt 14 auf:

Anreize für mehr Arbeit setzen

Antrag der Fraktion der FDP

Drucksache 15/3635

Wird das Wort zur Begründung gewünscht? - Das ist nicht der Fall. Dann eröffne ich die Aussprache. Das Wort für die antragstellende Fraktion der FDP erhält Herr Abgeordneter Dr. Heiner Garg.

Dr. Heiner Garg [FDP]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen! Liebe Kollegen! Eines hat diese wunderbare Sitzung des Ältestenrates bewirkt: Der Kollege Neugebauer ist wieder unter uns. Darüber freue ich mich ganz besonders; das werden Sie gleich verstehen.

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, schon häufiger sind Landesregierungen aufgefordert worden, die wirtschaftliche Lage entsprechend der Wirklichkeit zu bewerten, so zum Beispiel 1986. Damals forderte dies der Oppositionsabgeordnete Günter Neugebauer mit dem Antrag Drucksache 10/1540. Heute, fast 20 Jahre später, rentiert sich die Mühe von Günter Neugebauer endlich: Teile seines damaligen Textes konnten wir fast wörtlich übernehmen. Wenn Kollege Neugebauer heute noch glaubt, damals Recht gehabt zu haben, müsste er nun für die ersten beiden Punkte unseres Antrages lauthals um Zustimmung werben. Ein kurzer Blick auf die Daten beweist das.

Nach amtlichen Statistiken wuchs das reale Bruttoinlandsprodukt Schleswig-Holsteins 1986 um 4 %, die Erwerbstätigkeitsrate wuchs um 1,4 %. Im Durchschnitt des Jahres waren 114.000 Menschen offiziell arbeitslos. Diese Statistik war übrigens nicht geschönt.

2004 hingegen ist bisher wenig von Wachstum zu erkennen. Die Zahl der **sozialversicherungspflichtig Beschäftigten** ist um 2,3 % gesunken. Jetzt sind im Durchschnitt 139.000 Menschen arbeitslos. Mehr waren es bekanntlich zuletzt 1952, jedoch ist die heutige Statistik geschönt.

Lieber Kollege Neugebauer, Sie werden mir beipflichten: Die **wirtschaftliche Lage** Schleswig-Holsteins ist heute leider viel bescheidener als 1986, zum Zeitpunkt Ihrer Antragstellung. Das zeigt sich ganz besonders deutlich auf dem Arbeitsmarkt. Es wird Zeit, endlich Politik für mehr Arbeit zu machen, auch durch „Fördern und Fordern“.

Das bedeutet dreierlei: Erstens sollten Arbeitslose, besonders Langzeitarbeitslose, stärker angereizt werden, schneller und intensiver nach Arbeit zu suchen und vorhandene Arbeitsplätze anzunehmen. Diese

Anreize werden nur wirksam, wenn **Langzeitarbeitslosigkeit** künftig schlechter bezahlt wird, so wie bei Hartz IV. Bei Rot-Grün heißt das „Fordern“ - was wir ausdrücklich unterstützen.

(Unruhe)

Zweitens sollte die „Arbeitslosigkeitsverwaltung“ in Richtung Arbeitsvermittlung getrimmt werden, damit Arbeitslose schneller in vorhandene offene Stellen vermittelt werden können - das wäre das „Fördern“.

(Anhaltende Unruhe)

„Fördern und Fordern“ allein reicht allerdings nicht aus, um die Arbeitslosigkeit merklich zu senken. Wenn es klappen soll, müssen zuerst die notwendigen Voraussetzungen erfüllt werden. Die Rahmenbedingungen des Wirtschaftens müssen so verändert werden, dass Unternehmen auch zusätzliche Arbeitsplätze anbieten wollen, die Langzeitarbeitslose finden und annehmen können. Das hat Rot-Grün bislang vergessen.

(Anhaltende Unruhe)

Wenn wir alle Hartz IV wirklich zum Erfolg machen wollen, dann kann das nur funktionieren, wenn wir tatsächlich dafür sorgen, dass **Arbeitsplätze** geschaffen werden.

(Vereinzelter Beifall bei der CDU)

Denn Hartz IV - das sagen dankenswerterweise auch führende SPD-Politiker - schafft keinen einzigen neuen Arbeitsplatz. Ich kann nur etwas zügiger vermitteln, was es auch wirklich gibt. Ich kann nur in Arbeitsplätze vermitteln, die vorher irgendwann einmal geschaffen werden.

Das Bemühen um effizientere Vermittlung von Arbeitslosen kann also erst erfolgreich sein, wenn es diese Arbeitsplätze gibt, Arbeitsplätze, die einen Beitrag zum Sozialprodukt leisten, auf denen Langzeitarbeitslose eine Chance bekommen, sich in Erwerbsarbeit zu bewähren, die das Geld wert sind, das sie den Arbeitgeber kosten.

Staatliche **Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen** scheiden deshalb grundsätzlich aus. Denn dort bewährt sich niemand in und für Erwerbsarbeit. Alle Studien zeigen, dass die Teilnahme an ABM die Chancen auf echte Erwerbsarbeit senkt. Das liegt nicht daran, dass eine eigentlich gute Idee bisher nur schlecht umgesetzt wurde - es liegt daran, dass die Idee schlecht ist und nicht erfolgreich umgesetzt werden kann.

(Beifall des Abgeordneten Günther Hildebrand [FDP])

(Dr. Heiner Garg)

Die Arbeitslosigkeit wird erst dann merklich sinken, wenn **Unternehmen** merklich mehr **Arbeitsplätze** schaffen. Wann schaffen Unternehmen mehr Arbeitsplätze? - Die schaffen sie dann, wenn die dort geleistete Arbeit mehr einbringt, als sie kostet. Im Moment lohnt es sich offensichtlich für zu viele Unternehmen nicht, zusätzliche Arbeitsplätze anzubieten, weil damit zu hohe Kosten und Risiken verbunden sind.

Erst wenn sich das ändert, wird auch das stärkere Fördern und Fordern der Langzeitarbeitslosen erfolgreich werden können. Solange sich das nicht ändert, wird das „Fördern und Fordern“ nur zu einer Schikane unmöglich zu erfüllender Forderungen verkommen.

Es wird Zeit, dass die Erkenntnis von Helmut Schmidt wieder einen höheren Stellenwert in der Arbeitsmarkt- und Wirtschaftspolitik erhält: Arbeitsplätze entstehen nur dort, wo private Unternehmen investieren; und sie investieren nur dort, wo sie erwarten, genügend Geld verdienen zu können. Das allerdings kann aktive Arbeitsmarktpolitik nicht besorgen. Deshalb wird sie allein die Arbeitslosigkeit auch nicht senken - egal, welche gut gemeinten sozialpolitischen Zielsetzungen dahinter stehen.

Um Ihnen die Verwirrung von vorhin zu ersparen, beantrage ich hiermit, unseren Antrag federführend an den Sozialausschuss und mitberatend an den Wirtschaftsausschuss zu überweisen. Ich denke, das war auch für das Präsidium klar und deutlich.

(Beifall bei FDP und CDU)

Vizepräsident Thomas Stritzl:

Das Wort für die Fraktion der SPD erteile ich jetzt Herrn Abgeordneten Wolfgang Baasch.

Wolfgang Baasch [SPD]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die SPD-Fraktion im Schleswig-Holsteinischen Landtag bedauert, dass der liberalen Partei zum Thema Arbeitsmarktpolitik nichts Besseres als Populismus einfällt. Lieber Günter Neugebauer, Zeiten ändern sich und du bist wirklich nicht verantwortlich für diese FDP. Wenn du für diese FDP verantwortlich wärst, wäre es eine sozialliberale SPD. Außerdem bist du - glaube ich - der Einzige hier im Parlament, der sich an solche Zeiten von Politik noch erinnern kann.

(Heiterkeit - Zuruf des Abgeordneten Günter Neugebauer [SPD])

Der uns vorliegende Antrag ignoriert die vielen Diskussionen, die wir im Landtag und in den Ausschüssen geführt haben. Ich darf nur an die Landtagstagung

im August erinnern, als wir über einen Bericht der Landesregierung zur Umsetzung von Hartz IV diskutiert haben. Aber was man nicht wahrhaben will, das darf auch nicht wahr sein, also schreibt man einen neuen Antrag und den dürfen wir dann heute wieder einmal diskutieren - wenn es denn mit einem Antrag dieses Niveaus überhaupt möglich ist, sich mit Arbeitsmarktpolitik sachgerecht auseinander zu setzen.

Im Antrag der FDP werden viele Zahlen aufgelistet, die natürlich bedrückend sind und die selbstverständlich Anlass und Aufforderung für politisches Handeln sind.

(Dr. Heiner Garg [FDP]: Der Antrag hat eine zweite Seite!)

Die Landesregierung hat - wie auch der FDP bekannt ist - ein Programm aufgelegt, mit dem in den Jahren 2005 und 2006 10.000 zusätzliche **Arbeitsangebote für Langzeitarbeitslose** in ganz Schleswig-Holstein ermöglicht werden sollen. Die Angebote konzentrieren sich sowohl auf den ersten Arbeitsmarkt als auch auf die Aufwertung gemeinnütziger Beschäftigungsangebote für Langzeitarbeitslose. Das **Kombilohnmodell**, mit dem Arbeitnehmer und Arbeitgeber mit bis zu 250 € pro Monat unterstützt werden, wenn ein neues sozialversicherungspflichtiges Angebot geschaffen wird, ist ein Bestandteil unserer Politik für mehr Beschäftigung.

Die Ausgestaltung von Beschäftigungsmöglichkeiten und die Schaffung von Qualifizierungsmöglichkeiten für Langzeitarbeitslose über **Zusatzjobs** ist ein anderer Weg, den die Landesregierung finanziell unterstützen will und mit dem wieder mehr Schleswig-Holsteinerinnen und Schleswig-Holsteiner in Arbeit kommen können.

Die Landesregierung hat ein **Steuerkonzept** vorgelegt, in dessen Mittelpunkt auch die **Absenkung von Lohnnebenkosten** enthalten ist.

(Beifall der Abgeordneten Günter Neugebauer [SPD], Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] und Lars Harms [SSW])

Damit wird die Wettbewerbsfähigkeit gesteigert und die Attraktivität, Arbeitsplätze auch im Mittelstand zu schaffen, erhöht.

Aber darum geht es der FDP mit ihrem Antrag nicht. Selbst wenn man nur auf die öffentliche Wirksamkeit solch populistischer Anträge schielt, wie es die FDP-Fraktion zu tun scheint, würde vielleicht ein Blick in die schleswig-holsteinische Presse von heute helfen.

(Wolfgang Baasch)

Mit heutigem Datum schreiben die „Lübecker Nachrichten“ auf der Titelseite:

„Betriebe im Norden wollen neue Jobs schaffen. Umfrage: Mehr Aufträge, mehr Investitionen, mehr Optimismus - Schleswig-Holstein hängt den Rest der Republik ab.“

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das ist nur die Überschrift. Sie verträgt sich zwar nicht mit den Inhalten der FDP, aber warum sollte man auch etwas wahrnehmen wollen, wenn man doch mit seinen eigenen Gedanken ganz andere Vorhaben irgendwie umsetzen will!

Um nur einen Bereich aus der in dem Zeitungsbericht verarbeiteten repräsentativen Umfrage der Berliner Management-Beratung Capgemini herauszugreifen:

„Bei den Investitionen belegt Schleswig-Holstein unangefochten den Spitzenplatz. 47 % der Unternehmen wollen mehr investieren.“

Zur Schaffung von Arbeitsplätzen heißt es in dem Zeitungsartikel:

„Neue Jobs wollen die wenigstens deutschen Unternehmen schaffen. Nur 16 % der Betriebe gingen von wachsenden Mitarbeiterzahlen in den kommenden sechs Monaten aus. Anders in Schleswig-Holstein: Hier wollen immerhin 27 % der Firmen zusätzliche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter einstellen.“

Ich glaube, Sie haben wirklich ein Wahrnehmungsproblem.

Es ist schon erstaunlich, mit welcher Kaltschnäuzigkeit die FDP-Fraktion hier einen Antrag einbringt, der mit der Formulierung beginnt:

„Der Schleswig-Holsteinische Landtag bedauert, dass die Landesregierung die wirtschaftliche Entwicklung des Landes Schleswig-Holstein beschönigt.“

Nein, hier herrscht ein Wahrnehmungsproblem vor. Diese Landesregierung - das ist die Wahrheit - arbeitet effektiv und zielgerichtet an der Förderung der wirtschaftlichen Entwicklung unseres Bundeslandes. Diese Landesregierung unterstützt mit vielen Maßnahmen den Erhalt und die Schaffung von Arbeitsplätzen.

(Dr. Heiner Garg [FDP]: Deshalb werden es auch immer weniger!)

Dass Schleswig-Holstein im Rahmen des **Ausbildungspaktes** ein so hervorragendes Ergebnis abgeliefert hat, ist natürlich das Verdienst vieler, aber es ist unter der Koordinierung der Landesregierung zustande gekommen. Dafür gilt es allen Beteiligten immer wieder zu danken und sie aufzufordern, an ihrem Vorhaben festzuhalten, jedem Jugendlichen in Schleswig-Holstein, der eine Ausbildung sucht, die Möglichkeit zur Ausbildung zu geben.

Vor diesem Hintergrund bleibt festzuhalten: Hier hat wieder ein kleines Kätzchen gebrüllt, aber erschrecken tut es nicht. Wegen seiner Substanzlosigkeit werden wir Ihren Antrag ablehnen.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsident Thomas Stritzl:

Das Wort für die Fraktion der CDU erteile ich Herrn Abgeordneten Torsten Geerds.

Torsten Geerds [CDU]:

Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Noch nie waren in den vergangenen 50 Jahren in Schleswig-Holstein so viele Menschen arbeitslos gemeldet wie im Jahr 2004. Rund 140.000 Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer zwischen Nord- und Ostsee sind ohne Beschäftigung. Hinzu kommt die höchste Sozialhilfequote aller westdeutschen Länder. Damit nicht genug, auch bei der **Pleitewelle** nimmt Schleswig-Holstein leider eine Spitzenposition ein. Wir müssen leider auch feststellen, dass wir in Schleswig-Holstein nicht nur eine hohe **Arbeitslosenquote**, sondern immer noch eine dramatisch rückläufige **Beschäftigung** haben - Herr Baasch, ich wünsche Ihnen, dass Sie solche Realitäten einfach zur Kenntnis nehmen.

(Beifall bei CDU und FDP)

Machen wir uns nichts vor: Wir werden mit der großen Arbeitsmarktreform Hartz IV nicht das Problem mangelnder Arbeitsangebote lösen. Aber gerade, weil wir uns gemeinsam für die Zusammenlegung von Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe stark gemacht haben, ist es richtig, im September 2004 noch einmal über den **Arbeitsmarkt** in Schleswig-Holstein zu diskutieren. Die Arbeitslosigkeit ist für die betroffenen Menschen ein schweres Schicksal. Darunter leiden nicht nur die Arbeitslosen, sondern auch die Angehörigen. Die Hauptleidtragenden sind übrigens die Kinder.

Wir müssen jetzt auf jeder Ebene darauf achten - das steht im FDP-Antrag; ich denke, diese Diskussion

(Torsten Geerds)

muss fortgesetzt werden -, dass die Vermittlung der **Bundesagentur für Arbeit** nun wirklich effizient ausgerichtet wird. Es ist aber ebenso von großer Bedeutung, dass bei der Betreuung von **Langzeitarbeitslosen** die Beratung und damit der Abbau von zusätzlichen Defiziten, die Langzeitarbeitslose haben, nicht unter die Räder kommen. Daher müssen unsere Sozialämter starke Partner in den angekündigten **Arbeitsgemeinschaften zur Umsetzung der Hartz-IV-Reform** werden. Viele Langzeitarbeitslose brauchen zusätzlich zu einer schnellen, zielgerichteten Vermittlung beispielsweise beratende Hilfestellungen wie die Familienberatung, die Schuldner- oder Suchtberatung. Wenn wir diese Punkte aus den Augen verlieren und diese Beratung auf der Strecke bleibt, kann Hartz IV nicht funktionieren.

(Beifall der Abgeordneten Angelika Birk [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Die Forderung, die geringer werdenden Mittel des **zweiten Arbeitsmarktes** zielgerichteter einzusetzen, tragen wir hier heute vielleicht gemeinsam.

Das wichtigste Ziel unserer Arbeitsmarktpolitik muss es sein, Menschen für die Zukunft zu qualifizieren. Das ist aus unserer Sicht die zentrale Aufgabe. Sie ist allerdings auch am schwierigsten einzulösen und zu erfüllen. Ein Teil der **Schulabgänger** ist leider weder ausbildungsreif noch ausbildungsfähig. Diese unversorgten Schulabgänger sind in Gefahr, eine lebenslange Karriere innerhalb der sozialen Sicherungssysteme zu durchlaufen. Von daher ist es richtig, die Aktivitäten des zweiten Arbeitsmarktes darauf zu konzentrieren, Schulabgänger zusätzlich zu qualifizieren.

Einen weiteren Schwerpunkt des zweiten Arbeitsmarktes will die CDU-Fraktion in der Qualifizierung und der Integration von **Menschen mit Behinderung** in den ersten Arbeitsmarkt sichergestellt wissen.

Selbstverständlich unterstützen wir die Forderung in dem vorgelegten Antrag, die **Anreize für Unternehmen** zu steigern, mehr Menschen zu beschäftigen. Daher macht es Sinn und es ist richtig, bisherige Lohnersatzleistungen in **Lohnergänzungsleistungen** umzuwandeln.

(Beifall des Abgeordneten Dr. Heiner Garg [FDP])

Damit bauen wir eine ernst zu nehmende Brücke aus der Arbeitslosigkeit in den **ersten Arbeitsmarkt**. Ich bin fest davon überzeugt, dass es bei Anwendung eines solchen Instrumentes vielen Arbeitslosen gelingen wird, die Arbeitgeber von der Qualität ihrer Arbeitsleistung zu überzeugen.

Es ist aber auch richtig, endlich zur Kenntnis zu nehmen, dass viele gut gemeinte **Arbeitnehmerschutzrechte** dazu führen, dass der Weg vieler Beschäftigungsloser in Arbeit dauerhaft verstellt ist.

(Beifall der Abgeordneten Brita Schmitz-Hübisch [CDU] und Dr. Heiner Garg [FDP])

Ich nenne hier ausdrücklich den Kündigungsschutz für ältere Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Den will niemand komplett über Bord schmeißen. Aber glauben wir ernsthaft, dass einem älteren Langzeitarbeitslosen geholfen wird, wenn ihm Beschäftigung verwehrt bleibt, weil sofort der komplette Kündigungsschutz greifen soll? Glauben wir das wirklich? Wir wissen, die Menschen stehen vor der Tür, weil es diese Schutzrechte gibt. Von daher muss man die Kraft haben, auch solche Schutzrechte zur Diskussion zu stellen und sie gegebenenfalls zu beseitigen.

(Beifall bei CDU und FDP)

Wir sind mitten in einer Reformdebatte. Das spüren wir. Sie muss konsequent weiterverfolgt werden. Dabei sollten wir uns auf einen Kernsatz konzentrieren, der für alle Reformen gelten muss, die wir jetzt noch in Angriff zu nehmen haben: Sozial ist, was Arbeit schafft. Dabei darf niemand wegtauchen - weder Regierung noch Opposition!

(Beifall bei CDU und FDP)

Vizepräsident Thomas Stritzl:

Das Wort für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN erteile ich jetzt der Frau Abgeordneten Angelika Birk.

Angelika Birk [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die FDP fordert ein anderes Finanzierungssystem der Sozialversicherung, das die Arbeitskosten entlasten soll. Nehmen wir einmal an, Herr Dr. Garg, die Liberalen könnten wir tatsächlich beim Wort nehmen, und unterstellen wir einmal nicht, dass sie das Risiko einseitig den Versicherten privat aufhalsen will, so landen wir bei einem **steuerfinanzierten Sozialversicherungssystem**, wie es Skandinavien praktiziert. Genau hierzu hat der Finanzminister Schleswig-Holstein schon vor den Sommerferien einen bundespolitischen Vorstoß unternommen. Wir haben das im Landtag lang und ausführlich diskutiert. Ihr Antrag bringt in dieser Frage also nichts Neues.

(Dr. Heiner Garg [FDP]: Aha!)

Dies war Teil eines **Steuerkonzeptes** für mehr Verteilungsgerechtigkeit. Bedauerlicherweise - kann ich

(Angelika Birk)

nur sagen - haben wir den Beitrag der FDP beim Vorstoß der Landesregierung vermisst. Im Gegenteil, Sie haben sich darüber lustig gemacht. Insofern leuchtet mir jetzt nicht ein, was dieser Nachklapp von Ihrer Seite soll. Aber wahrscheinlich ist es gar nicht so ernst gemeint. Wahrscheinlich geht es doch wieder nur um die Privatisierung von Risiken.

Die FDP vermisst das Engagement der Landesregierung für die besonders benachteiligten Arbeitssuchenden. Erinnert sei hier nur an die große Initiative des Wirtschaftsministers zur Rettung der Jugendaufbauwerke mit bundesweitem Erfolg und insbesondere Erfolg vor Ort. Ich bin mir gewiss, dass wir bei der Umsetzung von Hartz nicht die Ratschläge der FDP brauchen. Wir werden Fragen zu lösen haben und dürfen die Benachteiligten - die es immer bei einer großen Reform gibt - nicht aus den Augen verlieren. Wir werden im Detail noch eine ganze Menge Fragen lösen müssen, gerade was die besonders Benachteiligten angeht. In den vorherigen Redebeiträgen sind wir auch schon auf die Unwuchten, die wir vor Ort vorfinden, eingegangen. Wir brauchen hierzu nicht die Ratschläge der FDP und brauchen insbesondere nicht so allgemeine Anträge.

Herr Dr. Garg, eigentlich wissen Sie es selber sehr viel genauer. Wir kennen Ihre wissenschaftliche Qualifikation. Ich habe den Eindruck, dieser Antrag ist einfach aus irgendeinem anderen Landesparlament abgeschrieben worden. Er passt nämlich immer und entspricht im Grunde genommen dem: Kräht der Hahn auf dem Mist, verändert sich das Wetter oder bleibt, wie es ist. - Er ist einfach nicht beratungswürdig.

(Zuruf der Abgeordneten Jutta Schümann [SPD])

Deswegen kann ich Ihrer Argumentation, dass ausgerechnet das **Arbeitsrecht** für mangelnde Beschäftigung verantwortlich ist, nicht folgen.

(Werner Kalinka [CDU]: Nun ist es aber wirklich genug! So etwas Arrogantes!)

Hier lugt der Wolf aus dem Schafspelz hervor. Das wird hier ganz harmlos formuliert. Letztlich steht die gesamte Debatte um den **Kündigungsschutz** dahinter. Die haben wir hier wiederholt geführt. Die brauchen wir hier in dieser Allgemeinheit nicht wieder aufzuwärmen. Wer in Deutschland tatsächlich Arbeitsplätze schaffen will, hat aufgrund der vielen Flexibilisierungen des jetzigen Arbeitsrechtes die Möglichkeit dazu. Das wissen die Unternehmen, die Arbeitsplätze schaffen wollen, auch. Insofern bringt der Antrag auch hier nichts Neues.

Deswegen, Herr Präsident, will ich in diesem Fall überhaupt keine Ausschussüberweisung, sondern Abstimmung in der Sache beantragen. Wir werden den Antrag ablehnen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD - Dr. Heiner Garg [FDP]: Dass Grüne gegen Arbeitsplätze sind, wusste ich schon immer!)

Vizepräsident Thomas Stritzl:

Das Wort für den SSW im Landtag erteile ich dem Herrn Abgeordneten Lars Harms.

Lars Harms [SSW]:

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Es ist löblich, dass die FDP der Meinung ist, dass neben Hartz IV auch noch andere Maßnahmen durchgeführt werden müssen, damit sich die Situation für Arbeitslose verbessert.

(Dr. Heiner Garg [FDP]: Sonst verbessert sich gar nichts!)

Trotzdem möchte ich darauf hinweisen, dass wir davon ausgehen müssen, dass sich die **Arbeitsmarktsituation** auch in den nächsten Jahren nur schwer verbessern lassen wird. Damit hat **Hartz IV** nicht nur, lieber Kollege Garg, was die Vermittlung von Arbeitslosen angeht, eine Arbeitsmarktkomponente, sondern auch eine **soziale Komponente**. Betrachtet man nur die **ökonomischen Auswirkungen** von Hartz IV, so kann man feststellen, dass hier massive negative Auswirkungen auf die Binnenkonjunktur zu erwarten sind. Man kürzt bei den Leuten, die im Regelfall einen großen Teil ihres Geldes verkonsumieren und damit die Binnenkonjunktur eher ankurbeln als andere. Eigentlich ist dies das Schlechteste, was man in der derzeitigen Situation machen kann.

(Dr. Heiner Garg [FDP]: Herr, wirf Hirn vom Himmel!)

Hier, lieber Kollege Garg, hätte ich mir etwas mehr Kritik vonseiten der FDP gewünscht. Aber das war bei Ihnen auch nicht zu erwarten.

Betrachtet man nun aber die konkreten Forderungen, die im Antrag gestellt werden, so möchte ich darstellen, was wir jeweils darunter verstehen. Mal sehen, ob wir dann auf einen gemeinsamen Nenner kommen.

(Werner Kalinka [CDU]: Das ist arrogant!)

Da wird gefordert, qualifizierte Ausbildungsabschlüsse für **Lernschwächere** einzurichten. Wir verstehen darunter die **Aufteilung von Ausbildung in Module**. Das heißt, dass eine Ausbildung aus mehreren Teilab-

(Lars Harms)

schnitten bestehen sollte, die jeweils einer **Teilqualifikation** entsprechen. Sollte ein junger Mensch seine Ausbildung abbrechen oder einfach nur wechseln wollen, so hat sie oder er zumindest schon einmal etwas in der Tasche. Ich weiss nicht, ob wir dasselbe unter diesem Satz verstehen; aber das verstehen wir darunter. Diese Ausbildungsform findet man vielfach in Europa und wurde in Deutschland bisher immer mehr oder weniger verteuert. Die modulare Ausbildung bietet auch Vorteile, da sie wesentlich flexibler zu handhaben ist, als die alte dreijährige Ausbildung. Zumindest sollte man die Möglichkeiten für modulare Ausbildungen verbessern.

Auch Lohnersatz, also Arbeitslosengeld, durch **Lohnergänzung** zu ersetzen, ist ein lobenswertes Ziel, das wir alle teilen; allerdings nur dann, wenn die Lohnergänzungen zeitlich begrenzt werden. Es kann nicht sein, dass das Lohngefüge dadurch infrage gestellt wird, dass durch Lohnergänzungen dauerhaft **Tariflöhne** unterboten werden. Wir würden dann in eine Abwärtsspirale aus Lohndumping und Dauer-subsidierung geraten, die niemand ernsthaft wollen kann. Deshalb wollen wir Lohnergänzung zwar haben, aber diese nur zeitlich begrenzt zulassen.

In diesem Zusammenhang verweise ich auf den Vorstoß der Landesregierung in Bezug auf **Kombilöhne**, der in die gleiche Richtung geht. Diese Initiative hätte die FDP eigentlich lobend erwähnen müssen, wenn sie ihren Antrag in diesem Punkt ernst nehmen würde.

(Beifall beim SSW)

Für die Unternehmen fordert die FDP im Antrag, dass Schwankungen im Finanzierungsbedarf der gesetzlichen Sozialversicherungen nicht direkt die Arbeitskosten verändern dürften. Dahinter verbirgt sich die Forderung, dass sich die Arbeitgeber nach und nach aus der gemeinsamen Finanzierung der **sozialen Absicherung** ihrer Mitarbeiter verabschieden können sollen. Dies sehen wir naturgemäß anders, obwohl wir auch das Wohl der Unternehmen im Auge haben.

Wir gehen allerdings einen Schritt weiter als die FDP. Wir wollen, dass die **Arbeitskosten** für die Unternehmen sinken und nicht nur gleich bleiben. Wir wollen ein **steuerfinanziertes Sozialsystem**, in dem Arbeit preiswerter wird als jetzt. Auch hier hat die Landesregierung Vorschläge gemacht, wie dieses Ziel besser zu erreichen ist. Das geschah sicherlich auch aufgrund kreativer Einwirkungen durch den SSW; das haben wir hier schließlich jahrzehntelang gefordert und wir sind froh, dass das so gelaufen ist. Aber das hätten Sie, lieber Kollege Garg, unterstützen oder zumindest in Ihrem Antrag erwähnen müssen.

(Lachen bei der CDU)

Diese Vorschläge unterstützen wir und wir hoffen, dass hier auch die Bundesebene mutigere Schritte geht. Bei einem steuerfinanzierten Sozialsystem hätten wir nicht nur die Chance, die Arbeitskosten zu senken, sondern wir würden eben auch das soziale Sicherungssystem dauerhaft erhalten. Das sollte unser aller Ziel sein.

(Beifall beim SSW)

Ein weiterer Punkt, der von Ihnen gefordert wird, ist, dass **arbeitsrechtliche Hindernisse** abgebaut werden sollen. Das ist natürlich pauschal eine Forderung, die wir alle unterstützen können, sofern nicht der Kündigungsschutz ausgehöhlt wird.

Auch hier würden wir als SSW allerdings weiter gehen wollen. Wir wollen auch die **Verwaltungshemmnisse** abbauen. Das **Bundeswirtschaftsministerium** führt gerade sein **Programm „Innovationsregionen“** durch. Dabei geht es darum, dass in bestimmten Regionen probeweise Vorschriften ausgesetzt werden, um zu sehen, ob diese Vorschriften dauerhaft abgebaut werden können.

Mit diesem Programm hat die Bundesregierung erste Erfolge erzielen können und nun haben sich auch die Kreise Nordfriesland und Schleswig-Flensburg um eine Teilnahme an diesem Programm beworben. Das müssen wir unterstützen, damit weitere Hemmnisse auch bei uns abgebaut werden können. Das ist wesentlich wichtiger, als pauschale Forderungen aufzustellen. Auch hier gibt es also schon konkrete Maßnahmen, die man unterstützen kann.

Trotz der prekären Lage der deutschen Wirtschaft gibt es durchaus Vorschläge, wie man die Situation verbessern kann. Diese Vorschläge gilt es aufzugreifen und mit umzusetzen. So schaffen wir konkret mehr Anreize für mehr Arbeit.

(Glocke des Präsidenten - Dr. Heiner Garg [FDP]: Deswegen haben wir so viele Arbeitsplätze!)

Wir sollten den Antrag deshalb noch einmal im Wirtschafts- und im Sozialausschuss beraten; so viel Offenheit zeige ich. Sollte hierfür allerdings keine Mehrheit da sein - das können Sie schon erahnen -, werden wir diesen Antrag ablehnen, weil er zu vage formuliert ist und so eben nicht zielführend ist. Ein bisschen mehr muss man aber schon arbeiten.

Vizepräsident Thomas Stritzl:

Für die Landesregierung erteile ich Herrn Wirtschaftsminister Dr. Rohwer das Wort.

Dr. Bernd Rohwer, Minister für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich nehme mit Interesse zur Kenntnis, dass wir dank der guten Anregungen von SSW, FDP und CDU mit dem Kombilohnmodell auf dem richtigen Weg mit unserer Arbeitsmarktpolitik sind. Das freut mich.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ansonsten, Herr Garg, wäre weniger in diesem Fall wahrscheinlich mehr gewesen. Denn Ihr Antrag ist eine Mixtur aus Floskeln, aus problematischen Punkten, aber auch - das will ich ebenfalls deutlich sagen - einigen richtigen Punkten. Allerdings haben wir diese Punkte hier längst diskutiert und insofern frage ich mich, ob man sie in eine solche Mischung hineinbringen muss. Lassen Sie mich dazu einige wenige Anmerkungen machen, weil eigentlich alles bekannt ist.

(Beifall bei der SPD)

Erstens. Sie fordern eine effizientere **Vermittlung durch die Arbeitsmarktagenturen**; ein altes Thema. Sie wissen, dass wir nicht erst seit jetzt, sondern längst mit **Modellprojekten** wie in Rendsburg und Elmshorn daran arbeiten und viel weiter sind, als nur auf dem Papier Vorschläge zu machen.

Zweitens. Qualifizierte Ausbildungsabschlüsse für **Lernschwächere**. Sie wissen, dass das Land selbst keine Möglichkeiten hat. Das haben wir hoch und runter diskutiert. Wir sind eines der wenigen Länder in Deutschland, die gemeinsam mit der Wirtschaft Vorschläge machen und dafür kämpfen, dass wir **neue Berufsbilder** auf Bundesebene umsetzen. Das wissen Sie eigentlich auch.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir sind eines der wenigen Länder - Nordrhein-Westfalen und Schleswig-Holstein -, die einen zweijährigen Modellversuch zum KFZ-Servicemechaniker gestartet haben. Insofern müssen Sie uns nicht auffordern, etwas zu machen. Dann müssen Sie ganz andere auf Bundesebene auffordern, etwas zu tun. Ich möchte, dass wir ehrlich miteinander reden und nicht nur plakativ.

Sie haben aus meiner Sicht bei dem Punkt **Lohner-gänzungsleistungen** Recht. Allerdings ist Kombilohn ein altes Thema. Wir haben das in Schleswig-Holstein viel diskutiert. Wir haben auch ein „Elmshorner Modell“ ausprobiert, das kein reines Kombilohnmodell ist, aber in diese Richtung geht. Wir haben jetzt etwas

gemacht und ich habe Ihre Aussage vorhin so verstanden, dass Sie dies begrüßen.

Sie fordern, **benachteiligte Menschen** zielgenauer zu unterstützen. Wir haben doch gerade unser neues Arbeitsmarktprogramm „**ASH 2000**“ so gestaltet, dass wir es auf unsere Zielgruppen stärker konzentrieren. Deswegen möchte ich kapieren, was Sie mit Ihrem Antrag darüber hinaus möchten; das geht aus dem Papier nicht hervor.

Dann fordern Sie aus meiner Sicht völlig zutreffend, wir müssten die kleinen und **mittelständischen Unternehmen** einfacher besteuern, damit wir **Eigenkapital** bilden. Mit dieser Forderung laufe ich seit Jahren herum.

(Dr. Heiner Garg [FDP]: Sparkassengesetz!)

- Aber das Sparkassengesetz ist dafür der falsche Weg, Herr Garg; das ist das Problem. Wir brauchen andere und bessere Vorschläge: eine Mischung aus Eigenkapitalstärkung steuerlicher Art und vernünftigen Finanzierungsinstrumenten im Lande, wie wir sie anbieten. Ich bitte also um ein wenig mehr Differenzierung.

Ich möchte nicht auf die anderen Punkte eingehen; das lohnt sich nicht. Das Konzept der Landesregierung liegt vor. Wir können über alles reden, aber bitte auf möglichst konkreter Grundlage. Dieser Antrag scheint uns nicht wesentlich weiterzubringen. - Vielleicht sind wir uns zumindest wissenschaftlich einig.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsident Thomas Stritzl:

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich schließe die Beratung.

Es ist beantragt worden, den Antrag, Drucksachennummer 15/3635, zunächst federführend dem Sozialausschuss und mitberatend dem Wirtschaftsausschuss zu überweisen. Da die Ausschussüberweisung der Sachabstimmung vorgeht, die ebenfalls beantragt worden ist, lasse ich zunächst darüber abstimmen, wer der Ausschussüberweisung seine Zustimmung geben will.

Wer den Antrag, Drucksache 15/3635, federführend an den Sozialausschuss und mitberatend an den Wirtschaftsausschuss überweisen will, den darf ich um sein Handzeichen bitten. - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Der Antrag, den Antrag der FDP an den Sozialausschuss federführend und an den Wirtschaftsausschuss mitberatend zu überweisen, hat die Stimmen von FDP, CDU und der Abgeordneten

(Vizepräsident Thomas Stritzl)

Spoorendonk vom SSW gefunden. Dagegen haben die Abgeordneten der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und zwei Abgeordnete vom SSW gestimmt. Insofern ist der Antrag auf Ausschussüberweisung abgelehnt.

Wir stimmen jetzt in der Sache ab. Wer dem Antrag der Fraktion der FDP, Drucksache 15/3635, in der Sache seine Zustimmung geben will, den darf ich um sein Handzeichen bitten. - Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Damit ist der Antrag Drucksache 15/3635 mit den Stimmen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW gegen die Stimmen von CDU und FDP abgelehnt worden.

Der Tagesordnungspunkt 14 ist insoweit erledigt .

Ich rufe Tagesordnungspunkt 15 auf:

Änderung der Strafprozessordnung zur Umsetzung des Urteils des Bundesverfassungsgerichts vom 3. März 2004

Antrag der Fraktion der FDP
Drucksache 15/3636

Ich habe vorhin darauf hingewiesen, dass sich die Fraktionen dahin gehend verständigt haben, dass dieser Antrag Drucksache 15/3636 heute ohne weitere

Aussprache an den zuständigen Innen- und Rechtsausschuss überwiesen werden soll. Ist das so einvernehmlich? - Gut. Werden mitberatende Ausschüsse gewünscht? - Nein.

Dann darf ich fragen, wer den Antrag Drucksache 15/3636 zur Beratung an den Innen- und Rechtsausschuss überweisen möchte. - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Dann haben wir ein einstimmiges Votum zum Abschluss der heutigen Sitzung.

Wir unterbrechen jetzt die Tagung. Morgen früh geht es dann um 10 Uhr mit Tagesordnungspunkt 32, Agenda 21- und Klimaschutzbericht Schleswig-Holstein 2004, weiter.

Ich bitte die Fraktionsgeschäftsführer, sich noch darauf zu einigen, wann morgen Tagesordnungspunkt 18 aufgerufen werden soll. Dabei geht es um den Strommarkt. - Ich höre gerade: nach Tagesordnungspunkt 10.

Ich wünsche Ihnen allen einen schönen Abend.

Die Sitzung ist geschlossen.

Schluss 18:11 Uhr